DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 12 Dezember 1987 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland-Politik:

»Germaniam esse delendam!«

Enkel Adenauers segnen die deutsche Teilung und knien voller Schuld vor der Welt

Bonn:

Kohl des Monats!

Europa:

Angst vor einem neuen Jalta

Naher Osten:

Reagans nukleare Apokalypse

Revisionismus:

Moskaus Angebot an Rudolf Heß

Nazijagd:

Nun auch Verleumdung deutscher Raketen-Experten in USA



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 26011

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. Dezember 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ **Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)**

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

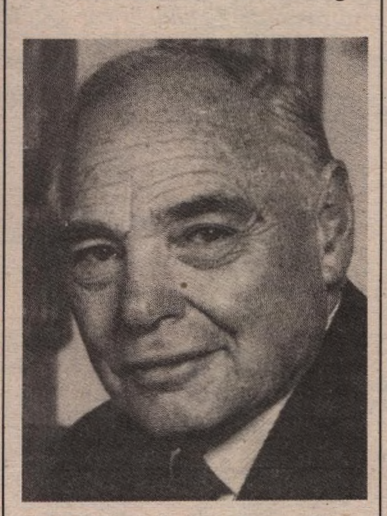
CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Winston Churchill, der britische Premier während des Zweiten Weltkriegs, hatte das britische Empire am 8. Mai 1945 verspielt.

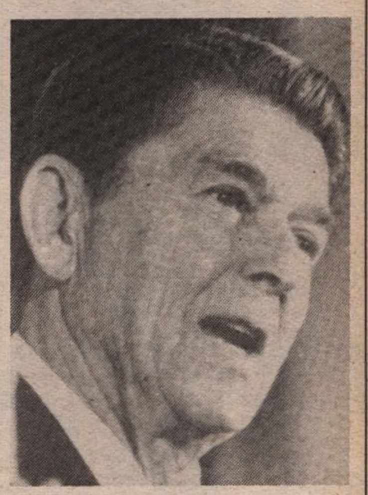
Finanzen



Harry Oppenheimer kontrolliert den Edelmetallmarkt weltweit, das heißt, in Ost und West.

Revisionismus

Internationales



Verkauft Ronald Reagan den »Laden Europa«, dann gewinnen die Sowjets die Oberhand über Westeuropa.

Nr. 12 Dezember 1987

Bonn

Kohl des Monats

Werner Gebhardt

Bis Dezember 1976 war Helmut Kohl ein Pfälzer Strahlemann, der »Jimmy aus Mainz – Mainzeljmmy«, wie er in einem Kommentar der Zeitung »Bild am Sonntag« charakterisiert wurde. In zehn Jahren des unaufhaltsamen Aufstiegs in Bonn galt der Mann mit der Gnade der späteren Geburt als streng antikommunistisch.

Nachdem Helmut Kohl als Bundeskanzler mit dem Gorbatschow-Goebbels-Vergleich weltweit seine Gesinnung kundgetan hatte, haute der »Kohlkönig« (Zitat) noch Anfang des Jahres 1987 schwer auf den Putz, indem er unter anderem die Konzentrationslager in Mitteldeutschland anprangerte.



Bundeskanzler Kohl sollte erkennen, daß die Nichtwähler bei jeder Wahl eine der stärksten Parteien stellen.

Vier Milliarden Reparationen

Doch schnell ließ sich der »schwarze Riese« diese Feststellung abhandeln, denn die Empörung bei den Marxisten aller Schattierungen war größer als erwartet. Willy Brandt alias Herbert Frahm und Herbert Wehner alias Funk sollen gar geweint haben. Der rote Vogel von der SPD lobte das KZ-Regime des vom DDR-Überläufer von Berg als »Halbrussen« bezeichneten Honecker sogar ob dessen Zurückhaltung gegenüber der Äußerung Kohls, dem Vogel in aller Öffentlichkeit »Tölpelhaftigkeit« bescheinigte.

Sogar einige schwarze Vögel der CDU/CSU hoben warnend den Zeigefinger, als das liebgewordene, über viele Jahre zum moralischen Stützkorsett gehörende Gezeter und Gegacker über Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl immer leiser wurde. Doch Kohl hatte wohl einen Grund zur Zurückhaltung: Honecker hatte schon im Vorfeld seines Besuches seine Forderungen auf nur etwa vier Milliarden DM Reparationen begrenzt.

Hätte Kohl den einstigen Trommelbuben des Roten Frontkämpferbundes aus Wiebelskirchen mit der Vorhaltung von Wahrheiten geärgert, hätte es vielleicht mehr gekostet. Wahrheiten können teuer zu stehen kommen, wenn sie Herrschern – zum Beispiel aus Nahost – nicht passen. An anderer Stelle wurden schon einmal zuerst 20 Millionen an Reparationen vereinbart, dann wurden es über einhundert Milliarden DM.

Die der SPD nahestehende »Neue Ruhr-Zeitung/Neue Rhein-Zeitung« jubelte bereits: »Honecker-Besuch krönt die deutsch-deutsche Annäherung.«

Und dann kam er endlich, der »Oberindianer«, wie ihn die »Bild-Zeitung« nannte. Exkanzler Helmut Schmidt biederte sich als »Ehrenjungfrau« an, und Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen überschlugen sich, den KZ-Kommandanten von Sachsenhausen, Bautzen und Umgebung willkommen zu heißen. Honecker oben und unten, Honecker vorn und hinten.

Tatbestand der Beleidigung

Im Land der Bayern wagte es eine »Bürgerinitiative Wiedervereinigung Deutschland« schlimmerweise, mit Plakaten und Flugblättern in Form eines Steckbriefes den »früheren Dachdeckergesellen« wegen »Anstiftung und Beihilfe zum Mord an DDR-Flüchtlingen in mindestens 190 Fällen« zu suchen. Folgerichtig und zeitgemäß leitete die Staatsanwaltschaft in Hof ein Ermittlungsverfahren ein.

Ein Behördensprecher: »Hier geht es um den Tatbestand der Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes.«

Soweit sind wir schon im Franz-Josef-Land Bayern. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis das öffentliche Vertreten der Forderung des Grundgesetzes, »die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, als rechtsradikal und neonazistisch gebrandmarkt, verfolgt, und die Deutschen bestraft und eingesperrt werden, die noch nicht begriffen haben, wohin die Reise gehen soll.

Fünf Tage später war nur noch von einem »sehr bescheidenen Beginn auf der langen Wegstrekke zur guten Nachbarschaft« die Rede. Von der Lebensfrage des deutschen Volkes, von der Wieder- oder Neuvereinigung West- und Mitteldeutschland wurde nicht mehr gesprochen.

Im Gegenteil: Unser – wohl besonders im Ausland – hochverehrter Bundespräsident nannte die DDR »Ostdeutschland« – wo in Wahrheit die Polen sitzen –, und erklärte Mitteldeutschland – und damit die deutsche Reichshauptstadt Berlin – als zu »Osteuropa« gehörig.

Wen wundert es noch, daß das Vertrauen in die Politiker immer mehr abnimmt? Die einfältige CDU glaubte wohl noch, der Besuch Honeckers mit seinen SED-Bonzen würde sich bei den Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein zu ihren Gunsten auswirken. Doch weit gefehlt. Jetzt ist der Katzenjammer groß. In Schleswig-Holstein war die Wahlbeteiligung mit 76,6 Prozent um 8,2 Prozent geringer als vor vier Jahren. Fast eine halbe Million, bei gut zwei Millionen Wahlberechtigten – also fast ein Viertel aller Wähler –, hatte die Nase voll. Die Nichtwähler waren die drittstärkste Gruppe; sechsmal so viel Nichtwähler, wie die FDP an Stimmen erhielt.

Der Sumpf der Beschuldigungen

In Bremen verlor die CDU fast jeden dritten Wähler. Hier waren schon vorher drei CDU-Abgeordnete zu den »Republikanern« übergelaufen. Doch mit 1,2 Prozent war Schönhuber diesmal nicht »dabei«.

Der DVU erging es etwas besser, sie schaffte im Landesteil Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde und ist damit im Bremer Parlament mit einem Abgeordneten vertreten. »Alte Hasen« erinnern sich unwillkürlich an die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 1959, als der Landtagsabgeordnete Hans Schikora allein auf weiter Flur stehend schikaniert, verfolgt und verleumdet wurde. Ähnlich wird es in Bremen ausgehen.

Durch den konkurrierenden Antritt von zwei oder gar drei Parteien in Bremen wird man unwillkürlich auch an die fünfziger Jahre erinnert. Da trat bei den Wahlen gegen die Deutsche Reichs-Partei meistens auch noch eine andere Partei, die Deutsche Gemeinschaft, an. Immer wieder das gleiche Spielchen, mit dem es der »Verfassungsschutz« und andere Agenten der etablierten Parteien schaffen, nationale und unabhängige Parteien an einem Wahlerfolg zu hindern.

Wie die Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein auseinanderdividiert wurde, ist ja durch das Vorgehen, das zum Rücktritt von Barschel als Ministerpräsident geführt hat, bekanntgeworden.

Wo in der Vergangenheit trotz allem auch nur der kleinste Wahlerfolg für »Deutsche« eingetreten war, wurde und wird die ganze Partei offiziell verboten – wie die Sozialistische Reichspartei – oder höchst demokratisch niedergemacht und zerschlagen wie die NPD.

Statt deutsche Politik zu betreiben, watet man derweil hier durch den Sumpf gegenseitiger Beschuldigungen von Wahlkampf zu Wahlkampf, ein »Saustall« – frei nach Franz Josef Strauß – von »Nordlichtern«, der kaum noch zu überbieten ist. □

Deutschland

Germaniam esse delendam

Werner Gebhardt

Vor hundert Jahren wurde der deutschen Exportindustrie von der damaligen Weltmacht Nummer eins, Großbritannien, das als Makel gedachte »Made in Germany« aufgezwungen. Nach etwa zehn Jahren stellten die Briten fest, daß mit dem »Made in Germany« das Gegenteil von dem erreicht worden war, was man beabsichtigt hatte. Daher wurden vor 90 Jahren in England die propagandistischen Weichen für einen Krieg gegen Deutschland gestellt.

Schon längere Zeit war der wachsende Neid der Engländer auf die Erfolge und steigenden Anteile der Deutschen am Welthandel immer mehr erkennbar. Dazu kam der Aufschwung des deutschen Lebensstandards, nicht zuletzt der des deutschen Arbeiters, der vor dem Ersten Weltkrieg den höchsten Stand in Europa erreicht hatte.

Die Fülle der Erfindungen, der technischen und sonstigen Leistungen drohte die der Engländer zu überholen. Das Markenzeichen »Made in Germany«, auf englischen Druck abwertend eingeführt, wurde zum weltweiten Begriff deutscher Tüchtigkeit und Wertarbeit.

Anfang des Jahres 1897 erschien in der führenden englischen Wochenzeitung »Spectator« ein Artikel, »der für den Engländer die verlockenden Folgen eines Krieges gegen Deutschland hervorhob: Vertreibung der Deutschen vom Weltmarkt, Vernichtung ihrer Handels- und Kriegsflotte, Wegnahme der Kolonien und das Erzwingen einer hohen Kriegskontribution durch Blokkade der Nord- und Ostsee«.

Wenige Monate später wurde in dem meinungsbildenden Wochenblatt »Saturday Review« in der Ausgabe vom 11. September 1897 eine ungeheuerliche Kriegshetze gegen Deutschland veröffentlicht:

»Überall liegt der englische Geschäftsreisende mit dem deutschen Hausierer in Konkurrenz. Eine Million Verärgerungen können den größten Krieg verursachen, den die Welt gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht reicher wäre als heute. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft; sollten sie nicht um einen jährlichen Handel von 250 Millionen Pfund (fünf Milliarden Mark) Krieg führen? England ist die einzige Macht, die ohne enormes Risiko und ohne Zweifel am Erfolg Deutschland besiegen kann. Eine Vergrößerung der deutschen Flotte würde nur dazu beitragen, den Schlag, den Deutschland von England erhielte, um so schwerer fühlbar zu machen. Seine Schiffe würden bald auf dem Grund des Meeres liegen oder als Prisen in englische Häfen eingebracht werden. Hamburg und Bremen, der Kieler Kanal und die Ostseehäfen würden unter Englands Kanonen liegen und warten müssen bis zur Festsetzung der Kriegsentschädigung.

Wenn unser Werk so weit vollendet ist, können wir Frankreich und Rußland zurufen: ›Nehmt euch von Deutschland, was ihr haben wollt.‹«

Gesiegt, aber das Weltreich verspielt

Der Artikel schließt mit der historischen Wendung: »Germaniam esse delendam!«

Nachzulesen in Alfred Schulze-Hinrichs »Tirpitz«, Musterschmidt Verlag, Göttingen/Berlin/Frankfurt, 1958. Das Buch beschließt diese Zitate mit dem Hinweis: »Bei diesen massiven Drohungen handelte es sich nicht um irgendwelche obskuren Organe, sondern um zwei der meistgelesenen Wochenblätter.«

Die weitere Entwicklung bis zu den englischen Kriegserklärungen am 4. August 1914 und am 3. September 1939 ist den Lesern bekannt. Am 8. Mai 1945 hatte England »gesiegt« und sein Weltreich verspielt.

Für England allein wäre das Erreichen seines Zieles – die Vernichtung Deutschlands – aussichtslos gewesen. Doch der Landesverrat, die US-amerikanische Rüstungsindustrie und dazu die Menschenmassen der Roten Armee – von den rund fünfzig anderen, meist von England zur Kriegserklärung getriebenen Kriegsgegnern abgesehen – haben einen möglichen deutschen Sieg, mindestens aber einen erträglichen Frieden für alle verhindert, Europa zerstört und das britische Weltreich zur Auflösung geführt.

Bereits am 23. März 1933 hatten gewisse Kreise Deutschland den Krieg erklärt. Man braucht nur in den »Daily Express« vom 24. März 1933, Seite 1, zu schauen. Das ist – ohne jede Bewertung – eine objektive historische Tatsache, die bei der nunmehr über vierzigjährigen Umerziehungspropaganda verschwiegen wird.

Kurz nach 1945 kam selbst der Deutschenhasser Winston Churchill auf den Trichter, daß man wohl »das falsche Schwein geschlachtet« habe – doch da war es für England zu spät.

Die einzige Macht, die die Sowjetunion und den Panslawismus zumindest hätte im Zaum halten können, das Deutsche Reich, war zerschlagen. England



Winston Churchill, britischer Premierminister während des Zweiten Weltkieges, »schlachtete das falsche Schwein« und verspielte das Empire.

Germaniiam esse delendam

hatte mit seinen zwei Kriegserklärungen gegen Deutschland sein Weltreich verspielt. Vor dem Ersten Weltkrieg stellte leider die mehr oder weniger politisch blinde und degenerierte Adelskaste die Nachfolger für den großen Staatsmann und Reichskanzler Otto von Bismarck. Es ist eine Tragik, daß diese nicht in der Lage waren, Kaiser Wilhelm II. davon abzuhalten, in deutscher Nibelungentreue zu dem damaligen Vielvölkerstaat Österreich am 1. August 1914 Rußland den Krieg zu erklären.

Der Schlüssel zur Wiedervereinigung

Dagegen war der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 ein Sprung über eine sehr hohe ideologische Hürde, ermöglichte es aber, den größenwahnsinnigen Polen in achtzehn Tagen ihre geplante »Schlacht im Grunewald« – gemeint war Berlin – gründlich zu versalzen.

Ob dann der Krieg gegen die Sowjetunion (1941) ein Präventiv- oder Angriffskrieg war, darüber streiten sich noch heute die Fachgelehrten. Ein kluger Russe hat dazu einmal festgestellt, daß das für heute ein genauso unnützer Streit wäre wie der, ob das Ei oder das Huhn zuerst dagewesen wäre.

Jedenfalls darf sich der Verfasser, Kriegsfreiwilliger vom 1. September 1939 und Geschützführer an der Ostfront bis fünf nach zwölf, erlauben, festzustellen: Den Krieg hätte ich sehr gerne gewonnen. Doch jetzt können wir den Frieden nur noch gewinnen, wenn und indem wir mit Rußland – wie damals Reichskanzler von Bismarck – eine Verständigung und einen Ausgleich anstreben, denn: Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt in Moskau!

Selbst Konrad Adenauer, der seit den Rheinbund-Tagen eine Politik gegen die deutsche Einheit geführt hatte, hat das kurz vor seinem Lebensende eingesehen und auch offen ausgesprochen. Wer sich mit der englischen Politik befaßt, weiß, daß England alle Kräfte mobilisieren würde, um eine drohende deutsche Einheit zu verhindern, genauso wie Frankreich, Washington und Tel Aviv.

Und was ist nun aus der ehemaligen stolzen Weltmacht Nummer eins – England – geworden? Wir sagen bewußt »England« und nicht »Großbritannien«, denn sonst müßten wir auch von Großdeutschland sprechen wie zum Beispiel Gustav Stresemann, Reichskanzler und Außenminister der Weimarer Republik, wie Paul Löbe (SPD), ehemals Präsident des Reichstages und erster Vorsitzender des Österreich-Deutschen Volksbundes für den Anschluß, oder wie Karl R. Renner, Staatskanzler der ersten österreichischen Republik und Bundespräsident nach 1945, für die der Begriff Großdeutschland noch selbstverständlich war.

Gibt es noch eine ausgleichende Gerechtigkeit?

In England, bei unseren germanischen Vettern, leben nach zwei »gewonnenen« Weltkriegen knapp 60 Millionen Einwohner, davon über 15 Millionen unter dem Existenzminimum, obwohl England von der zur Einbindung und Ausnehmung der Deutschen geschaffenen Europäischen Gemeinschaft und an Besatzungskosten Milliarden einstreicht.

Für den Bürgerkrieg in Nordirland, nunmehr im achtzehnten Jahr, fehlt die Kraft; es reicht nicht mehr, ihn siegreich zu beenden. Gegen die viertklassige Militärmacht Argentiniens langte es noch, wie auch zu dem anschließenden Jubel. Ansonsten sind Engländer nur noch gefürchtet, wenn sie auf fremden Fußballplätzen randalieren und, wie in Brüssel, Zuschauer tottreten, Läden plündern und besoffen sind.

Gott straft England – gibt es doch eine ausgleichende Gerechtigkeit in der Geschichte?

Laßt uns das traurige Ergebnis der im September 1897, vor nunmehr 90 Jahren, begonnenen englischen Kriegshetze mit der Überschrift eines Artikels von Paul C. Martin in der Zeitung »Welt am Sonntag« abschließen: »Britannia, wie bist du arm und schmuddelig geworden.« □

Deutschland

Moralisch zum Selbstmord verpflichtet

Günter Deckert

Im Zusammenhang mit dem weiterhin unverminderten Einströmen von Asylanten wird von den Befürwortern der »Laßt-die-Tore-offen«-Politik immer wieder das Argument vorgebracht, sozusagen als letztes, nicht mehr widerlegbares Polit-Dogma, »wir haben die moralische Verpflichtung, Verfolgte aufzunehmen, weil während der Zeit des Dritten Reiches Deutsche im Ausland Zuflucht gesucht und Schutz gefunden haben«. Günter Deckert, Stadtrat im baden-württembergischen Weinheim, hatte im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen mit einem Zwischenruf in die rot-grüne Richtung sowie mit seinen Ausführungen zum Thema Asyl einen »Sturm der Entrüstung« ausgelöst, in dem ihm diese »moralische Verpflichtung« vorgehalten wurde. Günter Deckert hat daraufhin mehr und Genaueres wissen wollen und hat das Münchener Institut für Zeitgeschichte angeschrieben. Er erhielt daraufhin ein sogenanntes »Separatum« in englischer Sprache, das als Vorspann zu Band 2 zu einem »Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933« dient. Es handelt sich bei diesem Werk um eine Gemeinschaftsarbeit der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, und des Instituts für Zeitgeschichte, München.

Die beiden Bände enthalten 9000 Lebensläufe von politischen und anderen Flüchtlingen. Der nachfolgende Beitrag beruht auf dem englisch abgefaßten Aufsatz von Werner Röder, der im oben erwähnten Separatum als »Introduction XXVII« erscheint und der mit »The Political Exiles: their Policies and their Contribution to Post-War Reconstruction« (»Das politische Exil: seine politischen Ansichten und Tätigkeiten und sein Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Kriege«) überschrieben ist.

Die erste Welle der Emigranten

Die nicht-jüdischen Emigranten gliedern sich in zwei Gruppen: einmal die politischen Gegner des NS-Systems aus KPD, SPD, Gewerkschaften und Zentrum; zum anderen Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die mit der NS-Kulturpolitik Probleme hatten oder bekamen und meist ihre Stellung verloren haben, oder nur solche, denen das »Klima« nicht mehr zugesagt hat.

Im Gegensatz zu den jüdischen Emigranten hätten sich viele politische wie intellektuelle Emigranten weiterhin mit der »deutschen und österreichischen« Nation – so Röder – verbunden gefühlt und sich als die wahren Vertreter der Überlieferungen Deutschlands gesehen

Die erste Welle politischer Emigranten habe aus Leuten bestanden, die als »Novemberverbrecher« nach der Machtübernahme im Januar 1933 in akuter Lebensgefahr gewesen seien. Vor allem nach dem Reichstagsbrand hätten sich viele örtliche wie überörtliche bekannte Aktivisten der politischen und publizistischen Elite als Touristen verkleidet und wären legal oder illegal über die Grenzen in die »Nachbarländer« eingereist: Saargebiet, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Tschechoslowakei, Österreich und Schweiz.

Viele dieser Flüchtlinge – zeitge-

nössische Quellen sprechen von einem Drittel – seien auch wegen ihres jüdischen Hintergrundes in Gefahr gewesen. Die zweite Emigrantenphase habe Mitte 1933 eingesetzt, und zwar aufgrund der Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat (28. Februar 1933) sowie des »Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien« (14. Juli 1933).

Unter den politischen wie intellektuellen Flüchtlingen hätten sich neben Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern auch bürgerliche und christliche Vertreter, ja sogar NSDAP-Oppositionelle befunden. Ende 1933 hätten etwa 3500 Sozialdemokraten und Gewerkschaftler als Flüchtlinge außerhalb des Reichsgebietes gelebt.

Einem Bericht des Hochkommissars für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes zufolge hätten sich im Jahr 1935 fünftausend bis sechstausend Sozialdemokraten, 6000 bis 8000 Kommunisten und fast 5000 andere Gegner des Nationalsozialismus im Ausland befunden; insgesamt habe das »deutsche Exil« Ende 1935 16 000 bis 19 000 Personen umfaßt.

Nach der »Invasion« Österreichs – so Werner Röder – sowie der Übergabe des Sudetenlandes habe sich das deutsche Exil weiter vergrößert. Bis kurz vor dem Krieg hätten etwa 30 000 Menschen Deutschland, Österreich und die deutschsprechenden Gebiete der CSSR verlassen.

Während die Mehrzahl der jüdischen Emigranten versucht hätte, in die USA oder nach Palästina zu gelangen, hätten es die meisten politischen Flüchtlinge vorgezogen, in an das Reich angrenzenden Staaten zu bleiben. So seien sie in enger Verbindung mit den Entwicklungen im Inneren des Reiches geblieben und hätten ihre Verbindung zu oppositionellen Gruppen aufrechterhalten können. Schriftsteller, Publizisten und Presseleute hätten neben ihrem Exilpublikum Leser aus dem deutschsprachigen Raum Europas gefunden, in dem das kulturelle und geistige Klima heimischer als anderswo gewesen sei.

Vor dem Krieg seien die Hauptzentren des Exils Frankreich und die CSSR – vor allem das Sudetengebiet – gewesen. In Frankreich habe es 1933 etwa 30 000 Flüchtlinge aus dem Reich gegeben, darunter 7000 bis 10 000 politische Flüchtlinge. Paris sei das geistige, kulturelle und politische Zentrum des deutschen Widerstandes gegen Hitler gewesen.

In der CSSR, vor allem im Sudetenland, hätten rund 1500 politische Flüchtlinge gelebt. In der UdSSR hätten nur ungefähr 3000 deutschsprachige Emigranten, überwiegend Kommunisten, Aufnahme gefunden. Nach dem deutsch-russischen Pakt sei eine beträchtliche Anzahl davon an das Reich ausgeliefert worden; eine nicht unbeträchtliche Zahl sei auch den Stalinschen Säuberungen zum Opfer gefallen.

Angst vor Überfremdung

Zur Zeit der spanischen Republik hätten 5000 Deutsche aus dem Reich und Österreich in den Reihen der Internationalen Brigade gekämpft; 2000 seien etwa gefallen. Der Rest habe sich nach Frankreich abgesetzt, wo er sofort nach dem Grenzübergang interniert worden sei; einige hätten es geschafft, mit dem späteren kommunistischen Widerstand in Südfrankreich Verbindung aufzunehmen.

Nach der Annektierung – so Röder – des Sudetenlandes im Herbst 1938 sowie der Besetzung der Rest-Tschechei seien Großbritannien und Schweden, die bis dahin nur als Notlösungen angesehen worden seien, Mittelpunkte politischer Flüchtlinge geworden, obwohl gerade die Londoner Regierung strenge Maßnahmen ergriffen habe, um die Zahl der Flüchtlinge überschaubar und in Grenzen zu halten. In den Kriegsjahren hätte man auch die Flüchtlinge zur Arbeit in der Rüstungsindustrie verpflichtet, um sie damit aus der britischen Parteipolitik herauszuhalten.

1938 hätten etwa 4000 Flüchtlinge aus dem Reich, Österreich und dem Sudetenland in Großbritannien, vor allem in London, gelebt. London sei ab 1941 das Zentrum des sozialdemokratischen Exils geworden, wobei die sudetendeutsche Sozialdemokratie stark vertreten gewesen sei.

In Schweden habe es 1937 nur 1500 Emigranten aus Deutschland gegeben, weil das Land wegen seiner strengen Ausländerpolitik und seiner antisemitischen Gesetzgebung in Sachen Einwanderung keine Anziehungskraft besessen habe. 1943 seien von den 5000 deutschsprachigen Flüchtlingen etwa ein Drittel politische gewesen, die sich bevorzugt in den städtischen Ballungsräumen aufgehalten hätten.

Die Schweiz habe aus wirtschaftlichen Gründen wie auch aus Angst vor Überfremdung nur widerwillig Flüchtlinge aufgenommen. 1939 habe man dort 3000 politische Flüchtlinge und 5000 deutschsprachige Juden gezählt. Während des Krieges hätten sich etwa 10 000 deutschsprachige Emigranten durchgängig in der Schweiz aufgehalten; die Mehrzahl seien Juden gewesen. Man habe auch nur befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt. Zudem sei schon 1933 mittels Verordnung die politische Betätigung wie auch das Arbeiten untersagt worden.

Die USA hätten anfänglich wegen der Entfernung zum Kern des Geschehens und den europäischen Exilzentren nur wenige politische Flüchtlinge angezogen. Mit der zunehmenden Kriegsgefahr in Europa hätten jedoch einige hundert politische Flüchtlinge, vor allem Wissenschaftler, Professoren, Schriftsteller und Publizisten sowie eine kleine Zahl von Politikern den Weg in die USA gewählt; letztere seien vor allem aus der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Lager gekommen. Diese Gruppen hätten über entsprechende Beziehungen oder Geld verfügt, so daß die Quotenregelungen für Einwanderer umgangen werden konnten.

Zählt man die Höchstzahlen

Die Zahl der politischen Flüchtlinge, die nach Mittel- und Südamerika gegangen seien, soll einige Tausend betragen haben. Zielländer seien vor allem Bolivien, Chile und Mexiko gewesen, wo in erster Linie Kommunisten und Linkssozialisten und Überlebende der Internationalen Brigade Zuflucht gefunden hätten.

Zählt man die Höchstzahlen, die wegen ständiger Umschichtung und Übergang von einem Land zum anderen nur als unsichere Höchstwerte gelten können, zusammen, so ergibt sich in den oben genannten Aufnahmeländern eine Zahl von etwa 30 000 Personen, die als politische Flüchtlinge gelten können; einige sollen sogar das Angebot auf Rückkehr durch die Reichsregierung angenommen haben.

Auf der Grundlage des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und über die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft (14. Juli 1933) sollen bis Frühjahr 1945 40 000 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben. In den Anfangsjahren sei dieses Gesetz in erster Linie für die politischen Gegner gedacht gewesen, um deren Beweglichkeit durch den Paßentzug einzuengen. Ab 1937 seien auch Juden davon betroffen gewesen, so daß die Zahl von 40 000 als Obergrenze für die Zahl an politischen Flüchtlingen gelten kann. Also: 40 000 in zwölf Jahren, und das mit obiger Einschränkung!

Nicht unerwähnt bleiben soll abschließend, daß zur Zeit der Reform des türkischen Hochschulwesens durch Vermittlung des türkischen Kulturministers, eines deutsch-schweizer Professors, ab Mitte der dreißiger Jahre Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal an türkischen Hochschulen – Istanbul und Ankara – Zuflucht gefunden haben.

Es soll sich um etwa 150 Personen gehandelt haben; darunter 84 Professoren, wobei aus der Untersuchung nicht hervorgeht, ob es sich nur um politische Flüchtlinge gehandelt hat. Bis Kriegsende waren 14 Professoren in die USA, sieben in andere Länder ausgewandert. Nach 1945 seien 24 Professoren und sieben Assistenten wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Vergleicht man diese Zahlen sowie die Zielländer mit den heutigen Asylantenzahlen und deren Herkunftsländer – sie stammen immerhin aus Quellen, denen man Deutschfreundlichkeit wohl kaum nachsagen kann –, so kann niemand allen Ernstes behaupten wollen, wir seien wegen der Flüchtlinge zur Zeit des Dritten Reiches moralisch besonders verpflichtet, eine Politik der offenen Türen zu betreiben, eine stille Landnahme durch die Hintertür zuzulassen und jeden, der auch nur irgendwie das Wort »Asylant« stammeln kann, aufzunehmen und ihn sozialpolitisch sofort wie einen Deutschinländer zu behandeln. □

Bonn

Die Enkel Adenauers

Walter Pal

Es wird immer deutlicher: Die Zerschlagung der Mitte Europas mit all seinen weltweiten Folgen wird in Ost und West immer stärker als eine Belastung empfunden.

Die blutende Grenze inmitten Europas läßt sich durch keinerlei Maßnahme entschärfen. Sie führt zu einer dauerhaften Kriegsgefahr zwischen den beiden Großmächten und Systemen. Diese Situation zwingt zu einem Wettrüsten bis zur wirtschaftlichen Erschöpfung.

Frieden als Krieg mit anderen Mitteln

Eine dazu erforderliche unverantwortliche Ausbeutung der Grundstoffe dieser Erde kann nicht dauerhaft fortgesetzt werden.

Die Zerrüttung des Weltwährungssystems nimmt bedrohliche Formen an. Folge dieser ungesunden Weltwirtschaft ist auch die zunehmende Zerstörung des natürlichen Gleichgewichts auf unserem Planeten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verkündeten die Sieger triumphierend, nun sei der Weltstörenfried besiegt, nun könne nichts mehr den Frieden gefährden. Hat es seither ein Jahr ohne Kriege geben?

Müßten sich die Großen dieser Welt nach den »Gesetzen« von Nürnberg verantworten, die Produzenten von Hanfseilen würden erheblich zur Belebung des Arbeitsmarktes beitragen können.

Dabei sollte das Augenmerk nicht allein auf Kriege mit Waffeneinsatz gerichtet bleiben. Hieß es noch zu Bismarcks Zeiten, Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so ist spätestens seit 1945 der Frieden die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Spionage, Umerziehung, Propaganda, Massenbeeinflussung, Unterwanderung, Drogenhandel, Aufhetzen der Jugend, Auflösung der Familie, Zerstörung des bodenständigen Bauerntums, Rassenpolitik durch Vermischung, das sind nur einige Waffen des modernen Friedens.

In der Anfangsphase wurden diese Mittel behutsam eingeführt, kaum merklich für die Betroffenen, die Opfer. Feldzugartige Einsätze mit steigender Intensität waren zu beobachten. Dem aufmerksamen Frontbeobachter konnte eine generalstabsmäßige Strategie im Hintergrund nicht verborgen bleiben. Heute nun unterliegen die Völker einem Dauerbeschuß, der kaum zu steigern ist.

Wie zur Produktion von Kriegswaffen bestimmte Rohstoffe erforderlich sind – zur Sprengstoffherstellung etwa eine gelatineartige, schleimigklebrige Masse –, so auch für die Friedenswaffen. Hauptrohstoff ist die »Humanität«.

Die Fronten verschieben sich

Mit zu Tränen rührenden Bildern und Beschreibungen kann man Mittel in Krisengebiete lenken, die ein Ergebnis eben dieser weltweiten Politik sind. Da finanzieren die europäischen Völker die farbigen Mörderbanden in Südafrika, damit sie die eigenen Verwandten umbringen können. Da spenden Deutsche an die »notleidende« polnische Bevölkerung und damit unterstützen sie den polnischen Staat, die uns geraubten Gebiete zu bewirtschaften.

Das zunehmende Chaos, durch die neuen Weltbeherrscher seit der Zerstörung der europäischen Mitte hervorgerufen, ist nun so offensichtlich, daß ein weltweites Erwachen beginnt.

Damit verbunden verlieren die Weltmächte zunehmend ihre Autorität. Ihre Strategie ist erkannt. Man glaubt ihnen nicht mehr die Lauterkeit ihrer Absichten. Man glaubt ihnen überhaupt nichts mehr. Die Angst vor ihren Kriegswaffen ist geringer als die vor ihren Friedenswaffen. Und genau das versetzt sie in höchste Alarmbereitschaft.

Die Fronten verschieben sich: Standen sich die beiden Großen bisher drohend gegenüber, nur gebremst von der Angst vor gegenseitiger Zerstörung, so sehen sie sich nun gemeinsam einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt.



Der Warschauer Kniefall von Bundeskanzler Brandt vor dem Ehrenmal im Ghetto.

Wen wundert es da, wenn sie sich Gedanken machen über die Möglichkeiten einer Entschärfung der Lage? Wen wundert es, wenn die gemeinsame Gefahr sie zusammentreibt?

Mit Coca-Cola und MacDonald in Moskau wurde ein Anfang gemacht. Nun verhandelt man über Waffenlager auf beiden Seiten. Durch gemeinsame Weltraumforschung will man den technischen Vorsprung gegenüber allen anderen unangreifbar ausbauen, ohne sich gegenseitig zu bedrohen.

Wenn da auch noch auf beiden Seiten viel berechtiges Mißtrauen im Spiel ist, wenn sich das ganze über Jahre hinzieht, aber spätestens bei solchen Meldungen merkt auch hierzulande der kleine Mann auf der Straße, daß sich da etwas ändert in der Weltpolitik.

Knien vor der Welt in Schuldgefühlen

Nur die Enkel Adenauers und Ulbrichts scheinen das nicht zu merken. Oder wollen sie es nicht wahrhaben? Sie tuten noch immer in das gleiche angerostete Horn, das man ihren Großvätern einst geschenkt hat. Sie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten unnötig festgelegt in ihren Aussagen. Entgegen dem Auftrag des Grundgesetzes sprechen sie noch heute von dem Segen, den eine dauerhafte Teilung Deutschlands für die Welt bedeute. Sie knien vor der staunenden Welt in Schuldgefühlen, deren Berechtigung ihnen niemand mehr abnimmt.

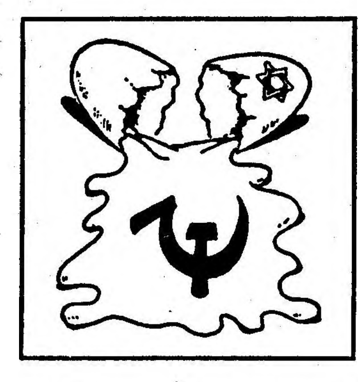
In Moskau stellt man ernsthafte Überlegungen an, wie man eine der Hauptursachen der weltweiten Fehlentwicklung, diese unheilvolle europäische Teilungsgrenze, beseitigen kann. In den USA werden zunehmend Stimmen laut, die einen Truppenabzug in Europa fordern, weil diese Truppen dort keinerlei Bedeutung mehr haben. Vor wem sollen sie uns schützen mit ihrem Atomgürtel mitten durch unser Land? Warum fleht man sie an dazubleiben? □

Bonn
»Atombomben auf Moskau«

Werner Gebhardt

Zwanzig Jahre nach dem Tod des Separatstaat-Politikers Konrad Adenauer ist die Diskussion über die versäumte Gelegenheit des sowjetischen Angebots einer Wiedervereinigung Deutschlands – die Stalinnote vom 10. März 1952 – wieder voll im Gang.

Konrad Adenauer habe zu Recht die Stalin-Note mit dem Vorschlag der Wiedervereinigung bei Neutralität abgelehnt, schrieb Professor Wilhelm Grewe, Staatsrechtler und ehemaliger Botschafter. Professor Dr. Rolf Steininger, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, entgegnet: »Hätte Adenauer Stalin auf die Probe stellen, die Note ausloten wollen, die Chance war gegeben. Aber – und das ist entscheidend – Adenauer wollte nicht.«



Faktisch ein Protektorat der USA

Der abgehalfterte CDU-Politiker Rainer Barzel und der Historiker und Emigrant Golo Mann unterstützen zwar – wie könnte es bei den Herren anders sein – die Verteidigung Adenauers durch Wilhelm Grewe, während andere Zeitgenossen Adenauers völlig anderer Meinung sind.

Der Justizminister im ersten Kabinett Adenauers und spätere FDP-Vorsitzende Dr. Thomas Dehler erklärte schon vor fast 30 Jahren:

»Stalin hat uns damals angeboten, gesamtdeutsche freie Wahlen unter Viermächtekontrolle, Freiheit der Presse und so weiter, und so weiter, Friedensvertrag, Abzug aller Truppen innerhalb eines Jahres, nationale Bewaffnung eines wiedervereinigten Deutschlands – von 300 000 Mann war die Rede –, eine Rüstungsproduktion für diese 300 000 Mann unter bestimmten Beschränkungen, keine Neutralisierung, nicht Neutralität war die Bedingung, sondern es war lediglich gefordert, daß Deutschland nicht in eine Militär-Allianz eintritt.

Und was das Schlimme war: man hat nicht einmal darüber debattiert; man hat nicht einmal versucht, ein Wort zu wechseln.«

Selbst der spätere CDU-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger stellte im Mai 1958 als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses in Bonn fest: »Wir sind doch faktisch ein Protektorat der USA.«

Und Kiesinger ein Jahr später: »Es ist sicher richtig, wenn man feststellt, die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Wiedervereinigung sei nicht zu erhoffen, wenn sie befürchten müsse, daß ein geeinigtes Deutschland Mitglied des nordatlantischen Bündnisses würde. Ein nicht-kommunistisches Rußland würde sich in dieser Frage von der Sowjetunion kaum unterscheiden.«

»Ich sehe keine andere Lösung . . .«

Im Frühjahr 1948 rechnete der CDU-Vorsitzende der britischen Zone, Adenauer, bereits mit einem dritten Weltkrieg. Während eines »Herrenfrühstücks« meinte Adenauer: »Meine Herren, der Krieg zwischen Amerika und Rußland kommt auf jeden Fall, und dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein.«

Im Sommer 1950, noch vor Ausbruch des Korea-Krieges, hatte der Herausgeber des Buches »Welt ohne Krieg«, Professor Dr. Ulrich Noack, ein Gespräch mit dem intimen Freund Adenauers, Pferdmenges: »Zu meiner tiefen Erschütterung sagte Herr Pferdmenges, den ich als Exponenten der Hochfinanz und zugleich als einen tonangebenden Mann für die CDU betrachten mußte: ›Ich sehe keine andere Lösung als Atombomben auf Moskau‹.« □

Bonn

Wem dient das Bundesgesundheitsamt?

Stefan H. Moses

Ein »Freitag der dreizehnte« mußte es wohl sein, der Termin, an dem die B-2-Kommission-Rheumatologie beim Bundesgesundheitsamt in Berlin, ihren Beschluß zu den sogenannten »Chondroprotektiva« verabschiedete. Ein Beschluß, der für Millionen Arthrose-Kranke in der Bundesrepublik eine Katastrophe, für das neue Arzneimittelgesetz eine Niederlage und für das deutsche Gesundheitswesen einen Skandal darstellt.

Demnach soll ab 1. Januar 1990 eine ganze Medikamentengruppe verboten und damit aus der Therapie verdrängt werden. Fast alle Fachärzte und viele Wissenschaftler laufen Sturm gegen die Entscheidung, die ihnen ein wichtiges Therapiemittel aus der Hand schlagen würde. Sie argumentieren, daß ein Verbot von Medikamenten, die erfolgreich in Gebrauch seien und für die es keinen Ersatz gäbe, ein Verbrechen an Patienten und eine unzulässige Einschränkung der Therapiefreiheit wären.

Filz, Geld und Rechthaberei

Die Recherchen scheinen diesem Standpunkt Recht zu geben: Arthrosen gelten bis heute als »Schicksal«, unabänderlich, unheilbar, bestenfalls mit Schmerzmittel dämpfbar und mit sonstigen Medikamenten in den Symptomen, nicht aber den Ursachen beeinflußbar. Auf bis zu 20 Milliarden DM wird der volkswirtschaftliche Schaden geschätzt, der durch die 8 bis 10 Millionen deutschen Arthrotiker jährlich entsteht.

Ein Mittel, das diese Krankheit verhindert, heilt oder auch nur stabilisiert, müßte also eigentlich jubelnd begrüßt werden. Doch die einzigen Mittel, die diesem Anspruch zu genügen scheinen, sollen nun den Kranken überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Es sind die sogenannten »Chondroprotektiva« (»Knorpelschutzmittel«), sie »ermuntern« sozusagen den Gelenkknorpel dazu, wieder Schmierstoffe zu produzieren und so die Arthrose zurückzubilden.

Ihr Verbot wurde zu einem Skandal um Standpunkte und Rechthaberei, um Filz und Geld, ausgetragen auf dem Rükken kranker, leidender Menschen. Es kann eigentlich nur in Form dessen, was es wirklich war, treffend beschrieben werden: als Trauerspiel.

Das geltende Arzneimittelgesetz bestimmt, daß alle Medikamente einer Zulassungsprüfung beziehungsweise Nachzulassung zu unterziehen sind. Vor neutralen Gutachterkommissionen müssen die Wirksamkeit, Ungefährlichkeit oder zumindest doch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen beiden Faktoren nachgewiesen werden.

Bei der Kommission zählt nicht der Mensch

Das Gesetz schreibt vor, für jede Stoffgruppe eigene kompetente Gutachterkommissionen zu bilden. Die Kommission B-2-Antirheumatika, die über »Organotherapeutika« (Stoffgruppe 3) befindet, ist aber eigentlich gebildet für die Stoffgruppe 1 (»reine Chemie«), entspricht also wohl kaum der gesetzlichen Vorschrift.

Bundesgesundheitsamt und Ministerium aber ficht dies, Gesetzestext hin, Gesetzestext her, nicht an, das sei schon in Ordnung und legal, so behaupten sie.



Hilft das Bundesgesundheitsamt, daß die großen im Fünfzehn-Milliarden-Pharmamarkt auf Kosten der kleinen Unternehmen immer größer werden?

Erster Akt »Stoff-Sammlung«: Die Hersteller reichen Gutachten von führenden deutschen und internationalen Wissenschaftlern ein. Die Kommission wird diese Arbeiten später als unzureichend, nachlässig und irrelevant bezeichnen. Sie selbst aber fördert, als bislang einzigen »Beleg« für die »Unwirksamkeit« der Chondroprotektiva, ein »Gegengutachten« zutage, das jeder Wissenschaftlichkeit Hohn spricht, später aber von der Kommission als »methodisch einwandfrei« bezeichnet werden wird.

Auf diese Arbeit wird sich die Ablehnung im wesentlichen stützen. Sie besteht aus einem knapp einseitigen Brief mit einer einseitigen, halbseitigen Tabelle eines jugoslawischen Professors, der berichtet, daß er die Originalarbeit eines anderen nicht mehr habe finden können. Die Daten beziehen sich auf eine Versuchsreihe von 1974, die nach zwanzig Injektionen beendet wurde, obwohl mindestens eineinhalb Jahre zur Behandlung nötig wären, um Erfolg und Mißerfolg überhaupt festlegen zu können.

Zweiter Akt »Patienten quälen«: Die in »laborwissenschaftlichen« Kategorien denkenden Mitglieder der Kommission fordern »Doppel-Blind-Studien«, Versuche also, bei denen eine Gruppe das echte Medikament, eine Kontrollgruppe aber ein wirkungsloses Präparat (Placebo) erhält.

Bei Arthrose würde dies endloses Leiden für die Kontrollgruppe bedeuten. Denn, Arthrose baut sich in Jahren und Jahrzehnten auf, so daß eine Therapie ebenfalls Jahre braucht, bis auch röntgenologisch meßbare Ergebnisse vorliegen. Doppel-Blind-Versuche werden deshalb von allen Praktikern aus ethischen Gründen abgelehnt.

Doch für die Kommission zählt offenbar nicht der Mensch, nicht Ethik, nicht Leiden, – nur die Gesetze der Statistik müssen erfüllt sein. Ungläubige Rückfragen der Öffentlichkeit blockt man dann mit Hinweis auf die Geschäftsordnung ab.

Vorauseilender Gehorsam der Beamten

Dritter Akt »Vernehmungen«: Das Trauerspiel wird zum Krimi, denn unabhängige Experten erfrechen sich auszusagen – und das gegen die Meinung der Vorsitzenden. Nur gut, daß ein Vorsitzender seine Mittel zur Disziplinierung hat. Man läßt die Experten stundenlang auf ihre »Vernehmung« warten, gibt ihnen nur kurze Redezeit (15 Minuten) und kann ja noch nach Belieben abbrechen. Sie werden zu fachfremden Problemen befragt und mit unbekannten und unautorisierten Arbeiten kon-

frontiert und vom Vorsitzenden in lockerem Ton »angemacht« – wie Touristen in Berlin-Kreuzberg von Skinheads –, wehren sie sich, folgt ein Hinauswurf.

Zwischenspiel »Aussteiger«: Zwei Kommissionsmitgliedern schlägt dann doch das Gewissen, sie verlassen die Kommission unter Protest und Rücknahme des Abstimmungsvotums – doch das Bundesgesundheitsamt behauptet öffentlich, trotz besseren Wissens, es seien nur »persönliche« Gründe maßgeblich gewesen.

Vierter Akt »Die Stimme seines Herrn?«: Die Veröffentlichung eines Kommissions-Beschlusses, einer »Monographie«, im Bundesanzeiger dauert in der Regel sechs bis acht Wochen. Die Andruckfahnen werden von der Druckerei der Leitung des Bundesgesundheitsamtes immer zur Korrektur vorgelegt – nur im Falle der Chondroprotektiva klappte das nicht.

Wie vertraulich zu hören ist, sogar entgegen ausdrücklicher Anweisung der Amtsleitung, die wohl nach den vorhergegangenen skandalösen Vorgängen eine Zusage auf erneute Anhörung gegeben hatte. Bereits eineinhalb Arbeitstage nach der beschlußfassenden Sitzung war das Manuskript – es muß wohl bereits vorbereitet gewesen sein – in Händen der Druckerei und wurde schon neun Tage später im nächsten Bundesanzeiger veröffentlicht – ohne Korrektur. Um vollendete Tatsachen zu schaffen, vielleicht?

Auf wessen Geheiß? Wer war der Herr, dessen Stimme den Beamten des Bundesgesundheitsamtes zu solch »vorauseilendem Gehorsam« trieb? War es die Leitung des Amtes, die nach innen und außen ein doppeltes Spiel treibt? Oder war es vielleicht gar ein fremder Herr?

Das Bundesgesundheitsamt hüllt sich in Schweigen, bestreitet sogar die Tatsachen, die das Ministerium zugibt, es unterliegt zwar gesetzlicher Auskunftspflicht – aber von einer »Wahrheitspflicht« sagt das Gesetz nichts.

Fünfter Akt »Desinformation«: Nun wird die Öffentlichkeit aufmerksam, das Bundesgesundheitsamt und die Professoren der Kommission »mauern« eifrig, gemeinsam und unter heftigem Korrespondenz- und Aktenaustausch. »Kungelei« würden wohl unfreundlichere Zeitgenossen dazu sagen, denn weder das Maß an Wahrheit noch das an Klarheit nimmt zu.

Die Frage nach Stil und Moral bleibt offen

Das Konglomerat von Filz und Nebel wird laufend dichter und man stellt sich, mit Blick auf Kommission und Bundesgesundheitsamt, die Frage, die schon für die alten Griechen so wichtig war: »Wer aber bewacht die Wächter?«

Fragen sollte man nun nach Gesetzlichkeit und Ungesetzlichkeit des Verhaltens einer Bundesbehörde – die Fragen nach Stil, Moral und Demokratieverständnis kann man sich wohl sparen, denn gerade in diesen Kategorien sagt Verhalten mehr als Worte.

Sechster Akt »Eine klammheimliche Entscheidung steht bevor«: Der Drang, dem Bürger Überraschungen zu bereiten, scheint ungebrochen. Eine neue Entscheidung soll bis Jahresende ergehen. Zieht man die Heimlichtuerei der Kommission in Betracht, so ist Gefahr im Verzuge, Gefahr für die Kranken, Gefahr für die Ärzte, Gefahr für den Ruf einer Bundesbehörde, Gefahr für alle demokratischen Kontrollmechanismen und nicht zuletzt Gefahr für den Ruf eines bedeutenden Teiles der deutschen Medizin, die auf dem besten Wege ist, sich international zu diskreditieren und lächerlich zu machen.

Denn dafür, daß es besser werden könnte, fehlen bisher alle Hinweise – im Gegenteil, die neuesten Monologe der Kommissionsspitzen zeigen deutlich, daß man an einer wissenschaftlichen Lösung kaum interessiert ist, sie strotzen vor logischen und methodischen Fehlern, wie Spezialisten der betroffenen Fachgebiete versichern.

Ein großer Teil der ins Feld geführten Daten ist zudem in bezug auf Herkunft und Zuverlässigkeit nicht überprüfbar, Nachfragen gestatten die Autoren nicht. Der Kreuzzug soll offenbar weitergehen, sein erstes Opfer hat er schon gefunden – die Ehrlichkeit der Wissenschaft.

Epilog: Was kann denn nun hinter soviel verbissener Uneinsichtigkeit, hinter soviel Glaubenskrieg, hinter soviel Täuschung und Enttäuschung stecken? Die Angst des Wissenschaftlers, eine Entscheidung öffentlich und unter Rückfragen vertreten zu müssen, statt verkünden zu dürfen?

Die Unfähigkeit, möglicherweise Irrtümer zu erkennen und Standpunkte revidieren zu müssen? Der Übereifer von Beamten, die eigentlich überwachen müßten, den hohen Herren der Kommission gefällig zu sein?

Hoffentlich, denn alles andere – und vieles läßt den Verdacht nicht einschlafen – wäre eine Katastrophe für das gesamte deutsche Gesundheitswesen. Kann das alles wirklich nur der Kampf sein um ein relativ kleines Fünfzig-Millionen-Mark-Segment – so hoch ist etwa der Umsatz der Chondroprotektiva jährlich – an dem Fünfzehn-Milliarden-Mark-Pharmamarkt der Bundesrepublik? Noch dazu ein Segment, das nicht erobert, sondern nur vernichtet werden könnte?

Lohnt es, dafür Gesetze, Verfassung, Moral und medizinische Ethik ins Unterbewußtsein oder noch tiefer zu verdrängen? Lohnt es, dafür Tausende, ja Millionen Patienten mehr und länger leiden zu lassen?

Die Antwort ist teuflisch

Der Preis scheint unangemessen und so bleibt nur die höllischste aller Fragen: Cui bono – wem nützt es?

Die einzig sinnvolle Antwort ist teuflisch: Wer Schmerzen hat, nimmt Schmerzmittel, wer lange Schmerzen hat – oft, wer dauernd Schmerzen hat – für immer und immer mehr. Und Schmerzmittel sind ein Millionen-Mark-Markt allein in der Bundesrepublik – Jahr für Jahr.

Rat an die Betroffenen: »Nein, nicht nur auf die Pfoten schaun – auch kräftig auf die Pfoten haun' . . .« reimte 1968 ein Liedermacher – die Melodie sollte Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden im Ohr geblieben sein! □

Banker-Journal

Merrill Lynch: Schockbehandlung für Mexiko

Merrill Lynch hat eine Studie herausgegeben, in der für die mexikanische Regierung, die der von Präsident Miguel de la Madrid folgt, eine Katastrophe vorausgesagt wird. Dadurch, daß die Sparmaßnahmen der Regierung nicht zu den »erwarteten Ergebnissen geführt haben«, ist die Wirksamkeit der »orthodoxen Politik« gefährdet und könnte die Anwendung einer »Schockbehandlung« notwendig machen.

»Es ist gut vorstellbar, daß der politische Druck den Vorschlag einer vollständigen Neuverhandlung der Position des Landes erforderlich machen wird«, heißt es in dem Bericht. Dies würde erneut eine massive Kapitalflucht auslösen, Inflation in Höhe von 160 Prozent oder darüber und einen Anstieg in der Schwarzmarktwirtschaft. In Mexiko City sind allein schätzungsweise 600 000 Straßenverkäufer tätig. Dies würde seinerseits »die fragile Finanzstabilität aushöhlen, die seit Mitte des Jahres 1986 existiert«, und eine »abweichende Schockplanung« erforderlich machen. □

Tauschaktion Land gegen Schulden in Lateinamerika

Die Weltkommission der Vereinten Nationen für Entwicklung und Umwelt schickte eine hochrangige Delegation durch Lateinamerika, die eine »umweltfreundliche Lösung für Außenschulden« propagiert, das heißt Tauschaktionen Schulden gegen Land.

Nach kürzlich von Bolivien und Costa Rica getroffenen Vereinbarungen wurde beispielsweise eine bestimmte Menge Land als »natürliches Schutzgebiet« vorgesehen, das nie erschlossen werden soll, was als Gegenleistung diente für eine bestimmte Menge an Schuldscheinen des Landes.

Die »Bruntland-Kommission« – nach dem norwegischen Parteivorsitzenden Bruntland benannt – stellte in Argentinien ihren Bericht »Unsere gemeinsame Zukunft« vor, der als ein »neuer weltweiter Versuch, die Probleme von Schulden, Entwicklung und Umweltschutz anzugehen«, beschrieben wird.

Zu den Mitgliedern der Kommission gehören unter anderem Vladimir Sokolov von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die kolumbianische Umweltschutzpolitikerin Margarita Botero, Brasiliens Umweltschutzminister Paulo Nogueira Netto, der ehemalige sudanesische Außenminister Mausour Khalib und die Senatorin Susanna Agnelli aus Italien, die Leiterin der italienischen Sektion des World Wildlife Fund (WWF) und Sproß einer der reichsten Familien Italiens.

Der WWF hat den Tausch Schulden gegen Land im Fall Boliviens vermittelt. □

Deutsche Linke finanzieren Guerillas

Präsident Duarte von El Salvador richtete schwere Vorwürfe gegen deutsche Linke, die Millionen-Dollar-Beträge an die Aufständischen seines Landes überweisen. Zu den Förderern der Guerillas zählt auch die in Westberlin erscheinende »Tageszeitung«, die ein Konto für Waffenkäufe eingerichtet hat. Auf diesem Konto liegen zur Zeit vier Millionen DM. Diese Unterstützungen kosten täglich Hunderten Bürgern des Landes das Leben. □

Steigerung der Investitionen in der EG

Im Jahr 1986 sind die Investitionen in der Europäischen Gemeinschaft (EG) insgesamt um 3,4 Prozent gestiegen. Nach einem jetzt vorgelegten Bericht der EG-Kommission bedeutet dies eine deutliche Steigerung gegenüber 1985 (2,3 Prozent). Die Entwicklung reichte jedoch für eine spürbare Senkung der Arbeitslosigkeit bei weitem nicht aus.

Zur Belebung der Investitionstätigkeit haben in den meisten Mitgliedstaaten mehrere Fakten beigetragen: eine verbesserte Finanzlage der Unternehmen, Zinssenkungen, Steigerung der Kapitalerträge im Industrie- und Dienstleistungssektor sowie in einigen EG-Ländern staatliche Investitionsanreize.

Derzeit sind Investitionen in Produktionssektoren nahezu ebenso gewinnversprechend wie spekulative Anlagemöglichkeiten. Allerdings haben die Kapitalerträge nur in der Bundesrepublik Deutschland das Niveau vor der ersten Ölkrise im Jahr 1973 erreicht.

Die Zunahme der Investitionstätigkeit ist in Dänemark, Spanien, Portugal, den Niederlanden und Belgien besonders ausgeprägt. Nach Ansicht der Kommission haben die durch den EG-Beitritt der beiden iberischen Länder erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen einen beträchtlichen Investitionsschub ausgelöst. Eine abnehmende Investitionstätigkeit verzeichneten lediglich Irland und Griechenland.

Am stärksten war der Anstieg mit 5 Prozent (inflationsbereinigt) im industriellen Bereich. Verarbeitungssektoren wie die Textil-, Holz-, Papier- und Kunststoffbranche wiesen Wachstumsraten von 14 Prozent auf. Auch elektromechanische Industriezweige konnten einen Zuwachs von 13 Prozent verbuchen. Nur die metallverarbeitenden Unternehmen mußten Einbußen hinnehmen.

Schwachpunkt bleibt nach Auffassung der Kommission das Mißverhältnis zwischen der Investitionstätigkeit in den zwölf EG-Staaten und ihrem Wirtschaftswachstum. Die jährlichen Steigerungsraten lägen nach wie vor weitaus niedriger als vor dem ersten Ölschock. Daher sei ein beträchtlicher Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. □

EG-Darlehen gegen Arbeitslosigkeit

Die von der Europäischen Gemeinschaft 1986 gewährten Darlehen von insgesamt 8,5 Milliarden ECU (ein ECU gleich 2,07 DM) werden nach Einschätzungen der EG-Kommission zur Schaffung von 60 000 Arbeitsplätzen beitragen.

Wie aus einem Bericht über die gemeinschaftlichen Anleihen und Darlehen hervorgeht, standen den von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gewährten Krediten Investitionen von insgesamt 22,8 Milliarden ECU gegenüber. Brüssel erwartet von diesem Investitionsbereich 30 000 neue Arbeitsplätze, davon 23 000 in der Industrie. Mehr als 80 Prozent der Arbeitsplätze im Industriesektor würden nach den Berechnungen der Kommission auf die kleinen und mittleren Betriebe entfallen.

Dank der Darlehen, die die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl für Maßnahmen zugunsten der von der Krise im Kohlebergbau und Stahlsektor betroffenen Arbeitnehmer zur Verfügung gestellt hat, werden voraussichtlich 31 000 Ersatzarbeitsplätze entstehen.

60 000 neue Stellen sind angesichts der Millionen von Erwerbslosen in der EG zwar ein Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch ist die Bedeutung der EG-Darlehen nicht zu unterschätzen, da sie in die EG-Regionen mit dem höchsten Arbeitslosenanteil fließen. □

Handel EG – Comecon nimmt ab

In den beiden vergangenen Jahren hat der Warenaustausch der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit den Ostblockländern – abgesehen vom innerdeutschen Handel – erheblich abgenommen. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG sank der Anteil der Importe aus den Comecon-Staaten an den gesamten EG-Einfuhren von 9,2 Prozent

im Jahr 1984 auf 8,3 Prozent im Jahr 1985 und sogar auf 7,6 Prozent im letzten Jahr.

Entsprechend verringerten sich die Ausfuhren der Gemeinschaft in diese Länder von 6,3 Prozent (1984) auf 6,2 Prozent (1985) und schließlich auf 5,9 Prozent (1986). Dieser Rückgang war im Handel mit fast allen Ostblockstaaten zu beobachten.

1986 erhöhten sich nur die Exporte in die DDR. Im ersten Quartal dieses Jahres ließ sich eine Fortsetzung des allgemeinen Trends feststellen. Der Handel der EG mit den Comecon-Ländern verringerte sich im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr erneut um 17 Prozent. □

Spekulationen um Gold

Der Vorschlag des amerikanischen Finanzministers James Baker, einen Warenkorb einschließlich Gold als Indikatoren aufzunehmen, die die Zentralbanken beobachten sollen, wenn sie ihre währungspolitischen Richtlinien festlegen, hat zwar eine Menge Aufmerksamkeit auf sich gezogen, doch es ist in Wirklichkeit ein Vorschlag mit wenig Substanz. Was er sagt, ist: Wir sollten zusammen mit allen anderen Dingen, die wir beobachten, den Rohstoffpreisindex aus dem »Economist«, Dow Jones oder von Reuters beobachten.

Es ist falsch anzunehmen, daß Baker damit eine Art Rückkehr zum Goldstandard vorschlagen will. Wichtiger ist die Reaktion auf einen deutschen und japanischen Vorschlag, der Internationale Währungsfonds (IWF) solle einiges von seinem Gold verkaufen und die Erlöse zur Unterstützung armer afrikanischer Länder verwenden.

Der Direktor der Weltbank meinte, er sei überrascht, daß einige der IWF-Mitglieder die »Familienjuwelen« verkaufen wollten. Eine starke Opposition dagegen kam aus den Vereinigten Staaten – eine entscheidende Änderung im Vergleich zur amerikanischen Politik vor zehn Jahren.

Zweifellos ist die Haltung der USA teilweise auf Saudi-Arabien zurückzuführen, die dem IWF 12 Milliarden Dollar geliehen haben und diese Sicherheiten nicht gefährdet sehen wollen. Folglich kann man ziemlich sicher sein, daß es in den nächsten ein bis zwei Jahren zu keinen größeren Goldverkäufen von seiten der Staaten kommen wird.

Das Gold stockt noch immer am unteren Ende seiner engen Handelsspanne. Solange es über 450 US-Dollar steht, hält es spekulative lange Positionen. Da der Aufwärtstrend des Dollar endgültig zu Ende ist, könnte das Gold noch immer laufen. Wenn das Gold allerdings unter 450 Dollar fällt, kann man davon ausgehen, daß der gegenwärtige saisonbedingte Aufwärtstrend vorüber ist. □

Peru wird Banken verstaatlichen

Die Banken Perus werden vielleicht schon bald verstaatlicht werden. Der Gesetzentwurf zur Verstaatlichung des Bankensystems ist von den Politikern angenommen. Die vom Senat vorgeschlagenen Änderungen erfolgen und der Gesetzentwurf kann dann vom Präsidenten Alan Garcia eingebracht werden, nachdem nachgewiesen worden war, daß große Mengen von Drogengeldern innerhalb des Bankensystems reingewaschen wurden. □

Hongshang hat Marine Midland übernommen

Wie das »Wall Street Journal« berichtete, hat die Hongkong- und Shanghai-Bank unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Vorstandes von Marine Midland die Genehmigung erhalten, »48 Prozent von der Marine Midland Banks zu kaufen, die sie noch nicht besitzen, indem sie ihr Angebot stark erhöhen, nämlich auf rund 758 Millionen Dollar«.

Dem Bericht der Zeitung zufolge »würde der Besitz der ganzen Marine Midland der Hongkong- und Shanghai-Bank einen sicheren Hafen bieten, wenn sie im Jahr 1997 einen brauchen sollte, dem Jahr, in dem die Kontrolle Hongkongs von England auf China übergeht«. □

Die Zahlen der Weltbank

Die Weltbank berichtet, daß im Jahr 1986 mehr Entwicklungsprojekte in der dritten Welt finanziert worden sind als je zuvor, dabei fiel die Darlehenssumme von 1,16 Milliarden Dollar auf 920 Millionen. Die Daten der Weltbank zeigen, daß 109 Schuldnerländer 30 Milliarden Dollar mehr an Zinsen gezahlt haben, als sie von amtlichen und privaten Kreditgebern netto ausbezahlt bekamen. □

EG-Minister fürchten Zusammenbruch des Dollar

Die Finanzminister der zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben Schritte unternommen, um ihre Länder vor einem möglichen Zusammenbruch des Dollar zu schützen. Die Minister genehmigten einen Vorschlag der Schweizer Bank for Internationale Settlements in Basel, die empfohlen hat, Interventionen zur Währungsstützung unter den Mitgliedsstaaten des europäischen Währungssystems zu koordinieren. Insbesondere Frankreich hat diesen Vorschlag stark befürwortet.

Die Gespräche gingen auch in die Richtung, daß die EG-Länder Schritte zur Beseitigung bestehender Devisenkontrollen innerhalb der Gemeinschaft unternehmen, ein Schritt, der von jenen befürwortet wird, die den europäischen Handel zunehmend in einer europäischen Währungseinheit, dem ECU, abwickeln wollen und nicht mehr in Dollar oder den Landeswährungen.

Jüngste währungspolitische Stürme haben vor allem Italien hart getroffen. Inzwischen verkündete die Regierung Goria in Rom eine Reihe von Notmaßnahmen zur Stabilisierung der Lira, indem die Bankkreditabschöpfung von gegenwärtigen 13 Prozent auf acht Prozent gesenkt wurde.

Nach einem Zeitraum, der an der Mailänder Börse nach und nach in den Zusammenbruch führte, war die Lira gegenüber anderen Währungen im europäischen Währungssystem stark gefallen. Im Verlaufe einer einzigen Woche gab die Bank von Italien zwei Milliarden Dollar zur Stützung ihrer Währung aus. Konfrontiert mit den Alternativen Abwertung oder Kreditkürzung, entschloß sich Goria für das letztere. □

UNICEF hat einen neuen Schuldenplan

»Ein innovativer Plan für Banken, afrikanische und lateinamerikanische Kredite in Spenden zu verwandeln, würde die Schuldendienstzahlungen in den Schuldnerländern arbeiten lassen«, heißt es in einem Bericht der »Financial Times«.

Weiter wird berichtet: »Mr. Richard Jolly, stellvertretender Direktor bei UNICEF, sagte in London, man verhandele mit verschiedenen US-Banken und eine habe den Plan – Schuldenerlaß für das Überleben der Kinder – in Erwägung gezogen.«

Die Banken würden einen Teil ihrer Kredite an die UNICEF überschreiben und sie als steuerabzugsfähige Spende dann abschreiben können. Die UNICEF werde dann versuchen, das Geld einzutreiben. Eine ungenannte Bank erwähnt eine Abschreibung in Höhe von fünf Millionen Dollar, heißt es in der britischen Zeitung. □



Aktien

Der Boom geht nicht ewig weiter

C. Gordon Tether

Derzeit ist so viel Geld auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, daß die zunehmende Gefahr besteht, daß die Entwicklung der Aktienpreise von den Grundlagen der Nationalökonomie völlig abweicht. Es ist eine klassische Ironie, daß trotz der vielberedeten Renaissance traditioneller monetärer Kontrollen der Konjunktur im letzten Jahrzehnt der Geldbestand weltweit nie zuvor in dem Ausmaß ausgeweitet wurde wie seit Anfang der achtziger Jahre.

Die Erklärung dafür liegt in der Tatsache, daß durch die weitverbreitete Liberalisierung des Finanzverkehrs und dessen zunehmende Internationalisierung die Bankengemeinden in großem Rahmen internationale Kredite schaffen konnten – und zwar in den meisten Fällen unter völliger Mißachtung der Restriktionen im eigenen Land.

Schlechte Aussichten für Obligationen

Diese ungeheuere Expansion in der nach Anlagemöglichkeiten suchenden Geldmenge fiel zusammen mit einem deutlichen weltweiten Konjunkturabschwung. Die Vereinigten Staaten haben natürlich in den letzten Jahren deutliche Steigerungen im Bruttosozialprodukt zu verzeichnen gehabt.

Doch anderswo waren Stagnation oder ungewöhnlich schlechte Jahreszuwachsraten die Regel. Die unvermeidliche Folge war eine anhaltende Tendenz für ein Angebot von nach Anlagemöglichkeiten suchenden Finanzmitteln, um die sich ergebenden Gelegenheiten zu nutzen.

Nirgendwo sonst wurde dies deutlicher als im Verhalten von Märkten, auf denen gewöhnliche Aktien gehandelt werden. In der Vergangenheit hätte man damit gerechnet, daß bei einem Überangebot an Anlagekapital die Wertpapierpreise im gleichen Verhältnis steigen, das heißt, daß Obligationen im gleichen Maße steigen wie Dividendenpapiere.

Die Investition in Obligationen ist jedoch schlecht, seit die Öffentlichkeit auf bitterem Wege erfahren mußte, wie sehr Papiere, die mit dem Geldwert so stark identifiziert werden, angesichts von Inflation in so hohem Maß an Wert verlieren.

Außerdem wurde das verstärkte Interesse der Investitionen in festverzinsliche Wertpapiere, die der starke Fall in den Inflationsraten verstärkt hätte mit sich bringen sollen, zunichte gemacht, weil sich die Zinssätze nicht auf die üblichen Werte zurückbewegt haben.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien sind sie beispielsweise noch immer doppelt so hoch, das heißt, die Marktwerte der jeweiligen Aktien sind um so vieles niedriger, als sie wären, wenn die traditionellen Verhaltensmuster von Anlagepapieren eingehalten worden wären.

Überangebot an Anlagekapital

Das Endergebnis ist, daß das Überangebot an Anlagekapitel auf normalen Aktienmärkten nach Anlagemöglichkeiten sucht, was allem Anschein nach zu einer größeren Preisverzerrung führt. Vor einem Jahr betrugen die Aktienerlöse laut Dow Jones Index durchschnittlich 3,5 Prozent. Kürzlich lag der Wert bei 2,5 Prozent.

Eine ähnliche Bewegung ist in Großbritannien aufgetreten, wo der Wert laut »Financial Times« von 4,5 auf 3,5 Prozent gesunken ist.

Das Ausmaß, in dem sich Anlagenverzinsungen durch die neuen Faktoren in den letzten Jahrzehnten auf den Wertpapiermärkten verändert haben, wird noch deutlicher, wenn man die gegenwärtige Situation mit früher vergleicht, das heißt, bevor zweistellige Inflationszahlen selbst in fortgeschrittenen Industrieländern die Regel wurden. Früher lagen die Verzinsungen bei Industrieaktien in der Regel – pro 100 investierten Dollar – über den Sätzen, die für festverzinsliche Staatspapiere erzielbar waren.

Der Grund dafür lag darin, daß die Kapitalanleger der Ansicht waren, daß die größere Zuverlässigkeit von Staatspapieren niedrigere Erlöse aus solchen Papieren rechtfertigte.

Heute verhält es sich vielmehr genau umgekehrt. Derzeit erhält man aus einer typischen amerikanischen Industrieaktie pro 100 investierte Dollar nur wenig mehr als ein Viertel dessen, was man aus festverzinslichen Bundesanleihen erzielen kann.

Eine ähnliche Situation herrscht in Großbritannien, wo sich die Verzinsungen bei Industrieaktien bei 3,5 Prozent befinden gegenüber Erlösen von etwa zehn Prozent bei Staatspapieren. Das gleiche gilt im wesentlichen auch für die Bundesrepublik Deutschland und andere wichtige Industrieländer.

Die Frage, die sich offensichtlich stellt, ist, ob der Ansturm auf die gewöhnlichen Aktien nicht so weit gegangen ist, daß eine Situation geschaffen wurde, wo die Marktwerte den Kontakt zu den ökonomischen Realitäten völlig verloren haben. Damit – das sollte betont werden – soll nicht angedeutet werden, daß festverzinsliche Papiere so weit unter ihrem Wert liegen, daß sie zu einem »guten Kauf« geworden sind.

Eine grundlegende Trendwende

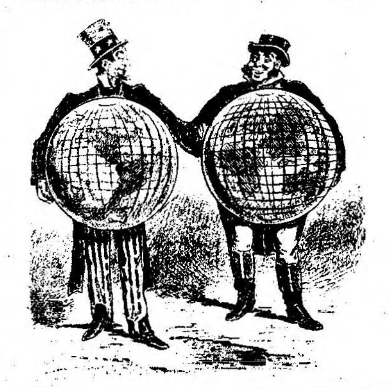
Man könnte argumentieren, daß bei den Markteinschätzungen für ihre Aussichten die günstigen Auswirkungen der grundlegenden Wende zum Besseren hin an der Inflationsfront nicht genügend berücksichtigt wurden. Doch es gibt noch so viele andere Imponderabilien bezüglich ihrer Aussichten, daß der Kapitalanleger gut beraten sein mag, wenn er sie weiterhin in Ruhe läßt.

Was offenbar erkannt werden muß, ist die Tendenz der Aktienmärkte, sich so zu verhalten, als würde der Boom bei den gewöhnlichen Aktien ewig so weitergehen – wenn auch nicht in so großen Schritten wie in der jüngsten Vergangenheit –, doch dies ist in keiner Weise gerechtfertigt.

Anders ausgedrückt: Man kann sicherlich behaupten, daß durch die Erhöhung der Preise auf die Werte der letzten Monate die Aktienmärkte sich die Menge der Früchte, die die Industriefirmen aus dem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum wahrscheinlich ernten werden, für die nächsten Jahre verringern werden.

Daraus würde folgen, daß eine grundlegende Trendwende in Ordnung wäre, wobei die Aufwärtsbewegung der Preise unterbrochen und möglicherweise in gewissem Maß sogar umgekehrt werden könnte, wie es in den letzten Wochen tatsächlich weltweit passierte.

Das Verhalten auf einigen der führenden Aktienmärkte weist seit Jahresmitte sogar darauf hin, daß diese Vorstellung zunehmend an Boden gewinnt. Am deutlichsten war diese plötzliche Abwärtsbewegung der Aktienpreise an der Londoner Börse etwa einen Monat nach den Wahlen in Großbritannien, als klar war, daß die Regierung Thatcher weitere fünf Jahre an der Macht bleiben würde – zur großen Freude der Geschäftswelt. Die Kapitalanleger wären überall klug beraten, sich diese wichtigen Informationen zu Herzen zu nehmen. □



Oppenheimer-Clan

Großes Geld und seltsame Bett-genossen

Carl Freigang

Die Politik, so heißt es, macht seltsame Bettgenossen. Das gleiche gilt für das große Geld, wie durch das Bündnis zwischen Harry G. Oppenheimer und dem Kreml demonstriert wird.

Die Sowjetunion ist angeblich der Todfeind sowohl des privaten Kapitalismus als auch von Südafrika, und Oppenheimer ist einer der Welt größten Kapitalisten und stammt aus Südafrika. Doch die Sowjets sind eng mit Oppenheimers De Beers Corporation verbunden, dem südafrikanischen Diamantenkonsortium, und leiten ihre in Sibirien hergestellten Edelsteine durch die Kanäle der Oppenheimer-Firma.

Kontrolle des Welt-Diamantenmarktes

Nach dem Tod von Sir Cecil Rhodes hat die Familie Oppenheimer dessen Diamanten-Imperium übernommen. Rhodes hat Diamanten auf der De-Beers-Farm entdeckt, die er zusammen mit angrenzenden Farmern von den Buren gekauft hatte. Diese Farmen wurden die ersten De-Beers-Diamantenminen und waren jahrelang weltweit die Hauptlieferanten für Diamanten und Edelsteinqualität.

Anfang der fünfziger Jahre traten auch Britisch-Guiana und die Goldküste – heute Ghana – als Diamantenproduzenten von Edelsteinqualität hervor, doch lagen sie weit hinter der Kapprovinz von Südafrika und dem südafrikanisch kontrollierten Südwestafrika – manchmal auch Namibia genannt wegen der Wüste Namib, wo sich der größte Teil der Diamantenlager befindet.

Im Mittelpunkt der Situation stand die Tatsache, daß Rhodes



Harry Oppenheimer kontrolliert den Diamanten-Markt in Ost und West, allerdings tauchen seit Gorbatschow Wolken am Horizont auf.

hohe Kredite bei J. P. Morgan aufgenommen hatte, dem amerikanischen Finanzier, der Andrew Carnegies Stahlimperium gekauft hatte und US-Steel – jetzt die USX Corporation – daraus schuf.

Die Oppenheimer-Familien haben sich ebenfalls zusammen mit anderen Kapitalisten früh dort eingekauft. Schon ab einem sehr frühen Zeitpunkt Anfang dieses Jahrhunderts kontrollierte ein Oppenheimer den Löwenanteil des Welt-Diamantenmarktes. Alles war unter Kontrolle bis Anfang der fünfziger Jahre.

Dann überschlugen sich die Ereignisse.

Belgisch-Kongo – jetzt Zaire – überholte sowohl Südafrika als auch Südwestafrika als der Welt führender Diamantenproduzent. Zum Glück für De Beers war dies jedoch hauptsächlich Der »Bort« (Ausschuß), oft Industriediamanten genannt, und beeinflußte den Edelsteinhandel kaum.

Dann war Botswana an der Reihe. Das ehemalige britische Protektorat in Südafrika machte als bedeutender Produzent von Diamanten mit Edelsteinqualität von sich reden. Rasch reihte sich auch die Sowjetunion in die Reihe der Diamantenproduzenten ein und erschloß wichtige Vorkommen in Nordostsibirien.

Der Machtbezirk der Oppenheimer

Gerade als die UdSSR De Beers weltweit wichtigsten Diamantenproduzenten von Edelsteinqualität herausforderte, kam Australien daher und beflügelte beide mit Vorkommen im westlichen Teil des Inselkontinents.

Im Jahr 1986 ging Australien mit 29,2 Millionen Karat als Diamantenhersteller in Führung – verglichen mit 20,5 mc (metrische Karat) für Zaire, 13 mc für Botswana, 12 mc für die Sowjetunion und 10,2 mc für Südafrika.

Etwa drei Viertel der im vergangenen Jahr im Wert von fast 2,6 Milliarden Dollar verkauften Diamanten kamen von außerhalb von Südafrika und Südwestafrika – dem Machtbezirk der Oppenheimers. Doch der Londoner »Financial Times« zufolge wurden diese Diamanten durch Joint-ventures vermarktet, in denen sich De Beers und externe Lieferquellen hervortaten.

Wie kam das? Wenn es ums Geschäft geht, weiß das Oppenheimer- und De-Beers-Management, wie man im voraus plant. Als neue Diamantenminen geöffnet wurden, begann De Beers eine Kriegskasse zu starten: Reserven in Bar, in Gold und anderen, leicht umsetzbaren Vermögenswerten, die eingesetzt werden sollten, sobald eine Notsituation auftreten würde.

Diese Notsituation trat in der Rezession Anfang der achtziger Jahre ein, als der Preis eines einkarätigen Diamanten von Spitzenqualität von 60 000 Dollar auf 10 000 Dollar fiel. De Beers, die ihren Reservevorrat an Diamanten im Jahr 1980 ausgeschöpft und sie zu damals stabilen Preisen von 60 000 Dollar pro Karat verkauft hatten, marschierten plötzlich in die entgegengesetzte Richtung, als die Rezession kam.

De Beers benutzten ihre Kriegskasse und kauften Diamanten zu 10 000 Dollar das Karat von Händlern, die sich übernommen hatten und bankrott gingen, und schafften sich so einen erneuten Vorrat im Wert von 1,9 Milliarden Dollar. In dem Zusammenhang wurden Geschäfte ausgehandelt, im Zuge derer De Beers Marktzugeständnisse erhielt.

Gorbatschow für eigenen Diamanten-Handel

Obwohl die UdSSR die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika im Jahr 1963 abgebrochen hat, werden die Steine aus Sibirien über Zwischenhändler an De-Beers-Vertriebsstellen geliefert. Die Beziehung bringt den Sowjets jährlich rund eine Milliarde Dollar an Exporterlösen.

Doch da gibt es eine Wolke am Horizont. Michail Gorbatschow will mehr externe Einnahmequellen und wird mit De Beers vielleicht in Wettbewerb treten. Die UdSSR verkauft polierte Steine bereits selbständig und leitet ihre ungeschliffenen Steine über die De-Beers-Kanäle.

Es ist möglich, daß die Sowjets in direkten Wettbewerb zu dem Oppenheimer-Konzern treten, was die sowjetische Unterstützung der streikenden Minenarbeiter in Südafrika noch verdächtiger macht. Die Leute an den Welt-Diamantenbörsen beobachten das Ganze mit ängstlicher Sorge. □



Banker

Unruhen in Lateinamerika

Jose Garcia

Was hat der Kampf des peruanischen Präsidenten Alan Garcia mit den internationalen Banken und der Anwesenheit zahlreicher US-Kampftruppen in Ecuador zu tun? Schon etwas, doch man muß die Gesamtentwicklung in diesem Zusammenhang sehen, um die Verbindung erkennen zu können.

Das Überleben mehrerer lateinamerikanischer Regierungen hängt tatsächlich von einer verwirrenden US-Politik und den Machenschaften multinationaler Banken ab, die Riesensummen an die Regime in der dritten Welt verleihen.

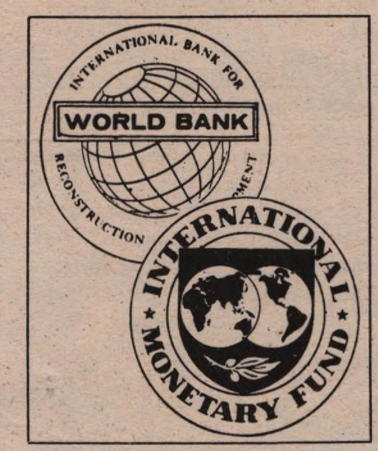
Spione in der Regierung Garcia?

Die Garcia-Regierung wird unterwandert. In einem Bericht aus Lima, der in »El Dia« in Montevideo, Uruguay, erschien, wird von Perus Außenminister Allan Wagner behauptet, er wolle die Subversion in seinem Land neutralisieren.

In der Diskussion um den Ursprung der »Unterstützungs-Gruppierungen«, die den terroristischen Sendero-Luminoso (Leuchtender-Pfad-)Guerillas helfen, behauptete er, daß solche Gruppen »in den Vereinigten Staaten, Europa und Indien gebildet werden«. Wagner fuhr fort, »diese Gruppen sind klein und wurden von unseren Botschaften im Ausland entdeckt«.

Der argentinische Kolumnist Eric Ehrmann sagt: »Man könnte geneigt sein, Wagner und seinem Agent-provocateur-Szenario zu vergeben, das sich anhört, als wäre es mehr für den inländischen als den internationalen Gebrauch bestimmt.«

»Zu einer Zeit«, so Ehrmann, »wo Perus Demokratie es nötig hat, von der Welt ernst genommen zu werden, trägt eine solche Sprache schließlich wenig dazu bei, dies zu erreichen.«



Lateinamerikanische politische Experten vermuten, daß Garcia und seine Regierung von kommunistischen Guerillas und möglicherweise auch von Nationalisten des äußersten rechten Flügels unterlaufen werden. Sollte dies der Fall sein, so kann die Präsenz der Vereinigten Staaten in Ecuador der Region zumindest die symbolische Zusicherung geben, daß Amerika zur Stabilität in dieser Gegend beitragen möchte.

»Leider«, sagt Ehrmann, »dienen Wagners Aussagen nur dazu, diese Stabilität auf militärischem Weg zu schaffen und nicht auf diplomatischem Weg.« Das ist es, was die Südamerikaner beunruhigt, die Demokratien wollen und sowohl antikommunistisch als auch antimilitärische Diktaturen sind.

Die seltsame Rolle der US-Truppen

Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten Kampftruppen in Ecuador stationiert haben, angeblich um der Regierung dabei zu helfen, gegen die Drogenhändler vorzugehen, die im nördlichen Teil des Landes operieren. Die Präsenz und das Ausmaß, in dem US-Militär darin verwickelt ist, wurde kürzlich durch eine einflußreiche argentinische Zeitung, den »Herald« aus Buenos Aires, bestätigt.

Doch es ist mehr an der amerikanischen Militärpräsenz in Ecuador als für das bloße Auge sichtbar. Der Präsident von Ecuador, Leon Febres Cordero, sollte vor kurzem das Opfer einer Entführung werden, die angeblich von Anhängern des Generals der Luftwaffe, Frank Vargas, ausging. Er wird Febres' Gegner in den Wahlen sein, die im kommenden Jahr stattfinden, und er kann auf die Unterstützung des Militärs zählen.

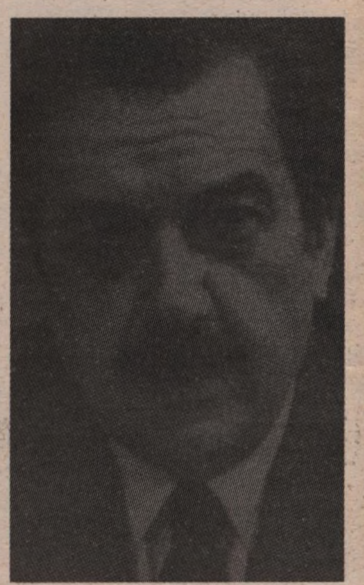
Kurz nach diesem Kidnapping-Zwischenfall lud Febres die Vereinigten Staaten ein, auf ecuadorianischem Boden eine sechsmonatige Übung mit dem Namen »Blazing Trails« (»Heiße Spuren«) durchzuführen. Unter dem gegenseitigen inter-amerikanischen Hilfsabkommen kann Ecuador die USA um technische Schulung und Unterstützung bitten, die von US-Soldaten jetzt in Ecuador geliefert wird.



Contra-Soldaten transportieren ihre verwundeten Kameraden entlang der nicaraguanisch-honduranischen Grenzen nach einem Kampf mit den Sandinistas.

Der Londoner Zeitung »Latin American Weekly Report« zufolge, können die USA im Rahmen der »Blazing-Trails«-Übung zu einer Zeit bis zu 6000 Mann ihrer Truppen in Ecuador haben. Eine wichtige Aufgabe der amerikanischen Streitkräfte ist – nach Angaben der Regierung Febres – der Bau von Straßen und die Wiederinstandsetzung von Brücken, die im März dieses Jahres bei Erdbeben zerstört wurden.

Diese Erklärung wird allerdings von den Nachbarländern von Ecuador kaum akzeptiert.



Raul Alfonsin, Vertreter der Banker-Partei in Argentinien, mußte bei den letzten Wahlen starke Verluste einstecken.

Eine militärische Operation dieser Größenordnung hat gewisse Ähnlichkeiten mit den derzeitigen Aktivitäten der Reagan-Regierung in Honduras im Zusammenhang mit der Destabilisierung der Regierung in Nicaragua und dem allgemeinen Eindämmen der Ausbreitung des Kommunismus und kommunistischer Bewegungen in Lateinamerika.

Ehrmann sagt über die Präsenz von US-Streitkräften in Ecua-

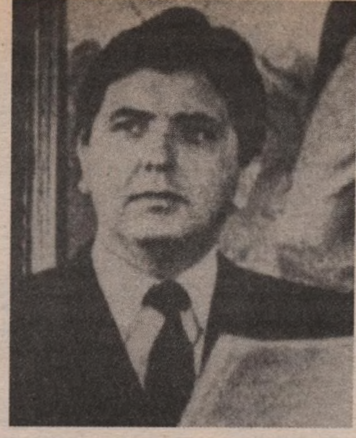
dor: »Man könnte annehmen, daß die Operation ›Blazing Trails‹ aus ähnlichen Gründen durchgeführt wird.«

»Benehmt Euch oder Ihr werdet gestürzt!«

Und obwohl es in Presseberichten Hinweise dafür gibt, daß die kommunistischen Shining-Path-Guerillas ihren Ansatz zur Revolution im benachbarten Peru dahingehend geändert haben, daß sie sich jetzt auf Aktionen in den Städten Lima und Callao konzentrieren, herrscht berechtigte Sorge unter den Militärs in den Vereinigten Staaten und Lateinamerika, daß die maoistisch orientierten Guerillas sich auch auf die Nachbarländer ausdehnen werden.

Das Gebirgsdreieck, das von den Grenzen Ecuador, Kolumbien und Peru gebildet wird, bietet eine ausgezeichnete Wirkungsstätte für Guerilla-Operationen.

Garcia ist davon überzeugt, daß die kommunistischen Guerillas von den Banken finanziert werden, um Druck auf seine Regierung auszuüben. Die Botschaft lautet: »Benehmt Euch oder Ihr werdet gestürzt!«



Alan Garcia war mit seiner Regierung das erste Land, daß die Zinszahlungen zunächst stornierte.

Garcia möchte ein Bündnis südamerikanischer Länder gegen die Inhaber externer Obligationen schaffen, denn alleine kann er wenig ausrichten. Doch die anderen Länder in der Region halten sich zurück und warten ab, was in Argentinien passiert.

Raul Alfonsin, der Präsident Argentiniens, kooperiert jedoch mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und scheint wenig geneigt, auf die Linie Garcias einzuschwenken.

Zwei neue Entwicklungen haben jetzt die Lage der Dinge verändert. Die jüngsten Wahlen in Argentinien haben gezeigt, daß Alfonsin auf dem Land an Macht verloren hat. Die Peronisten hatten in diesen Gebieten größere Gewinne zu verzeichnen, eine Situation, die dem Regime Alfonsin nichts Gutes verheißt.

Und in Peru hat Garcia verkündet, daß er die Verstaatlichung des Bankensystems des Landes beabsichtigt, was ihm in seinen Verhandlungen mit den internationalen Großbanken mehr Macht, Einfluß und Druckmittel geben würde.

Die typische US-Taktik

Was demokratisch orientierten Lateinamerikanern Sorge macht, ist die Tatsache, daß die US-Streitkräfte es mit den Militärs verschiedener Länder zu tun haben und nicht mit den jeweiligen gewählten Regierungen.

Febres ist scheinbar der Meinung, er könne eine politische Herausforderung durch das Militär dadurch abschwächen, indem er sich offen zeigt für direkte Militärhilfe, also US-Militär direkt an ecuadorianisches Militär. Garcia dagegen bereitet den Boden dafür, amerikanische Militärhilfe gegen die Shining Path zu verlangen, in der Hoffnung, den internationalen Banken damit ebenfalls einen Schlag zu versetzen.

Und in Argentinien zerbröckelt Alfonsins Zivilregierung nach und nach durch ein Wiederaufleben der Militärs, die das Land jahrelang regiert haben.

Unterdessen fragen sich die Lateinamerikaner, was – wenn überhaupt – die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten wohl über die Operation »Blazing Trails« und das, was sich dahinter verbirgt, weiß. □

Argentinien

Die Verlierer sind die Banker

Warren Hough

In einem ungeheueren Rückschlag für den Internationalen Währungsfonds (IWF) und dessen Großbankenklüngel wurde der Regierung von Argentiniens Präsident Raul Alfonsin in turbulenten Nationalwahlen im September die Macht – wenn nicht gar das Amt – entzogen.

Die Peronisten, Argentiniens führende nationalistische Oppositionspartei mit Verbindungen zum Militär, bekamen die Kontrolle über die 245 Sitze des Unterhauses im Kongreß und fünf von sieben Gouverneursposten.

Niederlage der IWF-Partei

Alfonsins Radikale Partei wurde schwer geschlagen, selbst in ihrer Hochburg, der Provinz von Buenos Aires, einem Schlüsselwahlkreis, der mehr als ein Drittel der argentinischen Wähler aufweist.

»Die Wirtschaftspolitik der Regierung verlieh uns den Anschein einer IWF-Partei«, räumte der Parteivorsitzende Juena Casella ein, der in seiner Kandidatur um den Gouverneursposten von Buenos Aires geschlagen worden ist. »Die Peronisten wurden als die einzig wirklichen Gegner der Banken angesehen. Das genügte, um sie an die Macht zu bringen.«

Seit er im Jahr 1983 mit etwas über 50 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, hat Alfonsin Argentinien regiert, »als wäre er Vorstandsmitglied des IWF«, sagte Dr. Massimo Vicenzio, ein argentinischer Wirtschaftswissenschaftler im UNO-Generalsekretariat.

»Die Banken überall haben Alfonsin als beispielhaften Führer in der dritten Welt hingestellt«, erläuterte Vincenzio. »In Argentinien bekam der IWF immer alles, was er wollte. Das Ergebnis ist eine lebhafte Demonstration dafür, daß das, was gut ist für den IWF, schlecht ist für die Schwellenländer.«

Die Wirtschaftsexperten des IWF fassen ihre eigenen Rezepte für arme Länder in einem einzigen Wort zusammen: »Sparmaßnahmen«.

Doch andere interviewte Beobachter verwenden weniger eindrucksvolle Begriffe, um die jüngsten Entwicklungen in Argentinien zu beschreiben.

»Unter Alfonsin hieß es, Sparmaßnahmen für die Armen, aber ›Überfluß‹ für die Financiers«, sagte Joachim Vielman, ein Korrespondent, der soeben aus Lateinamerika zurückgekehrt ist. »Argentinien hat fast die Hälfte seines hart verdienten Exporterlöses auf die Schuldscheine der internationalen Banken verwendet. Die Folge: die Arbeitslosigkeit stieg über 21 Prozent und es kam zu zahlreichen Kürzungen in der industriellen Produktion.«

Profite für Banker und Spekulanten

Wenn die Establishment-Medien über solch schlimme Entwicklungen berichten, heißt es gewöhnlich, die »Lebenskosten« sind gestiegen – in Argentinien um rund 120 Prozent im vergangenen Jahr.

»Aus jenen Zeitungsartikeln geht selten hervor, daß die Preise für Waren und Dienstleistungen, die von den Arbeitern benötigt werden, am stärksten steigen«, sagte Vielman. »Die Busfahrpreise, der Brotpreis, die Stromkosten, die Preise für Speiseöl, Arbeitsschuhe – diese Zahlen haben sich innerhalb eines Jahres zweimal verdoppelt. Im Vergleich dazu stiegen die Preise für Zigarren, Maßkleidung, Mitgliedschaften in Country Clubs und für Weine weitaus geringer. Die Finanzmärkte produzieren jedenfalls genug Profite für die Banker und Spekulanten, so daß der Inflation der Schwung genommen wird.«

Als Alfonsin die drei Jahre solcher, vom IWF auferlegter, Politik mit den Wahlen vom September törichterweise auf die Probe gestellt hat, war das Ergebnis verheerend. Seine Partei verlor fast ein Drittel der Stimmen und erhielt nach Hochrechnungen schätzungsweise weniger als 35 Prozent.

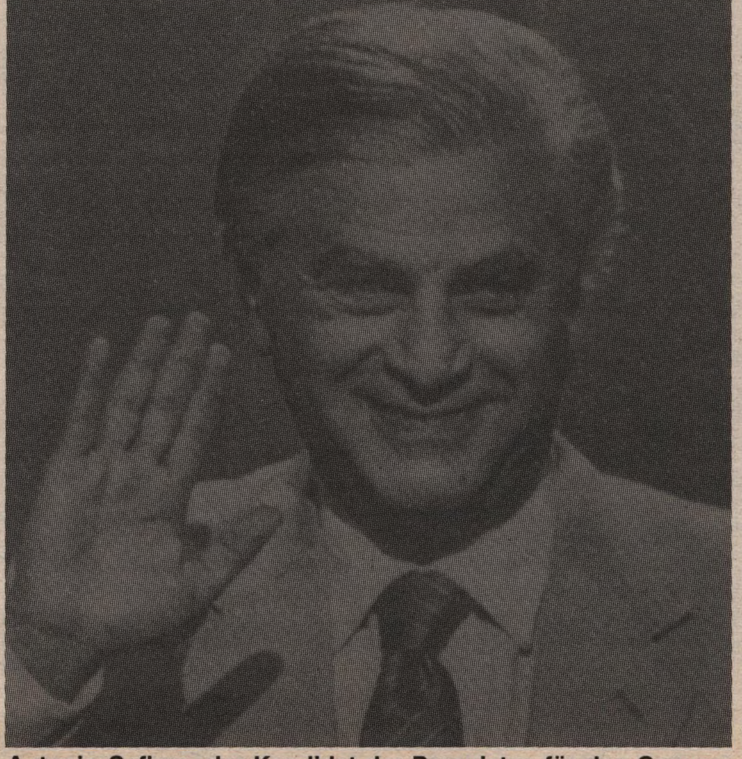
»Obwohl wir die Regierung noch nicht kontrollieren, so kontrollieren wir doch die Mehrheit«, sagte Antonio Cafiero, der siegreiche peronistische Kandidat der Provinz Buenos Aires. »Wir werden unser Mandat verantwortungsvoll einsetzen, doch es wird Änderungen geben müssen. In dringlichen Sozialfragen sind unmittelbare Reformen notwendig.«

Ein solch dringliches Thema, bei dem Alfonsin jetzt mit den unerbittlich gegen den IWF eingestellten Peronisten zu einer Einigung kommen muß, wenn er bis zum Ende seiner Amtsperiode – sie endet im Jahr 1989 – im Amt bleiben will, ist die Neuverhandlung von Argentiniens lähmender Außenschuld in Höhe von jetzt 57 Milliarden Dollar.

Die Banker haben Angst

»Die internationalen Banken brauchen uns nicht zu fürchten«, verkündete der designierte Gouverneur Cafiero, »wenn sie bereit sind, sich unseren Bemühungen um gerechtere und lebensfähigere Bedingungen für Argentiniens Arbeiter anzuschließen.«

Doch andere Informanten waren weniger optimistisch. So Vielman: »Wie ich höre, haben die Banker Angst, und ich denke, mit Recht.« □



Antonio Cafiero, der Kandidat der Peronisten für den Gouverneursposten der Provinz Buenos Aires, trug vor dem von Argentiniens Präsident Alfonsin gestützten Kandidaten einen überwältigenden Sieg davon.

Europa-Journal

Polens Jaruselski verurteilt Stalin-Ära

General Wojziech Jaruselski, der polnische Präsident, hat die »Unterdrückung und das Abschieben« von polnischen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg in einem Artikel in der Parteizeitung der sowjetischen Kommunistischen Partei »Kommunist« verurteilt. Das Erscheinen des Artikels an dieser Stelle deutet auf sowjetische Zustimmung von höchster Ebene hin.

Jaruselski bezog sich auf die Invasion Polens durch Sowjettruppen im Jahr 1939 und sagte, Moskaus Aktionen »hätten im Widerspruch gestanden zu Polens Recht auf Unabhängigkeit«. Er erinnerte auch an die Säuberungen des Zentralkomitees der polnischen Kommunistischen Partei durch Stalin im Jahr 1938 und behauptete, sie sei »auf der Basis grundloser, provokativer Anklagen« erfolgt.

Jaruselski schrieb, die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion vor und nach dem Krieg »seien gekennzeichnet gewesen durch einen Mangel an Vertrauen und durch Feindseligkeit, die sich oft in einen offenen Konflikt verwandelten. Sie führten zu mehr als einer Tragödie und haben dem Gewissen beider Seiten ihren Stempel aufgedrückt.«

In dem Artikel ist keine Rede von dem Molotow-Ribbentrop-Pakt, unter dem sich Hitler und Stalin im Jahr 1939 einigten, Polen zu teilen, und auch das »Massaker von Katyn« an polnischen Armeeoffizieren im Jahr 1941, das von Moskau niemals offiziell bestätigt worden ist, findet keine Erwähnung. □

Thatcher warnt Reagan vor Waffengeschäft

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher warnt den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vor »den Gefahren eines übereilten Handelns mit Rußland über Atomwaffen-Kürzungen im Hinblick auf Westeuropa«. Sie hat Reagan die Befürchtungen der britischen Verteidigungs- und Sowjetexperten vorgetragen, die der Meinung sind, daß eine »Nulloption« Westeuropa der Überlegenheit an konventioneller Macht der Sowjets aussetzen würde.

Die britischen Verteidigungsbosse befürchten, daß Reagan für die Interessen Europas bei seinem Bemühen, in seiner Amtszeit von einem historischen Waffenhandel von sich reden zu machen, »taube Ohren« haben wird.

Inoffiziell befürchten die britischen Experten, daß die Sowjets – falls Europa in einem Handel der Supermächte frei von Atomwaffen sein wird – eine Invasion in Westeuropa vornehmen könnten und dabei darauf spekulieren, daß die USA niemals einen nuklearen Holocaust für Europa riskieren würden, indem sie ihr interkontinentales Arsenal freisetzen. □

EG-Gelder für Erdwärme-Projekt

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben jetzt ein Abkommen zur gemeinsamen Erschließung eines geothermischen Feldes bei Sulz (Unter-Elsaß) unterzeichnet. In dem betreffenden Gebiet wurden im unterirdischen Gestein außergewöhnlich hohe Temperaturen gemessen: 500 Meter unter dem Erdboden kletterte das Thermometer auf 50 Grad, bei 1000 Meter sogar auf 110 Grad. Normalerweise erreichen die Temperaturen in diesen Bereichen nur etwa 20 Grad.

Bis Ende 1988 sollen die Experten ein Gutachten über die Durchführbarkeit des Vorhabens erstellen. Bei einem positiven Ergebnis könnte die Erdwärme der Stromerzeugung dienen oder ein Verteilersystem für Heizungswasser speisen.

An den Gesamtkosten von 7,6 Millionen ECU (ein ECU gleich DM 2,07) beteiligt sich die Europäische Gemeinschaft im Rahmen ihres Programms zur Erforschung nicht-nuklearer Energien mit 2,1 Millionen ECU, den Rest werden deutsche und französische Institutionen aufbringen. □

Katholiken lassen sich von Heiden weihen

Im Februar 1987 ließ sich Papst Johannes Paul II. im Indira-Gandhi-Stadion von Neu-Delhi von einer Inderin das Tilak-Symbol auf die Stirn zeichnen. Inzwischen wurde bekannt, daß auch Bischof Stimpfle in Begleitung von Bischof Müller in Indien »gezeichnet« wurde, und zwar mit dem Phallus-Symbol ebenfalls auf die Stirn. Katholische Geistliche sollten eigentlich die Gefährlichkeit solcher Riten kennen. □

Die Häresien des Papstes

»Was ist Johannes Paul II.?« fragt Abbé Georges des Nates in »Contre-Réforme Catholique«. Nachdem er die letzte Weihnachtsansprache vom Papst analysiert, gibt er selbst die Antwort: »Die Dogmatik des großen Häresiarchen predigt und praktiziert die Apostasie, die Selbstzerstörung der Kirche, den geistigen, moralischen, politischen, sozialen und militärischen Zerfall des Abendlandes in Anbetracht der jüdischen, islamischen, freimaurerischen und sehr wohl auch kommunistischen Fanatismen. Dies verspricht der Welt im Zorn Gottes die Drangsale der Apokalypse.« □

Zahl der Abtreibungen steigt weiter

Im vergangenen Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen 29 926 Schwangerschaftsabbrüche registriert, ein Anstieg um 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen stiegen auch in Hessen, Saarbrücken und Berlin, sanken jedoch in den anderen Bundesländern.

Nordrhein-Westfalen ist in der Gesamtzahl der Abbrüche mit 32 Prozent nach Ansicht des familienpolitischen Sprechers der CDU im Landtag, Antonius Rüsenberg, »überproportional vertreten«. Rüsenberg wertete es als »Skandal«, daß im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen über 89 Prozent der Abtreibungen mit schwerer sozialer Not begründet wurden.

Die Zahlen sind der offiziellen Statistik entnommen, die die wirklichen Abtreibungen verschleiert. Die wahre Anzahl der durchgeführten Abtreibungen darf man nach den bisherigen Erfahrungen dreimal so hoch beziffern. □

Billigflaggen kosten Arbeitsplätze

Die Anzahl der Beschäftigten in den Handelsmarinen der EG-Staaten ist seit 1980 von 400 000 auf 150 000 gesunken. Verantwortlich für diese Entwicklung ist nach Ansicht des zuständigen EG-Kommissars Stanley Clinton Davis hauptsächlich die wachsende Konkurrenz der Billigflaggen. Immer mehr europäische Schiffe führen unter den Flaggen Liberias oder Panamas. Die Besatzungen kämen daher nicht mehr in den Genuß der EG-Sozialvorschriften. □

US-Wiedergutmachung für Deutsche

Sechs Jahre nachdem zwei US-Militärpolizisten einen deutschen Familienvater zu Tode geprügelt hatten und dafür verurteilt wurden, gewährte die US-Army den Hinterbliebenen einen Schadenersatz von 1823 DM. □

Südkorea sitzt der EG im Nacken

Im Wettrennen um neue Aufträge behaupteten sich die europäi-

schen Werften im vergangenen Jahr auf dem zweiten Platz hinter Japan. Dicht im Nacken sitzt den Europäern allerdings Südkorea, das seine Produktion in spektakulärer Weise steigern konnte. Wie die EG-Kommission bestätigte, bleibt die Lage im Schiffsbau weiterhin kritisch.

Schon seit einiger Zeit bauten die Werften weltweit mehr Schiffe, als sie verkaufen konnten. Deswegen hätten die japanischen und insbesondere die europäischen Schiffsbauer ihre Kapazitäten bereits beträchtlich abgebaut. Südkorea, China und Taiwan, haben ihre Produktion jedoch noch ausgeweitet.

Sorge bereitet der EG-Kommission vor allem, daß die südkoreanischen Werften ihre Schiffe zu Dumpingpreisen auf dem Markt anbieten. Bislang habe die Gemeinschaft die südkoreanische Regierung nicht zum Verzicht auf diese Praktiken bewegen können. □

Hormone im Schnitzel

Schnitzel oder Koteletts auf den Tellern der EG-Bürger sind mitunter von zweifelhafter Qualität. Nach Informationen des Dachverbandes der europäischen Verbraucherorganisationen blüht in Europa das illegale Geschäft mit zur Tierfütterung bestimmten Hormonen.

Das Europäische Parlament hatte bereits mehrfach die EG-Kommission auf dieses Problem hingewiesen. Dabei beriefen sich die Europa-Abgeordneten auf eine EG-Richtlinie aus dem Jahr 1985. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Herstellung, Lagerung, Transport und Handel der in einer anderen Richtlinie von 1981 genannten gefährlichen Substanzen zu überwachen. Eine dritte Richtlinie schreibt zudem vor, daß Unternehmen, die Thyreostatika, Östrogene und Gestagene produzieren, vertreiben oder bei der Herstellung pharmazeutischer beziehungsweise tiermedizinischer Produkte verwenden, über die produzierten, erworbenen, verwendeten oder verkauften Mengen genau Buch führen müssen.

Welche Gefahr für den Verbraucher von der verbotenen Hormonfütterung ausgehen kann, verdeutlicht ein Fall aus Südwestfrankreich. Dort kamen die Behörden 1986 einem illegalen Handel auf die Spur. Die dabei sichergestellten Mengen hätten zur Behandlung von 15 bis 20 Prozent des gesamten französischen Rinderbestandes ausgereicht.

Besonders besorgt zeigten sich die Europa-Abgeordneten über Gerüchte, wonach die Amerikaner Druck auf die Kommission ausüben, um sie zu einem Verzicht auf diese Richtlinien zu bewegen. Damit könnten die Vereinigten Staaten weiterhin Fleisch von hormonbehandelten Tieren nach Europa exportieren. □

Suche nach alternativen Energiequellen

Im Jahr 2000 könnten erneuerbare Energiequellen wie Wasser, Wind, Sonne oder Müll fünf bis sechs Prozent des gesamten Energiebedarfs in der Europäischen Gemeinschaft decken. Erneuerbare Energiequellen bieten gegenüber herkömmlichen einen doppelten Vorteil: Sie können – im Gegensatz zu Kohle-, Erdöl- und Gasvorkommen – nicht versiegen und sind zudem noch überall in der Zwölfergemeinschaft vorhanden. Die Nutzung alternativer Energien erfordert jedoch häufig hohe Forschungs- und Investitionskosten.

Nach Angaben der EG-Kommission bieten in dieser Hinsicht Biomasse und Müllverbrennung die besten Perspektiven. Die Gemeinschaft könne eines Tages über acht Prozent ihres Energieverbrauchs aus der Umwandlung von Pflanzen sowie Abfällen der Holzindustrie, Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und privaten Haushalten decken. Schon jetzt sei es auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit durchaus möglich, drei Prozent der in der EG benötigten Energie aus Biomasse und Müllverbrennung zu gewinnen.

Sonnenenergie könne, von der Jahrhundertwende an, ebenfalls zwischen einem halben und einem Prozent beisteuern. In den südlichen Ländern der Gemeinschaft gebe es bereits rentabel arbeitende Anlagen zur Warmwassergewinnung für sanitäre Einrichtungen.

Geothermische Energie, das heißt die Nutzung von unterirdischer Wärme, könnte für 0,4 Prozent des EG-weiten Energiebedarfs sorgen. Sachverständige haben bereits 40 geeignete Geräte in der Gemeinschaft ausgemacht. Ein Nachteil besteht in den hohen Erschließungskosten.

Schließlich könnte die EG, vom Jahr 2000 an, bis zu ein Prozent des von ihr benötigten Stroms mit Hilfe der Windenergie produzieren. □

Trübe Aussichten für Europäer

Mit einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Gemeinschaft weder 1987 noch 1988 zu rechnen. Nach den jüngsten Prognosen wird die Zahl der Erwerbslosen 1987 insgesamt bei 11,8 Prozent liegen und auch im kommenden Jahr nicht unter 11,7 Prozent sinken. Dies bedeutet keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber 1986 mit 11,9 Prozent.

Noch trüber erscheinen die Aussichten für Europäer im Vergleich zur Entwicklung in den USA. Dort wird die Arbeitslosenquote 1987 bei 6,3 Prozent und 1988 sogar nur bei sechs Prozent liegen. 1983 hatten noch zehn Prozent der US-Amerikaner keine Stelle.

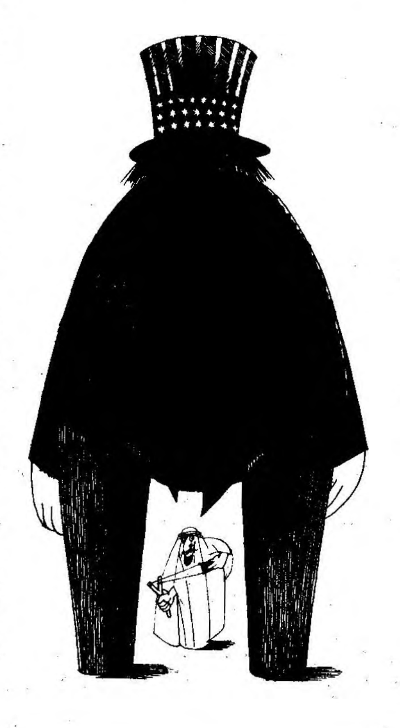
In Japan wird sich der Anteil der Erwerbslosen mit drei Prozent in diesem und 2,9 Prozent im kommenden Jahr gegenüber 1986 mit 2,8 Prozent unwesentlich erhöhen.

In den zwölf EG-Staaten wird die Zahl der offenen Stellen 1987 um 0,8 Prozent und 1988 um 0,6 Prozent steigen. Dieser Zuwachs wird sich allerdings kaum bemerkbar machen, da gleichzeitig jugendliche Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt drängen. Im gleichen Zeitraum wird die Zahl der offenen Stellen in den USA 1987 um 2,5 Prozent und im kommenden Jahr um 1,9 Prozent wachsen. Japan erwartet dagegen keine Zunahme.

Ende vergangenen Jahres hatte die EG-Kommission aufgrund einiger positiver Faktoren – wie die niedrigen Preise für Erdöl und andere Rohstoffe – die wirtschaftliche Lage der Zwölfergemeinschaft noch optimistischer eingeschätzt. Das Wirtschaftswachstum wird jedoch mit 2,2 Prozent in diesem und 2,3 Prozent im kommenden Jahr hinter dem von 1986 mit 2,6 Prozent zurückbleiben. Auch in dieser Hinsicht dürften Amerikaner und Japaner besser abschneiden.

Die EG-Kommission sah sich insbesondere durch die Entwicklung der europäischen Ausfuhren und Investitionen veranlaßt, ihre Prognosen nach unten zu revidieren. 1987 wird das Exportvolumen der Gemeinschaft nicht mehr als 1986 (zwei Prozent) steigen. Für das kommende Jahr rechnet die Kommission mit einem Zuwachs von 3,3 Prozent. Die Investitionstätigkeit der Industrie wird in diesem Jahr um 5,3 Prozent zunehmen. 1988 wird dieser Wert mit vier Prozent hinter dem von 1986 (4,9 Prozent) zurückbleiben. Auch das Baugewerbe verzeichnet einen Rückgang der Investitionstätigkeit.

Mit 3,2 Prozent werden die Preise in diesem Jahr zwar etwas weniger steigen als 1986 (3,7 Prozent). Für 1988 erwartet man jedoch eine Inflationsrate von 3,4 Prozent. Zudem befürchtet die EG-Kommission ein Ansteigen der Erdölpreise. □



Supermächte

Angst vor einem nuklearen Jalta

Alec de Montmorency

Das bevorstehende sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen – bei dem der Sowjetchef Michail Gorbatschow mit US-Präsident Ronald Reagan über eine Reihe von Weltthemen plaudern wird – wird in Westeuropa doch mit großer Sorge gesehen.

Im Zusammenhang mit diesem Gipfeltreffen der Supermächte wird immer häufiger von einem »nuklearen Jalta« gesprochen. Viele Europäer fürchten, daß die Vereinigten Staaten und die UdSSR die Welt wie im Februar 1945 in Jalta in Einflußsphären aufteilen werden. Offiziell als »Krim-Konferenz« bezeichnet, trafen in Jalta damals Präsident Franklin D. Roosevelt von den Vereinigten Staaten, Josef Stalin aus der Sowjetunion und Winston Churchill aus Großbritannien zusammen.

Wird die sowjetische Oberhoheit anerkannt?

Es gibt zwei Unterschiede zwischen der kommenden Gipfelkonferenz und der von vor 40 Jahren: Erstens, es steht nicht nur Ost- und Mitteleuropa auf dem Spiel; und zweitens, diesmal geht es um eine nukleare Bedrohung. Europäer, die ihr Ohr am Boden haben, fürchten, daß Westeuropa durch einen Rückzug der amerikanischen Nukleardeckung der Erpressung durch die Sowjets ausgesetzt wird und die Länder in eine Position aufgezwungener Neutralität versetzt werden.

Juan P. Quinonero weist in der einflußreichen Madrider Tageszeitung »ABC« darauf hin, daß in der Konferenz von Jalta nur das politisch ratifiziert worden ist, was durch die Besatzungstruppen bereits geschaffen war oder bald geschaffen werden sollte.

Die Siegermächte wollten Deutschland in ein Weideland verwandeln, so daß es nie wieder zu einem Konkurrenten für das Dollar-Imperium werden könnte.

Der Warschauer Pakt hat das gigantischste Kriegsarsenal in der Geschichte dieser Region mit einer überwältigenden Überlegenheit an konventionellen Waffen gegenüber den Ländern der westlichen Demokratien aufgebaut. »Die NATO konnte die Unabhängigkeit Europas allein dank der abschreckenden Wirkung der Stationierung von Atomwaffen sicherstellen«, schreibt Quinonero.

Seit zwanzig Jahren konnte sich Europa der historischen Verantwortung entziehen, für seine eigene Sicherheit zu sorgen, und zwar aufgrund der nuklearen Überlegenheit der Amerikaner.

In dieser Zeit hat Moskau seine nuklearen und konventionellen Streitkräfte kontinuierlich aufgebaut, um die Schaffung der Doktrin des »wohl abgewogenen Gegenschlags« zu unterminieren.

Wenn die Vereinigten Staaten ihre Nuklearmacht in diesem Teil der Welt »hinwegverhandeln«, wird die sowjetische Oberherrschaft so überwältigend sein, daß die UdSSR in der Lage sein wird, Westeuropa zu neutralisieren, selbst wenn die Sowjets sich hinsichtlich Atomraketen Zug um Zug ebenfalls zurückziehen – das ist zumindest die Meinung der Westeuropäer.

Dynamit für die Sicherheit Europas

»Die geplante sowjetisch-amerikanische Einigung scheint einen weiteren bedeutenden Zusammenbruch in der diplomatischen und militärischen Geschichte Europas zu kennzeichnen«, sagt Quinonero.

Die Vereinbarung verlangt den Rückzug der in Europa stationierten und gegen die UdSSR gerichteten amerikanischen Raketen – und im Gegenzug wird die UdSSR Raketen zurückziehen, die speziell auf Westeuropa gerichtet sind.

Was für die Sicherheit des Westens und der Sowjetunion gleichermaßen gut erscheint, bedeutet nichts Gutes für Europa. So Quinonero: »Diese Vereinbarung ist Dynamit für die Sicherheit Europas.«

Was die Befürworter des Vertrages nicht sagen, ist, daß die Bedrohung eines nuklearen Vergeltungsschlags durch die NATO gegen die Sowjets beseitigt sein wird, während Moskau immer noch über mehr als 10 000 atomare Langstreckensprengköpfe verfügt, mit denen »jedes Ziel zwischen Warschau und Lissabon eliminiert werden kann«.

Quinonero: »Sobald das Nukearbindeglied der europäischen Sicherheit einmal zerstört sein wird, wird die UdSSR die Machtdimension ihrer konventionellen militärischen Überlegenheit erneut bekräftigen.«

Dem spanischen Kolumnisten zufolge reicht die Überlegenheit der konventionellen sowjetischen Streitkräfte gegenüber der NATO von drei zu eins bei der gepanzerten Landstreitmacht bis zu 5,54 zu eins bei den Panzerabwehrwaffen.

Reagan hat »den Laden verkauft«

Das einzige Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt besteht hinsichtlich der Pershing-Raketen. Wenn man die Pershing-Raketen wegnimmt – das geplante Ergebnis der Gorbatschow-Reagan-Gespräche –, so gewinnen die Sowjets die Oberhand.

Wie in Jalta wird das Schicksal Europas zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR ausgehandelt, ohne daß die europäischen Mächte in der Lage sind, ihre territoriale Integrität zu behaupten. □



One World

Philosophie der Multis

Oscar Boline

Michael Kilby bildet eine Ausnahme unter den ehemaligen Top-Managern europäischer Tochterfirmen von amerikanischen multinationalen Unternehmen. Er hat nicht seine Rente genommen und sich einfach in den Ruhestand abgesetzt. Er schrieb ein Buch.

Michael Kilby – »Mike« für seine Freunde und Kollegen – schrieb ein Buch über das, was passiert, wenn die amerikanische Hauptverwaltung eines multinationalen Unternehmens von »Könnern« übernommen wird, die von der »One-World«-Doktrin erfüllt sind. Kilby schied im Jahr 1983 aus und ging in die Politik. Im Jahr darauf wurde er in das Europäische Parlament gewählt.

Kein Interesse an europäischen Töchtern

Sein erklärtes Ziel ist es, alles, was unter seinen Mitbürgern in Westeuropa Rang und Namen hat, hellhörig zu machen für die Gefahren, die darin liegen, wenn sie es zulassen, daß ihre Industrien von amerikanischen multinationalen Unternehmen übernommen werden, die nicht mehr länger an dem Wohlergehen ihres europäischen Tochterunternehmens, dessen Arbeitern und dem Land, in dem sie arbeiten, interessiert sind.

All das ist entbehrlich, wenn es darum geht, »One World« durchzusetzen, an dem sich die multinationalen Firmen eifrig beteiligen.

Kilby begann seine lange Karriere in der Automobilindustrie als Lehrling bei der Tochterfirma von General Motors in England vor fast 40 Jahren. Schon sehr bald war er auf seinem Weg die Karriereleiter hinauf. Er machte sich einen Namen als herausragender Manager eines Werks, das Bauteile für Automobile fertigte, als das General-Motors-Management Kilby die Verantwortung für den Verkauf, das Marketing, die Planung und die Beziehungen zu Regierungen im Hinblick auf Automobilteile in Europa übertrug. Man hatte erkannt, daß der Automobilmarkt in Westeuropa seinen Höhepunkt erreicht hatte und daß Wachstum nur durch das Lokalisieren neuer Märkte sichergestellt werden konnte.

Die Automärkte der Länder des Sowjetblocks hatten eine attraktive Wirkung auf die »wachstums-orientierten« Führungskräfte in Detroit. Die Autoverkäufe dort stiegen ungeheuer an und General Motors und andere westliche Automobilhersteller waren eifrig bestrebt, auf diese Märkte vorzudringen, und suchten nach Mitteln und Wegen, dies zu verwirklichen.

»Wir schauten auf das Marktwachstum in Osteuropa«, überlegte Kilby. »Sie fingen gerade erst an, Automobile zu kaufen. Das Wachstumspotential war enorm. Wir fragten uns also, was müssen wir tun, um in Osteuropa Umsätze zu machen, und wir wurden ganz schön hereingelegt, um offen zu sein.

Meine amerikanischen Kollegen (die Direktoren von General Motors in den USA) wollten nicht auf die Meinungen von uns Europäern hören, als wir warnten: ›Paßt auf, was ihr tut. Die Osteuropäer – und die Russen insbesondere – sind schlaue Verhandlungspartner.‹

Anstatt auf die Warnungen der Führungskräfte ihrer Tochtergesellschaften in Westeuropa zu hören, machte General Motors seinen Vorstoß und beharrte dabei auf die Logik des ›Gegengeschäfts‹, die vom Sowjetblock vertreten wurde, ein Begriff, der genau wie ›Euro-Dollar‹ von den ›klugen Köpfen‹ in Moskau geprägt worden ist. Mit ›Gegengeschäft‹ wird der Abfluß von Devisen aus der Wirtschaft des Sowjetblocks verhindert oder eingeschränkt, zu dem es beim Import von Gütern aus dem Westen kommt.

Gegengeschäft bedeutete – was General Motors betraf –, daß das Unternehmen einem Unternehmen im Sowjetblock die Lizenz zur Herstellung von Automobilteilen für seine Fahrzeuge erteilen würde. Die Teile würden in den Westen exportiert und in die im Sowjetblock verkauften Fahrzeuge von General Motors eingebaut.

Der ehemalige Firmenchef – jetzt Mitglied des Europäischen Parlaments – Michael Kilby (links) im Gespräch mit unserem Mitarbeiter Oscar Boline.

Das Geschäft basiert auf einem Technologietransfer, der dem Hersteller im Sowjetblock hilft, sein Produkt zu verbessern, ohne dabei Forschungskosten zu haben. Mit dieser Technologie konnten Automobilhersteller im Sowjetblock ihre gesamte Fahrzeugpalette verbessern.

›Ihr kauft von uns, wir kaufen eure Technologie‹, sagten die osteuropäischen Verhandlungspartner. ›Wir stellen eure Produkte her und verkaufen sie auf unseren Märkten. Doch wir wollen auch, daß ihr diese Produkte und auch andere Erzeugnisse als Teil des Gegengeschäfts abkauft.‹«

Durch seine Verantwortung für die Beziehungen zu Handel und Regierungen geriet Kilby inmitten diese Verhandlungen zwischen West- und Osteuropa. Er sagte:

»Ich konnte genau sehen, wie sie uns in eine Falle führten. Ich erinnere mich noch daran, wie ich zu meinen amerikanischen Kollegen gesagt habe: ›Wir sollten lieber aufpassen. Die Kehren uns das Innere nach außen, wenn wir da nicht ganz, ganz vorsichtig sind.‹

Es sei ein gutes Geschäft

Ob Sie es glauben oder nicht, wir verkauften ihnen schließlich unsere Technologie, die sie haben wollten, um die Automobilteile herzustellen, von denen sie dann einiges wieder an uns verkauften.

Doch als Teil des Handels mußten wir bulgarische Gabelstapler kaufen und ungarische sowie bulgarische Kühlschränke und Kühltruhen, alles schlechte Qualität – einfach Schrott«, berichtete Kilby.

»Wir brachten die Gabelstaplerhersteller und Hersteller von Automobilteilen in der Europäischen Gemeinschaft um ihr Geschäft. Wir haben sogar unseren eigenen Kühlapparate-Produktionszweig geschädigt, indem wir die Produkte aus Osteuropa bezogen und aufhörten, sie in der Europäischen Gemeinschaft zu fertigen. So verloren wir auch noch Arbeitsplätze.

Als ich zu meinen amerikanischen Kollegen sagte: ›Meint ihr, daß das ein guter Handel ist?‹, antworteten sie mir:

»Mike, Du hast Deine Meinung gesagt. Jetzt halte den Mund. Wir hatten keine andere Wahl, als dieses Abkommen eines Gegengeschäfts abzuschließen, wenn wir unsere Fahrzeuge und unsere Technologie verkaufen wollten.‹«

Die Schlauköpfe in Detroit betrachteten Kilby offenbar als einen weiteren Engländer, der besessen ist von den hirnrissigen europäischen Vorstellungen über Verantwortung eines Unternehmens für seine Arbeiter, seine Gemeinde und das Land oder die Länder, in dem beziehungsweise in denen man arbeitet. Eine derartige Verantwortung bildet die Grundlage der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Strukturen der Regierungen und Gesellschaften in Westeuropa.

Es ist seit langem anerkannt, daß angesichts der begrenzten natürlichen Reserven in diesen Ländern ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Struktur nur durch Regelungen erhalten werden kann, die sämtliche Konzepte von »Laissez-faire« verletzen, bei denen die Geschäftseigentümer die Regeln festlegen, nach denen die Wirtschaft funktioniert, ohne daß der Staat eingreift.

Kilby und viele andere sind sich darin einig, daß die Schlauköpfe in Detroit die Tatsache übersehen haben, daß das einzige europäische Staatsoberhaupt, das die Doktrin des Laissez-faire über Bord geworden hat und sein Land für Importe von überall her öffnete, Ludwig XVI. von Frankreich gewesen ist. Er und seine Laissez-faire-Minister und Freunde haben Anfang der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts ihre Köpfe durch die Guillotine in der Französischen Revolution verloren.

Das Trojanische Pferd der Multis

Diese Schlauköpfe sind Kilby zufolge dadurch ermutigt worden, daß die britische Regierung den multinationalen Firmen jüngst vollständige Freiheit gewährt hat zu tun und zu lassen, was sie wollen. Großbritannien läuft jetzt Gefahr, von anderen Europäern als Trojanisches Pferd angesehen zu werden, das die Wirtschafts- und Sozialstrukturen Westeuropas zum Zusammenbruch bringt.

Das ist ein Kollisionskurs, meint Kilby, der nur in staatlichen Eingriffen enden kann, um nationale Interessen zu schützen, und das Ende für General Motors und andere multinationale Unternehmen bedeutet.

Diese Schlauköpfe in Detroit sind eifrig bemüht, General Motors in ein weltweites Handelsunternehmen zu verwandeln, vielleicht nach dem Muster jener Handelsfirmen, die in Moskau zur Zeit Stalins entstanden und die heute den sowjetischen Außenhandel kontrollieren.

Kilby macht für diese Entwicklung zu einem großen Teil die britischen Regierungen der Nachkriegszeit verantwortlich. Hier ein Zitat aus seinem Buch »The Man at the Sharp End«:

»Jede neue britische Regierung, die auf die vorgehende folgt, tut sich mit einem noch größeren und besseren Handelsabkommen mit Moskau hervor. Doch wie wirken sich diese Geschäfte aus? Auf jeden Fall besser für die Russen und ihre Partner.

Warum sonst importieren wir so viele osteuropäische Fahrzeuge, Gabelstapler, Reifen und Haushaltsgeräte, wenn wir diese Waren selbst zu niedrigeren Realkosten und in höherer Qualität herstellen könnten?

Es ist jedesmal das gleiche. Großbritannien zahlt die Zeche, während eine andere Regierung und die multinationalen Firmen sich auf dem Weg zur Bank die Hände schütteln. Das geht jetzt fast schon 20 Jahre lang so.«

Weiter heißt es in seinem Buch: »Großbritannien operiert auf einem europäischen Markt, wo der Hauptwettbewerb nicht wirklich zwischen lokalen und multinationalen Firmen stattfindet, sondern zwischen Ländern. Der europäische und internationale Handel findet in Wirklichkeit zwischen den Regierungen statt, die die Spielregeln festsetzen, die ihnen passen.«

In diesem »Krieg«, meint Kilby, kann Westeuropa nicht gewinnen, denn er bedeutet die Zerstörung seiner Gesellschaftsstrukturen, seiner Kultur und seiner politischen Strukturen. Deshalb muß Großbritannien aufhören, das Ziel einer »One World« zu verfolgen, das die Schlauköpfe in Detroit vor Augen haben. □

Europäisches Parlament

Attacke gegen Freimaurer

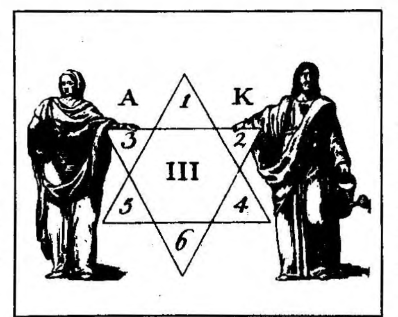
Ein gewählter Abgeordneter des Europa-Parlaments der britischen Arbeiterpartei, Mr. Terry Pitt, hat einen Resolutionsvorschlag in die Versammlung des Europa-Parlaments in Straßburg eingebracht, eine Untersuchung über die Rolle der Freimaurerlogen in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft durchzuführen.



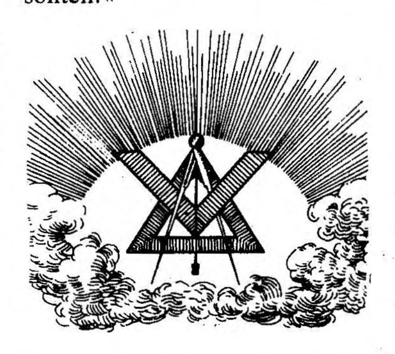
Im Hinblick auf die explosiven Verzweigungen der Freimaurerloge P-2 und wahrscheinlich informiert über den bedeutenden Einfluß der angelsächsischen Logen auf Politik und Finanzen, vielleicht auch ermutigt von Marxisten alter Schule, erklärte der britische Abgeordnete, es sei ihm ein Anliegen, jegliche Korruption in der Verwaltung der Kasse der Europäischen Gemeinschaft, die mit Geheimorganisationen, wie den Freimaurern, entstehen würde, zu eliminieren.

Abgeordnete sollen Mitgliedschaft bekanntgeben

Zusätzlich bat der Abgeordnete den Präsidenten und die Abgeordneten zu beschließen, es möge eine obligatorische Liste für Abgeordnete und Beamte aufgelegt werden, in welcher diese offenzulegen hätten, ob sie Freimaurerlogen oder anderen Geheimbünden angehören. Andere Abgeordnete der britischen Labor Party haben das Wort ergriffen, um die Forderung ihres Kollegen zu unterstützen.



Die Freimaurer konnten eine so scharfe Attacke, die so frontal gegen das Grundsatzprinzip der Geheimhaltung angeht, nicht unbeantwortet lassen. Sie haben durch den sozialistischen Abgeordneten M. Fajardie, der sich stolz bekannte, ein Freimaurer zu sein, die Antwort gegeben. Er protestierte gegen den Resolutionsvorschlag des britischen Kollegen: »Ich möchte öffentlich meine Entrüstung über diesen skandalösen Vorschlag ausdrükken. Er erinnert mich an die Zeiten der Nazis, als die Freimaurer erfaßt wurden, aus öffentlichen Funktionen vertrieben, eingesperrt . . . In einer Zeit, wo der Rassismus gefährliche Auswirkungen zeigt, ist es erschütternd festzustellen, daß Abgeordnete eine Verfolgung aus einem anderen Zeitalter gegen die Männer einleiten wollen, deren Prinzipien die Völker Europas einigen sollten.«



Die Affäre wird natürlich begraben

Die Abgeordneten der britischen Labor Party werden sicher das Argument ein wenig schwach finden. Wer auch immer an diese Frage des freimaurerischen Geheimnisses rührt, wird unverzüglich als Torquemada, besser als Nazi eingestuft.

Aber was soll das? Die Affäre wird sicher prompt begraben und man wird nicht erfahren, welche Abgeordneten die schweinslederne Schürze tragen. Es wird nicht ohne Interesse sein, in den kommenden Jahren die politische Karriere dieses neugierigen Terry Pitt zu verfolgen; er wird sicher keine großen politischen Chancen mehr haben. □

Zweiter Weltkrieg

Zum Verständnis von Rudolf Heß

Crowell Berrey

Rudolf Heß lebt nicht mehr. Das Martyrium seiner Folterhaft ist beendet. Er besiegte alle jene, die den Frieden, für den er sein Leben wagte, nicht wollten. Sein Leben ist Sieg. Man kann Rudolf Heß, den man fast ein halbes Jahrhundert lang hinter Gittern zum Schweigen gebracht hat, nur dann verstehen, wenn man seine Briefe an seine Frau und seine engsten Freunde, die er von seiner Zelle aus schrieb, liest.

Die gesammelten Briefe von Rudolf Heß stellen die aufrichtigen Gedanken eines ruhigen, empfindsamen und verantwortungsvollen Mannes dar mit einem hohen Pflichtgefühl gegenüber seiner deutschen Heimat und dem Führer, dem er sich entschlossen hatte zu folgen.

Ein Gefangener des Friedens

Wenn man auch nur einen Teil dieser bewegenden Briefe gelesen hat, wird man darin eine völlig andere Persönlichkeit erkennen als den störrischen Mann auf der Anklagebank in Nürnberg. In jenem Schauprozeß wurden die dramatischen Bemühungen von Heß, Frieden mit Großbritannien zu machen, mit dem Urteil »Anzettelung eines Angriffskriegs« belohnt. Das Urteil erinnert an den Spruch aus George Orwells Buch »1984«, in dem es heißt: »Krieg ist Frieden; Frieden ist Krieg.«

Aus seinen Briefen spricht ein Mann der Liebe für die Frau, die er verehrte, für den kleinen Sohn, mit dem er ausgelassen war, und für seine Waffenkameraden, die unter der brutalen Besatzung seiner deutschen Heimat zu leiden hatten.

Es ist viel Poesie in dem Mann, der Trost findet im Anpflanzen von Sonnenblumen auf dem felsigen Boden des Spandauer Gefängnisses an jeder Stelle, die die Sonne auch nur erreichen kann, im Lesen der Klassiker und im Hören klassischer Musik, und der dabei den Planet Jupiter aus der Dunkelheit seines Zellenfensters heraus beobachtet, sowie in seinen liebevollen, optimistischen Briefen an seine Familie und seine Freunde.

Seltsamerweise kommt keinerlei Ärger in diesen Briefen zum Ausdruck; kein bitteres Wort über jene, die ihn gefangenhalten, oder den Scheingerichtshof in Nürnberg. Statt dessen zeigt sich eine fatalistische Akzeptierung der grausigen Karten, die ihm das Leben zugespielt hat.



Die Ministerbank während der Reichstagsrede von Hitler am 6. Oktober 1939. Neben Heß: Ribbentrop, Raeder, Frick, Goebbels und Neurath.

»All diese erfundenen Geschichten«

Hier ein Auszug aus seinen Briefen:

»Nun, es war ein langgehegter Traum von uns, daß wir der Welt eines Tages einen großen Dichter und Musiker würden präsentieren können, der der Menschheit Glück bringen würde.« Diesen Brief schrieb Heß am 25. März 1943 mit Bezug auf seinen Sohn.

»Ich bin sehr froh darüber, aus Euren Briefen immer wieder zu erkennen, daß sich an Euren inneren Beziehungen zu dem Mann nichts geändert hat, mit dessen Schicksal wir seit über 20 Jahre in Freud und Leid so eng verbunden waren.« In diesem Brief vom 4. September 1943 spielt er auf die Loyalität auch seiner Frau zu Hitler an und lobt sie.

»Schicke mir wieder Bücher. Unter den monotonen Umständen meiner Einzelhaft sind sie von allergrößtem Wert.« Geschrieben am 26. Februar 1944.

Am 25. Januar 1946 schreibt Rudolf Heß aus Nürnberg: »Möge Gott der Allmächtige Dir weiterhin Kraft geben, die Er auch mir verleiht.«

»Alle möglichen seltsamen Gerüchte über uns hören nicht auf zu kursieren. Ich höre nur hier und da davon, denn ich lese keine Zeitungen, und die Dinge, die ich höre, bestätigen mich nur in meiner Ansicht, daß ich richtig damit liege, wenn ich mit all diesen erfundenen Geschichten nichts zu tun habe.« Heß schrieb dies am 2. Mai 1946 aus Nürnberg.

»Du wirst das Ergebnis des Verfahrens hier und mein Urteil ›lebenslange Haft‹ gehört haben. Ich bin sehr überrascht, denn ich hatte mit einem Todesurteil gerechnet. In Übereinstimmung mit meiner prinzipiellen Ablehnung, das Gericht anzuerkennen, habe ich der Verkündung des Urteils in meinem Fall – demonstrativ – keine Aufmerksamkeit geschenkt. Ich habe den Kopfhörer nicht aufgesetzt, über den die Übersetzung erfolgte, und ich habe auch nicht zugehört, was der (Gerichts-)Präsident auf Englisch gesagt hat.« Aus einem Brief vom 2. Oktober 1946.

Ein Maßstab für seine Kraft

»Es überrascht mich nicht, daß Du Dich über meinen Tomatenanbau amüsiert hast (er nimmt Bezug auf einen früheren Brief). Dazwischen habe ich auch noch Tabak angepflanzt. Als Nichtraucher fand ich es ziemlich unfair mich um solche Pflanzen zu kümmern, damit sich die Sklaven des Nikotins mit Gift vollstopfen können (ha, ha).« Der Brief vom 5. Oktober 1947, geschrieben im Gefängnis Spandau.

Ein Maßstab für die Kraft Rudolf Heß' ist seine Fähigkeit, unter solchen Umständen 93 Jahre alt zu werden. Seine Briefe zeigen, daß er eine der größten Gaben des Menschen eingesetzt hat: Interesse an anderen, anstatt Beschäftigung mit sich selbst – und einen Sinn für Humor, der niemals lange unterdrückt werden konnte. □

Zweiter Weltkrieg

Die Motive von Rudolf Heß

Alec de Montmorency

Es gibt eine nicht erzählte Geschichte über Rudolf Heß und seine verzweifelten Bemühungen einen Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien zu vermeiden. Seine Bemühungen führten dazu, daß Heß in das Spandauer Gefängnis kam und dort jahrzehntelang bis zu seinem Tod in diesem Jahr in Einzelhaft zubringen mußte.

Als Rudolf Heß ein kleiner Junge war, ging sein Vater aus geschäftlichen Gründen nach Ägypten. Heß wurde übrigens in Ägypten geboren. Dort wurde der junge Rudolf Heß in eine englische Schule geschickt. Ägypten stand damals unter britischer Kontrolle.

Viele ehemalige Schulkameraden

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, kämpfte der junge Deutsche als Pilot für sein Land. Unter den feindlichen Piloten befanden sich viele seiner ehemaligen Schulkameraden, die jetzt im Royal Flying Corps dienten, das später in den Namen Royal Air Force umbenannt wurde.

In seinem Herzen hat Heß nie aufgehört, diese Männer als seine Freunde zu betrachten.

Während der Olympischen Spiele des Jahres 1936, die in Berlin abgehalten wurden, traf Heß zwei britische Flieger, mit denen er sich anfreundete; es handelte sich um den Duke of Hamilton und dessen Bruder, Lord Malcolm Douglas-Hamilton. Die britischen Flieger waren durch ihren Flug über den Himalaya zu Berühmtheit gelangt. Heß betrachtete sie als seine »Flieger-Kameraden«.

In den zwanziger Jahren hat Heß zusammen mit Adolf Hitler im Gefängnis gesessen; beide waren wegen nationalsozialistischer Aktivitäten verhaftet worden, die zur Zeit der Weimarer Regierung mißbilligt wurden. Damals half Heß Hitler das Buch »Mein Kampf« zu schreiben und wurde ein enger Freund des künftigen deutschen Reichskanzlers und Führers.



Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, zusammen mit Martin Bormann beim Besuch im Führer-Hauptquartier.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, verschwand Heß im Hintergrund. Doch dann entwickelte sich etwas, das ihn wieder zurück ins Rampenlicht brachte: die Gefahr eines vernichtenden Schlages Stalins gegen Deutschland.

In Erfüllung des Molotow-Ribbentrop-Paktes des Jahres 1939 hatte Stalin Deutschland mit Kraftstoff beliefert und Hitler verwendete einiges davon, um Großangriffe in den Niederlanden und Frankreich zu fliegen. Dann kam der Kampf um Großbritannien, der in einem Patt endete.

Es blieb nicht viel Zeit

Einige von Hitlers Beratern meinte, daß nun die Zeit günstig sei für die deutsche Wehrmacht sich gegen Stalin zu wenden, der dabei war, große Panzer zu bauen, offensichtlich für einen Angriff gegen Deutschland.

Informationen über Salins Riesenpanzer waren nach Berlin vorgedrungen, unter anderem eine Wochenschau, in der eine deutsche Panzerabwehrwaffe gezeigt wurde, die auf einen fahrenden Stahlkoloß abgefeuert wurde, und die deutschen Geschosse prallten an seinem Stahlkern ab.

Es blieb nicht viel Zeit. Deutsche Geheimdienstberichte deuteten an, daß Stalin innerhalb weniger Monate für einen Panzerangriff auf die deutschen Grenzstellungen – die damals durch Polen und Litauen verliefen – bereit sein würde, was für Deutschland fatale Folgen gehabt hätte.

Bevor dies geschah, beschloß Heß zu versuchen Frieden zwischen seinem Land und Großbritannien auszuhandeln, um somit deutsche Truppen von der Westfront freizubekommen. Er nahm ein kleines Flugzeug, das schon lange außer Betrieb gesetzt war und flog nach Schottland, wo er auf dem Anwesen des Duke of Hamilton eine Bruchlandung machte.

Dem Wachtposten, der ihn ansprach, sagte er, er wolle zu dem Duke. Darauf wurde Heß gesagt, dieser befände sich in London, wo er in der Royal Air Force diente.

»Ich bin ein deutscher Offizier«, sagte Heß dem Schotten, »und ich werde mich als Kriegsgefangener ergeben.«

Der Wachtposten nahm Heß mit zu sich auf seine Farm, wo er und seine Frau dem verletzten Deutschen Erste Hilfe leisteten. Dann holte man britische Soldaten, die sich des Gefangenen annahmen. Die Frau des Wachtpostens und Heß tranken inzwischen Tee zusammen und Heß zeigte ihr einige Familienfotos, die er bei sich hatte. Dann kamen britische Soldaten und nahmen Heß fest und transportierten ihn ab. □



Revisionismus

Moskaus Angebot an Heß

James P. Tucker

Die unglaubliche Enthüllung, daß Rudolf Heß es vorgezogen hat, die letzten 35 Jahre seines Lebens in Spandau zu verbringen, anstatt in relativer Freiheit und Luxus in der DDR, ist in den westlichen, einschließlich der amerikanischen Establishment-Medien unterdrückt worden.

Im Austausch dafür, daß er das kommunistische Regime in Mitteldeutschland rühmt, waren ihm Freiheit, ein luxuriöses Zuhause und eine Führungsposition angeboten worden. In dem vollen Bewußtsein, daß dies ein Leben ebenfalls im Gefängnis anstatt in Freiheit bedeuten würde, lehnte er es »hochmütig« ab mit den Kommunisten zu kollaborieren.

Auf Anweisung von Josef Stalin

Diese Geschichte ging an jede Tageszeitung und Rundfunkstation in den Vereinigten Staaten durch detaillierte Berichte von Associates Press, United Press International und Reuters. Jede Tageszeitung und Rundfunkstation in den USA hatte Zugang zu mindestens einem dieser Nachrichtendienste; die großen amerikanischen Tageszeitungen werden von allen drei Agenturen versorgt.

Eine Computerüberprüfung bei der »New York Times«, der »Washington Post« und der »Los Angeles Times« ergab, daß alle drei diese Geschichte weggeworfen haben ohne sie zu benutzen. Man hat Rudolf Heß im März 1952 von Spandau in eine mitteldeutsche Stadt geflogen, wo das bemerkenswerte Angebot und die stolze Ablehnung stattfand, so berichtet Dr. Werner Maser, ein angesehener deutscher Historiker.

Maser gab dies in der Pariser Wochenzeitung »Le Figaro Magazine« preis. Detaillierte Artikel wurden verfaßt für die Morgenzeitungen am Freitag, dem 4. September 1987, für die Abendzeitung am Freitag und die Morgenzeitung am Samstag. Am Samstag, dem 5. September 1987, erschien die Geschichte wenigstens auf der Titelseite der amerikansichen Zeitung »Free Lance Star«, von Fredericksburg im US-Bundesstaat Virginia.

Doch die Computerüberprüfung bei den großen amerikanischen Zeitungen von New York, Washington und Los Angeles ergab am 8. September 1987, daß diese Geschichte von allen vollständig ignoriert worden war.

Auf direkte Anweisungen von Josef Stalin wurde Heß von Spandau weggebracht, als die Sowjets mit der Bewachung an der Reihe waren, und man verbrachte eine ganze Nacht damit, den Gefangenen unter Druck zu setzen und ihm im Austausch für Freiheit und Luxus zur Kollaboration zu zwingen, so enthüllte Maser.

Maser wurde von Grotewohl informiert

Maser ist ein sehr angesehener Historiker und Experte über die Hitler-Ära in Deutschland. Er war der erste, der die sogenannte Hitler-Tagebücher im Jahre 1983 für eine Fälschung hielt, die inzwischen auch offiziell als solche angesehen werden.

»Ich weiß, daß ich meine Glaubwürdigkeit, meinen Ruf und mein Ansehen aufs Spiel setze«, sagte Maser. »Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was ich heute Ihnen gegenüber behaupte: In den 40 Jahren und 29 Tagen seiner Gefangenschaft in Spandau hat Heß einen Tag heimlicher ›Freiheit‹ genossen.«

Wehmütig betrachtet Heß seine Hauptmannsuniform und den Fliegermantel, die er am 10. Mai 1941 trug.

Warum hat Maser diese Information nicht schon vor 35 Jahren preisgegeben? Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens, Heß war gesagt worden, daß er Repressalien zu erwarten habe – die von den Sowjets leicht verwirklicht werden konnten, da sie sich ja mit den Amerikanern, Franzosen und Briten bei der Bewachung des Spandauer Gefängnisses abwechselten –, wenn Informationen über das Abenteuer enthüllt würden.

Zweitens, Maser wurde von dem verstorbenen Oberhaupt der DDR-Regierung, Otto Grotewohl, von dem Ereignis informiert mit der Bedingung, daß er erst 20 Jahre nach seinem Tod darüber sprechen dürfe. Grotewohl starb 1964. Doch hätte Maser »termingerecht« darüber gesprochen, also im Jahr 1984, so hätte Heß drei Jahre unter sowjetischer Folter zu leiden gehabt.

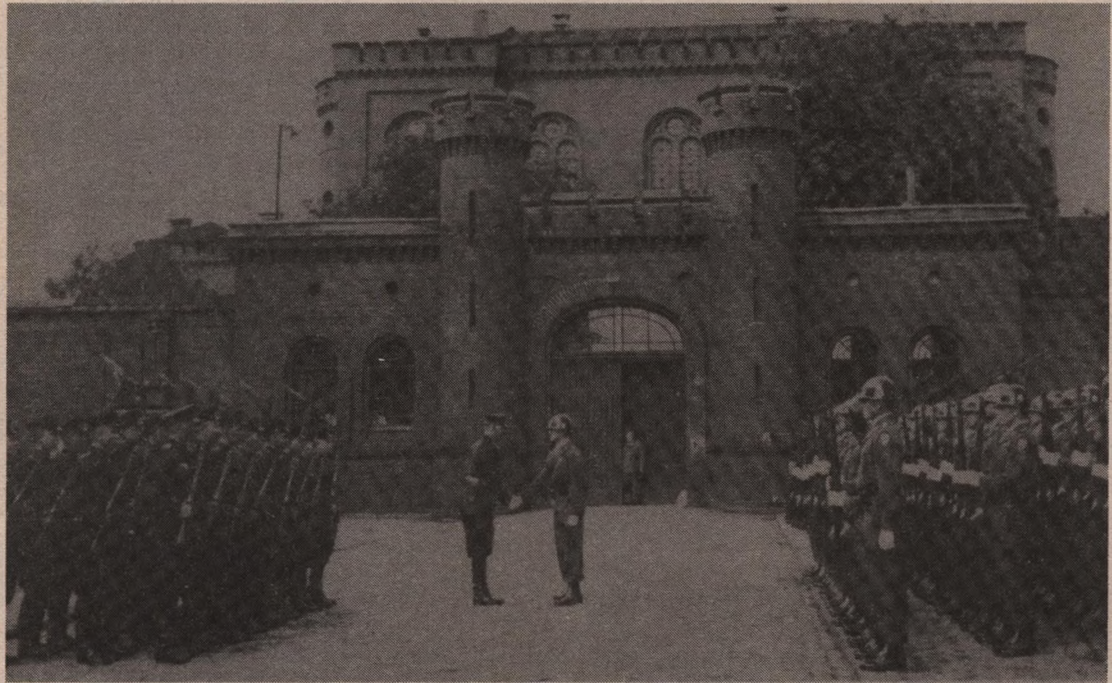
Maser zitiert Grotewohl aus dem Mai 1952: »Was Rudolf Heß angeht, so habe ich ihn vor zwei Monaten gesehen . . . Die Russen haben ihn – insgeheim natürlich – auf Anweisung Stalins aus Spandau herausgeholt. Sie waren damals mit der Bewachung an der Reihe. Ich war in dem Flugzeug, in dem er auch saß. In



Rudolf Heß, er ist 92 Jahre alt, im Garten des von den Alliierten bewachten Gefängnisses in Berlin-Spandau.



Das Spandauer »Kriegsverbrecher«-Gefängnis in Westberlin; es ist nach dem Tod von Heß abgerissen worden.



Russisch-amerikanische Wachablösung vor dem Eingang zum Spandauer »Kriegsverbrecher«-Gefängnis.

jener Nacht haben die Russen und ihre DDR-Zwischenhändler Heß einen Kontrakt vorgeschlagen. Er sollte eine öffentliche Aussage dahingehend machen, daß der Sozialismus, von dem er sein ganzes Leben geträumt habe, in der Deutschen Demokratischen Republik praktiziert würde. Wenn er das tun würde, wäre seine Gefangenschaft zu Ende. Er müßte erst gar nicht mehr nach Spandau zurückkehren, sondern würde sofort auf freien Fuß gesetzt und man würde ihm ein Zuhause in einer eleganten Wohngegend verschaffen. Nach Abgabe dieser Erklärung würde er der Führer der Nationaldemokratischen Partei, die ehemalige Nazis in der DDR vereinigte. Stalin wollte seinen Namen.«

Grotewohl fuhr fort: »Heß lehnte diesen Vorschlag kategorisch und hochmütig ab. Er sagte, er könne Hitler nach dessen Tod nicht diesen Streich spielen. Die Zeit verging und der Morgen graute. Die Russen wurden plötzlich sehr böse und sagten Heß, wenn das seine Überzeugung sei, dann würde er den Rest seines Lebens Gefangener bleiben. Dann drohten sie ihm mit ›besonderen Strafmaßnahmen‹, wenn er über das, was sie ihm gesagt hatten, reden würde. Anschließend flog das sowjetische Militärflugzeug nach Berlin zurück und Heß wurde wieder in seine Spandauer Zelle gebracht.«

Maser sagte, Heß' künftige luxuriöse Wohnung sollte in Dresden sein, eines der Kulturzentren Europas, ein Denkmal für den Bombenterror der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, wobei sämtliche Museen, Galerien und Baudenkmäler der Stadt zerstört wurden. Die Alliierten wollten mit diesen Bombardierungen an der »Heimatfront«, mit der nur Zivilisten getroffen wurden ohne daß man militärische Ziele zerstörte, die Kampfmoral der Deutschen schwächen.

Das Treffen mit Rudolf Heß fand entweder in Dresden oder Weimar vermutlich in der Nacht vom 17. März 1952 statt. Der Bericht des Historikers steht in Einklang mit allem anderen, was über Heß bekannt ist, der als Hitlers Stellvertreter dessen Opposition gegenüber dem Kommunsimus teilte.

Die Entscheidung der westlichen Establishment-Medien – die offenbar koordiniert war, da es unwahrscheinlich ist, daß alle diese Geschichte unabhängig voneinander unterschlagen würden – paßt auch zu der Tatsache, daß die Heß-Geschichte fast ein halbes Jahrhundert lang – seit Mai 1941 – vertuscht worden ist.

Im Mai 1941 war Heß nach Schottland geflogen, dort mit dem Fallschirm abgesprungen und hatte ein Gespräch mit Winston Churchill verlangt und erklärt, er käme in einer Friedensmission. Statt dessen wurde er gefangengenommen und verbrachte den Rest seines Lebens hinter Gittern.

Die Alliierten haben nie auf den Friedensvorschlag von Hitlers Stellvertreter und engem Vertrauten reagiert. Nachdem Heß derart verschmäht worden war, war Hitler gezwungen das Wagnisunternehmen von Heß zu verurteilen. Bei den Nürnberger Prozessen lehnte Heß es ab, sein Land zu denunzieren. Da er gefangengenommen worden war, noch bevor der Krieg richtig begonnen hatte, wurde er verurteilt bei der »Planung« des Krieges geholfen zu haben.

Heß wurde nie erlaubt ein Interview zu geben. Bezeichnenderweise zeigte die Presse wenig Interesse daran zu versuchen mit dem einzigen Mann zu sprechen, der nach dem Tod Hitlers historisch wichtige Informationen hätte geben können.

Aus irgendeinem Grund war es wichtig, daß er jegliche Informationen, die er hätte geben können, mit ins Grab nahm und jetzt ist es für die Establishment-Presse ebenso wichtig, daß alles, was nach seinem Tod hochkommt, ebenfalls unterdrückt wird. □

Zweiter Weltkrieg

Schweigen über die Hintergründe

James P. Tucker

Eine Fülle von Wissen über die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges ging in einem letztlichen Sieg der Manipulation der öffentlichen Meinung mit Rudolf Heß ins Grab.

Sechsundvierzig Jahre lang war Heß, Adolf Hitlers Stellvertreter, ein Gefangener. Niemals in dem fast halben Jahrhundert konnte die Presse Rudolf Heß interviewen, der am 18. August 1987 im Alter von 93 Jahren im Spandauer Gefängnis gestorben ist. Die offiziellen Meldungen waren anfangs beschränkt auf eine knappe Aussage ohne Angabe von weiteren Umständen. Später hieß es, Heß, der zweimal zuvor versucht hatte Selbstmord zu begehen, habe sich mit einem Kabel erhängt.

Mythen über den Krieg zerstören

Besonders bezeichnend ist die Tatsache, daß die Establishment-Presse keinerlei ernsthafte Versuche unternommen hat Heß zu interviewen, der doch offensichtlich eine reichhaltige Quelle für historische Informationen gewesen wäre.

Das weltweite Establishment hat – in der Befürchtung Heß könne irgendwie interviewt werden und die sorgfältig gehegten Mythen über den Zweiten Weltkrieg zerstören – äußerste Vorsichtsmaßnahmen ergriffen.

In den letzten einundzwanzig Jahren war Heß der einzige Insasse im großen Spandauer Gefängnis in Westberlin, das von 100 Soldaten bewacht wurde, wobei sich die Alliierten des Zweiten Weltkriegs – Amerika, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion – monatlich abwechselten.

Was besaß Heß für ein Wissen, was das Establishment veranlaßte ihn so zu fürchten? Was brachte die Medienmanager dazu, die Bestimmung, daß niemand Heß jemals interviewen dürfe, so bereitwillig zu akzeptieren, wo sonst starke Proteste laut werden, wenn Interviews mit überführten Mördern und Kindesschändern abgelehnt werden?

Eine Antwort darauf läßt sich unter Umständen finden, wenn man die geschichtlichen Ereignisse untersucht:

Praktisch alle Historiker sind mit der revisionistischen Haltung einig, daß Deutschland keinen Krieg mit Großbritannien wollte. Der Krieg an der Westfront hätte in den Jahren 1940 oder 1941 auf friedliche Weise gelöst werden können und hätte sich nicht in einen zweiten Weltkrieg ausweiten müssen, der 52 Millionen Menschen das Leben kostete – 27 Millionen Soldaten und 25 Millionen Zivilisten – und der die Sowjetunion zu der Gefahr machte, die sie heute darstellt.

Was ist das Geheimnis, das das Establishment zu verdecken suchte?

Wenn Heß hätte reden können

Wenn Heß Gelegenheit bekommen hätte, seine Geschichte zu erzählen, hätten aufgebrachte Amerikaner vielleicht die Absetzung ihres Präsidenten Franklin D. Roosevelt verlangt. Winston Churchill wäre in Ungnade gestorben.

Heß flog am 10. Mai 1941 nach Schottland, um britischen Führern zu versichern, daß Deutschland keinen Krieg mit Westeuropa wolle. Großbritannien hat auf dieses Friedensangebot niemals reagiert.

Man wird niemals erfahren, was sich zwischen Heß, der auf der Stelle gefangengenommen wurde, und den Briten zugetragen hat, denn man sorgte dafür, daß es darüber keinerlei Protokolle gab. Auf das Friedensangebot von Heß reagierte man mit Schweigen.

Das zwang Hitler aus Gründen der Kampfmoral an der Heimatfront das Unternehmen seines engsten Mitarbeiters als »eigenmächtig« hinzustellen. Heß war Hitlers Stellvertreter und engster Freund gewesen seit jenen Tagen, als sie gemeinsam im Gefängnis gesessen und an Hitlers Buch »Mein Kampf« zusammengearbeitet hatten.

Der dramatische Flug von Heß nach Schottland war nicht die einzige Friedensinitiative Deutschlands. Ein Jahr zuvor, im Frühjahr 1940, hatte Hitler England bereits schon einmal ein freimütiges Friedensangebot gemacht.

Die gesamte britische Armee war an die Küste von Dünkirchen getrieben und von Panzern umzingelt worden. Jeder Historiker des Establishments stimmt zu, daß die britische Armee von den deutschen Soldaten leicht hätte ausgelöscht werden können, und die meisten wundern sich darüber, daß es auf Hitlers direkten Befehl zu keinem Angriff gekommen ist. Statt dessen standen die Deutschen daneben und sahen zu, wie britische Schiffe den Kanal überquerten und die Armee retteten.

Die einzig mögliche Erklärung für diese außergewöhnliche Begebenheit ist die Tatsache, daß Hitler eine andere Botschaft geschickt hat: »Wir wollen keinen Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland.«

Über die Jahrzehnte hinweg seit dem Zweiten Weltkrieg beweist eine Fülle von Informationen in Büchern von vielen bekannten Historikern, Militärführern und hohen Beamten, daß der Zweite Weltkrieg von Churchill und Roosevelt unterstützt und geschürt worden ist.

Während das menschliche Wissen über die Kräfte, die die Welt in den Krieg getrieben haben, mit dem Tod und erzwungenen Schweigen von Rudolf Heß verlorengegangen ist, sind die extremen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um ihn mundtot zu machen, in sich selbst Beweis genug für die Vertuschung.

Er durfte seine Geschichte nicht erzählen

Während seiner Gefangenschaft haben die Medien immer wieder versichert, daß Heß nicht auf freien Fuß gesetzt werden könne, weil sich die UdSSR widersetze. Die Wahrheit ist, daß jede einzelne der vier Mächte ihn einseitig hätte freilassen können.

Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die UdSSR haben sich jeden Monat in Spandau mit der Wache abgewechselt. Man hätte Heß aus humanitären Gründen jederzeit freilassen können, während ein bestimmtes Land die Wache hatte. Die Vereinigten Staaten hatten hinreichend Gelegenheit dies zu tun, doch sie taten es nicht.

Selbst professionelle Holocaust-Verfechter behaupteten, daß es im Mai 1941 keine Vernichtungslager gegeben habe, doch Heß mußte der »Kriegsverbrechen« überführt werden, um zu verhindern, daß er seine Geschichte jemals erzählen kann.

Bei den Nürnberger Prozessen wurde der Mann, der dafür ins Gefängnis gekommen war, daß er den Frieden gesucht hatte, wegen »Anzettelung zum Angriffskrieg« verurteilt.

Diese Absurdität war die Grundlage dafür, daß man ihm 46 Jahre lang Schweigen auferlegt, bis er das Wissen, das nur er haben konnte, mit ins Grab nahm. □



Zweiter Weltkrieg

Der Holocaust nach Kriegsende

Martin Mann

Entgegen der Behauptungen der Historiker des Establishments ist das Ende der Feindseligkeiten im Zweiten Weltkrieg von einem vergessenen Holocaust gekennzeichnet. Seine Opfer waren Russen, Volksdeutsche, Kossacken und Ukrainer, Christen, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien in die »Massaker-Maschinerie« Josef Stalins geschickt worden sind.

Von allen westlichen Ländern, die in dieses historische Verbrechen verwickelt waren, war die US-Regierung – für die angeblich der Antikommunismus ein Losungswort ist – besonders ängstlich darauf bedacht, die Tatsachen zu verbergen, die insgeheim als »Operation Keelhaul« bekannt sind.

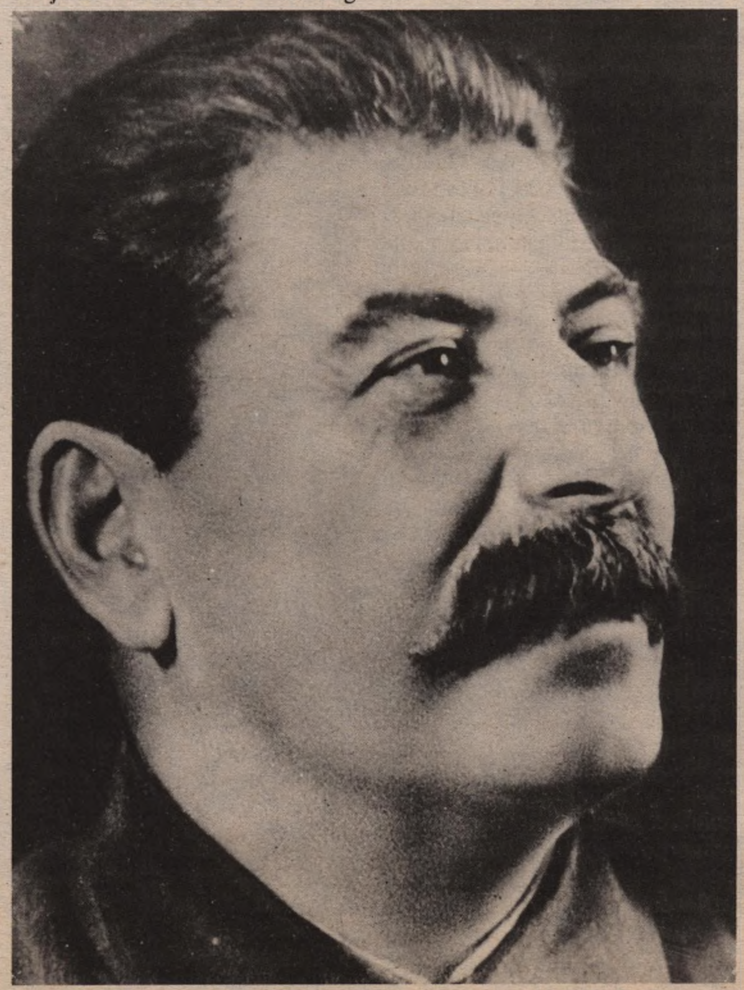
Proteste gegen die Greueltaten

»Keelhaul« (»Kielholen«), eine tödliche und sadistische Form der Bestrafung bei der Marine, bei der das Opfer an einem Seil unter dem Schiff durchgezogen und an der anderen Seite fast immer tot wieder herausgezogen wird.

Mehr als nur ein Name, war es eine exakte Metapher für die Verschleppung und Deportation von schätzungsweise 3,7 Millionen Christen durch Europa hindurch in die Todeslager der Sowjetunion.

Die Verantwortung für die Durchführung der Greueltaten in Verbindung mit der Operation »Keelhaul« lag bei den westlichen Alliierten, deren Führer und Befehlshaber schon im Sommer 1944 dagegen zu protestieren begannen.

Im August 1944 schickte Sir James Grigg, der damalige britische Kriegsminister, Premierminister Winston Churchill eine streng geheime Aktennotiz, in der es hieß, daß die »Zwangsrepatriierung in die Sowjetunion für jeden ›russischen‹ Flüchtling den sicheren Tod bedeutet«. Die Verwendung des Wortes Russen bedeutet hier auch die Einbeziehung der Bewohner Georgiens und die Tscherkessen.



Josef Stalin war seit 1933 der heimliche Verbündete von Franklin D. Roosevelt.

Was den hohen britischen Beamten in Sorge versetzte war nicht nur das böse Schicksal, das jeden Christen erwartete, der in die kommunistische Tyrannei »repatriiert« wurde. Sir James sah voraus, daß jeder Versuch solche Deportationen in großem Maßstab durchzuführen, zu »abstoßenden und unaussprechlichen Greueltaten« führen würden und er war besorgt über die Auswirkungen solch barbarischer Verbrechen auf die Moral seiner Truppen.

Hilfe bei der Offensive gegen Stalin

Seine Befürchtungen waren wohl begründet. Obwohl es schwer ist an genaue Zahlen heranzukommen – die meisten der entsprechenden Statistiken sind im Interesse der Geheimhaltung vernichtet worden – ist bekannt, daß sich rund sieben Millionen Männer, Frauen und Kindern gegen die sowjetische Herrschaft erhoben haben, als deutsche Truppen in ihrer Offensive gegen Stalins Streitkräfte in den Jahren 1941 und 1942 tief in die Ukraine und Rußland vorstießen.

Viele von ihnen waren Antikommunisten, die bereitwillig ihre Waffen gegen die stalinistische Herrschaft erhoben, sobald die Sowjettruppen weg waren. In noch größerer Zahl wurde die Bevölkerung dieser umkämpften Territorien in deutsche Arbeitsbataillons zusammengezogen, die hinter den Kampflinien Reparatur- und Bauarbeiten durchführten.

Die Antikommunisten schlossen sich schließlich einer der größeren Formationen an, die von deutschen Befehlshabern als Hilfsstreitkräfte rekrutiert worden waren: der von General Andrei Wlassow geführten Befreiungsarmee, einem Offizier der Roten Armee, der sich gegen den Kommunismus wendete, sobald er Anfang des Jahres 1942 von deutschen Truppen an der Ostfront gefangengenommen worden war; oder sie schlossen sich den Kosaken- oder ukrainischen Einheiten an.

Jene, die in den Arbeitsbataillons arbeiteten, besaßen keine politischen Verpflichtungen oder Engagements, doch sie wurden dennoch in dem Strudel des gigantischen Kampfes mitgerissen. Im Herbst 1943 wurden fast drei Millionen von diesen Arbeitern von den Deutschen westwärts geschickt, denn die Frontlinien der Ostfront verschoben sich unter den steigenden Angriffen der Sowjets immer mehr nach Westen.

Es gibt Schätzungen – unter anderem von Graf Tolstoy, der den ersten Hintergrundbericht über die Operation Keelhaul zusammengestellt hat –, daß bis zum Herbst 1944 über vier Millionen »Russen« und Volksdeutsche ihre Heimat verlassen hatten und sich in Westeuropa befanden. Die westlichen alliierten Streitkräfte begannen Tausende von ihnen gefangenzunehmen, sobald sie ihre Invasionsangriffe in Italien und Frankreich ausführten.

Die sowjetische Regierung wollte die Menschen zurückhaben; daran gab es keinen Zweifel. Doch unter den westlichen Ver-

Zweiter Weltkrieg

Der Holocaust nach Kriegsende

bündeten gab es Unsicherheit über die »Zwangsrepatriierung« der »sowjetischen« Flüchtlinge in die brutalste Diktatur Europas.

Brutalität und Hinterhältigkeit

Der Ausverkauf, der das Schicksal von Millionen christlicher Flüchtlinge besiegelte, wurde von dem englischen Premierminister Winston Churchill angeführt und Lord Avon – der frühere Anthony Eden, Außenminister im Kriegskabinett von Churchill – flog am 10. Oktober 1944 nach Moskau und traf mit Stalin ein persönliches Abkommen.

Es sah vor, daß jede Person im Westen, die einen »tatsächlichen oder möglichen Anspruch auf sowjetische Staatsangehörigkeit« besaß – eine Definition, die massenweise Polen, Ruthenen, Balten und selbst Ausländer, die niemals unter kommunistischer Herrschaft gelebt haben –, repatriiert werden würden, »egal, ob sie in die Sowjetunion zurückkehren wollten oder nicht.«

Die Vereinigten Staaten folgten dem Beispiel auf der berühmten Konferenz von Jalta, auf der der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt ein ähnliches Abkommen mit Josef Stalin akzeptierte.

Alles, was blieb, war die Durchführung des Handels, der in mehr als einer Hinsicht einer Hinrichtung gleichkam. Hinterhältigkeit, Brutalität und Massenmord waren nötig, um die Flüchtlinge aus ihren letzten Festungen der Freiheit herauszuholen – den schrecklichsten Zwangsumsiedlungslagern unter alliierter Verwaltung in Westdeutschland, Österreich, Italien und Frankreich.

Als der Tag der Deportation herannahte, wurden Männer in die Lager geschickt, die versuchten, die Menschen davon zu überzeugen, daß sie lediglich in »größere Lager« kämen. Doch die Unterernährten in ihren zerrissenen Kleidern spürten, daß sie von den Oberherrn der westlichen, liberalen Demokratien verkauft worden waren, und daß sie zur Hinrichtung in die Sowjetunion transportiert werden sollten.

Als die Stunde für die »Repatriierung« geschlagen hatte, begann die Tragödie dieser Christen überall in ähnlichen Rahmen. Amerikanische und britische Infanterie mit Kampfmunition umzingelten die Flüchtlingslager, unterstützt durch Panzer.

In den Lagern versammelten sich die Gläubigen in der Morgendämmerung vor den Altären im Freien. Tausende von Gesangbüchern und Kruzifixen wurden in einem letzten Lebewohl gen Himmel gerichtet. Als der Stacheldraht aufgerollt wurde und die Truppen mit ihren Gewehren in den Seiten hereinstürmten, stürzten sich viele Flüchtlinge unter dem Ruf »Tod vor der Deportation« in den Tod.

Augenzeugenberichten zufolge war es der größte und schrecklichste Massenselbstmord in der westlichen Geschichte. Die Menschen warfen sich zu Hunderten unter die Räder der vorwärtsfahrenden Panzer. Andere gingen zu zweit in den Tod: zwei Männer oder zwei Frauen standen einander gegenüber und schnitten sich gegenseitig die Kehle durch.

Inmitten dieser Verzweiflung der Massen mußten amerikanische und britische Soldaten – von denen viele den christlichen Glauben ihrer Opfer teilten – ihre brutalen Befehle mit Bajonetten, Gewehrkolben, Keulen und Ketten durchführen. Jeder, der versuchte zu entkommen, wurde erschossen.

Jene, die überlebten – schätzungsweise 2,7 Millionen Männer, Frauen und Kinder – wurden wie »Tiere zum Schlachthof« – wie es der Korrespondent Douglas Reed damals bezeichnete – in die Sowjetunion zurückgetrieben. Nach Ankunft auf sowjetischem Boden wurde eine unbekannte, doch erheblich große Zahl sofort erschossen. Jüngsten Feststellungen zufolge überlebten weniger als zehn Prozent dieser Menschen das erste Jahr in Stalins Zwangsarbeitslagern. □

Nazijagd

Die Opfer in den USA

Peter Blackwood

Volksgruppen in Amerika – besonders Osteuropäer – ducken sich in Furcht vor der anhaltenden sowjetisch-amerikanischen Kampagne der Denaturalisierung und Deportation von Bürgern zur Exekution, die das Pech hatten im Zweiten Weltkrieg in Europa Antikommunisten gewesen zu sein.

Spricht man mit solchen Leuten, so wird man sofort gebeten keine Namen von Einzelpersonen oder Oraganisationen zu nennen. Die Mitglieder von osteuropäischen Volksgruppen sind sehr stark beunruhigt, doch sie fürchten auf der anderen Seite, daß sich der Zorn der »Nazijäger« auch gegen sie wendet. Und das bedeutet eine Medienkampagne, die den Ruf und das Leben einer Einzelperson oder Gruppe zerstören und große Belästigung für die Protestierenden mit sich bringen kann.

Mit Beschuldigungen ist man schnell zur Hand

Diese Volksgruppen sind Opfer von »moralischem Terrorismus«. Eingestimmt auf »Nazimanie« ist dieser Terror eine sorgfältig inszenierte Kampagne zur Brandmarkung von jedermann, der sich gegen eine Verzerrung der amerikanischen Verfassung wendet, um eine über 40 Jahre alte »Blutrünstigkeit« als »Nazi« zu befriedigen und ächtet ihn damit in den Augen der Volksgruppen.

Während also naturalisierte Bürger denaturalisiert und zur Hinrichtung deportiert werden, beobachten ihre Volksgruppen das ganze Schauspiel – von wenigen Ausnahmen abgesehen – stillschweigend und haben Angst gegen diese groben Justizfehler zu protestieren.

Eine wichtige Rolle bei diesem moralischen Terror spielen die Establishment-Medien, die das Opfer in Wort und Schrift angreifen, ebenso wie jedermann, der es wagt, die Aussagen des Amts für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium in Frage zu stellen. Das Ergebnis solcher Anklagen, Angriffe und Prozesse ist immer das gleiche: »der Kriegsverbrechen schuldig« oder im Fall jener, die protestieren »des Neonazismus schuldig«.

An vielen Beispielen kann dieses Vorgehen deutlich gemacht werden. Erzbischof Valerian Trifa von der römisch-orthodoxen Kirche in Amerika wurde beschuldigt Kontakt mit einer antikommunistischen Gruppe in seiner Heimat zu haben; Anndrija Artukovic, ein Kroate; John Demjanjuk, ein Ukrainer; Karl Linnas, ein Este; Kurt Waldheim, der österreichische Bundespräsident.

Um die Mitglieder seiner Kirche nicht der finanziellen und psychologischen Last ihn gegen die OSI-Anklagen zu verteidigen, auszusetzen, zog Trifa es vor, die Vereinigten Staaten nach einer Nazikampagne durch die Medien freiwillig zu verlassen. Ihm wurde weder der Prozeß gemacht, noch ist er irgendeines Verbrechens überführt worden. Doch die Establishment-Medien verwendeten ständig und fälschlicherweise das Wort »deportiert« und erweckten so den Eindruck, daß er schuldig sei.

Vom moralischen zum körperlichen Terror

Artukovic ist, wenn er noch am Leben ist, in Jugoslawien und wartet auf seine Hinrichtung. Demjanjuk ist in Israel und wartet nach seinem noch andauernden Schauprozeß ebenfalls auf seine Hinrichtung. Linnas ist bereits von den Sowjets hingerichtet worden.

Kurt Waldheim ist durch Anordnung des amerikanischen Justiz-

ministers Edwin Meese persona non grata in den Vereinigten Staaten.

Als eine Folge dieser Aktionen sind Volksgruppen, ethnische Minderheiten, in den Vereinigten Staaten terrorisiert worden. Sie wagen nicht den Mund aufzumachen, damit sie nicht auch einzeln verurteilt und unter Druck gesetzt werden.

Vom moralischen Terror ist es nur ein kleiner Schritt zum körperlichen Terror, und letzterer ist um so wirkungsvoller, wenn ersterer ungestraft erfolgen kann. In den Büroräumen des Institute for Historical Review in Torrance, US-Bundesstaat Kalifornien, wurden am 4. Juli 1984 Brandbomben geworfen. Die Täter befinden sich noch immer auf freiem Fuß und jene, die sich nach dem Stand der Ermittlungen erkundigen, erhalten von den Behörden lediglich vage Antworten, wenn sie überhaupt welche bekommen.

Tcherim Soobzokov wurde beschuldigt ein Nazikriegsverbrecher zu sein und starb später bei einem Bombenanschlag in seinem Haus in Paterson im US-Bundesstaat New Jersey. Ironischerweise hatte das US-Justizministerium ihn von den Anklagen freigesprochen.

Es sollte darauf hingewiesen werden, daß das amerikanische Justizministerium, das amerikanische Staatsbürger vor Terror im In- und Ausland schützen soll, sich offenbar der Unisono inszenierten Kampagne gegen die verschiedenen ethnischen Minderheiten in den USA nicht bewußt ist.

Wer ist als nächster an der Reihe? Fragen Sie das OSI. Der Fall Waldheim ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, da es sich hier um das österreichische Staatsoberhaupt handelt.

Wird die Regierung Reagan jemals zugeben, daß ihr Amt für Sonderermittlungen (OSI) Hunderte sogenannter Ex-Nazis gequält und verfolgt hat und dabei Dokumente als Beweismittel verwendete, von denen bekannt ist, daß es sich um Fälschungen handelt?

Zusammenarbeit mit dem KGB

Man hat der amerikanischen Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht mitgeteilt, daß Geheimdienstexperten aus Amerika und von den Verbündeten viele Aufzeichnungen aus dem Krieg, die von »Nazijägern« bei der Verfolgung angeblicher Kriegsverbrechen benutzt werden, für Fälschungen der kommunistischen Geheimdienste halten.

Mit diesen Falschinformationen sollen führende Politiker, Intellektuelle und Sprecher von Gemeinden offenbar in Verruf gebracht und wenn möglich als Kriegsverbrecher abgestempelt werden, weil es sich bei ihnen um Antikommunisten oder unbequeme Gegner der UdSSR handelt.

Mit dem vom KGB geförderten Geheimaktionsprojekt sollen auch Schlüsselfiguren in den NATO-Ländern eingeschüchtert und dahingehend erpreßt werden, daß sie in einen Nazi-Kriegsverbrecher-Skandal verwickelt werden, falls sie nicht in eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einwilligen.

Ein solcher Skandal kam im Frühjahr 1986 in Österreich auf. Kurt Waldheim, der ehemalige UN-Generalsekretär kandidierte für das Amt des österreichischen Staatspräsidenten, eine Wahl, die er mit überwältigender Mehrheit gewonnen hat. Doch als er seine Kandidatur ankündigte, wurde er plötzlich als ehemaliger Nazi und Kriegsverbrecher verunglimpft, der kein öffentliches Amt bekleiden dürfe.

Die Anklagen gegen Waldheim entstammen einer Reihe von Dokumenten aus dem Zweiten Weltkrieg, die unter mysteriösen Umständen in die Hände von Edgar Bronfman, dem mehrere Millionen Dollar schweren Whiskykönig, langjährigen Verfechter der zionistischen Sache und Präsident des Jüdischen Weltkongresses, gelangt waren. Sie wurden von Bronfman Anfang März 1986 an die »New York Times« weitergegeben und belasteten Waldheim in erheblichem Maße.

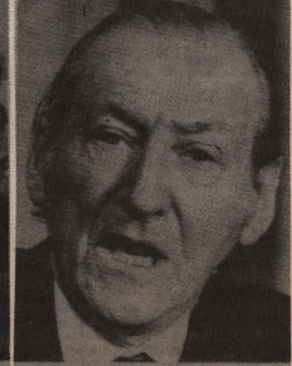
Eine der Anklagen lautet dahingehend, daß der ehemalige UN-Chef im Jahr 1938 der Deutschen Studentenliga beigetreten ist, während er in Wien Jura studierte und in der Folge auch die Mitgliedschaft in der SA anstrebte, einer uniformierten Einheit der Nationalsozialistischen Partei.

Es wurde weiter behauptet, daß Waldheim als Offizier im Luftwaffenstab von General Alexander Loehr, dem deutschen Militärbefehlshaber auf dem Balkan von 1942 bis 1944, in Kriegsverbrechen verwickelt gewesen sein soll.

Wie zuverlässig sind die vom US-Justizministerium verwendeten Beweise? Mindestens drei hochrangige und kenntnisreiche Überläufer des KGB und dessen verbündeter kommunistischer Spionagedienste sagen, daß die Dokumentation Teil einer sowjetischen Falschinformationskampagne ist.

Frisierte und gefälschte Dokumente

Bei einem dieser Überläufer handelt es sich um Ladislav Bittman, dem ehemaligen Leiter der Desinformations-Abteilung des tschechischen Geheimdienstes. Bittman, der mit KGB-Beamten in den Geheimaktionsprojekten eng zusammengearbeitet hat, hat gegenüber amerikanischen Behörden eine eidesstattliche Erklärung über die massive Fälschung von Akten aus der Kriegszeit, die hinter dem Eisernen Vorhang vor sich geht, abgegeben.

Kurt Waldheim (links) während des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien mit seinem Kommandanten General Loehr.

Bittman zufolge haben sowjetische und tschechische Experten Tausende offizieller Papiere gefälscht und eine Vielzahl von Originaldokumenten frisiert, die bis in den Zweiten Weltkrieg zurückreichen. Viele dieser gefälschten Unterlagen, die in jeder Hinsicht den Anschein erwecken, als würden sie deutschen Archiven entstammen, erwecken die Vermutung, daß zahlreiche Antikommunisten im Westen fragwürdige Rollen gespielt oder sich im Zweiten Weltkrieg der Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben.

Dadurch war zu erfahren, daß in den achtziger Jahren mindestens drei Überläufer aus den Geheimdiensten des Sowjetblocks dem CIA und der Defense Intelligence Agency Einzelheiten mitgeteilt haben, die die umfangreichen Fälschungen alter nationalsozialistischer Dokumente zum Zweck der Falschinformation und der Erpressung bestätigen.

Einer dieser Informanten, der ehemalige Hauptmann des KGB, Valerian Katkov, war als Nachrichtenoffizier in der DDR tätig, als er im Jahr 1982 im Westen um Asyl bat. In Verhören durch die amerikanische Justiz hat er angeblich eine Liste hochrangiger sowjetischer, tschechoslowakischer und ostdeutscher Geheimdienstoffiziere genannt, die in diese Fälschungen verwickelt gewesen sind.

Doch obwohl die Reagan-Regierung dazu neigt, die Enthüllungen der kommunistischen Deserteure stets und ständig in laute Propagandakampagnen zu verwandeln, gab es keine offizielle Freigabe der Aussagen der ehemaligen Offiziere aus dem Sowjetblock über diese Falschinformationen und Fälschungen.

Die Gründe für dieses Schweigen sind nicht schwer zu erraten: es besteht unter hohen Beamten der nationalen Sicherheit der USA, von denen viele loyale Verfechter Israels sind – insbesondere der amerikanische Justizminister Edwin Meese – die Befürchtung, daß eine offizielle Bestätigung der KGB-Fälschungen Fragen über die Aktivitäten des OSI aufwerfen würde. Die Anwälte und Agenten des OSI haben Fälle gegen angebliche Ex-Nazis konstruiert, indem sie dazu diese suspekten Kriegsakten der Sowjets verwendeten. □

Nazijagd

Vergessene Opfer der Verfolgung

George Spruksts

Die Öffentlichkeit hat schon viel gehört von der Verfolgung antikommunistischer Europäer aus Ost- und Mitteleuropa durch das Amt für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium. Die Verfolgung durch das OSI entsprechen leider den Tatsachen. Dabei wurde die Berichterstattung auf die Verfolgung der Rumänen, Ukrainer, Deutschen, Kroaten und Balten sowie auf viele andere gelegt. Doch dabei wurde über die ethnische Minderheit der Russen in den Vereinigten Staaten geschwiegen.

Es ist jetzt an der Zeit, den Schleier des Schweigens, der sich über die Russen gelegt hat, zu lüften. Es ist an der Zeit ein für allemal klarzustellen, daß die Sowjetunion nicht Rußland ist und Rußland oder das ehemalige russische Reich nicht die Sowjetunion, obwohl die beiden historisch gesehen vielleicht die gleichen oder ähnliche Grenzen haben mögen.

Russe zu sein bedeutet Christ zu sein

Rußland als souveräner Staat hat im Jahr 1917 aufgehört zu existieren, nachdem eine halsabschneiderische Bande ausländischer Verbrecher aus den Großstädten der Welt – nicht zuletzt auch aus New York oder genauer gesagt New Yorks »Lower East Side« – in das Land eingefallen ist.

Heute existiert Rußland nur noch für jene, die das Land lieben und sich nach seiner Befreiung von dem satanischen Joch der Fremden sehnen. Die Russen nennen ihr Land im historischen Zusammenhang »Heiliges Rus unter dem Schutz der heiligen Mutter Gottes« – gleichzeitig eine Verwünschung für ihre ausländischen Verfolger. Russe zu sein bedeutet ein Christ zu sein, denn wenn man aufhört ein Christ zu sein, verliert man jeglichen Anspruch darauf ein Russe zu sein.

Die Sowjetunion besteht aus über 120 verschiedenen und deutlich voneinander zu trennenden nationalen und ethnischen Gruppen. Von ihnen sind zusammengenommen weniger als neun Prozent Mitglied der kommunistischen Partei. Die ethnische Volksgruppe der Russen ist heute in der Sowjetunion eine rasch abnehmende Minderheit.

Die Sowjetdiktatur führt trotz der sogenannten Russifizierung nicht-russischer Minderheiten und der Annahme russischer Namen durch die bolschewistischen Schlächter eine brutale, unbarmherzige Kampagne des Völkermords gegen das russische Volk.



Churchill, der britische Generalstabschef Lord Alan Brooke und Feldmarschall Bernard Montgomery (von links nach rechts) am 25. März 1945 am Ufer des Niederrheins bei einem Picknick.

Winston Churchill wußte wovon er sprach, als er sagte: »Nach Nikolaus II. war kein Russe mehr an der Macht« – eine Tatsache, die sich bis zum heutigen Tag nicht geändert hat.

Geschichte eines russischen Patrioten

Die Russen waren, ob innerhalb oder außerhalb der Sowjetunion, die Hauptopfer kommunistischer Verfolgung. Es folgt die Geschichte eines russischen Patrioten und unerschütterlichen Antikommunisten, der dem probolschewistischen OSI zum Opfer fiel, eine Geschichte, die man nicht in der Establishment-Presse lesen kann und die sogar von antikommunistischen Medien unter den Tisch gekehrt worden ist, weil sie nicht in ihre Bemühungen paßt, den Russen einen kommunistischen Anstrich zu geben.

Es ist die Geschichte von Vladimir Sokolov-Samarin, dem ersten Opfer des amerikanischen OSI.

In den vergangenen siebzig Jahren haben die sowjetischen Sicherheitskräfte – früher die Cheka, GPU, NKVD, MGB, jetzt der KGB – alles in ihrer Macht stehende getan, um den Widerstand im Volk gegen den Kommunismus im einstigen Rußland zu brechen und die Aktivitäten der russischen Gemeinde, die Teil des russischen Volkes ist, lahmzulegen.

Jene, die sich politisch gegen das kommunistische Regime betätigt haben, wurden Terrorakten, Provokationen und Verleumdungen ausgesetzt.

In den dreißiger Jahren wurden die weißrussischen Generäle Kutepov und Miller entführt und zu Tode gefoltert.

Der Krieg der sowjetischen Sicherheitskräfte gegen die russischen Emigranten hat nie aufgehört. Die Befreiungsbewegung im Zweiten Weltkrieg hat gezeigt, daß das russische Volk gegen den Kommunismus ist und der Kampf hat nie aufgehört.

Nach dem Krieg wurden die Anführer der Befreiungsbewegung unter General Wlassow gefangengenommen ebenso wie der Kosakengeneral Krasnov zusammen mit seinen Waffenbrüdern. Alle wurden in der Operation mit dem berüchtigten Codenamen »Keelhaul« gefoltert und getötet.

Hunderttausende von Teilnehmern mit Rang und Namen aus dieser Bewegung wurden ebenfalls gefangengenommen und viele starben einen Märtyrertod. Doch einer großen Zahl gelang es auch zu fliehen und sie bildeten die zweite Emigrationswelle in den Vereinigten Staaten, die jetzt vereinigt ist mit der ersten oder der sogenannten weißen Emigrationsgeneration.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die Angriffe der sowjetischen Sicherheitskräfte auf die russischen Emigranten durch Terror, Provokationen, Lügen und Verleumdungen weiter. Gelegentlich beteiligten sich auch westliche Sicherheitskräfte daran.

Zusammenarbeit mit den Zionisten

Einer der russischen Emigranten, der für die KGB-Angriffe herausgegriffen wurde, ist V.D. Sokolov-Samarin, ein überzeugter Antikommunist und russischer Patriot, Schriftsteller und Leitfigur. Er ist in der Sowjetpresse häufig angegriffen worden.

Die Angriffe traten mit besonderer Heftigkeit im Jahre 1976 auf. Im Februar jenes Jahres wurde er von der Zeitung »Komsomol'skaia Pravda« angegriffen und im April verunglimpfte das »Sowjetische Heimatland« eine

in Jiddisch erscheinende Moskauer Zeitung, ihn in einem Artikel des KGB-Generals Arkadii Sakhnin, Stellvertreter des Herausgebers Aron Vergelis. Auf der Grundlage dieser Artikel begann die New Yorker zionistische Tageszeitung »Morning-Freiheit« eine Hetzkampagne gegen Sokolov-Samarins frühere Verbindung zu der russischen, antikommunistischen Zeitung »Rech« (»Gespräch«), die im deutsch-besetzten Rußland erschien. Es wurde auch behauptet, Sokolov-Samarin habe über bestimmte Aspekte in seiner Vergangenheit bei der Immigration Stillschweigen bewahrt.

Ein Hilfeappell erging, unterzeichnet von etwa 45 bekannten Kirchen- und politischen Führern und anderen im Exil lebenden Gemeindemitgliedern der Russen. Hier ein Auszug aus diesem Appell:

»Es scheint, als wolle das Amt für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium für die Verfolgung auch anderer Emigranten einen Präzedenzfall schaffen. Die Zahl potentieller Opfer nimmt zu.

Vladimir Sokolov-Samarin war der erste, dem in dieser erneuten KGB-Kampagne gegen Emigranten ein Schlag versetzt wurde. Er steht an vorderster Front und braucht unsere Unterstützung sowohl in moralischer als auch finanzieller Hinsicht. Es ist unsere Pflicht ihm zu helfen.

Das Verfahren läuft jetzt im dritten Jahr und zwei Anwälte sind dabei die Anklage für Samarin abzuwehren. Das hat bereits Tausende von Dollar gekostet. Die Kosten werden noch steigen, wenn ein Prozeß stattfinden wird.

Es ist unsere Pflicht, unsere Verantwortung einem russischen Patrioten, einem überzeugten, selbstlosen Antikommunisten zu helfen. Wir, die russischen, antikommunistischen Exilanten müssen diesen Prozeß gewinnen.«

Im März dieses Jahres hat das amerikanische Bundesappellationsgericht von New York die Entscheidung des Bundeskreisgerichts in Connecticut einer Revision unterzogen, aufrund dessen Sokolov-Samarin die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen worden war. Samarins Berufung wurde in ihren Hauptpunkten zurückgewiesen und der Entzug der US-Staatsbürgerschaft blieb aufrechterhalten.

Gegenwärtig befindet sich Sokolov-Samarin außerhalb der Vereinigten Staaten und ein Anwalt überprüft derzeit die Frage einer erneuten Berufung beim Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten.

Die »Affäre Samarin« unterscheidet sich von den Fällen der sogenannten `Berezovskaya-Krankheit, die die russischen Emigranten in den fünfziger Jahren heimgesucht hat. Es ging dabei um Falschaussagen von Flüchtlingen über Geburts- und Wohnort, um der Zwangsrepatriierung in die UdSSR auf dem Wege der Operation Keelhaul zu entgehen.

Wenn solche Angaben auf den Einwanderungsdokumenten für die Vereinigten Staaten erschienen, bestand die Gefahr, daß solchen Flüchtlingen die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen und sie deportiert wurden. In Anerkennung der Berechtigung einer solchen »lebensrettenden Lüge« nahm der US-Kongreß eine Korrektur des Einwanderungsgesetzes an, derzufolge Falschinformationen über Geburts- und Wohnort keinen Grund mehr für den Verlust der amerikanischen Staatsbürgerschaft darstellen.

Im Jahr 1978 schrieb das damalige Mitglied des US-Repräsentantenhauses Elizabeth Holtzman, erfüllt von Haß gegen alle europäischen Antikommunisten aus dem Zweiten Weltkrieg den OSI-Gesetzentwurf und das Gesetz über Deportation, damit alternde Antikommunisten in Amerika verfolgt werden konnten.

Obwohl Frau Holtzman schon lange nicht mehr dem US-Kongreß angehört – sie ist derzeit Staatsanwalt in Brooklyn – und obwohl auch die jetzige Regierung nicht unbedingt dafür ist, handelt das OSI aufgrund reiner Trägheit des bürokratischen Apparats danach. Folglich wird ein 74jähriger, kranker Mann weiterhin für Gedanken verfolgt, die er vor 45 Jahren Tausende von Meilen entfernt von den Vereinigten Staaten angeblich zum Ausdruck gebracht haben soll. □

Nazijagd

Wer ist Arthur Rudolph?

Peter Blackwood

Im Gegensatz zu den meisten Deutschen und anderen Europäern, die beschuldigt werden »Kriegsverbrecher« zu sein, war Dr. Arthur Rudolph kein Regierungsvertreter, er war kein Mitglied der SS und hatte auch keinerlei Verbindungen zu Konzentrationslagern.

Arthur Rudolph war Ingenieur und in den letzten Kriegsjahren kurze Zeit Produktionsleiter in den Mittelwerken, der Fabrik, in der die V-2-Raketen hergestellt worden sind. Das Mittelwerk in Nordhausen verfügte im Harz in Stollen unter der Erde über ein Montagewerk und beschäftigte Gefangene aus dem nahe gelegenen Konzentrationslager Dora.

Große Verdienste für die USA

Rudolph wird beschuldigt, ein »Kriegsverbrecher« zu sein, weil Gefangene im Mittelwerk eingesetzt worden sind.

In seiner »Nazikriegsverbrecher«-Hexenjagd hat es das Office of Special Investigations (Amt für Sondermitteilungen, OSI) im amerikanischen Justizministerium völlig außer acht gelassen, daß Rudolph fast 30 Jahre lang den Vereinigten Staaten zu Diensten war und daß seine Kenntnisse und sein Wissen in unermeßlicher Weise zur Vorrangstellung der USA auf dem Raketen- und Raumfahrtsektor beigetragen haben.

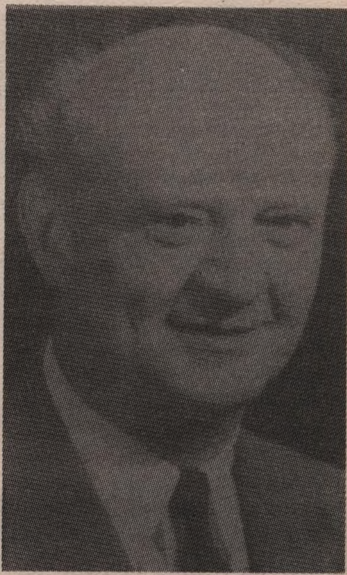
Rudolph hat im Jahr 1930 in Berlin das Ingenieursexamen abgelegt und arbeitete anschließend mehrere Jahre lang in der Konstruktion und dem Bau von Raketenmotoren. Im Jahr 1934 trat er dem Raketenteam unter Dr. Wernher von Braun bei und war an dem Aufbau des deutschen Raketenzentrums in Peenemünde beteiligt.

Rudolph kam mit von Braun und 117 anderen Ingenieuren in die Vereinigten Staaten, als die deutsche Wehrmacht sich bedingungslos ergab.

Eine Generation lang waren diese Männer das Herz und die Seele des amerikanischen Raketen- und Raumfahrtprogramms. Ohne sie wären die Amerikaner niemals auf dem Mond gelandet.

Erst in den Ruhestand und dann verjagt

Rudolph war in den fünfziger Jahren im Redstone Arsenal in Alabama in verschiedenen Positionen als Ingenieur tätig. Im Jahre 1958 wurde er zum Projektleiter der Pershing-Waffensysteme der US-Army, Ballistics Missile Agency, ernannt.



Arthur Rudolph, ein deutschstämmiger NASA-Wissenschaftler, wurde 1985 gezwungen, die USA zu verlassen, nachdem er 30 Jahre lang half, Amerika eine Vorrangstellung in der Raumfahrt zu erlangen.

Er ging mit dem Team von Braun, als dies im Jahr 1960 zur NASA kam, und arbeitete an dem Apollo-Programm, dem amerikanischen Mondlandeprogramm. Im Jahr 1963 wurde er zum Leiter dieses Programms ernannt.

Im Januar 1969 ging Rudolph in den Ruhestand.

Rudolph hat zahlreiche Ehrungen erhalten, darunter die höchste Auszeichnung der US-Armee für außerordentliche zivile Leistungen im Jahr 1960 und die NASA-Medaille für außergewöhnliche Leistungen im Jahr 1968. Im Jahr 1969 wurde ihm für die Leitung des Saturn-V-Programms die amerikanische Verdienstmedaille verliehen. □

Nazijagd

Verleumdung eines deutschen Raketen-Experten

Friedwardt Winterberg

Ein Beurteilungsmaßstab für die Größe einer Nation besteht darin zu schauen, wie sie die begabten Persönlichkeiten in ihrem Volk behandelt. Im Fall der Zwangsdeportation einer der weltweit fähigsten Raketenwissenschaftler haben die Vereinigten Staaten nicht viel Größe gezeigt. In einem empörenden Zerrbild von Gerechtigkeit wurde Dr. Arthur Rudolph, ein deutschstämmiger, ehemaliger NASA-Wissenschaftler, gezwungen, im Jahr 1985 die Vereinigten Staaten zu verlassen, nachdem er die USA fast dreißig Jahre lang darin unterstützt hatte, eine Vorrangstellung in der Raumfahrt zu erlangen. Rudolph hat die Rakete entwickelt, mit denen Astronauten der Apollo auf den Mond geflogen sind. Aufgrund von »Beweisen«, die durch die sowjetische Geheimpolizei (KGB) in stillschweigender Übereinstimmung mit dem Amt für Sonderuntersuchungen (OSI) des amerikanischen Justizministeriums und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum für Holocaust-Studien in Los Angeles gefälscht worden sind, ist er zu einem »Nazi-Kriegsverbrecher« abgestempelt worden. Dr. Friedwardt Winterberg, Professor für theoretische Physik an der Universität von Nevada, hat seine eigene Untersuchung in der »Sache Rudolph« durchgeführt und seine Ergebnisse David Bobzien, Anwalt im amerikanischen Justizministerium (Office of Professional Responsibility) in Washington, vorgelegt. Es folgen Auszüge aus Winterbergs Bericht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Dr. Arthur Rudolph, ein führender Raketenexperte im Wernher-von-Braun-Team eingeladen, in den Vereinigten Staaten zu arbeiten. Die Einladung erfolgte aufgrund der Richtlinien der »Operation Paper Clip«, dem Codenamen des Projekts der amerikanischen Regierung, im Rahmen dessen führende deutsche Naturwissenschaftler und Ingenieure in die Vereinigten Staaten geholt werden sollten.

Angst vor einem Angriff der Sowjets

Die Durchführung des Projekts war von der US-Regierung voll sanktioniert und genehmigt. Man hatte berechtigten Grund zur Befürchtung eines kommunistischen Angriffs auf die freie Welt und man wollte die Unterstützung der deutschen Wissenschaftler, um den Kommunismus zu stoppen.

Verständlicherweise führte die Anstellung deutscher Wissenschaftler durch die amerikanische Regierung zu Protesten von seiten verschiedener jüdischer Organisationen. Gegen diese Kritik legte die amerikanische Regierung die richtige Haltung an den Tag, indem sie behauptete, die Wissenschaft sei der Politik übergeordnet und wäre ihr immer übergeordnet gewesen.

Mit Ausnahme des seltenen Falles, daß ein Wissenschaftler gleichzeitig ein Kriegsverbrecher ist, war die US-Regierung deshalb der Meinung, daß es keinen Grund gäbe, diesem Wissenschaftler die Einreise in die Vereinigten Staaten zu verweigern.

Entsprechend wurde eine gründliche Untersuchung über die Vergangenheit eines jeden Wissenschaftlers durchgeführt, den man eingeladen hatte, in die Vereinigten Staaten zu kommen. Da diese deutschstämmigen Wissenschaftler nach Erhalt der amerikanischen Staatsbürgerschaft im Verlauf ihrer Arbeit eine Sicherheitsüberprüfung bekommen mußten, wurde darüber hinaus durch das FBI in Zusammenarbeit mit anderen US-Bundesbehörden jeweils eine äußerst gründliche Untersuchung der Vergangenheit bei den einzelnen Personen durchgeführt – was unter solchen Umständen durchaus die Regel ist.

Vorherige vollständige Offenlegung

Im Verlaufe eines Kriegsverbrecher-Prozesses, der im Jahr 1947 von einem amerikanischen Militärgericht gegen Wachtposten eines Konzentrationslagers durchgeführt wurde, von dem auch Gefangene als Arbeitskräfte in der nahegelegenen V-2-Fabrik abgezogen worden waren, in der Dr. Rudolph technischer Direktor war, wurde Rudolph im Zuge der Beweisermittlungen zu diesem Prozeß von den amerikanischen Behörden einer gründlichen Befragung unterzogen.

In diesem Prozeß ebenso wie in einem noch viel umfangreicheren in der gleichen Sache, der im Jahr 1969, also Jahrzehnte später, von der Regierung Westdeutschlands durchgeführt wurde, ist Rudolph von keinem einzigen der Hunderte von befragten ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers in irgendeiner Form beschuldigt worden.

Ein sorgfältiger Vergleich der Untersuchungen aus dem Jahr 1947 und der OSI-Untersuchungen aus jüngster Zeit fördert keinerlei neue Einzelheiten ans Tageslicht. In der OSI-Untersuchung hat Rudolph wiederholt, was er gegenüber den US-Behörden bereits einige Jahrzehnte zuvor gesagt hatte: er war technischer Direktor in einer V-2-Fabrik, die wie die meisten deutschen Rüstungsfabriken mit Arbeitskräften aus den nahegelegenen Konzentrationslagern versorgt wurde, um die deutschen Vorarbeiter zu unterstützen.

Ich kann hinzufügen, daß Rudolph lediglich ein Angestellter in dieser Fabrik war und deshalb keinerlei Entscheidungsbefugnis darüber besaß, wer in diesem staatseigenen Unternehmen arbeitete. Rudolph machte diese Aussage gegenüber den amerikanischen Behörden im Jahr 1947, bevor er die amerikanische Staatsbürgerschaft zugesprochen bekam.

Zusammenarbeit des OSI mit der DDR

Das wirft folgende Frage auf: Wenn es damals in Ordnung war, daß Rudolph die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt, wie kommt die US-Regierung, der alle Tatsachen bekannt und von Rudolph bis ins Jahr 1947 zurück voll offengelegt worden waren, dann dazu, ihre Meinung 40 Jahre später zu ändern?

Zu Beginn ihrer Untersuchungen signalisierte das OSI der Staatsanwaltschaft in Ostdeutschland, daß ein formeller Antrag auf Überlassung von Material gegen Rudolph gestellt werden würde. Das erste derartige Signal kam im August 1981 im Verlauf einer aus amerikanischen Steuergeldern finanzierten Reise von OSI-Beamten nach Ostberlin.

Eine präzisere Anfrage erging am 15. Juli 1983 über die US-Botschaft in Form einer diplomatischen Note mit der Nummer 433. Damit gab das OSI den Kommunisten ungefähr zwei Jahre Zeit, um Dokumente zu fälschen, falls diese es für erforderlich hielten.

Im Zuge dieser Anfragen übermittelten die Ostdeutschen ab Februar 1982 über den diplomatischen Dienst die folgenden Dokumente an das OSI:

Zwei Rollen Mikrofilme über einen langatmigen Bericht von einem Mr. G. Dieckmann; eine Broschüre von einem Professor Bartel, die in Frankfurt von der Zweigorganisation der westdeutschen Kommunistischen Partei, bekannt unter dem Namen VVN, veröffentlicht worden ist; Aussagenprotokolle von Zeugen der Anklage im Prozeß, der im

Jahr 1969 in Westdeutschland stattgefunden hat; eine Zusammenfassung von einem ostdeutschen Staatsanwalt über das Ergebnis seiner Untersuchungen.

Als Beweismittel I (Brief von Neal M. Sher, Direktor, Office of Special Investigation, Strafrechtsabteilung, 1377 K St. NW, Suite 195, Washington, D. C. 20005, an Elfriede G. Krueger, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 4645 Reservoir Rd. NW, Washington, D. C. 20007, vom 26. April 1985) füge ich die Kopie eines Schreibens von Mr. Neal Sher an die westdeutsche Botschaft als Antwort auf eine Anfrage des westdeutschen Staatsanwaltes bei, der um Überlassung der Akte Rudolph gebeten hatte und die im Rahmen des bilateralen Vertrages zur Unterstützung in Rechtsangelegenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland erging. Der Staatsanwalt in Westdeutschland mußte etwa ein Jahr warten, bis er diese Akte erhielt, und war gezwungen, Sher mehrere Erinnerungsschreiben zu schicken.

Shers Schreiben enthält eine Liste der fraglichen OSI-Akten. Von dieser Liste fehlen bis auf eines alle Dokumente, die das OSI aus Ostdeutschland bekommen hatte. Bei dem einzigen verbliebenen Dokument handelt es sich um die von der Zweigorganisation der westdeutschen Kommunistischen Partei, der VVN in Frankfurt veröffentlichte Broschüre.

Die geheimen Händel mit den Kommunisten

Man kann sich leicht erklären, warum diese Dokumente entfernt worden sind. Nachdem das OSI – zu seiner großen Enttäuschung, nehme ich an – erfahren hatte, daß es sich bei dem Material aus Ostdeutschland um entlastendes Material handelte, wollte es offenbar nicht, daß seine geheimen Händel mit den Kommunisten Ostdeutschlands in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Die Entfernung dieser Dokumente aus Rudolphs Akte könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum Sher so lange gebraucht hat, um die »gesäuberte« Akte an die Staatsanwaltschaft in Westdeutschland zu schicken.

Der ehemalige OSI-Staatsanwalt Eli M. Rosenbaum nannte meine Anschuldigung, daß das OSI sich insgeheim mit den ostdeutschen Kommunisten abgesprochen hätte – was ich auch öffentlich bekanntgemacht hatte, in einem Schreiben an einen amerikanischen Senator, dessen Name im Justizministerium unter die Zensur gefallen ist –, »lächerlich«.

Mark Richard, Shers Vorgesetzter, streitet darüber hinaus die Beteiligung der Ostdeutschen in einem Schreiben an das Mitglied des US-Kongresses, Mrs. Barbara Vucanovich, nicht nur ab, sondern behauptet sogar noch, das OSI habe das einzige Dokument, das nicht aus Rudolphs Akte entfernt worden ist, vom Internationalen Roten Kreuz in Arolsen erhalten, während sie es in Wirklichkeit im Dezember 1983 von der Staatsanwaltschaft in Ostdeutschland bekommen haben.

Natürlich konnten weder Rosenbaum noch Richard zu dem Zeitpunkt, als sie ihre Falschaussagen vor dem US-Kongreß machten, wissen, daß ich insgeheim Dokumente aus Ostdeutschland bekommen hatte. Diese Dokumente beweisen nicht nur, daß sie den Kongreß angelogen haben, sondern daß diese verachtenswerte Sache tatsächlich passiert ist.

In seinem Schreiben an das Mitglied des Repräsentantenhauses Vucanovich betont Richard, daß das OSI »in der Vergangenheit mit der nicht-kommunistischen, demokratischen Regierung Westdeutschlands bei der Untersuchung von Nazikriegsverbrechen zusammengearbeitet hat und dies auch in Zukunft tun wird«, während sie sich tatsächlich nicht nur direkt an die Kommunisten in Ostdeutschland gewendet haben, sondern es auch gleichzeitig geschickt vermieden haben, die Staatsanwaltschaft in Westdeutschland, die mit den Nazikriegsverbrechen befaßt war, nach eventuellen Beweismitteln zu fragen.

Darüber hinaus hat das OSI auch darauf verzichtet, ehemalige Mitglieder des amerikanischen Kriegsverbrechergerichts zu befragen, das sich mit dem Fall des Konzentrationslagers befaßt hat, das die V-2-Fabrik mit Arbeitskräften versorgt hat, in der Rudolph technischer Direktor war.

Auch wurde die Staatsanwaltschaft in Westdeutschland vom OSI nicht befragt, die über die meisten Zeugenaussagen verfügt, die im Laufe des zweiten, viel gründlicheren Prozesses zusammengetragen worden waren, der im Jahr 1969 in Essen durchgeführt wurde.

Echte und falsche Zeugen

Es ist klar, warum das OSI nicht an der Befragung dieser ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers interessiert war, von denen die meisten in Westdeutschland leben: keiner der Hunderte von Befragten hatte gegen Rudolph in diesem Prozeß Anklage erhoben.

Das OSI hat auch Oberst Milton Hochmuth, den Vertreter des amerikanischen Geheimdienstes, nicht befragt, der die V-2-Fabrik betreten hatte, unmittelbar nachdem sie von den amerikanischen Streitkräften eingenommen worden war.

In seinem Schreiben an Mrs. Vucanovich leugnet Richard die Zusammenarbeit des OSI mit der Zweigorganisation der westdeutschen Kommunistischen Partei VVN. Doch als ich Vertreter der VVN in Frankfurt befragte, wurde mir gesagt, daß eine Mrs. Letch das OSI in dessen Ermittlungen gegen Rudolph unterstützt habe.

Shers Brief an die westdeutsche Botschaft enthält eine Liste mit angeblichen Zeugen. Es handelt sich um ehemalige Insassen des Konzentrationslagers, die – so nehme ich an – von Sher zum Nachweis von Rudolphs Schuld genannt wurden. Um das herauszufinden, gelang es mir, die meisten dieser Zeugen zu befragen.

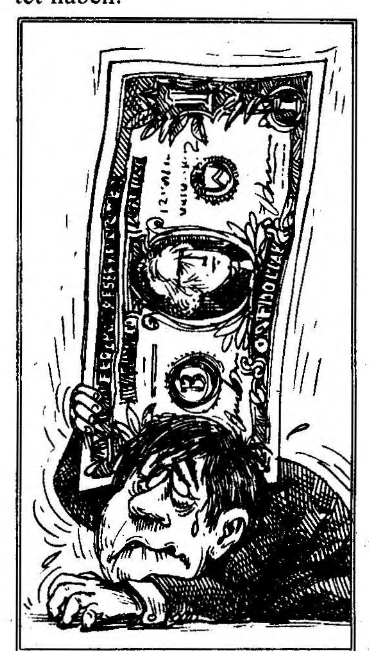
Alle sind Juden, doch keiner von ihnen kannte Rudolph. Mit Ausnahme eines Zeugen erzählten sie mir außerdem alle, daß sie nicht in der V-2-Fabrik gearbeitet haben. Der eine Zeuge, der der Meinung war, er habe dort gearbeitet, muß sich irren, denn er schrieb mir, daß er in Stollen 1 gearbeitet habe. Stollen 1 gehörte jedoch zu einer anderen Fabrik mit dem Namen Nordwerk, in der Flugzeugmotoren hergestellt wurden. Die V-2 hingegen wurde in den Mittelwerken hergestellt und befand sich nie in Stollen 1.

Glücklicherweise konnte ich einige ehemalige Lagerinsassen ausfindig machen, die – anders als die OSI-»Zeugen« – Rudolph wirklich gekannt hatten. Einige von ihnen haben inzwischen ihre schriftlichen Zeugenaussagen vor der Staatsanwaltschaft in Westdeutschland zu Protokoll gegeben. Keiner von ihnen hat Rudolph in irgendeiner Form beschuldigt. Ganz im Gegenteil: sie behaupten, er sei völlig unschuldig, und sie bezeichnen die Anklagen des OSI als glatte Lügen.

Außerdem behaupten sie, daß in der V-2-Fabrik keine Juden gearbeitet hätten. Ein Zeuge, den ich in Westdeutschland ausfindig machen konnte, muß es am besten wissen, denn er ist Halbjude. Seiner Aussage nach arbeiteten einige Juden zwar anderswo, doch die SS hatte Befehl gegeben, daß sie die super geheime V-2-Fabrik weder betreten, geschweige denn dort arbeiten durften. Das gleiche wurde von dem Amerikaner und ehemaligen Lagerinsassen Mr. F. Barwacz bestätigt.

Mit Hilfe des Jüdischen Weltkongresses

Zur Situation der Zeugen kann ich zusammenfassend feststellen, daß das OSI Personen als Zeugen angegeben hat, die in Wirklichkeit überhaupt keine Zeugen waren, weil sie Rudolph nicht gekannt haben und auch nicht in der V-2-Fabrik gearbeitet haben.



Nazijagd

Verleumdung eines deutschen Raketen-Experten

Ich nehme an, daß es einigen Vertretern des OSI klargeworden ist, daß die Zeugen, die sie angegeben hatten, kaum als solche durchgehen konnte, denn das ist die einzige Erklärung, die ich für die seltsame Anfrage habe, die das OSI an den Jüdischen Weltkongreß (WJC) gerichtet hat, mit der Bitte um Suche nach »neuen« Zeugen gegen Rudolph, da die »alten« keinen Pfifferling wert waren. Diese neue OSI-Initiative begann, nachdem sie ihre Bücher im Fall Rudolph offiziell geschlossen hatten.

Aufgrund der OSI-Anfrage setzte der Jüdische Weltkongreß Anzeigen in jüdische Zeitungen. Doch als der amerikanische Staatsbürger und Zeuge Barwacz über mich auf diese Anzeige reagierte, bestand kaum Interesse von seiten des Weltkongresses, nachdem Vertreter dieser Organisation erfuhren, daß Barwacz behauptet, Rudolph sei unschuldig.

Nach Präsident Ronald Reagans Besuch in Bitburg lud Edgar Bronfman, Präsident des WJC, den westdeutschen Kanzler Helmut Kohl zu einem Treffen mit anderen Führern amerikanischer Juden ein, um ihre Verärgerung über den Besuch in Bitburg zum Ausdruck zu bringen. Bei diesem Treffen war auch Sher zugegen. Hier erhebt sich die Frage, ob Sher dort als ein Vertreter des Jüdischen Weltkongresses oder als Vertreter der US-Regierung zur Unterstützung der Politik des Präsidenten auftrat.

In der Vereinbarung, zu deren Unterzeichnung Rudolph gezwungen wurde, um seinen Fall außergerichtlich beizulegen, heißt es, daß gegen seine Frau und seine Tochter kein Denaturalisierungsverfahren eingeleitet werde. Es wird folglich darin zu verstehen gegeben, daß ein solches Verfahren gegen Mitglieder seiner Familie erfolgen könne, falls er das besagte Dokument nicht unterzeichnet. Mir erscheint diese Klausel in der Vereinbarung als eine versteckte Form der Zwangsausübung, was deshalb die Legalität des gesamten Dokuments in Frage stellt.

Weil sie keine stichhaltigen Beweise finden konnten, haben OSI-Vertreter die Zeugenaussagen einer ehemaligen Sekretärin der Mittelwerke ausgegraben, die diese vor dem oben erwähnten US-Gericht in Sachen Kriegsverbrechen gemacht hat. Der betreffende Abschnitt ihrer Zeugenaussage wurde Rudolphs Anwalt gezeigt, wobei der Name der Sekretärin durchgestrichen war, doch wir fanden ihn im Protokoll des Prozesses des Jahres 1947, bei dem Mr. Crook anwesend war.

Irgend etwas stimmt nicht

In ihrer Zeugenaussage stellte die Sekretärin Mutmaßungen darüber an, wer Sabotageberichte geschrieben haben könnte, und sie meinte, es müßte Rudolph gewesen sein.

Sie mußte jedoch zugeben, daß sie niemals derartige Berichte zu Gesicht bekommen hatte. Demzufolge hat das amerikanische Gericht ihren Spekulationen, die noch wertloser sind als Hörensagen, keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt.

Als ich jedoch den ehemaligen US-Senator Paul Laxalt auf bestimmte vertrauliche Umstände im Zusammenhang mit dieser Sekretärin aufmerksam gemacht habe und eine Kopie dieses Schreibens an das OSI schickte, wurde ihr mit Poststempel New York eine Kopie meines Schreibens anonym zugeschickt.

Da wohl niemand in Laxalts Büro die Adresse der Sekretärin in Deutschland gekannt hat, muß ich annehmen, daß diese Indiskretion durch eine illegale Enthüllung privater Informationen mit Hilfe des OSI oder vielleicht sogar direkt durch einen OSI-Vertreter erfolgte.

Als Abschlußbemerkung möchte ich gern noch diese Meinung äußern: Irgend etwas stimmt nicht, wenn sich das amerikanische Justizministerium bei der Suche nach Beweismitteln gegen den Mann, der für das Mondraketen-Programm Saturn V verantwortlich war, an die Kommunisten wendet, um ihn aus den Vereinigten Staaten zu weisen. □

Eine-Welt-Bewegung

Warum die USA in Vietnam kämpften

Des Griffin

»Kriege werden nicht ausgetragen, um einen Feind zu schlagen. Kriege werden ausgetragen, um einen Zustand zu schaffen.« Diese berühmten Worte von Edwin Stanton, Abraham Lincolns Kriegsminister, wurden vor 120 Jahren geschrieben. Die Tatsache, daß wir ihre grundlegende Wahrheit nicht erkannt und verstanden haben, ist der Welt teuer zu stehen gekommen.

Das fehlende Verstehen dieser Äußerung des amerikanischen Kriegsministers hat den Vereinigten Staaten in vier großen Kriegen und anderen weltweiten Konflikten das Leben Hunderttausender seiner fähigsten jungen Männer gekostet. Es hat zur Verstümmelung und emotionalen Zerstörung vieler weiterer Millionen Menschen geführt.

Warum führten die USA in Vietnam Krieg?

Neben diesem menschlichen Blutbad war das mangelnde Verständnis auch im wesentlichen verantwortlich für eine unbezahlbare nationale Schuld. Dem amerikanischen Volk wurde eine Schuldenlast von über 7500 Dollar pro Mann, Frau und Kind aufgebürdet.

Hätten die Amerikaner diese Wahrheit verstanden, hätten sie niemals in den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg, Korea und Vietnam hineingezogen werden können. Amerika wäre stark, blühend, gesetzestreu und anerkannt, anstatt von den internationalen Banken und anderen politischen Handlangern der verschiedensten Couleur ausgeplündert zu werden. Amerika wäre unbezwingbar. Die USA wären weltweit eine Quelle des Vertrauens und der Zuversicht.

Für Amerika ist der Vietnamkrieg eine nationale Katastrophe gewesen. Er hat das Land zerrissen. Er hat 58 000 der fähigsten und brillantesten jungen Amerikanern das Leben gekostet. Darüber hinaus blieben viele Tausende mit körperlichen Verstümmelungen zurück.

Der Vietnamkrieg hat auch Millionen Frustrierter, Verbitterter, Verärgerter und emotional Gezeichneter geschaffen.

Wieso wurden die Vereinigten Staaten in Vietnam in einen Krieg verwickelt? Hatte der Krieg einen Zweck? Oder war es ein Akt nationalen Wahnsinns? Wurde er geführt, um einen Feind zu besiegen? Oder um »einen Zustand zu schaffen«?

Erinnern wir an Franklin Roosevelts berühmte Worte: »In der Politik gibt es keine Zufälle. Wenn etwas geschieht, dann können sie wetten, daß es so geplant war.«

Was in Vietnam passiert ist, war kein Zufall. Es sollte hinlänglich klar sein, daß der Vietnamkrieg kein Krieg gegen die Kommunisten gewesen ist.

Der Vietnamkrieg war gegen Amerika

Amerikanische »Führer« und Entscheidungsträger haben die Kommunisten seit den Tagen Franklin Delano Roosevelts eifrig unterstützt und ihnen geholfen. Sie tun es heute noch.

Der Vietnamkrieg war in erster Linie ein Krieg gegen das Volk

der Vereinigten Staaten. Er war inszeniert worden, um einen »Zustand zu schaffen«. Wie wir sehen werden, ist dieser Zustand in erster Linie in den Vereinigten Staaten geschaffen worden.

Der Gedanke, daß diejenigen, die Amerikas außenpolitische Entscheidungen treffen, solch teuflische Taten begehen würden – einen solch eklatanten, kaltblütigen Verrat –, ist den meisten Amerikanern fremd. Finden Sie es »unvorstellbar?«

Vielleicht. Doch stimmt es deshalb nicht?

Wollen wir einer offenen Welt die Fakten auf den Tisch legen: In Vietnam sind über 58 000 unschuldige Amerikaner auf dem Altar internationaler Interessen durch politischen Verrat geopfert worden. Ganz zu schweigen von der geistigen Zerstörung, die Tausenden anderer zugefügt worden ist. Sie wurden von ihren Bossen in Zivil gezwungen, in den Dschungeln und Reisfeldern Südostasiens zu kämpfen, während sie geknebelt waren und beide Hände hinter ihrem Rükken gefesselt hatten.

Im Jahr 1987 ist Amerika nun voller ahnungsloser Opfer, die noch immer darum kämpfen, ihrem Leben wieder eine angemessene Form zu geben. Bedauernswerterweise sind viele körperlich und seelisch so zerstört, daß sie nicht mehr geheilt werden können.

Wen schert es, daß die blutbefleckten internationalen Banker und ihre treulosen liberalen Kohorten in den Zivilregierungen einer verwirrten Öffentlichkeit ihren bösen Willen aufzwingen? Sollten nicht alle Amerikaner sich demütig vor ihrem neuen Gott – dem Staat – verbeugen und ihre Kinder auf seinem Altar opfern?

Sir John Harrington (1561 bis 1612) schrieb: »Verrat gedeiht nie. Warum? Wenn er gedeiht, würde niemand wagen, es Verrat zu nennen.«

Regeln des Engagements

In der Vietnam-Ära waren Millionen von Amerikanern verwirrt. Sie spürten, daß irgendetwas unheimlich falsch war. Die Art und Weise, wie der Krieg geführt wurde, machte keinen Sinn. Viele erkannten, daß die Vereinigten Staaten den Vietnamkrieg in weniger als einer Woche hätten gewinnen können. Sie wurden jedoch daran gehindert durch die Veröffentlichung der berüchtigten »Regeln des Engagements«.

Dank des amerikanischen Senators Barry Goldwater wurde dieses kritische Dokument am 6., 14., 18. und 26. März 1985 in das Parlamentsprotokoll aufgenommen. Durch diese Regeln wurden die amerikanischen Streitkräfte effektiv geschwächt und somit wurde ein Sieg verhindert. Sie verboten Luftangriffe auf wichtige feindliche Kriegsziele.

Der amerikanische Generalstab hob 242 solch wichtiger Ziele hervor, doch sie durften nicht bombardiert werden ohne die Zustimmung des US-Verteidigungsministers und anderer hochgestellter ziviler Personen. Im Ergebnis wurden nur 22 dieser Ziele angegriffen.

Der amerikanische Generalstab protestierte bei zahlreichen Gelegenheiten heftig gegen diese Regeln, doch er wurde von den Verteidigungsministern Robert McNamara und Clark Clifford überstimmt. Das war nicht überraschend. Beide – sowohl McNamara als auch Clifford – hatten ihre Seele der »Eine-Welt-Bewegung« verkauft. Sie folgten den Befehlen ihrer im verborgenen wirkenden Mentoren. Ihr Verrat reflektierte ihre sklavische Hingabe gegenüber ihren fremden Meistern.

Es war Ende der sechziger Jahre. James Caldwell (nicht sein richtiger Name) war der Leiter eines Bombardierungsteams an Bord eines Flugzeugträgers vor der Küste von Vietnam. Die Mannschaft war zuversichtlich.

Warum nicht? Sie arbeiteten mit Gerät nach dem neuesten Stand der Technik. Sie waren höchst erfahren. Sie arbeiteten wie eine perfekt eingestellte Maschine. Sie hatten alles, was nötig war, um die Arbeit zu tun. Die Kampfmoral war hoch.

Eines Tages wurden James und sein gut eingespieltes Team in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Innerhalb kürzester Zeit sollten so viele Flugzeuge wie möglich mit Bomben beladen werden. Es sollte ein massiver Angriff auf wichtige Einrichtungen des Feindes geflogen werden.

Endlich Aktion. Eine Welle gespannter Erwartung ging durch den Flugzeugträger. Verhaltene Gefühle explodierten in einem Ausbruch von Heiterkeit. Schließlich würden die Vereinigten Staaten dem Feind den richtigen Schlag versetzen.

Die Arbeit, die zu tun war, war so dringlich, daß man keine Minute verlieren durfte. Die wichtigsten Leute arbeiteten rund um die Uhr. Es gab keine Zeit zu verlieren. Über spezielle Zugänge bekamen diese Experten ihr Essen umgehend. Keine Pausen.

Ein unverkennbarer Stolz und freudige Begeisterung ging über den Milliarden Dollar schweren Flugzeugträger. Viele Monate harten Trainings zahlten sich aus. Die höchstqualifizierte Mannschaft arbeitete im Einklang. Sie waren genau aufeinander eingespielt.

Der Angriff war eine Finte

Bei Einbruch der Dunkelheit starteten die Flugzeuge. Dutzen-

Die Schrecken des Vietnam-Krieges sind vergessen. Die USA haben ihre Lektion nicht gelernt und spielen in Nicaragua das alte Spiel.



Eine-Welt-Bewegung

Warum die USA in Vietnam kämpften

de vollbeladener Maschinen donnerten die Startbahn entlang und verschwanden dann in der Nacht in Richtung ihrer Angriffsziele. Die ganze Operation lief präzise ab wie ein Uhrwerk. Die Vietnamesen würden es heute nacht gehörig gezeigt bekommen.

Während die Zahl der startenden Flugzeuge wuchs, beschäftigte sich James Caldwell mit dem Gedanken, was mit dieser geballten Macht an Kraft geschehen werde. Was war das Ziel dieser Riesenmenge von Amerikas modernsten und hochtechnisierten Bombern? Hanoi? Haiphong? Ein großer Industriekomplex?

Was konnte wohl eine solch spektakuläre Entfaltung der amerikanischen Luftstreitkräfte rechtfertigen? Alternative Ziele gingen James durch den Kopf, als er sich dem Ende seines langen und erschöpfenden Einsatzes näherte. Eines war sicher, Amerikas Kriegsbemühungen waren jetzt in besten Händen. Die Piloten konnten es von hier aus handhaben.

Beruhigt sank James in seine Schlafkoje. Er war erschöpft. Ausgelaugt. Er war glücklich und stolz darauf, ein Amerikaner zu sein. Er hatte seine Pflicht erfüllt. Er hatte gute Arbeit geleistet. Es war großartig, auf der Siegerseite zu sein.

Ein paar Tage später war James Caldwell wie vor den Kopf gestoßen, als er die Wahrheit erfuhr. Der massive Luftangriff, dem er so enthusiastisch beigepflichtet hatte, war eine Finte gewesen. Alle Bomber hatten ihre tödliche Ladung, mit der ein Krieg zu gewinnen war, ganz in der Nähe im Ozean abgeworfen, viele Meilen von den feindlichen Zielen entfernt.

Warum? Ein vollbeladenes Munitionsschiff war soeben aus den Vereinigten Staaten eingetroffen. Die Lagerkapazität an Bord des Flugzeugträgers wurde für die neuen Vorräte benötigt.

Anzumerken ist, daß diese Übung militärischen Wahnsinns zu einer Zeit stattfand, als Tausende amerikanischer Soldaten ganz in der Nähe vom Feind getötet, verstümmelt und gefoltert wurden.

Warum wurden diese tödlichen Waffen nicht gegen den Feind eingesetzt? Die Antwort ist vielleicht abstoßend für jeden patriotischen, nationalen Amerikaner, doch man muß ihr ins Auge schauen. Die zivilen Führer und deren Handlanger hinter den Kulissen hatten den Sieg verboten.

Wird jetzt verständlich, daß der Vietnamkrieg nicht geführt worden ist, um den Feind zu schlagen? Er wurde geführt, um »einen Zustand zu schaffen«. Welcher »Zustand« wurde nun damit geschaffen? Wer waren die wirklichen Verlierer? Wer waren die wirklichen Gewinner?

Die Belohnung für geleistete Dienste

Für die Vereinigten Staaten war der Vietnamkrieg eine uneingeschränkte Katastrophe. Hier einige seiner verheerenden Auswirkungen.

Erstens: Vor der Ermordung von US-Präsident John F. Kennedy waren die Vereinigten Staaten in Südostasien militärisch engagiert. Es waren jedoch Lyndon Johnson und seine Menagerie ruchloser Vertreter der »Eine-Welt-Bewegung«, die die Dampfwalze der Zerstörung in Gang gesetzt haben. »Sie können darauf wetten, daß es so geplant war.«

Die Johnson-Regierung hat Südostasien mit amerikanischen Soldaten überschwemmt und damit den Rat von Spitzenmilitärs, sich in Asien niemals in einem Landkrieg zu engagieren, absichtlich ignoriert. Sie begannen sofort ihre in steuerlicher Hinsicht verrückte »Kanonen-und-Butterpolitik«.

Hohe Defizite im amerikanischen Bundeshaushalt waren die Folge und bereiteten den Boden für die inflationäre Explosion, die darauf folgte. Das Ergebnis? Eine nicht abzuschätzende finanzielle Goldgrube für die internationalen Banker, die den Amerikanern das Geld für die Finanzierung des Krieges geliehen haben. Sie waren die wirklichen Gewinner.

Für die im Vietnamkrieg »geleisteten Dienste« belohnten die internationalen Banker Robert McNamara mit der Spitzenposition bei der Weltbank. Natürlich, jeder Verräter hat seinen Preis.

Zweitens: Amerikas politisch inspirierte Politik des »Nicht-Gewinnens« war in Wirklichkeit Außenpolitik. Sie lief den ureigensten Interessen des amerikanischen Volkes total entgegen. Es war ein krasser Vertrauensbruch, der 58 000 Amerikanern das Leben kostete. Er hinterließ darüber hinaus Hunderttausende körperlich und geistig Verstümmelter.

Drittens: An der Heimatfront rief die im Vietnamkrieg verfolgte Politik große Unstimmigkeit hervor. Das Land teilte sich in zwei Lager. Familien wurden auseinandergerissen. Frustration war weit verbreitet.

In Vietnam wurden gegen Ende des Krieges Hunderte amerikanischer Offiziere von ihren eigenen Männern getötet. Demoralisiert durch ständigen Verrat und Täuschung konnten es die amerikanischen Soldaten nicht mehr länger ertragen, ihr Leben in einem Scheinkrieg aufs Spiel setzen zu sollen, in dem der Feind von den eigenen zivilen Führern unterstützt und gestärkt wurde.

Die gezielte Demoralisierung der Vereinigten Staaten – in ziviler und militärischer Hinsicht – war einer der »Zustände«, der durch den Krieg geschaffen worden ist.

Vielen Dank, Henry Kissinger!

Viertens: Der Vietnamkrieg hat dazu beigetragen, den verruchten Henry Kissinger landesweit in den Vordergrund zu spielen. Diese Tragödie eines Menschen hat den Vereinigten Staaten wahrscheinlich mehr Schaden zugefügt als jeder andere Mann in der amerikanischen Geschichte.

Es war Kissinger, der unter dem Deckmantel und in der Eigenschaft als US-Präsident Nixons nationaler Sicherheitsberater Amerikas eklatanten Verrat seiner loyalen Verbündeten in Südostasien gelenkt und geführt hat.

Mit dem Fall Südvietnams wurde der Weg dafür frei, daß Kambodscha in die Hände der kommunistischen Roten Khmer unter Führung des berüchtigten Pol Pot fiel. Dieser teuflische Barbar hat 2,5 Millionen seiner Landsleute abgeschlachtet, die meisten von ihnen Christen.

Vielen Dank, Henry Kissinger!

Fünftens: Das Vietnamdebakel hatte auch weitreichende Konsequenzen in einem anderen wichtigen Bereich. Es bereitete den Boden für die Notsituation der »boat people« und die anschließende Fremdeninvasion Amerikas. Mindestens 1,5 Millionen Ausländer strömen jährlich in die Vereinigten Staaten. Es wohnen jetzt wahrscheinlich bereits 20 Millionen Ausländer in Amerika.

Können die Vereinigten Staaten einem solchen Ausländeransturm widerstehen? Keine andere Zivilisation in der Geschichte konnte dies. Können die Amerikaner in ihrem gegenwärtigen armseligen moralischen Zustand auf ein besseres Schicksal hoffen? Welche Schlußfolgerung kann man hinsichtlich des Vietnamkrieges ziehen?

Edwin Stanton hatte recht. »Kriege werden nicht geführt, um einen Feind zu schlagen. Kriege werden geführt, um einen Zustand zu schaffen.« Im Vietnamkrieg war der Zustand, der geschaffen worden ist, die Demoralisierung der Vereinigten Staaten.

Und heute in Nahost sind die gleichen Kräfte wieder am Werk. Denken Sie darüber nach! □

Von Des Griffin ist im Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg, das Buch »Wer regiert die Welt?« erschienen. Im Anhang zu diesem Buch sind die »Protokolle« der Weltdiktatur veröffentlicht.



Weltregierung

Schlange mit vielen Köpfen

Arthur Vogt

Der »Zeitgeist« ist nur scheinbar das Resultat des Wirkens von spontanen Kräften; er ist nicht ein Würfelspiel nach den Launen des Zufalls, er ist in Wirklichkeit das Werk eines Generalstabs, der mit Hilfe der Medien das Bewußtsein formt. Wer aber sind die geheimen Mächte, die das Weltgeschehen dieses Jahrhunderts lenken?

Im Zeitalter der elektronischen Medien ist die Fabrikation der »Weltmeinung« eine Frage der Technik. Die Hardware – zum Beispiel Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen und Film – ist quasi perfekt. Die Software – die »Medienschaffenden« wie Künstler, Journalisten, Schriftsteller und Liedermacher – werden streng nach ideologischen Kriterien ausgewählt, nur, wer »richtig spurt«, hat Aufstiegschancen.

Sind es wirklich zwei Teufel?

Das Ziel: »One World«, eine TV-gesteuerte, »amorphe« Menschheit. Freiheit und Individualismus werden auf dem Altar der Gleichheit und Sicherheit geopfert. Die Massen verlangen »Brot und Spiele«; kritische Einzelgänger sind unerwünscht, sie gelten als »asozial«. Geborgenheit gibt die Gruppe. Auch die Opposition ist ein Massenphänomen; Aussteiger sind »in« Mode.

Nach Ayatollah Khomeini gibt es in der Welt zwei Teufel: die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Der Atheist Mao braucht dafür in seiner »Drei-Welten-Theorie« den Begriff »Supermächte«. Sind es wirklich zwei Teufel? Ist es nicht eine Schlange mit zwei Köpfen?

Viele Ungereimtheiten der Weltgeschichte lassen sich durch diese Hypothese erklären. Es gibt Anzeichen für eine geheime Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Nicht klar ist, ob sich die oberste Führung im Kreml oder im Weißen Haus befindet.

Die USA spielten schon 1917, bei der Geburt der Sowjetunion, die Rolle des Paten. Revolutionäre aus New York – darunter Leo Trotzki – haben die Oktoberrevolution in Petersburg entscheidend beeinflußt. Seither ist jede Expansion des sowjetischen Machtbereichs durch Aktionen der USA eingeleitet oder begünstigt worden.

Die Entrüstung der Vereinigten Staaten über die »sowjetische Bedrohung« ist darum nicht ernst zu nehmen, denn der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht ist eine Folge der US-Hilfe.

Ist es Naivität, wenn Ronald Reagan die Sowjetunion als »das Reich des Bösen« bezeichnet, glaubt er an das, was er sagt. Die Widersprüche der US-Politik lassen auf antagonistische Strömungen in der politischen Führung schließen: die »offizielle«, das heißt die antikommunistische Linie des Weißen Hauses und die kryptokommunistische, sowjetfreundliche Linie einer einflußreichen Schattenregierung des CIA und des »Big Business« in New York.

Schrittmacher der Weltrevolution

Die Welt ist wegen der ambivalenten Haltung der USA verunsichert. Was sind die wahren Absichten der Vereinigten Staaten? Es folgt eine Aufzählung von einzelnen Fällen, in denen Amerika den Machtzuwachs der Sowjetunion gefördert hat.

1917 Oktoberrevolution: Amerika war immer der Gegenspieler des »absolutistischen Zarenreiches«, sein »demokratisches Sendungsbewußtsein« vertrug sich schlecht mit der Autokratie. So förderten die USA den Umsturz, der New Yorker Leo Trotzki übernahm die militärische Führung der Roten Armee, New Yorker Banker, Schiff und Loeb, schickten Geld.

Entwicklungshilfe für Stalins Archipel Gulag: US-Geld und US-Ingenieure sorgten für den Aufbau der sowjetischen Wirtschaft und die Erfüllung der Fünf-Jahres-Pläne. Sie förderten den Bergbau, den Ausbau der Wasserkraftwerke, errichteten eine Fabrik für Traktoren. Mit Getreidespenden halfen sie die Hungersnot zu überwinden, die sich als Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft einstellte.

1945 Einkreisung Hitler-Deutschlands: Fest steht, daß Roosevelt England zum Krieg gegen Hitler-Deutschland ermunterte. Wie weit er beim Molotow-Ribbentrop-Pakt, der den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat, die Hände im Spiel gehabt hat, das muß die Geschichtsforschung abklären, wenn die Archive geöffnet und die Dokumente freigegeben werden.

Roosevelt rettet die Sowjetunion vor dem Zusammenbruch: 1941, in der Stunde der höchsten Bedrängnis – die deutsche Armee steht vor Moskau –, kommt Roosevelt seinem Freund Stalin zu Hilfe. Mit einem Trick – »Pearl Harbour« – gelingt es ihm, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu manövrieren.

1945 Aufteilung Europas: In Jalta wird Europa durch eine Demarkationslinie in die sowjetische und die anglosächsische Besatzungszone aufgeteilt. Für die



US-Präsident John F. Kennedy mit seinem Bruder Robert. Kennedy organisierte in Vietnam einen Militärputsch und leitete damit den Umsturz und Zerfall des Landes ein.

Weltregierung

Schlange mit vielen Köpfen

Zweiteilung Europas und das Vorrücken der Roten Armee bis Böhmen und Sachsen sind Roosevelt und Churchill verantwortlich. Für die Erhaltung der Unabhängigkeit Polens hat England den Zweiten Weltkrieg ausgelöst, heute ist Polen – mit den anderen Ländern hinter dem »Eisernen Vorhang« – ein Satellit der Sowjetunion.

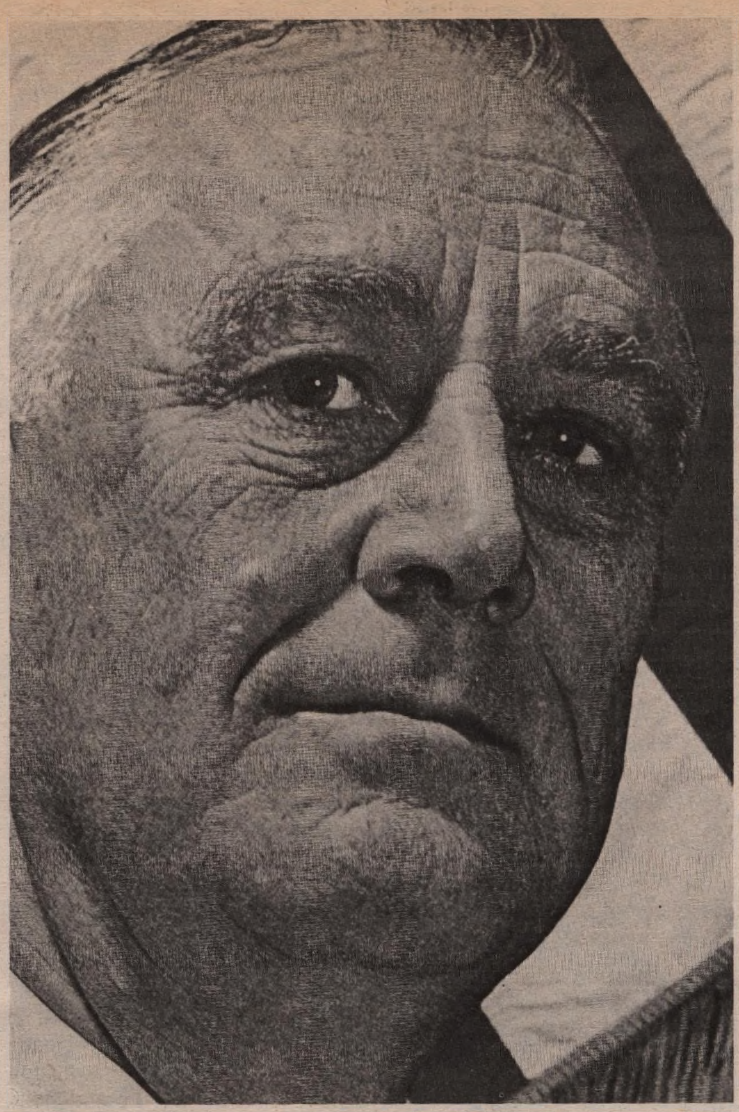
Das Spiel mit der Demokratie

1949 China wird kommunistisch: Nach der Kapitulation Japans im Jahr 1945 werden in China die Kämpfe zwischen den Kommunisten (Mao) und den Regierungstruppen (Tschiang Kaischek) immer heftiger. Die Sowjets gewähren den Kommunisten massive Hilfe, während die USA auf Druck der »Liberals« (General Marshall) jede Hilfe an die Nationalisten einstellen, um das »diktatorische, korrupte Regime« zu einer »demokratischen Öffnung« zu zwingen, das heißt zu einer Koalition mit den Kommunisten.

Die USA sehen untätig zu, wie ihre Verbündeten bedrängt und schließlich vom Festland vertrieben werden. Die Nationalisten flüchten auf Taiwan, und eine Milliarde Chinesen werden unter Mao kommunistisch.

1959 Kuba wird ein Sowjetsatellit vor der Küste Floridas: US-Botschafter Smith beschreibt in seinem Buch »The Fourth Floor«, wie er aus Washington die Weisung erhielt, die Hilfe an den US-freundlichen Diktator Batista einzustellen und eine Machtübernahme durch die Rebellen unter Fidel Castro zu begünstigen. Castro war der Mann Washingtons. Er erhielt noch ein Jahr nach seiner Machtergreifung Entwicklungshilfe aus den USA. Heute ist Kuba fest im Ostblock integriert, Batista hat sich in seinem Buch »Cuba Betrayed« bitter über den Verrat beklagt.

1963–1975 Das Drama Vietnams: Die US-freundliche, antikommunistische Regierung Südvietnams unter Ngo Dinh Diem kam zunehmend ins Kreuzfeuer der Medienkritik, sie wird weltweit als »korrupte, volksfeindliche Clique« diffamiert. US-Präsident Kennedy organisiert über seinen Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge, einen Militärputsch.



Franklin D. Roosevelt half den Rockefellers, die Außenpolitik der USA zugunsten der Sowjetunion zu verändern.

Am 1. November 1963 wird Ngo Dinh Diem, der Führer der nationalen Einheitsfront, von Rebellen gestürzt und ermordet. Die von ihm aufgestellten antikommunistischen Milizen werden aufgelöst. Der Umsturz leitet den moralischen Zerfall Südvietnams ein. Unfähige Regierungen lösen sich ab, der Wehrwille erlahmt, der kommunistische Aufstand (Vietcong) nimmt bedrohliche Formen an – die Tragödie Vietnams beginnt.

Nur durch eine massive Intervention der USA – es waren bis zu 500 000 Soldaten im Einsatz – konnte der totale Kollaps hinausgeschoben werden. Die Verluste der USA in dem zehnjährigen Krieg (1963 bis 1975): 58 000 Tote, 3700 Flugzeuge, 4800 Helikopter.

Am 27. Januar 1973 wurde in Paris das Waffenstillstandsabkommen zwischen USA, Südvietnam, Nordvietnam und dem Vietcong unterzeichnet, zu Bedingungen, die der kommunistische Gegner diktieren konnte. Die US-Truppen mußten das Land innerhalb von zwei Monaten verlassen.

Der Preis für die Nobelpreise

Ho Chi Minh besiegt die Weltmacht USA: Das letzte Kapitel des Dramas folgt am 30. April 1975: Nordvietnamesische Panzer drücken das Eisentor des Präsidentenpalastes in Saigon ein, ein »korruptes Regime« bricht zusammen. Ironischerweise findet die Abdankung an der gleichen Stelle statt, an der Kennedy mit dem von ihm inszenierten Putsch gegen die verfassungsmäßige Regierung das Trauerspiel vor zwölf Jahren eröffnet hatte.

Der Sieg Hanois ist ein Triumph des Totalitarismus, die demokratische Supermacht hat ihren Schützling schmählich im Stich gelassen. Die siegreichen kommunistischen Verbände »befreiten« – als Vollstrecker des Willens von Ho Chi Minh – auch Kambodscha und Laos. Für die »Befriedungsaktion« hatten Henry Kissinger und Le Duc Tho den Nobelpreis für den Frieden erhalten.

Der wahre Preis des Friedens: Hinrichtung von Zehntausenden, Umerziehungslager, Zwangsarbeit, Umsiedlungsaktionen, ein Heer von Flüchtlingen, das Elend der »boat people«. Ausgelöst wurde die Kaskade der Gewalt durch den Mord an Diem, inszeniert durch US-Präsident Kennedy am 1. November 1963. Die Verwicklung der USA in den Putsch wird eingehend geschildert von der Journalistin Suzanne Labin, die als Augenzeuge den Putsch miterlebte und die betroffenen Personen persönlich gekannt hat. Es ist auch nachzulesen bei Raymond Cartier »Weltgeschichte nach 1945«.

1979 Mullahs stürzen den Pfauenthron: 1978 verschärft sich das Trommelfeuer der Weltpresse gegen den Schah und dessen Geheimpolizei Savak. Schah Mohammed Reza wurde in der Weltmeinung zum Unterdrücker, Schmarotzer und Volksfeind gestempelt. Sein Gegenspieler Khomeini organisierte aus seinem Asyl in Paris den Widerstand. 1979 war der internationale Druck auf einem Höhepunkt. US-Präsident Jimmy Carter empfahl dem Schah – den er noch vor einem Jahr als treuen Freund Amerikas gelobt hatte – abzudanken.

Dem todkranken Schah verweigerten die auf ihre humanitäre Tradition stolzen »christlichen« Staaten des Westens das Asyl, das sie vorher Khomeini für dessen Agitation stillschweigend gewährt hatten. Weder die Schweiz, wo der Schah zuvor immer ein gerngesehener Gast war, noch die USA waren bereit, dem Flüchtling Unterschlupf zu gewähren. Einzig Ägyptens Sadat zeigte Erbarmen.

Die USA müssen heute für ihren Treuebruch bitter büßen. An der Stelle eines Freundes haben sie in Ayatollah Khomeini einen Todfeind, der sie ständig herausfordert und demütigt. Das Gleichgewicht zwischen Ost und West droht aus den Fugen zu geraten, falls die Erdölreserven des Mittleren Ostens in die Hände der Sowjetunion geraten sollten. Dieser Fall könnte aber eintreten, wenn sich Khomeini mit dem »kleinen Teufel« Sowjetunion gegen den »großen Teufel« USA verbünden sollte; oder wenn bei einem Zusammenbruch der fundamentalistischen Welle der Kommunismus im Iran die Herrschaft erringt – was durchaus möglich, wenn nicht wahrscheinlich ist.

Demokratisierung gleich Destabilisierung

1979 Nicaragua unter sandinistischer Herrschaft: Mit messianischem Eifer will Carter 1978 den Prozeß der »Demokratisierung« in Nicaragua fördern. Er sperrt Waffenlieferungen an Somoza und unterstützt die »demokratische« Opposition der Sandinisten. Der alte, bewährte Freund der USA, Anastasio Somoza, wird – nach dem Modell von Kuba 1959 – treulos fallengelassen und zum Verlassen des Landes genötigt. In einer ersten Flüchtlingswelle verlassen die Anhänger Somozas das Land.

Bald nach der Machtübernahme zerbricht die Anti-Somoza-Koalition; der harte Kern der kommunistischen Sandinisten setzt sich durch und verdrängt die »bürgerlichen« Partner. Jetzt müssen, in einer zweiten Welle, die »nützlichen Idioten« der Revolution fliehen: »Kapitalisten«, Grundbesitzer, Unternehmer, Intellektuelle, Katholiken. Aber der US-Kongreß bewilligt 75 Millionen Dollar »Aufbauhilfe« für die Sandinisten.

Heute ist Nicaragua wie Kuba ein kommunistisches Land, das vom Ostblock und europäischen Sozialisten unterstützt wird. Die USA versuchen heute die von ihnen geförderte Revolution rückgängig zu machen, das heißt in »demokratische« Bahnen zu leiten. Der von ihnen eingesetzten Söldnerarmee fehlt die Begeisterung, sie ist von korrupten Elementen durchsetzt. Sie wird niemals in der Lage sein, das Land zu »demokratisieren« oder die Sandinisten zu vertreiben.

Der Weg zum Sozialismus ist eine Einbahnstraße. Moskau hat in Nicaragua Fuß gefaßt, es erntet, was die Vereinigten Staaten gesät haben. Reagan hat die »Demokratisierung«, das heißt Destabilisierung, nach dem Rezept seiner Vorgänger fortgesetzt.

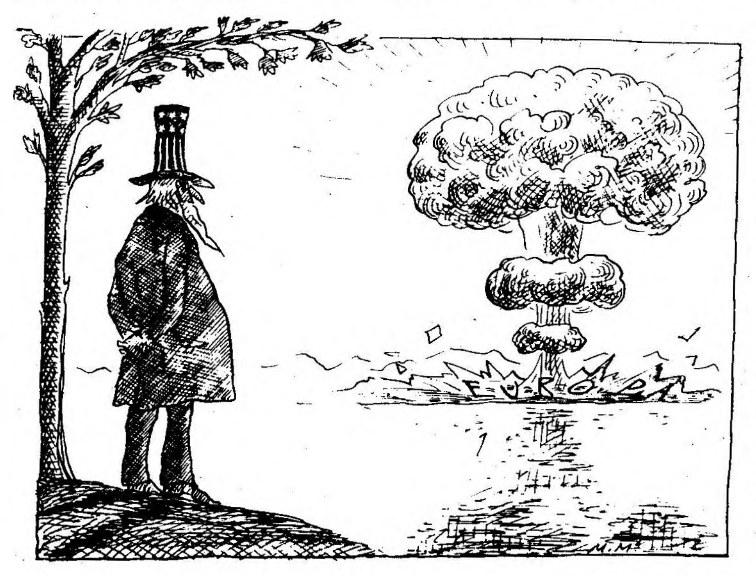
1986 Haiti: Von Duvalier zur Anarchie: Seit der Papst bei seinem Besuch auf Haiti das Regime scharf kritisiert hat, ist die katholische Kirche zum Träger der Opposition geworden. Der dritte Kopf der Schlange!

Die USA begrüßten ebenfalls einen Regierungswechsel. Der Sprecher der US-Regierung, Larry Speakes, verkündete am 31. Januar 1986: »Duvalier sei gestürzt und habe das Land verlassen.« Duvalier dementierte dies prompt über den Rundfunk. Hatte Duvalier einen Befehl der US-Schutzmacht mißachtet?

Am 7. Februar fügte sich Duvalier dem Druck, er demissionierte und verließ mit seiner Familie das Land. Seither setzt sich auf Haiti – wie auf den Philippinen – der wirtschaftliche Niedergang fort. Der Regierung fehlt es an der Legitimation, die Anarchie droht. Haiti gleicht einem Schiff ohne Steuermann, das die Anker gelichtet hat. Wohin wird es treiben?

Das Tor zum Archipel Gulag

1986 Philippinen von Marcos zu Aquino: Der Umsturz verlief ganz nach Drehbuch: Eine weltweite Diffamierungskampagne der Medien gegen Marcos schaffte das psychologische Klima. Die zehn Milliarden Dollar, die er »dem Volk gestohlen« haben soll, sucht man umsonst. Amerikanische Fernsehteams filmten den Aufstand aus der Optik der Putschisten. Cory Aquino wird »als Geschenk des Himmels« (Kardinal Sin) wie eine Heilige gefeiert.



Nach dem offiziellen Ergebnis hat Marcos die Wahl mit einem Vorsprung von 1,5 Millionen Stimmen gewonnen. Aquino erklärte das Ergebnis für ungültig und ernannte sich zur Präsidentin. Marcos wird von den USA mit einem Helikopter entführt und auf Hawaii interniert. Das ist der Dank für seine langjährige Freundschaft mit der großen Supermacht.

Die Medien haben Corazon Aquino in der öffentlichen Meinung zur »Frau des Jahres« katapultiert und Marcos zum Bösewicht gestempelt. Die katholische Kirche hat neben den USA eine entscheidende Rolle beim Umsturz gespielt. Ist die Kirche ein Glied der großen Verschwörung? Ein dritter Kopf der Schlange?

Fazit nach eineinhalb Jahren: Alles geht schlechter auf den Philippinen, die Zukunft ist düster: Arbeitslosigkeit, Devisenknappheit, Kapitalflucht, Unzufriedenheit, Rebellentätigkeit sind gestiegen. Die kommunistische Bedrohung – von Marcos gebändigt – ist gewaltig gewachsen. Die Armee ist demoralisiert, der Kampfgeist gesunken – wie in Südvietnam 1964.

Unter dem Vorwand der »Demokratisierung« werden antikommunistische Regierungen in »Volksdemokratien« verwandelt. Das bewährte Rezept ist immer das gleiche: Punkt eins ist der Rufmord: Eine konzentrierte Medienkampagne stempelt das Staatsoberhaupt zur »Unperson«, zum »Volksfeind«; er wird der Korruption, der Folter, der Unterdrückung der Opposition bezichtigt. Beweise sind nicht nötig, Verleumdungen finden immer Gehör.

Punkt zwei: Nachdem in der Medienschlacht die Reporter das repressive System »sturmreif gefilmt« haben, erfolgt der Putsch. Der »korrupte Diktator« wird verjagt, das Volk ist befreit und ergreift die Macht, »die Demokratie bricht aus«.

Punkt drei: Die demokratische Allianz ist das Aushängeschild, in Wirklichkeit regiert eine Clique oder Junta. Das Volk wird wieder – unter anderen Vorzeichen – autoritär geführt, wie zuvor.

In dem von den USA gebauten demokratischen Nest wird das rote Kuckucksei ausgebrütet. Fazit: Das Volk hat nicht mehr Rechte als vorher. Ausgewechselt wurde die führende Elite, ausgewechselt wurden die Begriffe, die »Orwellsche Neusprache« vernebelt den Sachverhalt (Dialektik).

Mit der Demokratie nach dem Evangelium der US-Liberals ist die dritte Welt überfordert. Die Völker sind an eine autoritäre Staatsführung gewöhnt, eine Verlagerung der politischen Verantwortung auf das Individuum ist ihnen fremd. So fügen sich auch die Massen widerspruchslos den neuen Propheten, der Clique von linken Berufsrevolutionären.

Die Frage bleibt: Warum geraten nur antikommunistische Staaten in das Kreuzfeuer der Medienkritik – Südafrika, Südkorea, Chile? Warum herrscht Funkstille bei Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Ländern – Vietnam, Äthiopien, Nicaragua, Kuba?

Seit 1945 hat sich das Sowjetimperium ständig ausgeweitet. Wenn die Expansion im gleichen Tempo weitergeht, so haben wir schon bald nach der Jahrhundertwende den globalen Gulag, die »schöne, neue Welt« von Huxley. □

USA

Abenteuertum als Politik

John F. Bright

Die Anwendung des Prinzips politischer und militärischer »Triage« kann viel zur Stärkung der Nationen-Familie des Westens beitragen. »Triage« ist ein medizinischer Begriff. Gemeint ist damit die Trennung der Patienten bei einer Katastrophe in drei Kategorien: jene, die keine Behandlung brauchen, um zu überleben; jene, die schon zu weit verloren sind, um aus einer Behandlung noch einen Nutzen zu ziehen, und jene, die durch eine Behandlung gerettet werden können. Danach werden nur die Patienten aus der dritten Kategorie behandelt.

Dieses Prinzip der »Triage« wird in einem Lazarett angewandt, wenn zwei Ärzte mit 2000 Verletzten überflutet werden, von denen sie nur einige wenige behandeln können. Es werden also nur die Fälle der dritten Kategorie behandelt, das heißt, jene, die nur überleben werden, wenn sie eine Behandlung erfahren.

Eine Politik des Rückzugs

Die Vereinigten Staaten haben sich bei ihren interventionistischen militärischen und politischen Arrangements weltweit sehr stark übernommen. Viele dieser Arrangements sind tief verwurzelt in den zerfahrenen imperialistischen Ideen von Franklin D. Roosevelt, Woodrow Wilson und William McKinley sowie Ronald Reagan.

Die Vereinigten Staaten haben sich übernommen. Der Zusammenbruch ihrer militärischen und politischen Position auf der Welt ist fast unvermeidlich.

Zum Wohle alle Betroffenen sollten die USA heute eine Politik des Rückzugs aus allen Teilen der Welt betreiben, in denen ihre politischen und militärischen Interessen durch ihre Präsenz keinem guten Zweck dienen. Damit könnte ihnen ein schrecklicher Niedergang in militärischer Hinsicht erspart bleiben.

Es ist völlig in Ordnung, sich einmal ein paar »Triage«-Praktiken anderer westlicher Nationen aus der Vergangenheit anzuschauen, welche mit Problemen konfrontiert wurden, die größer waren, als sie handhaben konnten.

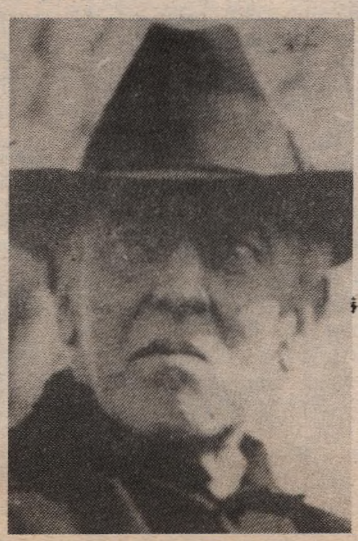
Finnland ist ein dünnbesiedeltes Land, das sich vom Golf von Bothnia und Golf von Riga im Westen bis zum Uralgebirge im Osten erstreckt. Es grenzt an den 58. Breitengrad und das Nördliche Eismeer. In den Zeitaltern der Eroberung haben sowohl die Slawen als auch die Wikinger verschiedene Teile Finnlands erobert.

Eine Politik der Vernunft

Als das russische Empire im Jahr 1917 zusammengebrochen ist, wurden die Aussichten auf Freiheit für Finnland zum ersten Mal seit vielen Jahrhunderten real. Doch die Finnen sahen sich bei ihrem Freiheitstraum großem Widerstand gegenüber – sowohl von zaristischen Überbleibseln als auch den neu auftauchenden marxistischen Imperialisten im Ausland.



Baron Carl von Mannerheim (Mitte, grüßend), finnischer General und Staatsmann, bei der Abnahme eines Fahrradtrupps.



US-Präsident Woodrow Wilson und seine imperialistischen Ideen führten zum internationalen Abenteuertum der USA.



US-Präsident Franklin Roosevelt mit Henry Morgenthau jun. leiteten den Ungergang der USA ein.

Ihnen wurde klar, daß ihre militärische Macht nur für die Befreiung eines Teils ihres Heimatlandes ausreichte. So befreiten sie die westlichsten zehn Prozent, die im heutigen Finnland und Estland lagen. Sie praktizierten die militärische und politische »Triage«. Hätten sie dies nicht getan, wären sie völlig vernichtet worden, weil sie sich übernommen hatten.

Am marxistischen Angriffskrieg – 1939 bis 1945 – sahen sich die Finnen dem gleichen Dilemma ein zweites Mal gegenüber. Die Marxisten fielen in Finnland und Estland ein. Die Finnen konzentrierten sich darauf, Finnland zu verteidigen, und opferten Estland in dem Bewußtsein, daß sonst auch Finnland verloren gewesen wäre.

Südafrika hat dieses Prinzip in der derzeitigen Phase seines Kampfes praktiziert. Das Land hat zu Beginn beschlossen, daß seine Streitkräfte nur ausreichen würden, um den Teil des Landes zu verteidigen, in dem die weiße Rasse die Mehrheit der Bevölkerung darstellt und fremde Rassenelemente entweder nicht oder nur in geringer Zahl existieren. Dieses Gebiet umfaßt 65 Prozent der Landmasse Südafrikas und die südlichste Hälfte von Namibia.

Im Rahmen dieser Politik war Südafrika bereit, befreundeten schwarzen Staaten unmittelbar an seiner Grenze militärische Hilfe zu leisten, um einen »cordon sanitaire« um die Grenzen Südafrikas herum zu schaffen. Zu diesen befreundeten schwarzen Staaten gehören Ovembundu von Angola, Bophuthatswana, Venda, Botswana, Swazi-

land, die Renamo-Streitkräfte von Mozambique, Kwa Ndebele, Kwa Zulu, Lesotho, Transkei und Ciskei.

Obwohl sie von Südafrika Hilfe bekommen, müssen diese Länder ihre eigenen Verteidigungskriege gegen die Kräfte marxistisch-imperialistischer Angriffe führen.

Als Rhodesien bei der Verteidigung gegen Shona-Ndebele-Nationalisten, die sich mit Marxisten aus dem Ausland verbündet hatten, um Hilfe bat, bot Südafrika jede materielle Unterstützung an, die Rhodesien verlangte, bis auf Truppen.

Was die USA lernen können

Die Südafrikaner hatten erkannt, daß sie – wären sie voll zur Verteidigung Rhodesiens eingestiegen – sich selbst dermaßen übernommen hätten, daß ihnen die Gefahr des Zusammenbruchs gedroht hätte.

Sie praktizierten »Triage« bei Rhodesien. Sie ließen es fallen, um sich selbst zu retten. Sie beschlossen, daß es wichtiger war, die Freiheit und nationale Unabhängigkeit in Südafrika zu verteidigen als Freiheit und nationale Unabhängigkeit in ihrem eigenen Land zu opfern und allein die Hoffnung zu verfolgen, einen befreundeten Nachbarstaat zu retten.

Die Vereinigten Staaten sollten aus dem Fall Finnland und Südafrika lernen. Ein Land ist nur zu so viel fähig und nicht mehr. Die Vereinigten Staaten können nur einen Teil der Welt retten, nicht die ganze Welt. Die militärische und politische Einmischung Amerikas in Ostasien hat den Vereinigten Staaten niemals einen Nutzen gebracht. Sie stellt nur eine Last dar, von der man sich befreien muß.

Die politische und militärische Einmischung Amerikas in der Türkei, im Iran, in Israel und im Libanon hat den Vereinigten Staaten zu keiner Zeit einen Vorteil gebracht. Sie hat sogar viel geschadet. Diese Engagements müssen beendet werden.

Das amerikanische Engagement in Mittelamerika ist sinnlos. In diesem Kampf gibt es für die USA nichts zu gewinnen. Die Amerikaner müssen dieses Engagement in Mittelamerika beenden.

Die Auslandshilfe an die nicht westliche Welt muß aufhören.

Die Einwanderung aus nicht westlichen Ländern muß ebenfalls aufhören und alle nicht westlichen Staatsangehörigen müssen dazu angehalten werden, in ihre angestammten Heimatländer in Übersee zurückzukehren.

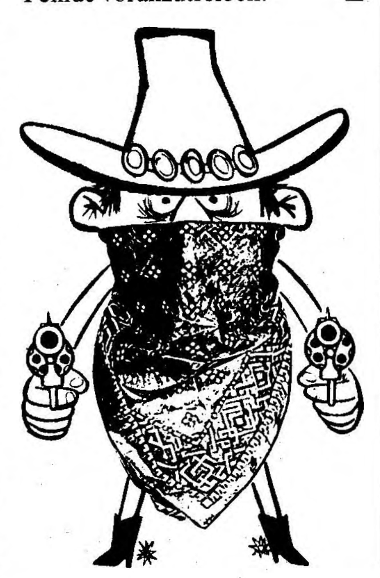
Wenn Amerika das Prinzip der »Triage« in diesen fünf Aktionsgebieten angewendet hat, werden Ressourcen verfügbar sein, um die lebenswichtigen Interessen der USA zu verteidigen.

Zum Beispiel: Die Amerikaner können die freigesetzten Ressourcen für den Aufbau einer europäischen Militärmacht einsetzen, die stark genug ist, um Mitteldeutschland von den Marxisten zu befreien.

Amerika könnte Südafrika Waffen liefern und Millionen weiterer Freiwilliger dorthin schicken, um Südafrika dabei zu helfen frei zu bleiben.

Die Amerikaner könnten entlang der Grenze zu Mexiko eine militärische Mauer aufbauen, die stark genug sein wird, um die Einwanderungen zu stoppen und dem Drogenhandel ein Ende zu setzen.

Die Amerikaner können und müssen die Prinzipien politischer und militärischer »Triage« anwenden, um die Sache der europäischen, westlichen Kultur gegen die inneren und äußeren Feinde voranzutreiben. □



Waffenskandal

Über Afrika Waffen an Khomeini

Leon Dobbs

Informierte Quellen in Israel bestätigen, daß große Mengen Waffen von dem Kleinstaat über obskure Kanäle durch schwarz-afrikanische Länder in den Iran geliefert worden sind. Dies ist notwendig geworden, nachdem zwielichtige Waffenhändler und Regierungen angefangen haben nach diskreteren Wegen Ausschau zu halten, auf denen sie ihre Waren dem Empfänger zukommen lassen können.

Informanten, die der israelischen Regierung nahestehen und in Tel Aviv gut bekannt sind, waren bereit, die israelisch-afrikanisch-iranischen Waffengeschäfte unter der Bedingung zu diskutieren, daß sie anonym bleiben können.

Israels Angst vor dem Irak

Diesen Quellen zufolge haben die Israelis diese Kanäle des Waffenhandels mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA aufrechterhalten, deren Vertreter mithalfen, Waffengeschäfte für die Regierung in Tel Aviv zu verdecken, selbst als die meisten Länder Afrikas als Folge des Yom-Kippur-Krieges mit Ägypten im Jahr 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen haben.

Der Präsident von Zaire Mobuto Sese Seko (Joseph Mobutu) hat für seine Unterstützung der Israelis – auf Verlangen der Amerikaner – israelische Waffen und militärische Schulung bekommen. In der finsteren Welt des internationalen Waffenhandels kalkulierten die Israelis damit, daß das vom CIA installierte, korrupte Regime Mobutu dem Plan zustimmen würde, der mehr militärische Hardware für Mobutus persönliche Sicherheitskräfte und natürlich auch persönliche finanzielle Mittel versprach.

Zaire war das erste Land, das im Jahr 1982 wieder diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hat, nachdem fast jedes Land Afrikas diese im Jahr 1973 abgebrochen hatte.

Seit der Bombadierung des Atomreaktors im Irak im November 1981 durch Israel diente Zaire als Hauptkanal für israelische Waffenlieferungen an den Iran. Israel fürchtete immer, daß der Irak eine stärkere Militärmacht ist als der Iran, und deshalb haben die Israelis den Iran weiterhin unterstützt in der Hoffnung, damit den Irak zu schwächen.

Noch immer hegt Israel seinen großen »öffentlichen« Haß gegen das Khomeini-Regime.

Die Verbindung zu Zaire kam Ende Oktober 1986 ans Tageslicht, als der israelische General Amram Mizna, Assistent des israelischen Armeestabschefs, Kinshasa besuchte, angeblich, um »die Verstärkung der militärischen Bindungen zwischen den beiden Ländern zu diskutieren«.

Die Medien verschweigen die Wahrheit

Mit dieser vagen Erläuterung über die Treffen wurde ein Plan des ehemaligen israelischen Generaldirektors des Mossad im Außenministerium und Hauptantriebskraft im Iran-Contra-Debakel, David Kimche, verhüllt, demzufolge israelische Waffen in den zentralafrikanischen Staat verschifft werden sollen, wo sie von iranischen Vertretern untersucht und dann an den Iran weitergeleitet werden sollten.

Entgegen der veröffentlichten Berichte im »Wall Street Journal« und dem Londoner »Observer«, daß die Verbindung zu Zaire nicht zustandekam, wurden laut Aussagen von Informanten im Dezember 1985 über 25 000 Tonnen israelischer militärischer Hardware – einschließlich Munition, Geschützrohren und Flugzeugbauteilen – von Zaire direkt in den Iran verschifft.

Für seine Kooperation in der Transaktion erhielt Mobuto Zusicherungen vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, daß die Vereinigten Staaten ihm helfen würden, bei den Plänen zu Sparmaßnahmen, die seinem Land vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegt wurden, bessere Bedingungen zu erhalten. Eine Erleichterung in den Zahlungsbedingungen könnte es Mobuto ermöglichen, die strengen Sparmaßnahmen, die der Bevölkerung in Zaire auferlegt wurden, zu lockern und damit eine Streikwelle zum Stillstand zu bringen, die die Wirtschaft stark geschädigt hat.

Zaire hat sich als ein so unschätzbarer Weiterleitungskanal für israelische Waffen erwiesen, daß israelische Beamte fürchteten seine Offenlegung würde den Unterstützungsbemühungen für den Iran schaden – was trotz des internationalen Aufruhrs um den Iran-Contra-Waffenskandal nicht gefährdet werden durfte.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen brachte Israel die Geschichte in Umlauf, der zairische Plan sei gescheitert, als Kimche angeblich keinen Erfolg damit gehabt hat, die Unterstützung von Roland (»Tiny«) Rowland, einem britischen Geschäftsmann, zu bekommen.

Es wurde fälschlicherweise berichtet, Rowland habe seine Beteiligung an dem Plan zurückgezogen, als es ihm nicht gelang von der amerikanischen Botschaft in London eine Bestätigung dafür zu bekommen, daß die Reagan-Regierung einen Plan zur Weiterleitung von Waffen an das Regime von Ayatollah Khomeini unterstütze. In dem Bericht hieß es weiter, die Waffen seien schließlich von Israel mit einer vom CIA gecharterten Boeing 707 von Kenia aus in den Iran gelangt.

Israel unterhält keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Kenia, doch Mombasa hat sich als einer der zuverlässigsten Verbündeten Israels in Afrika erwiesen, wobei die israelischen Belange von einer Abteilung für Sonderinteressen in der belgischen Botschaft überwacht werden sowie durch einige der über 20 000 Juden, die in dem ostafrikanischen Land wohnen und dort ein Geschäft ausüben.

Bekannt für seine Korruption

Die Rolle Zaires als Mittelsmann für die Vereinigten Staaten im Waffenhandel wurde im Jahr 1985 der Öffentlichkeit enthüllt, als der CIA begann das kupferreiche Land als Waffenkanal für die von Südafrika unterstützten Unita-Streitkräfte von Jonas Savimbi in ihrem Krieg gegen das kommunistische Angola zu benutzen. Israel soll der Unita ebenfalls Hilfe geleistet haben.

Das Regime Mobutus ist für seine Korruption bekannt, und das Staatsoberhaupt soll im Lauf der Jahre Milliarden von Dollar auf privaten Bankkonten in der Schweiz angehäuft haben. Er besuchte Israel im Mai 1985 und holte sich Zusagen für ein Hilfspaket an militärischer Ausrüstung im Wert von 400 Millionen Dollar von einem anderen Londoner Verfechter Israels: Leon Tamman, der den israelischen Premierminister Yitzhak Shamir auf dessen letzter Reise durch Afrika begleitete. Tamman hat Mobuto bisher jedoch die Belohnung für seine Loyalität noch nicht geliefert.

Dennoch wurde auf eben jener Reise angekündigt, daß der westafrikanische Staat Togo das fünfte schwarz-afrikanische Land sein wird, das seine diplomatischen Beziehungen zu Tel Aviv wieder aufnehmen wird. Liberia, Elfenbeinküste und Kamerun haben in den letzten drei Jahren ebenfalls alle ihre Beziehungen zu Israel wieder aufgenommen. □



Mossad

Fehlinformationen fürs Weiße Haus

Martin Mann

Das fehlende Beweisstück im Iran-Contra-Waffenskandal ist ein breit angelegtes »Täuschungsmanöver« durch israelische Agenten mittels irreführender Geheimdienstberichte, frisierter Dokumente und der Hilfe zumindest einer Persönlichkeit aus den Medien, dem amerikanischen Fernseh-Talkmeister William F. Buckley.

Zu diesem Schluß kommen Geheimdienstexperten aus den Vereinigten Staaten und Nahost, die über den Riesenmengen von Dokumenten hocken, die sich durch die Anhörungen im amerikanischen Kongreß und andere Untersuchungen seit Beginn dieses Jahres angesammelt haben.

Lügen und Fälschungen

»Es ist offensichtlich, daß Präsident Ronald Reagan das Ziel einer ausgeklügelten Fehlinformations-Kampagne war, die von dem Mossad inszeniert worden ist«, sagte Oberst Herriot Osterman, ein erfahrener NATO-Geheimdienstexperte, der Verteidigungsberater im Generalsekretariat der Vereinten Nationen ist. »Das Weiße Haus wurde mit Fehlinformationen zu einer Reihe von Entscheidungen verleitet, die sich für Israel als vorteilhaft, doch für die US-Interessen als äußerst nachteilig erwiesen haben.«

Andere Experten, die an der Beweisüberprüfung im Iran-Contra-Skandal beteiligt waren, erzählten, daß sie zu dem gleichen Schluß gekommen seien. »Der Mossad hat die Regierung Reagan wie eine feindliche Regierung behandelt; sie hat den Präsidenten und einige seiner Top-Berater mit Lügen und gefälschten Dokumenten dahingehend manipuliert, daß sie einige verhängnisvolle Schritte unternommen haben«, sagt ein erfahrener Washingtoner Korrespondent des Magazins »Time«.

»Die Folge: Israel kassierte viele Millionen Dollar aus versteckten Waffenverkäufen und gewann andere Vorteile, während Reagan sich der schädlichsten Konfrontation mit dem Kongreß in seiner ganzen Präsidentschaft gegenübersah.«

Es ist die einhellige Meinung aller Rechercheure, daß bereits seit einiger Zeit offensichtlich war, daß sich hinter den Schritten des Weißen Hauses bezüglich Iran und Nicaragua ein »verborgenes Szenario« durch Israel verbarg.

Anhand einiger vertraulicher Gespräche und Informationen in Washington und im UN-Hauptquartier in New York rekonstruierte ich die israelische Operation Schritt für Schritt:

Das Ergebnis ist Chaos und Aufruhr

Anfang Dezember 1984 traf David Kimche, stellvertretender Generaldirektor des Mossad, mit – wie er es nannte – »wichtigen strategischen Geheimdienst-Informationen« für Präsident Reagan in Washington ein. In einem offiziellen Treffen im Weißen Haus, bei dem auch Yaacov Meridor, ein hoher israelischer Beamter zugegen war, der Mossad-Chef in den Vereinigten Staaten gewesen sein soll, machte Kimche Reagan auf eine große »Notsituation« aufmerksam: die Sowjetunion plane den Sturz der islamischen Regierung im Iran und wolle in dem darauf folgenden Chaos ihre eigenen kommunistischen Kräfte an die Macht bringen.

Schmiedete Moskau tatsächlich solche machiavellistischen Pläne, um dieses wichtige Land am Golf an sich zu reißen? Kimche übergab Reagan eine umfangreiche Akte, die nach seinen Worten die »Beweise« für seine Behauptungen enthielt.

Kimche erzählte dem amerikanischen Präsidenten, der israelische Geheimdienst habe einen geheimen sowjetischen Drei-Stufen-Plan aufgedeckt, mittels dessen die Kontrolle im Iran übernommen werden sollte.

In der ersten Phase ging es um ein breit angelegtes Täuschungsmanöver durch den KGB, den sowjetischen Geheimdienst. Damit sollte der Iran veranlaßt werden, seine »letzte Offensive« gegen den Irak in Gang zu setzen. »Der KGB erzählt dem Iran, er könne die nächste Runde im Krieg gegen den Irak gewinnen, die irakischen Truppen seien schwach und uneins«, erzählte Kimche.

Außerdem versicherte er, der Iran sei den Sowjets offensichtlich ins Netz gegangen. Er entfaltete all seine Streitkräfte für einen umfassenden Angriff. Der Iran erkannte offenbar nicht, daß der Irak hinter den Frontlinien riesige Mengen an Panzern und Artillerie und überlegene Luftstreitkräfte und Einheiten für die chemische Kriegsführung bereitgestellt hatte.

»Wenn der Iran eine letzte Offensive startet, wird sie von einem starken irakischen Gegenangriff überflügelt und vernichtet werden«, sah Kimche voraus. »Das Ergebnis wird Chaos und Aufruhr in Teheran sein. Die Regierung wird stürzen und in dem Aufruhr werden die Sowjets gut vorbereitete kommunistische Kräfte in die Kontrollpositionen bringen. Sie häufen bereits Truppen entlang ihrer langen Grenze mit dem Iran an, die bereit sind auf den erwarteten Ruf der Kommunisten im Iran nach ›Hilfe‹ zu reagieren – genau wie sie im Jahr 1979 in Afghanistan einfielen.«

Überzeugt – oder zumindest alarmiert – von den dringenden Warnungen des Mossad, ließ sich Reagan in eine Reihe »neuer Initiativen« mit dem Ziel der Kontaktaufnahme zum Iran verwickeln und der Warnung seiner Führer vor der ernsten sowjetischen Bedrohung.

Es war eine ironische Intrige

Wie konnten solche Kontakte geknüpft werden? Kimche hatte eine Antwort bereit: Israel solle mehr und hoch technisiertere Waffen an den Iran verkaufen. Das würde den Boden bereiten für bessere Beziehungen zur islamischen Republik.

»Es war eine ironische Intrige«, bemerkte der Time-Korrespondent. »Kimche beschuldigte die Sowjets teuflischer Täuschungsmanöver und in Wirklichkeit war es der Mossad, der Reagan durch Lügenberichte und gefälschte Dokumente täuschte«.

Bei der Rekonstruktion der Ereignisse kam auch zum Vorschein, daß in einer weiteren ironischen Entwicklung die Falschinformationen des Mossad durch den Oberstleutnant der US-Marine, Oliver North, zu Buckley gelangt waren; North hatte sie offenbar für die Wahrheit gehalten. Buckley veröffentlichte nun seinerseits einen Überblick dieser Mossad-Fälschungen in dem »National-Review«-Magazin unter dem Titel: »Die wahre Geschichte hinter der Geheimdiplomatie mit dem Iran«.

»Die wahre Geschichte dieser Affäre ist noch einfacher«, sagte Osterman. Unter der Anführung von Kimche hat eine Reihe von Mossad-Agenten Präsident Reagan getäuscht. Unterstützt wurde dieses Täuschungsmanöver durch den inneren Kreis der Doppelt-Loyalen – angeführt von langjährigen Agenten wie Michael Ledeen und dem CIA-Direktor William Casey –, die inzwischen die Entscheidungen der amerikanischen Regierung über nationale Sicherheit kontrollierten.

»Der Rest war Routine: Schaden und Verluste für die US-Regierung, Profite und Fortschritt für Israel. Das war der wahre Zweck dieser ganzen Intrige.« □

Naher Osten

Reagans Geschäft mit Fahd

Warren Hough

US-Präsident Ronald Reagan hat Israel lange genug gestattet, die amerikanische Strategie am ölreichen Persischen Golf zu manipulieren. Jetzt sieht der amerikanische Präsident sich einer unmittelbaren Konfrontation mit dem Kleinstaat in dieser spannungsgeladenen Region gegenüber.

Der Grund dafür ist: »Israel hat uns in eine beispiellose Krise hineingeführt, die das Leben Tausender Amerikaner bedroht«, schrieb der ehemalige Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, MacArthur II., ein einflußreicher republikanischer außenpolitischer Experte, kürzlich in einem vertraulichen Memorandum an das Weiße Haus.

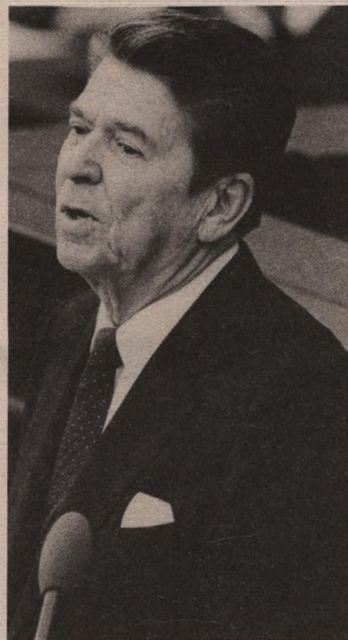
Das Drängen der israelischen Lobby

Die »beispiellose Krise« entsteht aus der Entscheidung einen großen, jetzt 21 000 Mann starken Marinekampfverband in den Golf zu entsenden, ohne einen einzigen Stützpunkt zu Lande oder einen Hafen zu haben.

»Die Stationierung ist von Anfang an schwierig gewesen«, sagte ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA (NSC), der Einsicht in geheime Unterlagen über diese Notsituation und die Zusammenfassung von MacArthurs Bericht ermöglicht hat.

»Was passiert, wenn es zu einem Zwischenfall kommt und man auf die Amerikaner schießt? Wenn die Amerikaner in der Region keine Stützpunkte oder Häfen haben, so könnte ein Feuergefecht für die US-Truppen zur Katastrophe werden.«

Warum ist die Stationierung amerikanischer Truppen – die einzigen unter den westlichen Streitkräften – in den arabischen Ländern um den Golf herum verboten? »Weil uns die israelische Lobby seit der Amtsübernahme von Präsident Ronald Reagan dazu gedrängt hat, diese Länder systematisch zu verfolgen und zu erniedrigen«, behauptete dieser kenntnisreiche Infomant. »Jetzt sind wir damit konfrontiert und es muß etwas geschehen.«



Unter US-Präsident Reagan haben die Israelis Amerikas Ruf in der arabischen Welt gründlich ruiniert.

Dieses »etwas« wird nach jetziger Planung aus zwei parallelen Schritten des amerikanischen Präsidenten bestehen, so heißt es in diplomatischen Quellen.

Das Weiße Haus entsendet den Staatssekretär im US-Außenministerium, Richard Murphy, und den Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Armitage, mit einem persönlichen Schreiben von Präsident Reagan an König Fahd nach Saudi-Arabien mit der Zusage auf umgehende Lieferung verschiedener, seit langem angefragter Waffensysteme.

Die Saudis bekommen, was sie haben wollen

Die für Saudi-Arabien bestimmten Waffenlieferungen bestehen aus folgenden Komplexen:

1600 Maverick-Raketen als Ersatz für eine vergleichbare Zahl solcher Raketen, die im Jahre 1979 an die Saudis verkauft wurden, wobei die neuen Raketen vielseitigere zielsuchende Sprengköpfe haben. Das US-Verteidigungsministerium hat den Verkauf dieser Mavericks bereits schon mindestens zweimal zuvor genehmigt, das letzte Mal im Juni 1987, als es hieß, daß sich damit die Militärstärke der Araber nicht bedeutend erhöht.

Doch die israelische Lobby hat den Transfer verhindert und eine Reihe Verfechter Israels im amerikanischen Kongreß unter Führung von Senator Alan Cranston mobilisiert, die das Pentagon angriffen dafür, daß sie so etwas überhaupt vorgeschlagen haben.

Sechzehn F15-A-Düsenjäger, die ähnliche, verlorengegangene oder ausgediente Flugzeuge der saudi-arabischen Luftwaffe ersetzen sollen. 350 M1-A-Kampfpanzer und gepanzerte Munitionsträger.

Ersatzteile für saudi-arabische Hawk Missiles und von den USA installierte Radarstationen.

Gleichzeitig veranlaßte Ronald Reagan Howard Baker, den Stabschef des Weißen Hauses, Frank Carlucci, den Direktor des Nationalen Sicherheitsrates der USA, und MacArthur die führenden Sprecher der Lobby des Kleinstaates von jeglichem Versuch, sich in die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien einzumischen, zu warnen.

In inoffiziellen Treffen mit solch führenden Israel-Verfechtern wie dem New Yorker Anwalt Howard Squadron, dem Verleger Rupert Murdoch und Rabbi Alexander Schindler (Vorsitzender der Präsidentenkonferenz großer jüdischer Organisationen) überbringen Baker und seine Kollegen eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten: Wenn Israel versucht dieses wichtige Waffengeschäft zu torpedieren, wird das Weiße Haus zum ersten Mal zurückschlagen.

Israel will anhaltenden Krieg

Zur Eröffnung wird die Regierung MacArthurs jüngste Untersuchung über die Krise am Golf als Studie des Weißen Hauses veröffentlichen: »Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung«, heißt es in dem Bericht, »verfolgen die Vereinigten Staaten und Israel im Nahen Osten nicht die gleiche, beziehungsweise noch nicht einmal übereinstimmende Politik. Den Vereinigten Staaten wäre am besten gedient mit einem vereinten, selbstbewußten und pro-westlichen System arabischer Staaten, während Israel dabei hinarbeitet, daß die Länder des Islam gespalten, ohne Waffen und in Aufruhr sind . . . Wir brauchen Frieden am Golf, Israel will anhaltenden Krieg.«

Die »Hauptunbekannte« in diesem Szenario – wie Pentagon-Quellen es bezeichnen – ist, ob Reagans verspätetes Selbstbewußtsein angesichts des Drucks der Israelis die US-Beziehungen am Golf verbessern wird und den amerikanischen Streitkräften einige dringend benötigte Landstützpunkte eröffnen kann.

»Die Saudis haben Amerika gegenüber Affinität und Respekt«, sagte ein Golf-Abgesandter bei den Vereinten Nationen. »Viele Spitzenberater von König Fahd haben hier ihre Ausbildung genossen.

Wie die Dinge jetzt stehen, kann ein amerikanisches Flugzeug auf einem saudi-arabischen Stützpunkt notlanden, wenn es Probleme hat. Der Pilot wird freundlich aufgenommen und bekommt jede nur erdenkliche Hilfe. Doch der Zwischenfall wird geheimgehalten.

Die Israelis haben Amerikas Ruf in der arabischen Welt so gründlich ruiniert, daß Gesten der Freundschaft vertuscht werden. Das ist eine tragische Situation.« □

Nuklearplan Apokalypse

Warren Hough

Wenn die tobenden Feuergefechte am Persischen Golf in eine volle Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Iran ausbrechen, wird die Welt einschließlich Amerika eine unmittelbare atomare Verwüstung erleben.

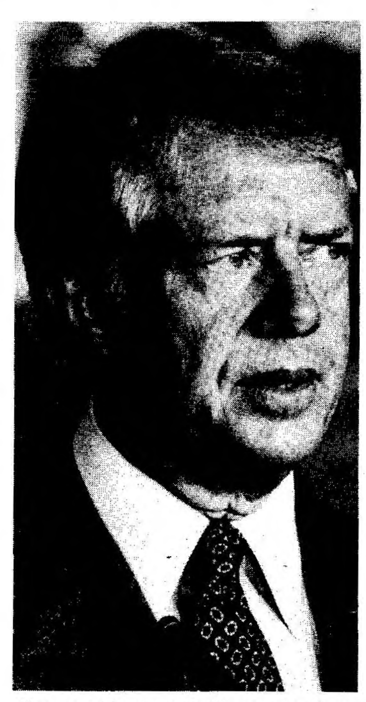
Vor wenigen Wochen sind streng geheime Notfallsplanungen der Reagan-Regierung aus dem Washingtoner Verteidigungsministerium bekannt geworden. Im Falle eines Golfkrieges plant die US-Regierung die Blockade sämtlicher Hauptverkehrsadern, die den Nordiran mit der Sowjetunion verbinden, durch atomare Sprengladungen (ADM), das heißt nukleare Landminen, die zur Detonation gebracht werden, »sobald sich Feindseligkeiten unmittelbar abzeichnen«, so heißt es in einem Memorandum des Weißen Hauses aus dem Jahr 1981.

Fakten kommen zum Vorschein

»Es ist das Wort ›unmittelbar‹, daß die Einzigartigkeit dieses militärischen Szenarios kennzeichnet«, erläuterte ein patriotischer amerikanischer Berufsoffizier der US-Armee, ein sehr gut informierter Soldat, der ein Programm über amerikanische Verteidigungsstudien in einem großen Denktank leitet. »An jedem anderen Brennpunkt auf der Welt, wo wir uns sowjetischen Streitkräften gegenübersehen, sind Atomwaffen unsere letzte Zuflucht, die letzte Alternative, wenn alles andere gescheitert ist.

Doch am Golf ist unser Plan die Feindseligkeiten mit einer Reihe von atomaren Sprengungen einzuleiten. Allerdings der amerikanische Wähler, dessen Leben hier auf dem Spiel steht, hat von dieser Strategie nichts erfahren.«

Wie ist Amerika in diesen Schlamassel geraten? Aus einer Reihe von Pentagon-Studien und Entschließungsmemoranden des Weißen Hauses sowie Informationen von Experten, die uns diese Unterlagen zur Verfügung gestellt haben, sind folgende Fakten zutage getreten:



Jimmy Carter ließ, nach dem Sturz des Schah durch ein geheimes Team, die Atomminen an der iranischen Grenze zur Sowjetunion entfernen.

Seit über einem Vierteljahrhundert haben die Washingtoner Verteidigungsstrategen versucht zwei gegensätzliche Dinge miteinander in Einklang zu bringen: Die Vereinigten Staaten hatten erstens ein wichtiges Interesse daran, die Sowjetunion aus dem Iran herauszuhalten, und zweitens gab es keinen zuverlässigen militärischen Weg dies zu erreichen.

»Das galt auch für die Zeit, als der Iran in den siebziger Jahren vom Schah, unserem ölreichen Verbündeten, regiert wurde«, sagte ein ehemaliger amerikanische Offizier der Luftwaffe, der jetzt mit Studien für einen großen Rüstungskonzern in den USA befaßt ist. »Jedes Mal, wenn wir uns unsere Chancen ausgerechnet haben, war klar, daß – egal, was wir tun würden – uns die Russen in jedem Kampf um den Iran zunichte machen würden.

Sie besaßen eine ungeheuere Menge an Bodentruppen in der Region. Unsere Pläne sahen vor, daß nacheinander Luftlandetruppen hätten eingeflogen werden müssen. Sie wären einfach total ausgelöscht worden.«

Verzögerung des sowjetischen Vorstoßes

Angesichts dieses strategischen Ungleichgewichts begannen die US-Experten einen Plan zur Verzögerung des sowjetischen Vorstoßes in den Iran zu entwickeln – falls dies geschehen würde –, indem alle Hauptverbindungen zwischen dem Iran und der Sowjetunion blockiert werden sollten.

Das war plausibel; Iran und die Sowjetunion haben eine gemeinsame lange, doch unfreundliche und harte Grenze. »Da das Straßennetz in dieser Region aus schmalen und gebirgigen Passagen besteht, könnten mit an den richtigen Stellen plazierten atomaren Sprengladungen (ADM) rasch alle Zugangswege in den Iran abgeriegelt werden«, hieß es in einem früheren Memorandumsentwurf für US-Präsident Richard Nixon, der von dessen Generalstab vorbereitet worden war.

In einer für das Weiße Haus von Henry Leonard und Jeffery Scott – zwei Militärwissenschaftlern im Nationalen Sicherheitsrat der USA – Ende der siebziger Jahre erstellten Studie heißt es, am Boden detonierende, ferngesteuerte Dreißig-Kilotonnen-ADM-Minen würden genug Verwüstung und Steinschläge anrichten, um jeden sowjetischen Vorstoß für mindestens 27 Tage zu blockieren.

Verteidigungsexperten sind sich darin einig, daß das Problem bei dieser Methode, die jetzt primäre US-Strategie zum Stop eines Invasionsversuchs der Sowjets in den Iran ist, darin besteht, daß die Minen sofort bei Beginn der Feindseligkeiten detoniert werden müssen oder am besten noch ein bißchen früher als atomarer Präventivschlag.

In den letzten Jahren des Schah-Regimes sind diese ADM-Minen tatsächlich an verschiedenen engen Durchgangswegen auf der iranischen Seite der Grenze in die Felsen gelegt worden, sagte der amerikanische Luftwaffenexperte. Als der Schah gestürzt wurde, hat ein geheimes US-Team diese Atomwaffe wieder entfernt.

Es wird keinen Gewinner geben

Doch dem Notfallplan des Pentagons zufolge stehen Spezialeinheiten bereit, sie wieder an unbewohnten Stellen im Gebirge zu plazieren, wenn ein Krieg unmittelbar bevorsteht.

Die Schlüsselfrage, die kein Experte oder Planungsstratege schlüssig beantworten konnte, lautet: »Wie wird die Sowjetunion auf diese Kettenexplosion von Atomminen reagieren?

»Selbst wenn durch die Sprengwirkung nur wenige Russen getötet werden oder vielleicht gar keiner, werden diese ›schmutzigen‹ Atombomben einen starken Fallout auf die Sowjetunion hernieder regnen lassen«, sagte Dr. Elizabeth Houseman, eine Waffenkontrollexpertin an der Princeton-Universität. »Die Sowjetbosse könnten dies als einen Nuklearangriff auf ihr Land ansehen und einen strategischen Vergeltungsschlag gegen amerikanische Städte führen.«

Auf jeden Fall wird eine solche Detonation von Atomminen die nukleare Kriegsführung zwischen den Supermächten eröffnen, ein Zusammenstoß, bei dem es keinen Gewinner geben wird. Ein sojwetischer Marschall formulierte es kürzlich so: »Es wird nicht einmal einen Verlierer geben, nur die Mondlandschaft der Apokalypse.« □



Israel

Krieg gegen schwarze Hebräer

Leon Dobbs

Im Herbst hat es in einem Zeitabschnitt von neunzig Tagen bei werdenden Müttern in der Gemeinde der schwarzen Hebräer in Dimona, Israel, mehr Totgeburten gegeben als in den ganzen letzten sieben Jahren. Diese plötzlich unerwartet hohe Zahl von Fehlgeburten ist die direkte Folge des Erschöpfungskrieges, den die israelische Regierung gegen die Gruppe der 3000 schwarzen Amerikaner, die im Heiligen Land leben, führt.

Die schwarzen Hebräer sind Schwarze – in erster Linie aus den Vereinigten Staaten –, die sich selbst für die wahren Nachkommen der Israeliten halten. Diese beunruhigenden Tatsachen wurden von einem Sprecher der Hebräer und dem Soroka-Krankenhaus in Beersheba, Israel, bestätigt und unterstreichen die anhaltenden Reibungen zwischen den Schwarzen und der israelischen Regierung.



Haviv Schieber, Gründer des »Holy Land State Committee«, warnt die USA, daß sie aus der arabischen Welt durch die Israelis vertrieben werden.

Kein Recht auf Arbeit und Unterstützung

»Es handelt sich um eine wirtschaftliche Belagerung«, sagte der geistige Anführer der schwarzen Hebräer, Ben Ammi, als er die Strategie der Israelis beschrieb, mit der man sie durch allmähliches Aushungern in die Unterwerfung oder Ausrottung treiben will.

»Die Anzahl der Totgeburten in der Gemeinde liegt höher als in den vergangenen sieben Jahren«, sagte Ben Ammi. »Es ist die Folge von mangelhafter Ernährung der werdenden Mütter, die so weit geht, daß sie für die Aufrechterhaltung der Schwangerschaft völlig unzureichend ist.«

Seit der Massenverhaftung von 46 schwarzen Hebräern im April 1986, weil diese angeblich gearbeitet haben ohne im Besitz einer Arbeitserlaubnis zu sein und im Heiligen Land geblieben waren, obwohl ihr Visum bereits abgelaufen war, verweigern bestimmte Elemente im israelischen Innenministerium den schwarzen Hebräern das Recht auf Arbeit und Unterstützung ihrer Familien in dem eindeutigen Versuch, den Willen der Gemeinde zu brechen.

Ben Ammi zufolge hat man 85 Prozent der Arbeitskräfte abrupt die Erwerbstätigkeit entzogen, obwohl die Schwarzen in Israel seit fast zwei Jahrzehnten gewohnt und gearbeitet haben. So war die Gemeinde gezwungen, ihre Nahrungsmittel zu rationieren. Doch das war nicht alles.

Neben dem starken Anstieg in den Zahlen der Fehlgeburten gab es zahlreiche Probleme mit Frühgeburten und Fällen von normalen Schwangerschaften, wo das Neugeborene jedoch sehr starkes Untergewicht hatte, eine weitere Folge des sich verschlechternden Gesundheitszustandes der werdenden Mütter in der Gemeinde, behauptet ein Sprecher der Gemeinde.

Hilfe durch die US-Botschaft

Hungersnot durch Verweigerung von Arbeitserlaubnis ist nur eine Waffe in einer koordinierten Kampagne der Regierung, um die Gemeinde der Schwarzen aus Israel zu vertreiben, die als erstes von den Kindern ihren Tribut fordert.

Nach Statistiken des amerikanischen Außenministeriums hat es im letzten Sommer auf dem Höhepunkt der israelischen Bemühungen zur Abschiebung der schwarzen Hebräer jede Woche mehrere Fälle von Belästigung oder Verweigerung der Einreise amerikanischer Farbiger nach Israel gegeben. Die Israelis sagten, sie fürchteten, die Schwarzen würden insgeheim versuchen, sich in die Kolonie der schwarzen Hebräer in Dimona zu integrieren.

Die Verweigerung der Arbeitserlaubnis und die brutale Abschiebungspolitik hat immerhin eine Welle des Protestes in den USA ausgelöst, die von den schwarzen Hebräern angeführt wird, die ihre Opposition gegenüber dem Verhalten der Israelis zum Ausdruck bringen, indem sie Veranstaltungen der Zionisten stören und sich in Washington und Chicago bei Versammlungen auf der Rednertribüne Gehör verschaffen.

Der politische Druck veranlaßte die US-Botschaft in Tel Aviv zusammen mit dem israelischen Ministerium für Arbeit und Soziales, ein Lebensmittelprogramm auszuarbeiten, im Rahmen dessen die Kinder einmal pro Tag eine Mahlzeit erhielten.

Für die Hebräer war die Hilfe mehr eine politische Geste als wahre Hilfe. »Es ist absurd für mich«, sagte Haraymiel Ben Shaleak, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei den schwarzen Hebräern in den Vereinigten Staaten, »daß ein Volk, das arbeiten kann und will und 20 Jahre lang für sich selbst gesorgt hat, jetzt gezwungen werden soll, der Öffentlichkeit zur Last zu fallen. Wir sind nicht nach Israel gekommen, um Sozialhilfeempfänger zu werden.«

Die Erwachsenen – unter ihnen eine große Zahl älterer Mitbürger – waren auf die Unterstützung von ihrer Familie und auf Spenden von ihren Kollegen aus Amerika angewiesen.

Im Februar 1987 drohte die Stadtverwaltung von Dimona den Hebräern mit der Unterbrechung der Wasserversorgung, weil die Rechnung 40 000 Dollar überstieg. Ben Ammi sagte, alle verfügbaren Geldmittel wurden aufgewendet, um die Lebensmittelknappheit zu mindern.

Vertreibung aus ihren Gemeinden

In den 20 Jahren, in denen die schwarzen Hebräer in Israel leben, haben sie eine Reihe öffentlich verkündeter Maßnahmen überstanden, mittels derer sie aus ihrer Enklave in den Städten Dimona, Arad und Mitzpe Ramon in der Negev Wüste vertrieben werden sollten.

Rechtsanwalt Avigdor Feldman, der die Gemeinden der schwarzen Hebräer in Israel vertritt, meinte in einem Schreiben an den Parteivorstand der Schwarzen im US-Kongreß im letzten Winter klar und deutlich, daß er überzeugt sei, die Abschiebung der ganzen Gemeinde aus Israel sei ein unerreichbares Ziel.

»Einige der Erwachsenen haben ihre amerikanische Staatsbürgerschaft aufgegeben, damit ihre Familien durch willkürliche Abschiebungspraktiken der Regierung nicht getrennt werden«, sagte er.

Wie es jetzt aussieht, sind in den letzten Monaten von 100 Kindern eines oder beide Elternteile abgeschoben worden.

»In diesen schweren Zeiten waren wir nur deshalb in der Lage weiter zu machen«, sagte Ben Ammi, »weil wir die geistige Unterstützung unserer Brüder und Schwestern hatten und das Interesse, das unsere Anhänger in den Vereinigten Staaten an unserem Kampf gezeigt haben.

Unsere Sorge ist, daß sie weiterhin über die Lage informiert bleiben und nicht eingelullt werden und das Interesse daran verlieren. Wir sind nicht hierher gekommen, um zu sterben oder getötet zu werden. Wir werden nicht tatenlos zusehen wie unsere Angehörigen leiden müssen und sterben.« □

Kulturgeschichte

Woher kamen die Hebräer?

Ralf Flar

Die Hebräer, die Juden also, die mit der Religion des Judentums aus dem Volk der Hebräer hervorgegangen sind, haben ihre Ursprungsheimat nicht, wie oft und falsch angenommen oder behauptet wird, in Chaldäa. Sie sind im Gegenteil als Fremdlinge in das Land Chaldäa gekommen und wurden dort auch von den Chaldäern als solche behandelt und schließlich vertrieben.

Wie die Hebräer aus Chaldäa vertrieben wurden, von diesem Geschehen berichtet das 1. Buch Mose 11, Vers 27 bis 32. Es wird auch hier berichtet, wie Charan, Tharahs jüngster Sohn, durch die Chaldäer den Tod fand. Von den Feindseligkeiten der Chaldäer gegenüber den Hebräern berichtet auch Nehemia. Im 2. Buch Esra 9,7 wird erzählt: »Du bist es Jahwe, der du Abraham auserwählt und herausgeführt hast aus dem Feuer der Chaldäer.«

Die Rabbi wissen mehr

Das Ursprungsland der Hebräer ist also nicht Chaldäa. Die Hebräer waren vielmehr nach Chaldäa eingewandert. Sie kamen aus dem Land, das die Hebräerschrift, das Alte Testament, erkennen läßt, worüber aber die Rabbi viel mehr noch wissen und mündlich einander überliefern.

Im 1. Buch Mose 10,21 erfährt man über die Söhne Sems, und im selben Buch 11–27 dann weiter bis hin zu Abraham.

Im 1. Buch Mose 10,30 heißt es, sie hausten in der Gegend von Messa bis Saphar, den Berg gen Ausgang – was der »Ost-Berg« oder Ebal bedeutet –, somit in dem Raum Punt-Usal-Schaba (Saba), ganz an dem südlichsten Zipfel der Halbinsel Arabien.

In den Hebräerschriften wird Sem als Sohn des Noah genannt. Diese Tatsache ist nicht haltbar und nur dadurch entstanden, daß Nehemia und Esra die Dichtungen und Sagen des alten Babilus sich vornahmen und zuerst daraus abschrieben und dann sich die Texte für ihre Belange entsprechend umschrieben. Auf diese Weise benutzten sie auch die Sage von König Sargon I. für die Geschichte Moses, der in Wahrheit selbst eine ganz andere Geschichte hatte. Moses lebte wohl auch 2300 Jahre später als der große König Sargon I.

Dieses Umschreiben oder Umdichten findet sich an zahlreichen Stellen in den Schriften der Hebräer, vieles wurde von ihnen aus allen möglichen Quellen zusammengetragen, umgeformt und für ihre Zwecke umgeschrieben.

Bei diesem Verfahren gewöhnten sich die Hebräer langsam daran, ihre wahre Ab- und Herkunft nach außen hin zu verschweigen und nur unter Eingeweihten weiterzugeben. Zur Zeit des Celsus allerdings waren die wahren Tatsachen noch allenthalben gut bekannt.

Und dies ist die Wahrheit

Die Tatsachen sehen so aus: Dort, wohin die genannte Stelle im 1. Buch Mose 10,30 hinverweist, bildet sich nahe der schmalsten Stelle des Roten Meeres, ganz im Süden, zu Füßen des Ebal-Gebirges, ein neuer Stamm aus verschiedenen Völkerschaften. Der Häuptling dieses neuen Stammes war ein aus dem Stamm der Schäbäer Ausgestoßener, dessen Name Abil Habr war. Nach diesem Abil Habr nannte der neue Stamm sich bald »Habriten«, woraus dann später »Hebräer« geworden ist.

Ausgestoßene anderer Stämme schlossen sich dem neuen Stamm des Abil Habr an, dazu kamen verschiedene geflohene Sklaven und Sklavinnen. Es wurde ein neues Volk aus alledem, das ein eigenes war.



Die Darstellung der Bundeslade gehört zu einem Fries, den man in den Ruinen einer Synagoge aus dem 3. Jahrhundert vor Christus am See Genezareth fand.

Abil Habr erbaute mit den Seinen am Strand eine Festung und eroberte bald die dort gegenüber gelegene Insel Bara (Perim), die zum Großreich Ägyptens gehörte. Dann verbündete sich Abil Habr mit den im Äthiopischen lebenden Stämmen der Amcharer und der Chabbilas.

Zusammen mit diesen zog Abil Habr in das Mohrenland bis an den See Ugan Ugan (Uganda) und eroberte es sich vollständig. Hier schuf er nun ein Reich und hier wurde das eigentliche Volk des neuen Stammes zum Volk der Hebräer. Die Mitte jenes Landes wird seither, nach Abil Habr, »Habr« genannt.

Weil Abil Habr die Vielweiberei zum Gesetz machte und weil zugleich alle Weiber genommen wurden, ergab sich ein wirklich neues Volk aus all den vielerlei Menschentypen, die ihm untertan waren.

Als Abil Habr gerade in mittleren Jahren stand, fiel ihn eine böse Geschlechtskrankheit an. Zu dieser Zeit gab es einen als Zauberer bekannten Mann vom Stamm der Geniter aus dem Sina-Land (Sinai). Diesen, der, wie es hieß, Wunder durch Blutopfer an einen wilden Gott wirkte, ließ Abil Habr zu sich rufen.

Jener Priester brachte den Ritus der Beschneidung und den Blut- und Rachegott Jaho-Jahwe zu den Hebräern.

Der Böse Geist El Schaddai

Abraham, dem direkten Nachkommen Abil Habrs, erschien später der böse Geist mit den Worten »Ani hal El Schaddai« und forderte viele Blutopfer und schloß den Vertrag mit dem Volk der Hebräer, die die Juden wurden.

Abil Habr aber baute sein Herrschaftsgebiet aus und breitete einen Kriegszug gegen das Land Habasch vor, dessen König mit dem Pharao verwandt war und also die Ägypter um Hilfe rief. Der Pharao, der zu jener Zeit herrschte, war Sesostris I. Er schickte eine Flotte und ein Heer, und die Ägypter bereiteten den Hebräern eine vernichtende Niederlage. Sie nahmen auch die Festung Har Habr (Harar) ein und besiegten den Feind vollkommen. □

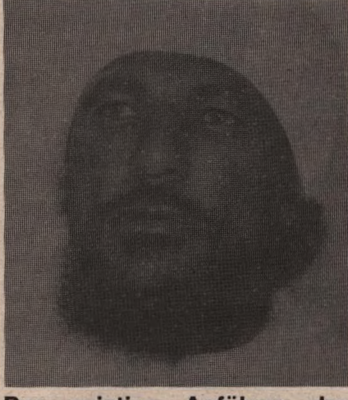
Israel

Diskriminierung von US-Bürgern

Leon Dobbs

Das amerikanische Außenministerium hat jüngst mit der Herausgabe eines Reiseführers gegen den Kleinstaat Israel gedroht, weil dieser schwarze und arabische US-Bürger, die dieses Land besuchen, belästigt und gängelt. Die Israelis reagierten dadurch, daß sie in einer eigenen knappen Erklärung ablehnten, mehr als kosmetische Änderungen an einer offenkundig diskriminierenden Politik vorzunehmen.

Im Juli drohte der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Charles Redmond, öffentlich mit der Warnung, und eine entsprechende Verfügung ging an den führenden israelischen Diplomaten in den USA. Seit mehr als einem Jahrzehnt beschweren sich Amerikaner arabischer Herkunft und Farbige, die nach Israel reisen, über routinemäßige und erniedrigende schlechte Behandlung durch israelische Zollbeamte am Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv und an der Allenby-Brücke, die Ostjordanien mit dem israelisch besetzten Westufer verbindet. So mußten sie sich beispielsweise für Durchsuchungen völlig entkleiden oder wurden lange festgehalten und befragt.



Der geistige Anführer der schwarzen Hebräer Ben Ammi sagt, Israel führt »eine wirtschaftliche Belagerung« gegen sein Volk.

Angst vor Vereinigung von Schwarzen und Arabern

Einige Vertreter Israels fürchten, daß die unbesonnene und arrogante Politik zu einer Vereinigung von Schwarzen und Arabern führen könnte, wie sie sich darstellt im Bild der Umarmung zwischen Jesse Jackson und Yassir Arafat vor acht Jahren. Außerdem wird Empörung laut über den israelischen Spionageskandal im Zusammenhang mit Jonathan Pollard und die Aufdeckung der Verwicklung der Israelis in das »Iran-Contra«-Debakel.

Die Wichtigkeit der gegenwärtigen Auseinandersetzung in den Vereinigten Staaten wird deutlich in der Schnelligkeit, mit der Israel auf die »scharfen Vorwürfe« reagiert hat, sagte ein US-Beamter.

Die Geschichte kam erstmalig in Jerusalem ins Rollen, als davon die Rede war, daß die Vereinigten Staaten vielleicht einen Reiseratgeber gegen Israel herausgeben würden, in dem farbige Amerikaner und Amerikaner arabischer Herkunft gewarnt werden sollten, daß sie auf eigene Gefahr in das Heilige Land reisen und ihnen möglicherweise die Einreise verweigert wird.

Die Ankündigungen führten zu ständigen Nachfragen bei den täglichen Einsatzbesprechungen im amerikanischen Außenministerium, bis Redmond eine erste Warnung herausgab, gefolgt von einer Demarche der Vereinigten Staaten an den führenden israelischen Diplomaten Oded Eran, in der Israel »mit den schärfsten Worten« aufgefordert wurde, mit der Belästigung von US-Bürgern aufzuhören, die kommen, um das Heilige Land zu besuchen.

Israel reagierte prompt und übereifrig

Eran sagte, er sei überrascht, daß die Vereinigten Staaten eine solche scharfe Stellungnahme in der Öffentlichkeit abgegeben haben, bevor sie dies Israel auf inoffizieller Ebene mitgeteilt hätten.

Die Belästigungen amerikanischer Bürger bei der Einreise nach Israel sind nichts Neues, denn es sind in den vergangenen Jahren schon mehrere Delegationen amerikanischer Farbiger in das Land gereist, um gegen die diskriminierende Behandlung zu protestieren.

Doch niemals hat dies eine solche Reaktion von seiten Israels hervorgerufen wie dieses Mal. Es wurde sofort ein interministerielles Treffen mit Vertretern des Innenministeriums, der Polizei, des Außenministeriums und des Ministeriums für Tourismus sowie der Shin Bet, der geheimen israelischen Sicherheitskräfte, einberufen.

Das Ergebnis war eine kurze Erklärung, die mit folgendem Wortlaut veröffentlicht wurde: »Es wird keine Änderung in der Politik hinsichtlich Personen geben, die verdächtigt sind, unter falschem Vorwand nach Israel einreisen zu wollen, und die israelische Regierung wird weiterhin Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß die Touristen das Land wieder verlassen, wenn ihr Visum abgelaufen ist.«

Die Israelis boten lediglich an, »übergeordnete Behörden« bei der Behandlung von »Problemfällen« hinzuzuziehen, Kontakt zwischen festgehaltenen Amerikanern und der amerikanischen Botschaft zu erlauben und im Falle der Festhaltung bequemere Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, alles Bedingungen, die angeblich auch schon vorher existiert haben.

Die Erklärung zielte deutlich darauf ab, die Aufmerksamkeit auf die Amerikaner arabischer Herkunft zu lenken, die Verwandte am Westufer besuchten und die gegenüber Amerikanern nicht arabischer Herkunft als potentielle Terroristen und als ein »Sicherheitsrisiko« hingestellt werden könnten.

Der Fall der farbigen Amerikaner ist jedoch noch viel heikler und erschwert die bereits belasteten Beziehungen zwischen Farbigen und Juden in Amerika.

Im Mittelpunkt der Kontroverse steht die afrikanische, hebräisch-israelitische Gemeinde, die in der Establishment-Presse allgemein als schwarze Hebräer bezeichnet werden. Seit fast zwei Jahrzehnten wohnen die 3000 Schwarzen aus den Vereinigten Staaten im Süden Israels und wurden niemals als ein Sicherheitsrisiko angesehen. Nie sind sie mit Gewalt oder terroristischen Aktivitäten in Zusammenhang gebracht worden.



Yitzhak Shamir an der Allenby-Brücke, die Ostjordanien mit dem israelisch besetzten Westufer verbindet.

Deportation der schwarzen Hebräer

In der einzigen direkten Untersuchung, die von der israelischen Regierung über die Gemeinde

im Jahr 1981 durch die Glass-Kommission durchgeführt worden ist, wurde empfohlen ihnen die israelische Staatsbürgerschaft zu geben.

Doch bisher hat die israelische Regierung den Schwarzen jede Form von Rechtsstatus verweigert und versucht, ihre Verwandten und Freunde in den Staaten durch wahlloses Festhalten, Befragungen und Einreiseverweigerung daran zu hindern, sie zu besuchen.

Diese Politik wurde jüngst intensiviert im Zusammenhang mit einem Plan der israelischen Regierung zur Deportation der hebräischen Gemeinde. Die jüdischen Behörden haben seit dem vergangenen Sommer etwa 60 Gemeindemitglieder verhaftet und ausgewiesen. Aus Zahlen des amerikanischen Außenministeriums geht hervor, daß jede Woche von mehreren Vorfällen von Belästigung und Festnahmen unschuldiger farbiger Amerikaner die Rede ist.

»Ich bin erstaunt, daß die israelische Regierung mit der Behauptung fortfährt, daß der Grund für die Belästigung farbiger Amerikaner am Flughafen die Angst sei, sie könnten versuchen, unsere Gemeinde in Dimoa zu infiltrieren«, sagte Ben Ammi, der geistige Anführer der Gemeinde der schwarzen Hebräer in Israel. »Man straft nicht 35 Millionen Schwarze in Amerika, weil man Angst hat, daß 10 oder 12 unter ihnen schwarze Hebräer sein könnten.«

Ben Ammi fügte hinzu, daß er vor über einem Jahr bei dem Versuch, das Problem zu lösen, mit dem amerikanischen Botschafter Thomas Pickering zusammengetroffen sei und vorgeschlagen habe, die Behörden davon in Kenntnis zu setzen, wenn Personen kommen, die die hebräische Gemeinde besuchen wollen, »sobald die Regierung die Unterdrückung der Gemeinde stoppen würde und uns ermöglichen, könnte wie normale Menschen zu leben. Doch das war offenbar zuviel verlangt. Wir haben nie eine Antwort bekommen.«

»Ich glaube, die Wurzel des Problems liegt in der mangelnden Achtung für die schwarzen Amerikaner auf internationaler Ebene«, fuhr er fort. »Im großen und ganzen werden die schwarzen Amerikaner solchen Dingen gegenüber als schwach und verletzbar angesehen«, und er spielte damit vieleicht auf die Tatsache an, daß schätzungsweise 20 000 Israelis jährlich in die Vereinigten Staaten einreisen, um Verwandte zu besuchen, und meist über die Gültigkeitsdauer ihrer Visa hinaus bleiben. Doch es gibt in Amerika keine Politik, derzufolge sie routinemäßig festgehalten, untersucht und befragt werden.

Die Reise wird zu einem Alptraum

Über die Jahre hinweg sind Hunderte, vielleicht sogar Tausende von schwarzen Amerikanern unbewußt zu Opfern geworden, und diese Praktik erstreckt sich bei weitem nicht nur auf die schwarzen Hebräer. Von den Millionen Schwarzer, die in das Heilige Land reisen, kommt ein großer Prozentsatz zusammen mit Kirchengruppen, die aus rein religiösen Gründen nach Israel kommen, sei es, daß sie Wallfahrten unternehmen oder religiöse Studien betreiben wollen.

Statistiken aus dem israelischen Ministerium für Touristik zeigen, daß die schwarzen Amerikaner schätzungsweise über zehn Prozent aller amerikanischen Touristen, die Israel besuchen, ausmachen und damit einen beträchtlichen Betrag zur israelischen Staatskasse leisten.

In den letzten zehn Jahren sind viele Farbige und Amerikaner arabischer Herkunft mit Horrorgeschichten über Durchsuchungen und Festnahmen unter entwürdigenden Umständen und anschließender erzwungener Rückkehr in die Vereinigten Staaten nach Hause zurückgekehrt und haben das Heilige Land nie betreten. Sie haben die Reisekosten nie erstattet bekommen, das meistens Geld war, was man sich für die einmalige Wallfahrt in das Land, in dem Jesus gelebt hat, zusammengespart hatte.

Viele angesehene Schwarze waren unter jenen, die diese herabwürdigende Politik zu spüren bekamen, unter ihnen der amerikanische Akademiepreisträger und Schauspieler Lou Gossett, Michael Hooks, ein abgeordneter aus Tennessee und der Neffe des NAACP-Direktors Benjamin Hooks sowie die Heritage Jazz Band aus New Orleans, die zu einem Gastspiel nach Jerusalem eingeladen worden war.

Im März 1986 wurde eine Gruppe von 26 schwarzen Hebräern, die in keiner Weise mit der von Ben Ammi geführten Gemeinde in Zusammenhang standen, über 30 Stunden lang am Flughafen Tel Aviv festgehalten, bevor man sie unhöflich wieder ins Flugzeug setzte – und zwar nicht zurück nach New York, wo sie herkamen, sondern nach Chicago.

»Es war ein Alptraum«, sagte Netanya Halevi, der Führer der Gemeinde. »Wir haben über 20 000 Dollar für eine siebentägige Reise mit Unterkunft und Verpflegung gezahlt und freuten uns auf ein sehr schönes, erfüllendes Erlebnis. Was geschah, war, daß die Israelis uns in unseren Menschenrechten verletzten.

Wir hatten es nicht darauf abgesehen dort zu bleiben. Wir alle hatten hier in den Vereinigten Staaten unsere Berufe und Geschäfte. Man hatte jedes Gruppenmitglied gezwungen, eine Kaution in Höhe von 2000 Dollar zu hinterlegen und den Paß abzugeben, um eine Einreisegenehmigung zu bekommen. Doch als sie damit einverstanden waren, verweigerte man ihnen die Einreise dennoch.«

Als er zu den Töchtern wollte, Einreise verweigert

Zu der Gruppe gehörte Balkis Makada, eine 80jährige Großmutter im Rollstuhl, die ihre ganzen Ersparnisse für die Reise ins Heilige Land hergegeben hatte.

Der Prozeß zur Wiedererlangung des verlorenen Geldes ist noch anhängig. Doch es geht nun um viel mehr als nur um Geld.

»Als Zentrum der drei größten Weltreligionen ist Jerusalem ein internationaler Anziehungspunkt für Juden, Christen und Moslems. Der Gedanke, daß die israelische Regierung willkürlich den Zugang zur Verwirklichung bestimmter religiöser Ziele verweigern kann, ist äußerst verwerflich«, sagte Valerie Lee, eine New Yorkerin, der im Jahr 1986 die Einreise verweigert wurde.

Dr. Haraymiel Ben Shaleak, dem Public-Relations-Direktor der schwarzen Hebräer in den Vereinigten Staaten, wurde sechsmal die Einreise verweigert, als er zu seinen Töchtern wollte, die seit sieben Jahren ohne ihn in Israel leben.

Warnung vor körperlicher Gefahr

Amerikanische Vertreter geben zu, daß der Reiseratgeber gegen Israel der erste wäre, der aus anderen Gründen als zur Warnung vor einer körperlichen Gefahr herausgegeben wird. Doch was noch wichtiger ist: der Ratgeber würde Israel in eine Kategorie setzen mit vielen Ländern, die schlechte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben wie der Libanon, Afghanistan, Südjemen und Nicaragua.

In diesem Jahr sind bisher bereits 75 Fälle von Belästigungen dem amerikanischen Außenministerium berichtet worden, sagte ein US-Beamter.

Abdeen Jabara, Präsident des arabisch-amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitees, hat vor kurzem eine faktenfindende Delegation nach Israel angeführt, um das Problem zu untersuchen, und traf mit israelischen Beamten und Dutzenden von Amerikanern arabischer Herkunft zusammen, die Verwandte am Westufer besuchten.

Jabara sagte, er wolle das amerikanische Außenministerium veranlassen, in den Reiseratgeber alle Amerikaner, nicht nur die Schwarzen und Araber, einzuschließen. »Wenn die Warnung nur auf die Schwarzen und Araber beschränkt bleibt, bekommen die Israelis nur das, was sie wollen«, warnte er. □

Leon Dobbs ist ein farbiger amerikanischer Journalist, der in den USA ständig über die Probleme der schwarzen Hebräer berichtet.



Zitate

Traum

Erich Honecker, SED-Generalsekretär: »Auch bei uns gab es einmal den Traum von der Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates. Aber dieser Traum ist zerschellt an dem Willen der westlichen Alliierten, den deutschen Imperialismus wieder aufleben zu lassen, und zwar in einem Separatstaat.«

Glasnost

Michail Gorbatschow, sowjetischer Parteichef: »Wenn man fragt, wo die Grenzen der Umgestaltung sind, wo die Grenzen von Glasnost sind im Rahmen des Prozesses, den wir jetzt entfalten, so antworten wir: Alles, was den Sozialismus festigt, also auch Glasnost, Demokratie, alles ist zu unterstützen, zu begrüßen . . . ja, alles, was den Sozialismus festigt.«

Parteien

William Lion Mackenzie King, ehemaliger kanadischer Ministerpräsident: »Die Versprechungen der Parteien von heute sind die Steuern von morgen.«

Börsen-Crash

Pierre Languetin, Präsident der Schweizerischen Nationalbank: »Merkwürdig ist schon, in welchem Tempo sich die Börsen entwickelt haben. Nach meiner Meinung gibt es dafür zwei Gründe: erstens, die Leute haben lange Zeit nicht an eine dauerhafte Erholung der Wirtschaft geglaubt; und zweitens, jetzt wird nachgeholt. Aber die Gefahr liegt darin, daß die Börse bei solchen Entwicklungen zu weit geht. Dieses Risiko sehe ich durchaus, und deshalb spreche ich von einer übertrieben günstigen Reaktion an den Börsen. Deshalb wird hier nach einigen Jahren eine Ernüchterung eintreten, aber das kann geschehen, ohne daß die Börsen zusammenbrechen. Ich sage deshalb keinen Finanz-Crash voraus.«

Schuldenkrise

F. Wilhelm Christians, Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank: »Die Verschuldensproblematik ist nicht nur nicht gelöst, sondern sie ist, sachlich gesehen, ja auch noch drückender geworden.«

Politik

Martin Bangemann, Bundeswirtschaftsminister: »Ein kultivierter Mensch kann nur ein deutsches Auto fahren.«

Kohle

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Veba-Chef: »Wir werden noch eine ganze Weile mit einem niedrigen Ölpreis leben. Aber wenn eines Tages die OPEC in ihre alte Machtposition zurückkehrt, kann sich das schnell ändern. Auch deshalb müssen wir aufpassen, daß uns die Ruhrkohle nicht unter den Händen wegstirbt.«

Kunst

Franz Xaver Kroetz, meistgespielter Autor deutscher Sprache: »Kunst kann unmöglich Rücksicht nehmen auf das Volk. Kunst als Befriedigungsmechanismus für das Kleinbürgertum kann nicht Kunst sein. Da liegt selbstverständlich immer eine Verletzungsgefahr für das Kleinbürgertum. Allerdings bei ernsthafter Eigenleistung erhält das Kleinbürgertum dafür eine neue Erlebnisfähigkeit. Es mag zugegeben sein, daß es sich dagegen vielleicht wehrt. Aber Kunst ist ja kein aufgezwungener Vorgang. Wie Sie den Metzger wechseln, so können Sie sich auch weigern, Theaterstücke von mir anzuschauen. Kunst ist ein Mechanismus zur Verletzung, zur Erzeugung von Rütteleffekten. Sonst muß man Kunst eben staatlich verbieten.«

Moskau

Margaret Thatcher, britische Premierministerin: »Afghanistan ist immer noch besetzt. Die Berliner Mauer steht immer noch und die Sowjetunion schickt immer noch massenweise Waffen in die Länder der dritten Welt. Diese brauchen aber keine Waffen, sie brauchen Nahrungsmittel.«

USA

Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG: »Die klassische Medizin für Amerikas Defizit-Probleme – die heute allerdings kein ernsthafter Ökonom mehr verschreiben würde – wäre ein drastisches Gürtel-enger-Schnallen.«

Deutschland

François Mauriac, französischer Schriftsteller: »Ich liebe Deutschland so sehr, daß ich froh bin, daß es zwei davon gibt.«

Wiedervereinigung

François Mitterrand, französischer Staatspräsident: » Ich halte die Wiedervereinigung Deutschlands weder für wünschenswert noch für möglich.«

Deutsches Volk

Michel Jobert, ehemaliger französischer Außenminister und Handelsminister: »Die gefühlsmäßige Einheit der Deutschen ist das Wichtigste. Ich habe keine Zweifel, keine Angst, daß die Einheit überleben wird, während die derzeitigen Versuche, eine Einigung der deutschen Staaten ins Auge zu fassen, ein falscher Weg sind. Im Gegensatz zu unserem François Mauriac zerbreche ich mir nicht den Kopf über eine derart unwirkliche Perspektive. Es gibt heute zwei deutsche Staaten, doch die Herzen der Deutschen sind nicht getrennt. Das deutsche Volk ist beständig – untergründig oder sichtbar.«

Demokratie

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG: »Wir als Deutsche sollten doch wissen, daß die Geschichte für Fehler und Verschulden nur selten Bewährung einräumt. Muß es uns deshalb nicht umtreiben, wenn unsere politische Klasse den aufklärerischen Kampf der Polemik zu einem kalten, machttechnischen Denken, oft genug mit Feindbildern unterlegt, verkommen läßt.«

Wünsche

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes: »Es besteht jetzt die Chance, daß sich sowohl in den USA als auch bei uns die Zinsen wieder normalisieren und der internationalen Kooperation nicht nur verbale Beachtung geschenkt wird.«

Zuversicht

Sam Nunn, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des US-Senats: »Ich meine, wir sollten immer bereit sein, den Sowjets die Hand zu schütteln. Doch wir sollten danach stets unsere Finger zählen.«

Realismus

Ulrich Wilckens, Leitender Bischof der Nordelbischen Evangelischen-Lutherischen Kirche: »Der Staat ist nicht das Reich Gottes und wird nie imstande sein, das Reich Gottes zu werden. Aber es gibt auch umgekehrt eine Art von ›Realismus‹ ohne wirkliche und aufrichtige Rücksicht auf Religion, in den letzten Jahren mehr und mehr. Und die unheimliche Gefahr, die daraus erwächst, ist die, daß man sich, ohne es zu merken, gleichsam den Himmel aneignet und sich selbst eine Allmächtigkeit zuschreibt, die nur noch durch den politischen Gegner und durch die Zustimmung der Massen begrenzt scheint: Den einen gilt es dann womöglich auszuschalten – die anderen zu befriedigen. Durch solchen Realismus kann Demokratie um ihren eigentlichen Charakter gebracht werden, ohne daß sich an ihrer Fassade etwas ändert. Und das weckt bei Menschen, denen es um die Menschlichkeit in unserem Staat geht, Verdacht und Widerwillen. Der regt sich, wenn nicht alles trügt, in Anfängen seit längerem mitten unter uns und wird durch schlimme Vorgänge, wie wir sie jetzt erleben mußten, stark genährt.«

Bekenntnis

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Wir hängen aus tiefer Überzeugung am Westen, aber wir würden unsere Glaubwürdigkeit vor uns selbst verlieren, wenn wir unsere Zusammengehörigkeit mit den Deutschen, Polen oder Tschechen verleugnen wollen, die Europäer sind wie wir.« □

Zur Person von Clemens Flavius Romanus

Die in der »Magischen Weltsicht« skizzierte Anfangsgeschichte ist als der »Anfang vor dem Anfang« zu sehen, sie ist der Schilderung der Johannes-Offenbarung noch vorgelagert. Es kann nur gemutmaßt werden, daß eben Jahrtausende früher eine andere, den »Anfang vor dem Anfang« behandelnde Offenbarung stattgefunden hat. Wenn bei Johannes vom bevorstehenden Untergang »Babylons« gesprochen wird, so ist damit natürlich nicht Babylon gemeint – das zu jener Zeit längst untergegangen war –; sondern er meint Rom. Der Untergang Roms bedeutet hier der Untergang der »römisch-christlichen« Kirche, die wider Willen dann die Wahrheit Christi annehmen wird. Von den ur-christlichen Unterlagen mit der Wahrheit Christi ist heute auch im Vatikan wohl kaum noch etwas vorhanden, denn sonst wäre es nicht zu erklären, warum die römische Kirche in unseren Tagen so umherirrt. Um zur Wahrheit zurückzukehren und eine wirkliche christliche Kirche zu werden, ist die Schrift von Clemens Flavius Romanus »Das Christentum in Rom« von großem Interesse. Wer war dieser Clemens Flavius Romanus? Wir veröffentlichen zunächst einige Informationen zu seiner Person und dann seinen Beitrag. Der folgende biographische Texte sowie der Artikel ist nach der Handschrift des Clemens Flavius Romanus ohne Berichtigungen und Korrekturen gedruckt. Sogar der Titel ist originalgetreu.

Das Christentum zu Rom zur Zeit der Apostel Petrus, Lukas, ihres Mitarbeiters Linus des Jüngeren und dessen Söhne Cletus (Kleton) und Clemens (Kleomenes) und des Nazarener-Judenchristentums dortselbst unter Asser (Ascher) ben Kipas – der sich Kephas-Petrus nannte – und dessen Mitarbeiter Jacob ben Ahira und Philon ben Heber – dieser Philippus, der andere Jakobus sich nennend –, dann ganz besonders unter Clemens Flavius Romanus.

Des nachmaligen Kaisers Flavius Vespasian und dessen älteren Bruders Flavius Sabinus, des nachmaligen Stadtpräfekten von Rom leibliche Schwester Flavia Valerie, war mit dem Senator Gajus Flavius Clemens verheiratet, aus welcher Ehe Clemens Flavius Romanus stammt. Auch war Domitilla Anastasia, des Gajus Flavius Clemens' leibliche Schwester, die Frau des Flavius Sabinus.

Demnach waren der nachmalige Kaiser Vespasian und dessen Bruder Sabinus Oheime, die Söhne Vespasians und nachmalige Kaiser Titus und Domitian, des Clemens Flavius' Vetter, Titus um sechzehn, Domitian um sechsundzwanzig Jahre jünger als Clemens Flavius – und da die Mutter der beiden, Vespasians Frau, Flavia Domitella, Tochter des Flavius Liberalis, starb, als ihr Sohn Domitian kaum zehn Jahre alt geworden, lebte Domitian als Knabe teils im Hause seines Oheims Flavius Sabinus, teils im Hause seines zweiten Oheims des Prätorianers Gajus Flavius Clemens, dessen Frau an der verstorbenen Mutter des Knaben mit großer Liebe gehangen ist, und wo der kleine Domitian an seinem Vetter Clemens Flavius nicht nur einen nahen Verwandten, sondern auch einen eifrigen Lehrer hatte.

Der Anlaß zu der Schrift

Zu dieser Zeit – Römerjahr 815 oder 62 nach Christus – war Clemens Flavius Romanus 37 Jahre alt, ein Mann von außerordentlich großer, schöner Gestalt, beredsam, anziehend und der als oberster Aufseher-Episkopos, der römischen Nazarener-Judenchristengemeinde vorstehend, vollständig auch in den neuen, nach Rom schon im neunzehnten und zwanzigsten Jahr des Tiberius gebrachten Lehren aufging und für nichts anderes einen Sinn aufbrachte, als auch sein ganzes Haus für die neue Lehre zu gewinnen, was ihm bei seinen zwei Schwestern bereits weitgehend gelungen war.

Den eigentlichen Anlaß zu der seelisch-geistigen Einstellung des jungen Clemens Flavius Romanus, der bis dahin an den Göttern der Römer hing, gaben die Ereignisse unter Kaiser Caligula, als dieser im August 793 (40 nach Christus) aus Britannia, Germania und Gallia nach Rom kam und im Spätherbst aus Alexandria Abgesandte der Griechen und der Juden eintrafen, um gegenseitig widereinander zu klagen.

Zwei einander feindlich gesinnte Gemeinden

Die Berichte über die Beschuldigungen der Juden seitens der Griechen, die Widerlegungen der Juden und Beschuldigungen der Griechen erfüllten ganz Rom, und als bekannt wurde, mit welcher Verachtung Caligula unter Zustimmung des Senats sprach und welche Schimpfnamen und Flüche er gegen den Judengott und die Juden ausstieß, dann auch gleich den jüdischen Arabarchen Julius Alexander Lysimachos-Jedidja mit noch einigen Juden in den Kerker werfen ließ, währenddem dessen Bruder Philo ben Jedidja mit den anderen abgesandten Juden sein Heil in der Flucht suchte, alles das machte auf den jungen, damals fünfzehnjährigen Clemens Flavius Romanus einen so tiefen Eindruck, daß er auf offener Straße in Tränen ausbrach.

Da trat zu ihm der etwa gleichaltrige und angefreundete Anacletus, einer der dreizehn Söhne eines der reichsten Juden Roms Aschub ben Abischur, der sich Marcus Anacletus Alexander nannte und von seinen vier Weibern außer den Söhnen noch fünf Töchter hatte – und fragte Clemens Flavius Romanus, warum er weine, worauf dieser zur Antwort gab:

»Weil der Kaiser, unserer eigenen Götter vergessend, einem fremden Gotte flucht, als gehöre dieser nicht zu den Göttern, deren Zahl doch kein Mensch kennt.«

Wie verwundert sah ihn der andere an und sprach: »Clemens Flavius Romanus! Wir beide sind noch Knaben, aber du, wie ich, weißt doch von der neuen Lehre, die hier schon seit sechs Jahren verkündet wird und der sich jetzt schon viele Römer, aber auch nicht gerade wenige Juden neigen. Ich weiß auch, daß die Anhänger der neuen Lehre schon von Anfang aus zwei einander feindlich gesinnten Gemeinden bestehen und daß eine die andere Falsches zu lehren beschuldigt.

Ich weiß noch mehr; wenn du aber willst, komme einmal in das Haus meines Oheims Evaristus ben Riaja, und dort wirst du von der neuen Lehre so viel hören, wie es unserem Alter zukommt; lasse aber diese Aufruhrtage vorübergehen, laß mich dann wissen, wann du kommen willst, und ich werde dich dort einführen.«

Diese Stunde war für alles weitere Tun und Wirken des jungen Clemens Flavius Romanus entscheidend. Als er das erstemal in das Haus des Evaristus ben Riaja kam, traf er dort Asser ben Kipas, der schon im Römerjahre 787 (34) dem jüngeren Linus aus Jerusalem nach Rom nachgekommen ist und daselbst wider die von Linus dem Jüngeren gegründete wahre Gemeinde Gottes Christi eine eigene Nazarener-Judenchristengemeinde gegründet hat – und ihr unter dem tückischen Mißbrauch des Namens Kephas-Petrus vorstehend, sich Episkopos nennen ließ.

Ein Meister der neuen Lehre

Nach Rom brachte er gleich bei seiner ersten Ankunft zwei Mitarbeiter, Philon ben Heber und Jakob ben Ahira, von welchen dieser Jakobus, jener Philippus sich nannte, und alle drei gaben sich für Apostel aus, von dem gekreuzigten und auferstandenen reinen und wahren Gotteslamm gesandt worden zu sein, zum Preise des Gottes Israels.

Der Vater des dem Clemens Flavius Romanus befreundeten Knaben Anecletus, einer der

Vatikan

Zur Person von Clemens Flavius Romanus

reichsten Juden Roms, der sich Marcus Anecletus Alexander nannte, war des falschen Apostels Asser ben Kipas' Oheim – und Evaristus ben Riaja war desselben Asser ben Kipas mütterlicherseits Bruder, der ihn und seine zwei Begleiter in seinem Haus beherbergte.

Während der sechs inzwischen verflossenen Jahre war Asser ben Kipas zweimal längere Zeit in Jerusalem und kam diesmal nach Rom mit den alexandrinischen Judengesandten, um den Ausgang des vom Kaiser selbst gehaltenen Gerichts an Ort und Stelle zu erfahren; denn der von Caligula in den Kerker gesetzte Arabarch Julius Alexander Lysimachos-Jedidja war mit seinem Oheim Marcus Anecletus Alexander verschwägert und daher auch mit ihm selbst und mit seinem Bruder Evaristus ben Riaja verwandt, desgleichen auch mit des Arabarchen Bruder Philo ben Jedidja.

Also war Asser ben Kipas (Kephas-Petrus) und neben diesem abwechslungsweise dessen zwei Mitarbeiter Jakob ben Ahira (Jakobus) und Philon ben Heber (Philippus), je nachdem sie in Rom anwesend waren, des jungen Clemens Flavius Romanus' Lehrer, er selbst aber ein Schüler, der im Verlaufe der Zeit ein solcher Meister der ihm ihrerseits eingeflößten neuen Lehre wurde, daß sie selbst sich vor ihm neigten. □



Vatikan

Das Christentum zu Rom

Clemens Flavius Romanus

Der folgende Bericht von Clemens Flavius Romanus wird als Text nach der Originalhandschrift ohne Berichtigungen und Korrektur zum ersten Mal in deutscher Sprache veröffentlicht. Er gibt einen fundierten Einblick in den »Weltkampf« aller Zeiten, der in letzter Konsequenz der Kampf einer Minderheit von Satansdienern gegen alle anderen Völker ist. Wenn nach einem zeitweiligen Triumpf des Satans die Kräfte des Bösen hinweggefegt sein werden, beginnt das verheißene »goldene Zeitalter des göttlichen Lichts«.

Als Ende Januar 794 (Römerjahr, das heißt 41 nach Christus) Caligula und mit ihm auch die Kaiserin Caesonia samt ihrem Töchterlein ermordet waren, kam auf den Cäsaren-Thron Kaiser Claudius, der den eingekerkerten Arabarchen Julius Alexander Lysimachos-Jedidja samt den anderen mit ihm gefangenen Juden freiließ, die Vor- und Sonderrechte der Juden – nach den einstigen Verfügungen Caesars – besonders die zu Alexandria bestätigte und den geflüchteten Philo ben Jedidja zurückrief, damit dieser die Klagen der Juden Alexandrias und Ägyptens wider ihre griechischen Mitbürger im Senat vorbringe.

Die Zahl der Proselyten wuchs

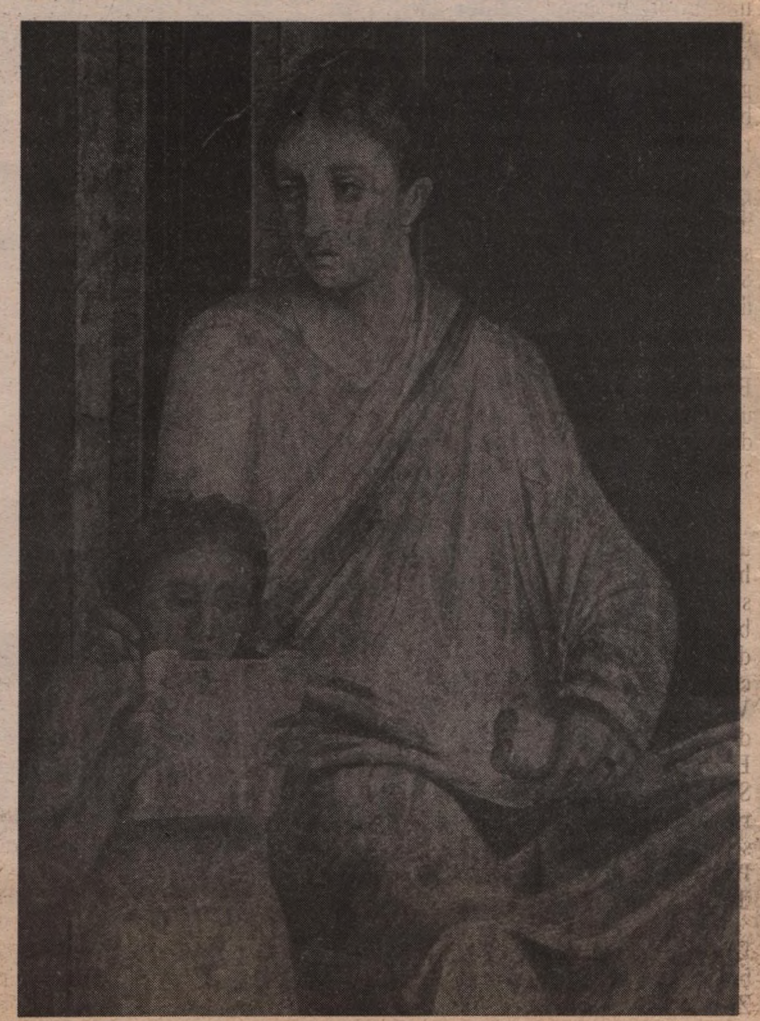
Herodes Agrippa I., den Sohn des Aristobul und der Berenike, ernannte Claudius zum König der Juden, setzte diesen König Herodes Agrippa I. über ganz Palästina und erweiterte auch die Vor- und Sonderrechte der Juden in Rom, die zweimal zuvor schon Tiberius aufgehoben, wieder aber gewährt, und die Caligula neuerlich aufgehoben hat.

Diese Maßnahmen des Kaisers Claudius hatten einen neuen Zustrom der Juden aus allen Ländern nach Italia und besonders nach Rom zur Folge und die ihnen zuerkannten Vor- und Sonderrechte wie auch das auf diese sich stützende Vorgehen der Juden brachte es mit sich, daß die Zahl der Proselyten, das heißt der zum Judentum bekehrten Römer, Italiener und der unter diesen lebenden anderen Völker, besonders der Frauen, immer größer wurde; eine Erscheinung, gegen die der römische Senat schon unter Kaiser Augustus Maßnahmen zu ergreifen sich bemüht hatte.

In den letzten Jahren des Kaisers Augustus gab es allein in Rom über 15 000 Juden und schon auch gegen 3000 zum Judentum bekehrte Römer, wohl in der weitaus überlegenen Mehrzahl Sklavinnen, Dienerinnen, schon aber auch Frauen, deren Männer in mehr oder minder einflußreichen Ämtern standen. Doch aber war auch die Zahl der Männer immer größer, die sich die Juden auf allerlei Art verpflichtet zu machen wußten und die, um weiterer Vorteile nicht verlustig zu werden, zumindest Proselyten des Thors werden mußten.

Anerkennung der jüdischen Offenbarung

Das heißt: »Die jüdische Offenbarung und die jüdischen Satzungen als heilig und über alles andere stehend zu bekennen und zu schützen hatten, ohne unbe-



Eine Detail aus einem Fresko der Villa Misteri in Pompeji: Die Erzieherin spielte in der römischen Gesellschaft eine große Rolle.

dingt sich selbst der Beschneidung unterwerfen zu müssen.«

Unter Tiberius, im Römerjahr 772 (19 nach Christus), also im fünften Jahr seiner Regierung, gab es allein in Rom schon weitaus über 30 000 Juden und nicht weniger als 7000 Proselyten. Anfangs dieses Jahres kamen aber Verbrechen auf, deren Tiberius mit Maßnahmen begegnete, die er selbst auf die Fürsprache seiner Schwägerin Antonia – die jüngste Tochter des Triumvirs Antonius und Frau seines jüngeren, in Germanien vom Pferd gestürzten und dort verstorbenen Bruders Claudius Drusus – nicht zurücknahm, obwohl Antonia sonst alles bei ihm erreichte.

Anfangs des erwähnten Jahres kamen große Betrügereien, Wucher und Erpressungen auf, die bestimmte Juden an den römischen Proselyten übten und nicht wenige der angesehensten Römer nicht nur in Verruf, sondern auch um alles Vermögen und Besitz brachten. Unter anderem war es der im ganzen Römerreich bekannte und hochangesehene Freund des Kaisers Tiberius, der Senator Lucius Tiberius Saturninus, dessen Frau Fulvia als Proselytin ihrem Mann nicht nur alles Wertvolle nach und nach gestohlen, sondern in seinem Namen auch so riesige Summen von Juden geborgt und ihnen als Opfergabe für den Jerusalemer Tempel gegeben hatte, daß der Senator nicht nur als Bettler dastand, sondern darüber auch noch Summen schuldete, auf die schweres Gefängnis stand.

Alles das, wie auch mehr noch alles damit sonst im Zusammenhang Stehende, brachte den an sich schon düsteren Sinn des Tiberius maßlos auf. Er ließ viele der Schuldigen ausfindig machen, festnehmen, und bei den Verhören stellte es sich heraus, daß die Betrüger, Wucherer und Erpresser von all den erbeuteten Summen keine Sesterze nach Jerusalem gaben, sondern teils für sich und teils zum Fang neuer Proselyten behalten und verwendet hatten.

Diese strengen Maßnahmen brachten es mit sich, daß die Zahl der Juden zu Rom im Verlauf von nur vier Jahren von 35 000 wieder auf rund 15 000 kleiner geworden ist, um aber mit dem Römerjahr 777 (24 nach Christus) wieder zu wachsen, da Tiberius vor den Tagen der Saturnus-Festlichkeiten im Dezember 776 alle die vor vier Jahren wider die Juden getroffenen Maßnahmen aufhob, indem er den Vorstellungen seiner Schwägerin Antonia nachgab, in welcher die Juden ihrer Zeit die mächtigste Fürsprecherin und Beschützerin hatten.

Auf Vorstellungen derselben Antonia hob Tiberius zu Ende desselben Monates alle wider die Juden in den Jahren 782 und 783 erlassenen Verfügungen auf und gestand ihnen wieder jene Vor- und Sonderrechte zu, die ihnen Julius Caesar gegeben hatte.

Nun wuchs der Zuzug der Juden nach Italien und besonders nach Rom aufs neue, und selbst Vorgänge unter Tiberius' Nachfolger Caligula unterbrachen den Zustrom nur wenig. Also zählte allein Rom zu Ende der Regierung des Kaisers Tiberius gegen 45 000, zu Beginn der Regierung des Claudius über 50 000 und im zehnten Jahr seines Kaisertums über 60 000 Juden.

Die Unterdrückung des wahren Christentums

Zu dieser Zeit – also um das Jahr der Römer 804 (51 nach Christus) – gab es in Rom und Italia, aber auch in anderen Ländern und Orten des Römer-Reiches keine Bekenner des Judentums, also keine Proselyten aus den anderen Völkern mehr. Wie schon erwähnt, gab es zwar unter Tiberius allein in Rom gegen 7000 proselytische Bekenner des Judentums aus Römern und aus den anderen dort lebenden Völkern, und die Zahl hat sich, trotz der von ihm und vom Senat ergriffenen Maßnahmen, bis in die Jahre 787 (34) und 789 (36) fast verdoppelt.

Dieses Proselytentum nahm aber in diesen beiden Jahren eine Wendung, eine Gestalt und ein Wesen an, das den Antichristen eifrig mithalf, dem wahren Christentum das Grab zu schaufeln, kaum daß es hingebracht und in einer kleinen Gemeinde Gottes Christi verankert ward.

Von den wahren Aposteln des Herrn dazu ausersehen und auf seinen eigenen Wunsch gesandt, kam der jüngere Linus schon im Römerjahr 786 (33) nach Sicilia und Italia, wo er durch seine Mutter Sabina Cornelia, die aus dem weitverzweigten Haus der Cornelier – sie war eine Enkelin des Cornelius Nepos – stammte, zahlreiche Verwandtschaft in Catana, Syracusa, Metapontum, Pompeji, Capua und Puteoli, besonders aber auch in Rom hatte, predigte dort vorzüglich unter den Assidei-animi-Gemeinden das heilige Evangelium und gründete Gemeinden Gottes Christi.

Zur Weihnachtszeit desselben Jahres, kaum sechs Wochen nach der Ankunft Linus des Jüngeren in Rom, zählte die dortige wahre Christengemeinde bereits über 100 Glieder, zur vierten Jährung der Gedenktage der furchtbaren Selbstaufopferung Gottes Christi, seines Sterbens am Kreuz und seiner glorreichen Auferstehung 787 (34), war die Zahl schon eine dreifache.

Bald aber nach diesen Gedenktagen kamen mit den aus Jerusalem vom Blutfest des Passah zurückkehrenden italienischen und römischen Juden auch drei Abgesandte der Jerusalemer, von den dortigen Juden wider das wahre Christentum ins Leben gerufenen und mit allen erdenklichen Mitteln geförderten Nazarener-Judenchristengemeinde mit nach Rom und begannen alsogleich auch da ihr unheilvolles Werk.

Für ihre Saat ein vorbereiteter Boden

Es waren jüdische Antichristen, betrügerische und falsche Apostel, die sich im Einverständnis mit den römischen, besonders mit den aus Jerusalem zurückgekehrten und wohl unterrichteten Juden vorzüglich an die römischen, griechischen und sonstigen Proselyten-Judengenossen wandten, und da die Zahl dieser allein in Rom gegen 14 000 betrug und sie mehr oder minder oberflächlich in die jüdischen Offenbarungs- und Satzungslehren, vorzüglich aber in die verkehrten und niemals stattgefundenen ägyptischen Wunder eingeführt waren, fanden die Antichristen-Apostel in ihnen einen für ihre Saat schon vorbereiteten Boden und immer reichlicher war auch ihre Ernte.

Zur Weihnachtszeit desselben Jahres 787 (34) zählte die wahre, von Linus dem Jüngeren ein Jahr zuvor zu Rom gegründete Gemeinde Gottes Christi kaum 600, dagegen die von den drei scheingetauften falschen Aposteln und Antichristen, Asser ben Kipas (Kephas-Petrus), Jakob ben Ahira (Jakobus) und Philon ben Heber (Philippus), wider das wahre Christentum dort errichtete Nazarener-Judenchristengemeinde, über 4000 Glieder, unter welchen es kaum nur 30 Juden gegeben hat, die sämtliche führenden Stellen hatten und mit Sammeln der Gaben wie auch mit Verteilung von Almosen an Arme betraut waren.

Zu dieser Zeit bestanden die gleichen Nazarener-Judenchristengemeinden, außer der ersten von den Juden wider das wahre Christentum zu Jerusalem errichteten, auch zu Damaskus, zu Epiphania und Antiochia in Syrien, zu Alexandria und einigen Orten Kleinasiens; keine aber, auch nicht die zu Jerusalem, zählte auch nur annähernd so viele Glieder als die zu Rom.

Auch wurden im Laufe dieses Jahres 787 (34) von den scheingetauften und nicht-getauften Oberen der Nazarener-Judenchristengemeinde zu Jerusalem nicht weniger als 60 falsche Apostel mit einigen 30 Betrüger-Propheten ausgesandt, um ihre falschen Evangelien in alle größeren Orte der Länder des Römer-Reiches zu tragen und mit Hilfe der dort lebenden Juden unter den Völkern wider das wahre Christentum eigene Gemeinden zu gründen.

Kein Wunder, daß diese Maßnahme der Juden, mit aller Tükke, List, Verstellungs- und Überredungskunst, auch mit allen anderen Mitteln und mit Freigebigkeit betrieben, sehr bald einen solchen Erfolg hatte, daß die aus den Völkern gewonnenen Nazarener-Judenchristen sich selbst für wahre Christen hielten und sich gegen die wahren Christen hetzen ließen, die ihnen von den Antichristen deshalb als Gotteslästerer dargestellt wurden, weil sie »den allein wahren ewigen Gott in Christo dem Herrn sehen, in dem Er Mensch geworden ist«.

Die Rolle des Pontius Pilatus

Nach ihren Evangelien war »der Herr Jesus« ein bloßer Gesandter, Gesalbter und zum »Sohne Gottes« gleich Israel erhobener Mensch, durch sein Sterben am

Vatikan

Das Christentum zu Rom

Kreuz »ein wahres Gotteslamm«.

Kein weiteres Wunder, daß die Uneingeweihten aus den Völkern zwischen dem wahren Christentum und dem Nazarener-Judenchristentum keinen Unterschied kannten und in beiden nichts anderes sahen als eine neue, aus dem Judentum hervorgegangene Partei und Sekte, deren Aufgabe es ist, dem Judentum unter einem anderen Namen Proselyten zu schaffen.

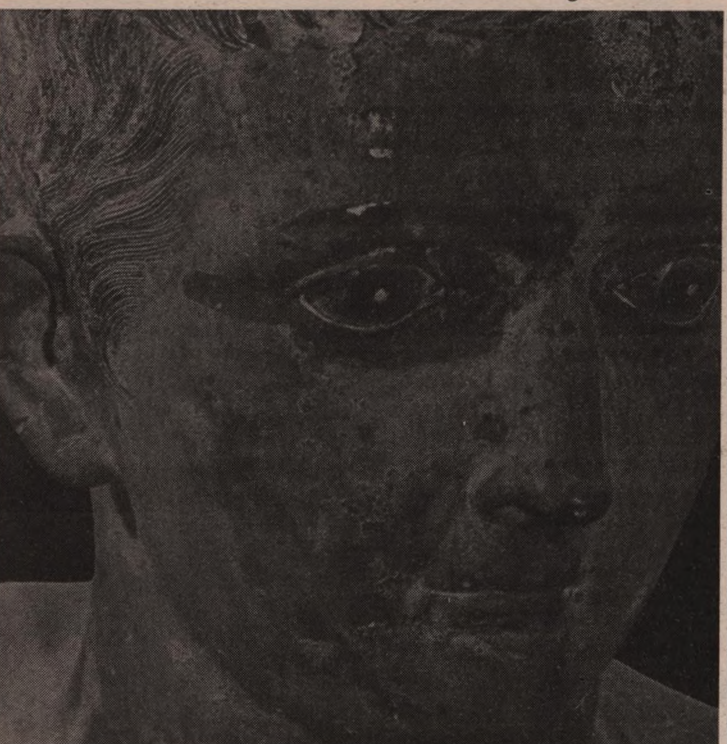
Diese Annahme aller Uneingeweihten war bezüglich des Nazarener-Judenchristentums nur insofern nicht ganz richtig, weil sie nicht wußten, daß seine Hauptaufgabe ist: »Das wahre Christentum soweit wie möglich auszurotten und das, was von ihm trotz allem bleiben sollte, den Völkern so darzustellen, als wäre es tatsächlich aus dem Judentum hervorgegangen.«

Von den Uneingeweihten aus den Völkern wußte es kein Mensch, daß der unbewußte und unfreiwillige Urheber der von den Jerusalemer Oberen wider das wahre Christentum gegründeten ersten Nazarener-Judenchristengemeinde kein anderer war als der Prokurator Judäas, Pontius Pilatus.

So unglaublich diese Tatsache auch scheinen mag, ist und bleibt sie Tatsache, doch mag Pontius Pilatus selbst niemals auch entferntest nur daran gedacht haben. Er kannte die Juden wohl, aber alle ihre Findigkeit kannte er noch lange nicht, und darum war er unbewußt der unfreiwillige Urheber der Gründung jener von den Juden zu Jerusalem ins Leben gerufenen Nazarener-Judenchristengemeinde, die dem wahren Christentum das Grab zu schaufeln beschlossen hatte.

Mit der Ermordung Gottes Christi glaubten die Juden alles Licht und Leben seines heiligsten Wesens, Geistes und Wortes mitermordet, beseitigt und vernichtet zu haben – siehe aber, Er ist am dritten Tag, so wie Er es vorher wiederholt gesagt hatte, glorreich auferstanden, ist in blutleerem Leib sieben Wochen lang mit den Seinen gegangen und hat weitere Gotteswerke getan.

Still, als wüßten sie von alledem nichts, verhielten sich die Juden, denn sie wußten es wohl, daß Pilatus auf Rache sinne wider sie, die, seine augenblickliche Ohnmacht ausnützend, da er ohne seine Kohorten dastand, den dreimal von ihm freigesprochenen Christus eigenmächtig seiner oberst-richterlichen Gewalt entrissen hatten, damit ihn, den Schwiegersohn des Kaisers Tiberius, und alles Römerrecht höhnend.



Büste des jungen Tiberius, der aus Pompeji stammte. Sie steht heute im Nationalmuseum in Neapel.

Nun aber waren seine Kohorten da, 30 Stunden nach dem furchtbarsten Geschehen aller Zeiten der Ewigkeit, eingetroffen, und die Juden hielten sich still zurückgezogen; denn auch sie kannten Pilatus so, wie er sie. Auch er saß im Prätorium zurückgezogen, ließ sich nicht sehen, und gerade das beunruhigte alle diejenigen, die dem Römerrecht und ihm die Schmach angetan hatten, den von ihm freigesprochenen und für gerecht erklärten Christus eigenmächtig zu morden.

Die Neider und Hasser

Auch wußte er genau, daß seine Neider und Hasser, die zahlreich genug waren, gerade auch dieses Geschehen wider ihn auszunützen suchen werden, was tatsächlich auch seitens des im Jahr 783 (30) noch unbeschränkt herrschenden Sejanus geschehen ist, der in einem Sonderschreiben dem Landpfleger eine an Feigheit grenzende Schwäche vorwarf, da er einem einmal nach dem Römerrecht Freigesprochenen, wer immer es gewesen sein mag, und mit diesem auch dem richterlichen Spruch unter allen Umständen Recht zu schaffen hatte, selbst dann, so ihm auch nur ein einziger Söldner zur Verfügung gestanden und er samt ihm das Leben eingebüßt hätte.

Sejanus ließ dem Pilatus schreiben: »Was ist ein Schwiegersohn des Kaisers und Prokurator eines Landes, der das Römerrecht und sich selbst von Juden höhnen und mit den Füßen treten läßt, indem er einen für gerecht gefundenen und freigesprochenen Menschen sich einfach entreißen und ihn mit noch anderen töten läßt, ohne zu der Waffe zu greifen?

Darf ein Prokurator einer solchen Verhöhnung des Römerrechts, des Kaisers, der römischen Obrigkeit und in diesem Fall der Verhöhnung deiner selbst so tatenlos zusehen und ohne jeden Versuch eines Schwertstreiches ruhig auch geschehen lassen?

Sieht das Ganze nicht einer stillschweigenden Auslieferung, einem Einverständnis oder einer maßlosen Furcht vor zusammengerotteten Judenhorden gleich? Ich kenne deine zwei Berichte an den Kaiser, hoffe aber, daß er diesbezüglich derselben Meinung sein wird wie ich und andere, von denen du nicht sagen kannst, daß sie deine Feinde wären, der auch ich nicht bin, dir aber die Wahrheit sage.

Es handelt sich bei alledem nicht um den einen oder die anderen Hingerichteten, sondern einzig und allein um das Prestige und Ansehen des Römerrechts und der Römermacht, die du durch deine Tatenlosigkeit mit zu höhnen geholfen hast, wofür ich dich zur Verantwortung zu ziehen gedenke.«

Es war gut, daß gleichzeitig mit diesem Schreiben auch ein Brief des Kaisers von der Insel Capri an Pilatus gekommen ist, in dem Tiberius dem Landpfleger zwar auch Vorwürfe wegen tatenlosem Duldens solcher Ausschreitungen der Juden wider das Römerrecht schreiben läßt, zum Schluß aber bemerkt, daß der Fall keines solchen Aufhebens wert sei, da er die Römermacht in keinerlei Weise verringern könne.

Als Maßnahme für die dem Römerrecht und dem Landpfleger angetane Verhöhnung und Mißachtung solle Pilatus die Juden desto strenger im Zaum halten, wie er, der Kaiser selbst, seine im Vorjahr gegen die in Italia und besonders in Rom lebenden Juden erlassenen Maßnahmen mit aller Strenge und Schärfe handzuhaben bereits befohlen habe.

Man hoffte, das Geschehene wird vergessen

Dieser Brief des Tiberius hat ganz sicher Abertausende Juden und Pilatus selbst das Leben gerettet, denn der Brief des Sejanus brachte den Prokurator in eine solche Wut, daß er wie von Sinnen tobte, den Juden und dem Sejanus die furchtbarste Rache schwor, diese an den Juden auch nahm, nicht aber an Sejanus, der kaum ein Jahr darauf, auf Befehl des Tiberius, im Senat festgenommen, verurteilt und alsogleich auch hingerichtet wird.

Sieben Wochen lang ging der auferstandene Christus mit den Seinen, die dann Zeugen seiner glorreichen Himmelfahrt waren, eine weitere Woche verfloß, und schon glaubten die Jerusalemer Juden, daß sich die Seinen verlaufen, zerstreuen werden und alles das Geschehene mit der Zeit in Vergessenheit geraten werde.

Plötzlich aber, den Tag nach der Sendung des Heiligen Geistes Gottes Christi ewiger Wahrheit den Seinen sichtbar im Licht seiner Kraft, traten die Apostel mit den Jüngern öffentlich in Jerusalem auf, das heiligste Wort Christi, seine Frohe Botschaft, sein Evangelium verkündigend, und nach der Stille der letzten acht Wochen wirkte ihr Auftreten auf die Antichristen ärger, als käme es zu einer neuerlichen Belagerung Jerusalems durch irgendeinen Feind.

Dem Prokurator wurde es alsogleich berichtet, doch hätte es dessen gar nicht bedurft, da er vom Söller des Praetoriums selbst einer Ansammlung zusah und der mit mächtiger Stimme vorgetragenen Predigt des Apostels Andreas Jonius zuhörte. Er sandte seine Vertrauten aus, um sich berichten zu lassen, wie viele solcher Ansammlungen es gibt, und befahl den Centurionen, ihre Kohorten bereitzuhalten, falls das friedliche Verhalten der einzelnen Gruppen irgendwie von dritter Seite gestört werden und es zu Tumulten kommen sollte, wozu es aber nicht kam.

Nun aber erschienen bald Abgesandte der Hohepriester und des Synhedrions, um Pilatus auf das Vorgehen der Anhänger des Nazareners – wie sie Christus nannten – aufmerksam zu machen und von ihm zu fordern, er möge den Aufwieglern und Lügnern – wie sie die Apostel nannten – ihr Tun verbieten, am besten aber sie wegen Auflaufes gefangensetzen.

Pilatus aber wies sie in Erinnerung des ihm Angetanen zornbebend kurzweg ab mit der Eröffnung, er lasse jeden Tag verkünden und auch geschrieben anschlagen, daß jedermann auf der Stelle niedergehauen wird, der den Predigern des Friedens feindselig entgegenzutreten auch nur versuche.

Diese Eröffnung, die Pilatus tatsächlich auch verkünden und viersprachig anschlagen ließ, sie auch durch Aufstellung von ganzen oder Teilen seiner Kohorten in der Nähe der täglichen Ansammlungen auch noch erhärtete, – so unbedeutend sie an sich zu sein scheinen mag – sollte und ist dem wahren Christentum so verhängnisvoll geworden, daß sie nur an den Folgen zu messen ist. Denn was taten die Juden?

Das Verhängnis für das wahre Christentum

Sie berieten. Die Hohepriester berieten, die Glieder des Synhedrions berieten, und wieder war es der alte Anan ben Schia-Seth (Hanan, Annas) mit den Seinen, der einen Plan entwarf, »der beharrlich durchgesetzt und mit allen erdenklichen Mitteln gefördert, das Judentum nicht nur zu retten, sondern es endlich auch über die Völker der Erde erheben werde, so er halbwegs nur gelingen, und er wird gelingen müssen, sollte das Judentum durch die Lehren des Nazareners nicht vollständig untergehen«.

Auf eine gewaltsame Unterdrückung der aufs neue lebendig gewordenen Bewegung war anbetrachts der Einstellung des Prokurators nicht zu denken – an den Kaiser und an den römischen Senat sich zu wenden, war angesichts der im Vorjahr neuerlich wider die Juden ergriffenen Maßnahmen unmöglich – der Legat Syriens Pomponius Flaccus war des Pilatus bester Freund und bei ihm Klage zu führen, war schon aus dem einfachen Grund ausgeschlossen, weil die Bewegung durchaus friedlich war –, und zu warten, bis ein den Juden gutgesinnter oder bestechlicher Legat und ein solcher neuer Landpfleger käme, wäre vielleicht ein nie mehr gutzumachendes Versäumnis gewesen.

Das gewaltige Anwachsen der Bewegung forderte einen raschen Entschluß und rasches Handeln ohne offensichtliche Gewalttätigkeit, und also ward beschlossen, einige Freiwillige aus der eigenen Mitte werden sich mit den von ihnen dazu ausersehenen, listigen, beredsamen und verstellungstüchtigen Männern ihres Bekanntenkreises zu den Anhängern des Nazareners begeben, ihre Predigten hören, die Lehre eifrig lobpreisen, bald getauft zu werden verlangen, bei der erhaltenen Taufe die Namen der sie taufenden Apostel annehmen, sich überaus gläubig stellen, ihr volles Vertrauen zu gewinnen, dabei durch Freigebigkeit die ärmeren Glieder der Bewegung an sich zu ziehen und, da es bekannt war, daß Jovian und Matthäus die Frohe Botschaft des Erscheinens des Wortes und der Werke des Nazareners, das Evangelium, schreiben, dieses stückweise auch schon von einigen Jüngern abschreiben lassen, derselben Schriftstücke bald habhaft zu werden auf jede Art und Weise.

Ist es soweit gekommen, bleibt eine Anzahl der Scheingetauften der Lehre und den Aposteln scheinbar weiter treu, wogegen einige andere, die durch Freigebigkeit viele der Ärmeren an sich gezogen haben, einen Streit mit den Aposteln beginnen, sie vor möglichst vielen Ohrenzeugen Falsches zu lehren beschuldigen und ihnen eröffnen werden, daß sie, von ihnen getrennt, eine eigene Nazarenergemeinde gründen werden, in welcher die Frohe Botschaft des Herrn Jesus wahr und rein vertreten und verkündet wird.

Als sie die Evangelien hatten

Ist dann diese Gemeinde errichtet, werden die den Aposteln scheinbar weiter treu gebliebenen Scheingetauften die Trennung verstellungstüchtig schwer beklagen, die Hohepriester und der Synhedrion mit anderen Judenoberen scheinbar beide Gemeinden auch außenhin verdammen, aber die Gemeinde der Scheingetauften mit allen Mitteln unterstützen und fördern, je mehr Glieder aus den Völkern sie gewinnen und gegen die Gemeinde der Apostel einstellen.

Die Hauptaufgabe der den Aposteln scheinbar weiter treu gebliebenen Scheingetauften bleibt aber, eines jeden geschriebenen Stückes des Evangeliums weiter habhaft zu werden und dieses den führenden Oberen der Nazarener-Judenchristengemeinde oder den anderen dazu bestimmten und namhaft gemachten Juden auszuhändigen.

Solcher Weisungen gab es noch viele, und es dauerte gar nicht lange, gab es in Jerusalem neben der wahren, von den Aposteln

Vatikan

Das Christentum zu Rom

dort gegründeten Gemeinde Gottes Christi auch schon eine antichristliche Nazarener-Judenchristengemeinde, an deren Spitze scheingetaufte Juden standen, von denen die Mehrzahl die Namen der Apostel trug und deren Glieder gleich bei ihrer Aufstellung weniger aus dem Judentum, sondern aus den Griechen, Syrern, Nabatäern, Ägyptern und den anderen Völkern zusammengebracht waren, die meisten von der Freigebigkeit der Oberen angezogen.

Einige Wochen nach der Gründung dieser wider das wahre Christentum von den Juden errichteten Gemeinden waren ihre Oberen im Besitz des einen wahren, von Jovian und Matthäus geschriebenen Evangeliums, und alsbald berief der alte Anan ben Schia-Seth die maßgebendsten Jerusalemer Juden zu einer großen Beratung, die tagelang viele Stunden hindurch fortgesetzt wurde.

Stückweise wurde das wahre Evangelium vorgelesen, ein jeglicher schrieb sich in kurzen Worten Stellen auf, die ihm besonders mißfielen, wobei es nicht an Verwünschungen fehlte, und als es zur Hauptberatung kam, ward, in kurzen Worten gesagt, Folgendes beschlossen:

Vor allem anderen darf unter keinen Umständen jene Lehre des Nazareners unter die Völker – Gojim nennen sie alle Völker – gelangen und bekannt werden, die klar deutlich sagt, daß die Seele und der Geist eines jeglichen lebendigen Wesens als seelisch-geistiger Same in aller Ewigkeit mit und neben Ihm – der selbst Gott zu sein behauptet und wegen Lästerung des Gottes Israel getötet werden mußte – dagewesen ist.

Diese Lehre darf nicht verbreitet werden

Es darf nicht gesagt werden, daß Er für all den seelisch-geistigen, aber leblosen Samen die wahre Welt seines Reiches geschaffen, es dort aufgenommen, ihm das Leben von seiner eigenen ewigen Lebenskraft gegeben hat; daß alle Menschen auf Erden, sowohl die dagewesenen wie auch die noch kommenden, Aeonen von Zeiten hindurch in Seligkeit und Frieden schaffend tätig in der wahren Welt seines Reiches gelebt haben, dann aber von einem böse gewordenen Großengel und von seiner Schar verführt, ihm bald nachgezogen sind, nachdem er mit seiner Schar das Himmelreich verlassen hatte, um sich mit seiner Schar sein Reich der Hölle zu schaffen.

Daß die ihm dann nachziehenden Scharen nicht zu ihm gelangen konnten in der weltenlosen Leere der Unendlichkeit, ihren im Himmelreich sich aufgebauten Leib verloren haben, gestorben und wieder zu einem bloßen seelisch-geistigen, jedoch lebendigen Samen geworden sind, der nun nach und nach auf die inzwischen von dem Nazarener mit dem All dieser Welt geschaffenen Erde gelangt, um im irdischen Leibe noch einmal da durchzugehen und je seinen da getanen Werken nach in eine entsprechende Welt des Jenseits oder gleich in das Himmelreich des Nazareners zurückzukehren, zum wahren ewigen Leben.

Diese Lehre darf unter keinen Umständen unter die Gojim gelangen, denn ganz davon abgesehen, daß sie die Lehren und den Glauben der arjanischen Völker, der alten Perser und Ägypter zu einem kleinen Teil bestätigt, im ganzen aber vervollständigt, indem sie ihre Irrtümer klar aufzeigt, muß sie ausgerottet und vernichtet werden, weil sie die Offenbarungen des Gottes Israel als Lügen hinstellt und sie aufhebt, wie es der verfluchte Nazarener so schon getan hat.

Weiter ist es aber unerläßlich, nicht nur aus dem Nazarener, sondern aus allen den Seinen Juden zu machen, das heißt, den Gojim ihn und sie alle durch Wort und Schrift so darzustellen, daß ihr Glaube, wonach der Nazarener und die Seinen vom Judentum abstammen, unauslöschbar festgelegt bleibe, was schon aus dem Grund nicht schwer durchzusetzen sein wird, weil er selbst und die meisten der Seinen in unserem Land geboren sind und er unter uns tätig war.

»Die Gepeitschte«, ein Detail eines Freskos aus der Villa Misteri in Pompeji.

Vernichten wir also seine Lehre über das ewige Sein der Seele und des Geistes und ersetzen sie durch eine ihm geltende Geschlechtstafel. Wir selbst müssen aus ihm wider unseres Wissens und Willens jenen Messias machen, der uns durch die Propheten verheißen ist, was unseren Schriftgelehrten ein leichtes ist, denn es behaupten des Nazareners Apostel und Jünger, daß er aus der Jungfrau zu Bethlehem geboren ist. Einer, dessen Sein vor jeglichem Anfange in aller Ewigkeit ist.

Der Mißgriff mit der Kreuzigung

Und da es in den Propheten Jesaja und Micha geschrieben steht: Siehe! Die Jungfrau wird empfangen und einen Sohn gebären, den man Emmanuel, das heißt »Gott ist bei uns« nennen wird, du Bethlehem Ephrata bist klein unter den Städten Judäa, aber aus dir wird der kommen, dessen Ausgang vor dem Anfange, von Ewigkeit her ist – und uns ist ein Sohn geschenkt, auf dessen Schulter alle Herrlichkeit ruhet und zu dem man sagen wird: Wunderbarer, Ratgeber, Friedensfürst, Gott und Vater der Ewigkeit!

Also alles das, was der verfluchte Nazarener von sich selbst geredet hat, lassen wir ihm zukommen durch die von uns wider seine Brut errichtete Gemeinde. Er kann ein Messias, Heiland, Gesalbter, ja gleich dem erstgeborenen Sohne Gottes Israel, auch ein Sohn Gottes, kurz, er kann alles sein und alles bleiben, was er ist, allein aber das muß durchgesetzt und unauslöschlich festgelegt werden, daß er der Gesandte unseres Gottes, des Gottes Israel sei.

Übereilter Mißgriff war es von uns, daß wir ihn an das Kreuz gebracht haben, denn in den ganzen Jahren seiner Tätigkeit unter uns hat er nicht so viele Anhänger gefunden als die Seinen in wenigen Tagen und Wochen; aber auch dieser unser übereilter Mißgriff wird sich mit der Zeit auf den Landpfleger abwälzen lassen.

Wir dürfen kein Mittel unversucht lassen und keine Opfer scheuen, um die Ausbreitung der von uns wider die Gemeinde der Apostel des Nazareners aufgestellten Gemeinde so zu fördern, daß die anderen in ihr nach und nach langsam ersticken und die Unseren obenan als Führer die ganze Bewegung dahin bringen, daß unser Gott, der Gott Israels, obenan bleibe, daß im Namen des verfluchten Nazareners alle Knie vor dem Gott Israel sich beugen, die an den Namen des Gehenkten glauben und noch glauben werden, denn mit unserem Gott stehen oder fallen auch wir.

Jetzt haben wir das Geschriebene, das diese verfluchten Gojim Evangelium nennen, vollständig in unserer Hand und wissen nun, was wir davon lassen, was wir davon vernichten und was wir davon umstellen müssen, damit es dem von uns gefaßten Be-

schluß entspricht; wir werden es durchsetzen, denn die armselige Brut der Seinen kommt uns auf die Dauer nicht auf.

Es müssen alsbald unsere Evangelien geschrieben und nicht nur abertausendmal abgeschrieben, sondern auch in Sprachen umgeschrieben werden, damit werden unsere Apostel mit eigens dazu abgerichteten Propheten unter die Gojim aller Länder gehen, wohin sich des Nazareners Brut wenden wird.

Ja, die Unseren müssen möglichst auch noch vor ihnen Städte und Orte aufsuchen, die dort heimischen Unseren aufklären, ihnen unsere Briefe überbringen und im Einverständnis mit ihnen jene Gojim erfassen, die auch als Proselyten des Thors weiterhin Judengenossen bleiben, auch dann, so sie an den Nazarener als an den Gesandten, Gesalbten, Messias, Sohn und Lamm Gottes glauben.

Es wird zu Streit, Zweifel und Hader kommen

Überall dort aber, wo des Nazareners Brut auf die von ihm Geheilten und auf die vielen Aschai-Essaier der Gojim gestützt, seine Gemeinden schon gegründet hat, muß alsogleich auch eine Gegengemeinde aufgerichtet und alle die Unseren verpflichtet werden, sie mit allen Mitteln zu fördern, daß die andere nach und nach in ihr aufgeht und erstickt.

Die Taufe, mit der unsere Apostel die Gojim taufen werden, ob diese bereits Proselyten sind oder auch nicht, darf nicht in dem verfluchten Namen des Nazareners erfolgen, sondern sie werden getauft: Im Namen Gottes des Vaters, Schöpfers der Himmel und der Erde, des Opferlamm der Herr Jesus ist, für die Sünden der Welt.

Finden wir es späterhin für vorteilhaft, können wir auch das ändern, wie wir auch unsere Evangelien nicht gleichlautend schreiben und abschreiben lassen werden, damit bald ein Durcheinander auch durch die Schrift entsteht, was unter den Gojim von selbst Streitigkeiten, Zweifel, Zank, Hader und Kämpfe hervorbringen wird, und durch das alles unsere Apostel und Propheten desto besser weiterschüren können.

In unseren Evangelien muß der Nazarener immer wieder auf unsere Schrift hinweisen, nicht aber in der Art und Weise, wie er es getan hat und wie es im Evangelium seiner Brut geschrieben steht, in unseren Evangelien muß der Nazarener zum Vater beten, ihn anrufen, als von ihm gesandt reden, ihm für die Wunderkräfte danken, die er ihm verliehen hat. Auch darf er darin nicht auferstanden sein, sondern Gott hat ihn von den Toten auferweckt; seine Himmelfahrt darf in unseren Evangelien keine andere sein als die, welche zuvor unserem Henoch und Elia zuteil wird: Gott hat sie hinweggenommen.

Die Sendung des Heiligen Geistes kann bleiben, doch muß es der Geist Gottes unseres Vaters sein und nicht der des Nazareners. Auch darf in unseren Evangelien das Weib dem Mann nicht gleichgestellt werden, darin wird der Nazarener die Weiber und selbst seine eigene Mutter irgendwie zurechtweisen und beiseite stellen müssen.

Er muß selbst auch irgendwie zornig, fluchend und gewalttätig dargestellt werden, nicht nur duldend, vergebend und segnend, was dem Worte unseres Gottes und unserer Schrift so widerspricht wie die Lehre des Nazareners über das ewige Sein der Seele und des Geistes, der Offenbarung unserer Schrift über die Schöpfung.

Unsere Schrift sagt im Hiob, daß unser Gott, Vater und Herr mit dem Satan um die Treue Hiobs gewettet hat – das Evangelium der Brut des verfluchten Nazareners schreibt sein auf uns gerichtetes Wort:

»Euer Vater ist der Satan, Mörder und Lügner von Anfang an, der Lüge Vater!«

Je mehr Widersprüche desto besser

Darum muß er in unseren Evangelien vom Satan versucht werden und dabei auf unsere Schrift und durch sie auch auf unseren Gott hinweisen. In unseren Evangelien muß er sagen, daß er nicht gekommen ist, unsere Schrift, unser Gesetz und unsere Propheten aufzuheben und aufzulösen, sondern das Wort Gottes so zu erfüllen, wie es geschrieben steht.

Je mehr Widersprüche in sein eigenes Wort gelegt werden, desto besser, denn das wird Streit unter den Gojim entfachen, der, von den Unseren geschürt, jenen keine Zeit lassen wird, tiefer in das Grundwesen unserer Schrift und ihrer Satzungen einzudringen; denn wie bisher wird sie alle unser Gott, Vater und Herr auch weiter mit Blindheit schlagen, wie es geschrieben steht.

Ihr seht, sprach Anan ben Schia-Seth (Annas, Hanan), daß und wie unser Gott gerade die Großen, Vorderen, Oberen und Mächtigen der Gojim mit Blindheit schlägt, daß sie dem Heute leben und dem Augenblick folgen – uns aber weiset er den Weg zur Zukunft und gibt uns richtige Fingerzeige zur richtigen Zeit, so daß wir unter den großen und zahlreichen Gojim klein sind und sie doch weitaus überragen, daß wir unter ihrer Herrschaft stehen und sie beherrschen, daß wir die Besiegten sind, sie uns aber dienen und wir auf ihre Nacken treten, wie es die letzten Worte Moysis sagen.

Auch wir sind gelegentlich blind, uns aber öffnet unser Gott die Augen bald und gibt uns Fingerzeige durch seinen Geist. Kurzsichtig geworden, verlangten wir vom Pilatus, er möge dem Treiben der Brut Einhalt gebieten und sie unschädlich machen, unser Gott aber schlug ihn mit der Blindheit des Größenwahns und mit Drohungen wies er unsere Abgesandten schroff hinaus.

Mit Blindheit geschlagen, läßt er die Brut des verfluchten Nazareners gewähren und verleiht ihnen seinen Schutz, um auch dadurch seine Machtgewalt zu zeigen und an uns auch auf diese Weise Rache zu nehmen, gerade aber dadurch öffnet unser Gott und Herr unsere Augen, damit wir desto besser sehen, je mehr er die Gojim mit Blindheit schlägt, und nun sehen wir auch den Weg, den wir zu seinem Preise und zum Heile seines auserwählten Volkes gehen müssen und eifrig auch gehen werden wie ein einziger Mann.

Ich bin wohl kein Prophet und Seher, aber in diesem Geschehen sehe ich den Beginn dessen, was im Propheten Jesaja geschrieben steht: »Du wirst Gojim rufen, die du nicht kennst, und die Gojim, die dich nicht kennen, werden zu dir laufen deines Gottes wegen, des Heiligen in Israel!«

»Ich schwöre bei mir selbst, spricht der Herr: Mir sollen sich beugen alle Knie und alle Zungen mir schwören!«

Also spricht der Herr unser Gott durch Jesaja; diejenigen aber, zu denen er also spricht, sind heute wir, und wir müssen dafür sorgen, daß dieses Wort unseres Gottes wahr wird – und es wird werden, denn niemals noch war eine solche Gelegenheit dazu gegeben wie jetzt und niemals wird sie wieder kommen.

In dem verfluchten Namen des Nazareners werden wir die Gojim rufen durch unsere Apostel, und sie werden zu uns laufen unseres Gottes wegen, den wir den Gojim durch unsere Evangelien geben werden, die auf unsere Schrift weisen, durch die unser Gott zu uns spricht, und ihm werden sich alle Knie beugen, ihm werden alle Zungen schwören! □

Vertrauliches

Sowjetunion

Künftig stärkere Beziehungen zu Israel

Nimrod Novik, ein Vertreter des israelischen Außenministers Shimon Peres, traf sich in Bonn zu einer zehnstündigen Besprechung mit Vladimir Tarasov, einem Nahostexperten und hochrangigen Beamten des sowjetischen Außenministeriums. Man vereinbarte zum ersten Mal in zwanzig Jahren reguläre politische Kontakte zwischen Israel und der UdSSR.

Andere Themen, die bei dem Treffen in Bonn behandelt wurden, betrafen eine internationale Nahost-Friedenskonferenz, den Stand der bilateralen sowjetisch-israelischen Verhandlungen und die Auswanderung von Juden aus der UdSSR.

Im Anschluß an das Treffen äußerte Peres gegenüber den israelischen Medien, er hege »vorsichtigen Optimismus« gegenüber den Ergebnissen, doch die Haltung der Sowjets zu Israel sei noch nicht gänzlich ausgereift.

Unterdessen haben Israel und Ungarn ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen und eröffneten Büros in beiden Hauptstädten. □

Kolumbien

Mafia-Chef aus Haft entlassen

Pablo Escobar, der kolumbianische Mafia-Chef, ist von Richter Maria Inés Ramirez de Garcia zusammen mit 14 anderen Mafiosis aus der Haft entlassen worden. Sie waren zu einem Jahr Gefängnisstrafe wegen Mordes an Justizminister Rodrigo Lara Bonilla im Jahr 1984 verurteilt worden. Lara Bonilla war ein hartnäckiger Bekämpfer des Drogenhandels. Der Richter ordnete die Aufhebung aller Kautionen und Beschlagnahmungen von Escobars Vermögen an.

José Salgar, dessen Schwiegervater Herausgeber der Zeitung »El Espectador« ist und der von Escobars Bande ermordet wurde, veröffentlichte eine Erklärung, in der er seine Entrüstung über die richterliche Maßnahme zum Ausdruck brachte, »wenn man angesichts der Greueltaten, wie sie in diesen Tagen auftreten, sieht, daß für jene, die für die nationale Krise verantwortlich sind, die Amnestie erlassen wird und die Beschlagnahmungen des Mafia-Besitzes aufgehoben wird sowie die Köpfe, die verantwortlich sind für die Verbrechen und diese nationale Auflösung somit freigesprochen werden«.

Salgar verlangte nach einer »dringenden Allianz zwischen Wirtschaft, Kirche und Presse, um unser Land aus der Krise zu retten«. □

Polen

Es fehlen über tausend Medikamente

Inmitten von Sparmaßnahmeforderungen von seiten des Internationalen Währungsafonds (IWF) und der UdSSR hat die polnische Regierung zum ersten Mal offiziell eine ernste Medikamentenknappheit bestätigt.

Laut polnischen Presseberichten fehlen von den 2300 am dringendsten benötigten Medikamente 1000 völlig. Rund siebzig Prozent davon sind Medikamente, die zuvor aus dem Westen importiert worden sind. Am meisten fehlen Vitamine, Medikamente zur Behandlung von Kreislauferkrankungen und Krebs sowie Antibiotika.

Das Sparmaßnahmenprogramm des IWF hat auch die Lage in Jugoslawien verschlimmert. Der Staat hat die Höchstpreise für Brot aufgehoben, was zum ersten Mal seit der Nachkriegszeit zu einem Schwarzmarkt und Knappheit an Schwarzbrot geführt hat. □

Orthodoxie

Patriarch von Konstantinopel besuchte Moskau

Demetrios I., Patriarch von Konstantinopel, flog zu einem zwölftägigen Besuch der russisch-orthodoxen Kirche von Istanbul nach Moskau. Es ist der erste Besuch eines geistigen Oberhauptes der Weltorthodoxie in Rußland seit 400 Jahren.

Demetrios sagte, mit seinem Besuch wolle er die historischen Bande zwischen Konstantinopel und den orthodoxen Kirchen von Rußland und Georgien stärken. Seine Mission hat der Londoner »Times« zufolge »eigenartigerweise« die Zustimmung, wenn nicht gar den Beifall sowohl Griechenlands als auch der Türkei. Er flog mit einer Maschine der Olympic Airways nach Moskau, die von der türkischen Regierung speziell gechartert worden war und reiste mit einem türkischen Reisepaß.

In Moskau traf der Patriarch nicht nur mit Patriarch Pimen von der russisch-orthodoxen Kirche, sondern auch mit Michail Gorbatschow zusammen. □

Sowjetunion

Führend in der U-Boot-Konstruktion

Angesichts der sowjetischen Fortschritte bei »supraleitfähigen Materialien« und »kleinen Elektromagneten« ist es der Zeitschrift »Jane's Figthing Ships« »geradezu vorsätzliche Selbsttäuschung, die Wahrscheinlichkeit zu ignorieren, daß es heute eine ungeheuer starke U-Bootstreitmacht gibt, die sehr leise ist und nicht mittels Schiffsschrauben, sondern wie nur durch leises Wellengesäusel angetrieben wird«.

Captain John Moore, der 15 der jährlichen Marine-Publikationen veröffentlicht hat, meint, daß seiner Meinung nach zahlreiche sowjetische Unterseeboote, darunter die Victor III-, Sierra- und Akula-Klassen mit einem neuen revolutionären, hydromagnetischen, propellerlosen Antriebssystem ausgestattet sind und mit einem viel kleineren Motor, der auf Supraleitfähigkeit basiert.

Moore setzt die innovativen sowjetischen Konstrukteure zu dem »konservativen« Ansatz ihrer westlichen Gegenspieler in Gegensatz – insbesondere jener in den Vereinigten Staaten. »In den letzten 15 Jahren hat es in Amerika auf dem Gebiet des U-Bootangriffs kaum grundlegende Veränderungen gegeben«, schreibt Moore. »Aufgrund von Konformismus, Konservatismus und Selbstgefälligkeit wird es in der US-Marine vor dem Jahr 1994 zu keinerlei radikalen Neuerungen in der U-Boot-Konstruktion kommen.«

Moore drängt die NATO zur Investition »hoher Summen für Forschung und Entwicklung«, um der Bedrohung Herr zu werden. Im Falle eines Krieges würden »beide Seiten entscheidend von der Stärke ihrer Anti-U-Boot-Waffen abhängen und im Jahr 1987 könnte jede Selbstgefälligkeit auf seiten des Westens ebenso verhängnisvoll sein wie die britische Haltung vor 50 Jahren.« □

Afrika

Heuschrecken zerstörten Getreideernten

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) hat einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Getreideernte in Afrika von Heuschreckenschwärmen bedroht ist.

Heuschrecken aus der Wüste sind in den Norden Äthiopiens und den Ostsudan gezogen und ebenfalls im Tschad, Mali, Mauretanien und Niger wurden welche gesichtet. Auch in Westafrika gibt eine frühe und umfangreiche Brut »Anlaß zur Sorge«, schreibt die FAO.

Die Ablehnung der FAO und anderer internationaler Organisationen sowie Regierungen, im letzten Jahr ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, haben zu

dieser neuen Bedrohung beigetragen.

Die Lage verschlimmert sich durch die Tatsache, daß mehrere Länder in Südafrika in diesem Jahr wesentlich geringere Ernteerträge haben werden als in den vergangenen beiden Jahren, heißt es in dem Bericht der FAO. Aufgrund der Unruhen nimmt die Getreideproduktion in Mozambique laufend weiter ab und Notmaßnahmen sind erforderlich, um dort eine weitere um sich greifende Hungersnot zu verhindern.

In Angola, Botswana, Lesotho, Malawi und Zambia fielen die Ernten alle weitaus geringer aus als im Jahr 1986 und in Zimbabwe wird es wahrscheinlich weniger als die Hälfte des Vorjahres sein. □

Thailand

Maßnahmen gegen KGB-Spionage

Die thailändische Regierung hat gegen ein Netz von Ausländern hart durchgegriffen, die beschuldigt werden, für den sowjetischen KGB zu arbeiten. Die Behörden Thailands sind der Überzeugung, daß es sich bei der Hälfte der 87 an der Sowjetbotschaft akkreditierten Diplomaten um KGB-Agenten handelt.

Verhaftet wurden Thomas Benes, ein in der Tschechoslowakei geborener westdeutscher Staatsbürger, der ein KGB-Beamter sein soll, und die Manager von Aeroflot und der sowjetischen Reedereigesellschaft Thasos, deren Visa für Thailand nicht erneuert werden. Benes soll ein Reisebüro haben, über das thailändische Mädchen zur Prostitution nach Westdeutschland geschickt werden.

Ein britischer Staatsbürger, Geoffrey Higginson, wurde ebenfalls verhaftet und von Bangkok nach Malaysia abgeschoben.

In einem Kommentar in der Bangkoker Zeitung »The Nation« schreibt Kavi Chong Kittavorn, mit dieser Razzia durch thailändische Sicherheitsbeamte sollen wohl die Verbesserungen in den thailändisch-sowjetischen Beziehungen torpediert und die Hoffnungen von Premierminister Prem auf einen Besuch in Moskau vereitelt werden. □

Kanada

Besuch von Mutter Rußland

Eine Delegation der sowjetischen Rodina-Gesellschaft reiste unter Teilnahme des sowjetischen Kultusministers nach Verigan, Saskatchewan, Kanada, um die 30 000 Mann starke Dukhobor-Gemeinde von Kanada zu ehren und ihnen eine überlebensgroße Statue von Leo Tolstoi zu übergeben. Die Rodina-Gesellschaft – Rodina heißt »Mutterland« – ist ein Hauptverfechter des russischen Nationalismus.

Die Dukhobnors sind eine Gruppe russischer Glaubensgenossen, die mit Hilfe von Tolstoi und den Quäkern im Jahr 1899 nach Kanada emigriert sind. Sie haben sich die Jahre hindurch an geringfügigen Terrorakten beteiligt, um gegen den Zwang zu protestieren, ihre Kinder zu erziehen. Sie verehren Tolstoi noch immer als ihren »Großvater«.

Die Delegation der Rodina-Gesellschaft wurde begleitet von Graf Ilya Tolstoi, dem Urenkel des Ideologen des passiven Widerstandes, der Professor an der Fakultät für Journalismus der Moskauer Universität ist. □

China

Änderung der Wirtschaftspolitik

Führende chinesische Politiker haben eine Delegation der Weltbank darüber informiert, daß sie weitreichende Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der Regirung in Richtung auf »freie Marktwirtschaft« planen sowie eine größere Dezentralisierung. Die Politiker berichten weiter, in der nächsten Reformphase möchten sie, daß Unternehmer die Kontrolle von staatseigenen Betrieben übernehmen und dann die volle Verantwortung für Gewinne und Verluste tragen.

Die Chinesen machten den Vertretern der Weltbank deutlich, daß sie die traditionelle Politik umkehren wollen, um die landwirtschaftliche Produktion effizienter zu machen. Es ist beabsichtigt, daß die Küstenprovinzen, die die wichtigsten Getreideerzeuger sind, sich auf die Agrarwirtschaft konzentrieren, da China derzeit seine fehlenden Getreidemengen durch deutlich steigende Einfuhren deckt.

Moeen A. Qureshi, der Vizepräsident der Weltbank für finanzielle Transaktionen, meint, es könnte sein, daß die Veränderungen aufgrund des Erfolges der Reformen eingeführt werden, die in den letzten neun Jahren durchgeführt wurden. Er meinte, die chinesische Führung betreibe eine sehr praktische Politik und die Weltbank begrüßt fast alle ihre Maßnahmen. □

Thailand

Abgeordnete besichtigen Kanäle in Europa

Parlamentsabgeordnete aus Thailand in Begleitung von Mitgliedern des thailändischen nationalen Sicherheitsrates und der bewaffneten Streitkräfte besichtigten in Europa Kanäle, um ihre Landsleute über die verfügbaren Techniken zum Bau und Betrieb eines geplanten Kanals durch die thailändische Landenge von Kra zu informieren.

Der Kra-Kanal würde bei gleichzeitiger Belebung der industriellen Entwicklung Thailands den ungeheuren Verkehr etwas entlasten, der derzeit auf der Hauptwasserstraße zwischen den Becken des pazifischen und indischen Ozeans, der Straße von Malakka, herrscht.

Die Delegation aus Thailand besuchte den Suezkanal in Ägypten sowie den Nord-Ostseekanal in Kiel. Sie besuchten auch Den Haag und Paris. Überall erhielten sie ausführliche Informationen über Technologien des Kanalbaus und Erdabbaus.

In Frankreich hatte eine der Firmen, die am Euro-Tunnelprojekt beteiligt sind, Bouygues, eine Informationsveranstaltung für die Delegation in ihrer Pariser Hauptverwaltung vorbereitet. Die Fusion Energy Foundation in Paris, einer der wichtigsten Unterstützer des Kra-Kanalprojekts, stellte die Gruppe einer Reihe französischer Parlamentarier zur Diskussion über den Kanal vor; dazu gehörte auch ein Mann, der unter de Gaulle Außenhandelsminister gewesen ist.

Das Büro der Fusion Energy Foundation in Thailand hat zusammen mit 15 ehemaligen Militärs einen Kra-Club gegründet, und es wird berichtet, daß man bereits Anfragen für Besprechungen des Projekts von seiten deutscher und japanischer Firmen bekommen hat. □

Niederlande

Arzt lehnt Euthanasie-Trend ab

Sechstausend bis zwölftausend Menschen pro Jahr werden in den Niederlanden aufgrund von Euthanasie (Gnadentod) getötet und die Fortsetzung dieses Trends bedeutet »das Ende der medizinischen Wissenschaft«, sagte Dr. Rutenfrans von der katholischen Universität von Nijmegen.

Die Euthanasie ist in den Niederlanden weiter verbreitet als in jedem anderen Land Europas und das Aufkommen von Aids hat diese Praktik noch weit verbreiteter gemacht.

»Die Euthanasie hat in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre begonnen«, schreibt der Arzt. »In den verschiedensten Büchern, in Artikeln und Interviews wird sie als einzige Lösung für jene Probleme präsentiert, die durch den medizinischen Fortschritt aufgekommen sein sollten. Die Patienten wurden zu

Opfern der Medizientechniken erklärt.

Eigenartigerweise sind jedoch diese Argumente schon benutzt worden, als es noch nicht so viele medizinische Möglichkeiten gegeben hat, um das menschliche Leben zu verlängern. Der Sozial-Darwinist Ernst Heckel schrieb schon im Jahr 1875, daß Hunderttausende von unheilbar kranken Patienten künstlich am Leben erhalten werden, ohne daß ihnen selbst oder der Gesellschaft damit gedient ist.«

Dr. Rutenfrans meint dazu: »Die Etablierung der Euthanasie bedeutet auch das Ende der medizinischen Wissenschaft. Das 2500 Jahre alte Verbot der Euthanasie im Eid des Hippokrates war eine absolute Voraussetzung für die Entwicklung der medizinischen Wissenschaften. Die Notwendigkeit, Menschen zu heilen und ihre Schmerzen zu erleichtern wäre nicht so groß gewesen, wenn man diese Menschen einfach hätte töten können.« □

Berlin

Die Ermordung von Rudolf Heß

Zum Tode des ehemaligen Reichsministers Rudolf Heß wird aus verläßlicher Quelle bekannt: Der von der Familie Heß bestimmte Arzt für die Untersuchung der Leiche stellte eindeutig Würgemale am Hals fest und keine Strangulierungszeichen. Die angebliche Ankündigung eines Selbstmordes war geheimdienstliche Stümperarbeit, denn Heß konnte nicht voraussehen, daß einige Tage später ein angeblich herumliegender Draht im Gefängnishof von Spandau eine Selbstmordmöglichkeit bot, und zudem konnte der fast blinde Greis einen solchen auch nicht wahrnehmen.

Einer Nachricht aus England zufolge erklärte auch der britische Historiker A.J.P. Taylor von der Oxford-Universität, der für die Freilassung von Heß eintrat, daß dieser ermordet worden sei. Da in letzter Zeit Gerüchte auftauchten, daß Heß doch noch freigelassen werden könnte, hatte England in erster Linie Interesse daran, etwaige Aussagen zu verhindern.

Dazu kommt noch, daß auf den Sohn Rüdiger Heß ein Anschlag verübt wurde. Dazu sind im Augenblick zwei Versionen im Gespräch: Nach Zeitungsberichten wurde Rüdiger Heß bei einem Interview von Journalisten umringt und brach dann mit einem Gehirnschlag zusammen. Nach ärztlichen Annahmen erhielt er dabei eine blitzschnelle Giftinjektion.

Nach einer anderen Meinung wurde ihm schon vorher ein vergiftetes Getränk gegeben. Er liegt, rechtsseitig gelähmt, zur Zeit, angeblich im Koma, in einem Krankenhaus und ist nicht ansprechbar. □

Jugoslawien

Destabilisierung wächst weiter

Die jüngsten ungünstigen Entwicklungen in der Wirtschaft Jugoslawiens haben die Gefahr einer politischen Destabilisierung in diesem Land auf dem Balkan erhöht.

Ein Finanzskandal, der zum Rücktritt von Vizepräsident Hamdija Pozderac führte, brachte ans Licht, daß die Wirtschaft am Rand des Bankrotts steht. Das Agrarunternehmen Agrokomerc hat Schuldscheine in Landeswährung in Höhe von fast 256 Millionen Dollar ausgegeben – ohne Deckung – und eine Bank hat sie garantiert. Das Institut, das die Garantie geleistet hat, die Bank von Bihac, ist jetzt im Begriff, pleite zu machen. Ungefähr 63 andere Banken sammeln sich, um ihre Forderungen vor Gericht durchzusetzen, von denen einige aufgrund ähnlicher Verluste ebenfalls vor dem Bankrott stehen. Der Präsident von Agrokomerc wurde festgenommen.

Viezepräsident Pozderac, der aus Bosnien stammt, ist inzwischen zurückgetreten, als sich herausstellte, daß sein Bruder in den Agrokomerc-Betrug verwikkelt war. Einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tanjug zufolge hat die kommunistische Partei Jugoslawiens 42 Mitglieder ausgeschlossen und 28 von ihnen erwartet ein Strafverfahren – bei allen in der gleichen Sache.

Verschlimmert wird die Destabilisierung im Land noch durch den Terrorismus der Separatisten aus der Bevölkerungsmehrheit mit albanischer Herkunft in der Provinz Kosovo, die vom benachbarten Albanien und dem sowjetischen KGB geschürt wird. Der Terrorismus dort hat zum Exodus der Minderheit von Serben und Montenegrern geführt. Die Serben repräsentieren die Mehrheit in der jugoslawischen Bevölkerung und kontrollieren die Armee.

Im September lief ein Rekrut der albanischen Minderheit in einer Militärbaracke in Südserbien mit einer Automatikwaffe Amok. Vier nicht-albanische Soldaten starben und fünf andere wurden verwundet. Bei der Beerdigung eines der Opfer in Belgrad kam es zu Protestaktionen durch über 100 000 Serben. Regierungssprechern zufolge kam es zu »irrationalem Verhalten«, womit die anti-albanischen Slogans gemeint waren, die gerufen wurden.

Der Zwischenfall in der Militärbaracke hat die Gefahr erhöht, daß bei einem erneuten Vorkommnis die Armee in Kosovo eingreifen wird – einer Gegend mit 55 Prozent Arbeitslosen. □

UdSSR

Provokation an der NATO-Nordflanke

Die Sowjets haben die militärischen Provokationen und die »Willensprüfung« an der Nordflanke der NATO erhöht. Innerhalb von drei Tagen kam es über der Ostsee und der Barents-See zu zwei Zwischenfällen in der Luft.

Verteidigungsexperten berichteten, daß ein schwedisches Aufklärungsflugzeug im internationalen Luftraum über der Ostsee von einem sowjetischen Düsenkampfjäger verfolgt wurde, der bis auf 20 Meter an das schwedische Flugzeug herankam.

Drei Tage später schoß ein sowjetischer SU-27-Kampfbomber so dicht an einem norwegischen Aufklärungsflugzeug – einer Orion P-3B – über der Ostsee vorüber, daß das rechte Triebwerk des norwegischen Flugzeuges beschädigt wurde, was darauf hin zur Landung gezwungen wurde. □

Kanada

Sikhs Terroristen werden entlassen

Zwei Sikhs-Terroristen wurden in Britisch-Kolumbien aus dem Gefängnis entlassen. Als Vorwand für die Freilassung wurde angegeben. daß die Beweise gegen die Sikhs auf illegale Weise zustande gekommen seien.

Der kanadische Sicherheits- und Geheimdienst (CSIS) soll angeblich vor Gericht die Unwahrheit gesagt haben, um die Erlaubnis zu bekommen, zahlreiche Personen abhören zu dürfen, die verdächtigt werden, in das Flugzeugunglück der Air India im Jahr 1985 verwickelt gewesen zu sein, in dem über 400 Menschen ums Leben kamen.

Später wurden die bei dieser Abhöraktion erlangten Beweise bei der Verhaftung von neun Sikhs verwendet, die einen Mordanschlag gegen ein Mitglied der indischen Regierung geplant hatten, das zu Besuch gekommen war. Die beiden jetzt freigelassenen Sikhs gehören zu den neun, die diesen Mordanschlag verwikkelt waren. Es wird erwartet, daß die restlichen sieben Gefangenen auch bald freigelassen werden. □

Naher Osten

Moskau und Washington handeln gemeinsam

Berichten zufolge steht der Nahe Osten und Nordafrika unter dem »Krisenmanagement« des State Departments und des Kreml,

wobei pro-sowjetische Entscheidungen im Vordergrund stehen.

Radio Moskau lobte den Waffenstillstand zwischen dem Tschad und Libyen, ohne dabei den Tschad anzugreifen. Normalerweise sind die sowjetischen Berichte über den Angriff Libyens auf den Tschad und die militärischen Gegenschläge des Tschad mit amerikanischer und französischer Unterstützung stark pro-libyscher Natur. Der unparteiische Ton von Radio Moskau weist darauf hin, daß der Waffenstillstand einen Ost-West-Handel widerspiegelt.

Im sowjetischen Rundfunk hieß es auch, daß der OAU-Präsident Kenneth Kaunda von Sambia angekündigt hat, das OAU-Komitee, das versuchten soll, den Konflikt beizulegen, werde sich in Lusaka, der Hauptstadt Sambias treffen. Chester Crocker, der Verhandlungsführer des US-Außenministeriums in »regionalen Angelegenheiten«, der mit den Sowjets über die Region verhandelt, hat Sambia erst kürzlich besucht.

Im gleichen Stil berichtete die »International Harald Tribune«, daß sowohl Washington als auch Moskau interveniert hätten, um zu verhindern, daß Libyen See-Minen sowjetischer Bauart an den Iran verkauft. Die Vereinigten Staaten haben Libyen eindringlich gewarnt und meinten, wenn ein amerikanisches Schiff von solchen Minen im Golf getroffen würde, würde man Libyen dafür zur Verantwortung ziehen. Auch die Sowjets sollen Libyen gedrängt haben das Geschäft nicht zu machen. □

USA

Mehr Macht für Börsenaufsicht

Der neue Vorstitzende der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde, David Ruder, möchte das Recht Staatsgesetze aufzuheben, mit denen feindliche Übernahmen von Unternehmen eingeschränkt werden. Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde möchte entscheiden können, ob ein Unternehmen von einem »Angreifer« oder anderen Firmen übernommen werden sollte oder nicht.

Als Folge wird erwartet, daß sich die Debatte im US-Kongreß darüber, ob Staaten die Befugnis besitzen, Unternehmen von feindlichen Bietern zu schützen, noch verstärkt. Die Debatte wird sich weiter erhitzen, da laut »New York Times« »Mr. Ruder den Kongreß gebeten hat, der Börsenaufsichtsbehörde ausdrückliche Machtbefugnis zu verleihen, darüber zu entscheiden, wenn ein Staatsgesetz dem nationalen Wertpapiermarkt schadet«. □

Sibirien

Arbeit für drei Millionen Moslems

Drei Millionen moslemische Arbeiter sind von ihrem Arbeitsplatz in der Sowjetunion »entlassen« und nach Sibirien transportiert worden. Sowjetische Beamte sagen, die »Entlassungen« seien die Folge von Arbeitskräfteüberschüssen, die durch eine Erhöhung in der Produktivität verursacht worden sind.

Bei der staatlichen Eisenbahn wurden 280 000 Arbeiter entlassen und in der Ölindustrie 70 000, die meisten von ihnen in den ärmeren islamischen Regionen Zentralasiens, die den Sowjetbeamten zufolge zu »viele Arbeitskräfte haben« aufgrund der rasch ansteigenden Geburtenraten. Die meisten haben Arbeitsplätze in bestimmten Entwicklungszentren Sibiriens und dem Fernen Osten angenommen, wo ein Arbeitskräftemangel herrsche. □

Waffen

Nicht nukleare Cruise Missile wird entwickelt

Das amerikanische Verteidigungsministerium entwickelt eine hoch explosive, nicht nukleare Version der Cruise Missile, die in der Lage sein wird, ein Ziel bis auf wenige Millimeter genau zu treffen, berichtete die »New York Times« und zitierte damit Quellen aus dem Pentagon und dem US-Kongreß. Die Reichweite der Rakete wurde verdoppelt, betonten die Beamten und meinten, die Marine habe eine verwendet, die von einem U-Boot abgefeuert wurde und ein Ziel 3000 Meilen entfernt traf.

Die Implikationen dieser Entwicklungen in der Cruise Missile-Technologie umfassen: erstens den Austausch von Atomraketen mit mittlerer Reichweite, die unter dem Vertrag über Intermediate Nuclear Forces (INF) von Europa abgezogen werden; zweitens den Einsatz von Cruise Missiles mit exakten Zielen statt Atomraketen in einem europäischen Konflikt; drittens die Reduzierung der Notwendigkeit der Luftbombardierung und viertens eine neue Waffe gegen Terroristen, da die Rakete Ziel auf einzelne Gebäude nehmen kann.

Es wird fünf bis zehn Jahre dauern, bis das Programm abgeschlossen ist. Im arabischen Golf wurden Cruise Missiles mit konventionellen Sprengköpfen von den Vereinigten Staaten allerdings schon an Bord des Kampfschiffes »Missouri« und der Kreuzer »Long Beach« und »Bunker Hill« eingesetzt, heißt es in der »New York Times«.

»Einige Beamte«, so die Zeitung, rechnen damit, daß der »erste feindliche Einsatz der Cruise Missiles in dieser Region stattfinden wird, wenn Präsident Reagan einen Schlag gegen den Iran befehlen würde. Vom arabischen Meer aus können die amerikanischen Cruise Missiles ohne Schwierigkeiten in den Iran gelangen und Teheran treffen.« □

Großbritannien

Lord Rothschild kommt wieder ins Rampenlicht

Irgendjemand versucht in Großbritannien die Sache mit Lord Victor Rothschilds Verbindungen zu den Russen wieder in die Schlagzeilen zu bringen. Die satirische Zeitung »Private Eye«, die – wie ihr Name schon sagt – mehr als nur flüchtige Verbindungen zum Geheimdienst hat, schreibt, die Versuche der britischen Regierung, ein Buch eines ehemaligen Geheimdienstbeamten zu verbieten, würde im Gegensatz stehen zur Weigerung, Untersuchungen über den verdächtigten Aristokraten anzustellen.

Peter Wrights Buch »Spycatcher« enthüllt Dinge, von denen die Regierung nicht will, daß sie bekannt werden. Das »Ungewöhnlichste« an der Sache ist – so das Magazin –, daß Lord Rothschild seltsamerweise nicht strafrechtlich verfolgt wird.

Rothschild hatte auf »Enthüllungen« über sowjetische Agenten im britischen Geheimdienst hingearbeitet, um vor allem von seiner eigenen Person abzulenken. Doch, so das Magazin, die wirkliche Frage mit Rothschild ist nicht, ob er ein sowjetischer Agent war, sondern daß er ein »offener Befürworter« einer engeren Zusammenarbeit der Briten mit Rußland war, insbesondere auf dem Gebiet der Übermittlung von Informationen im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Rothschild seine sowjetfreundliche Einstellung beibehalten und arbeitete mit Schlüsselpersonen in der pro-sowjetischen Fraktion der britischen Labour-Party.

Trotz all dem schienen die britischen Behörden nicht auch nur »entfernt den gleichen Haß gegen eine blaublütige und verehrte Figur des Establishments« wie Rothschild zu hegen, als das bei einem ehemaligen MI-5-Offizier Wright der Fall ist. □



Briefe

Betr.: Bonn »Wiederherstellung des Deutschen Reiches«, Nr. 10/87

Das Deutsche Reich besteht deshalb noch, weil die Siegermächte mit der Reichsregierung Dönitz die »bedingungslose Kapitulation« abschlossen und sie damit völkerrechtlich anerkannten. Die gewaltsame Beseitigung der Reichsregierung Dönitz danach war also illegal und hob die »bedingungslose Kapitulation« wieder auf und stellte den Zustand vor der Kapitulation, vor dem 8. Mai, wieder her. Das Deutsche Reich existiert daher in seinen Grenzen vor dem 8. Mai 1945 und nicht, wie die BRD-Besatzerdemokraten behaupten, in den Grenzen des Versailles-Diktates, das überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches kann erst nach dem auch von Ludwig Erhard schon 1974 vorausgesagten »Ende mit Schrecken« der Nachkriegspolitik erfolgen, also nach dem dritten Weltkrieg zwischen den USA und der UdSSR, nachdem diese Supermächte schwach geworden sind. Man versucht zwar, den Status quo von 1945, die »Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges«, aufrechtzuerhalten, aber die politische, wirtschaftliche und geistige Entwicklung geht unbeirrt weiter ins Chaos. Ost und West sind bankrott und gehen am Stock!

Und auf der Basis der Aufteilung, Ausbeutung und Niederhaltung Deutschlands ist keine Wiederherstellung Deutschlands, Europas und der Welt möglich, wie sie die Siegermächte und ihre Lizenzpolitiker der BRD und DDR endgültig sanktionieren wollen.

Seit der Abhalfterung Adenauers und seiner »Hallstein-Doktrin« durch die Westmächte und Ersatz durch die »Entspannungspolitik« mußte klar sein, daß die West- und Ostmächte die Wiedervereinigung Deutschlands (von der Rückgliederung der annektierten deutschen Ostgebiete ganz zu schweigen) nicht wollen, was auch der italienische Außenminister Andreotti freimütig bestätigte.

Die West- und Ostmächte waren zur Vernichtung des Deutschen Reiches in den Krieg gegangen, zumal ja die Vernichtung des deutschen Volkes seit je ihr Ziel war, ganz gleich, wer oder welches System in Deutschland oder bei ihnen herrschte.

Die Schuld an der Niederlage Deutschlands mit allen entsetzlichen Folgen hat Hitler, weil er die Forderungen Molotows 1940 in Berlin auf freie Hand der UdSSR in Richtung Skandinavien und Dardanellen-Mittelmeer nicht akzeptierte. Denn das hätte die Westmächte vom Reich abgelenkt und zum militärischen Eingreifen gegen die UdSSR in Norwegen und im Mittelmeer gezwungen, besonders die USA.

Aber Hitler war kein Realpolitiker wie Bismarck, als dessen Nachfolger er sich gerne ansah, sondern ein Ideologe. Der Angriff auf Rußland hätte die Besetzung Englands zur Voraussetzung gehabt, um den USA die Eingreifbasis gegen Europa wegzunehmen. Aber die »Schlacht um England« ging verloren.

Trotzdem griff Hitler die UdSSR an und lud sich damit zwei Weltmächte auf den Hals in totaler Überschätzung der Mittel und Möglichkeiten Deutschlands. So groß die Verdienste Hitlers bei der Herausführung des deutschen Volkes aus der politischen, militärischen, wirtschaftlichen Katastrophe und bei der Befreiung von den Ketten des Versailles-Diktates auch waren, so ändert das nichts daran, daß er als Feldherr und Politiker versagte, weil er die Motive der anderen verkannte. Zum Beispiel die britische »Gleichgewichtspolitik«, die sich gegen jeden, jede Macht oder auch Koalition richtete, die versuchte, den Kontinent zu beherrschen und zu einigen (Napoleon), und daß die Deutschland umgebenden Völker seit je als Ziel die Verhinderung der Einheit Deutschlands hatten.

Churchill sagte dem »Helden des 20. Juli« Gördeler: »Sie müssen sich klar sein, daß der Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.«

Helmut Golz, Köln

Betr.: Vatikan »Was Barnabas an Kaiser Flavius schrieb«, Nr. 10/87

Es trifft zu, daß die Juden der ersten Jahrhunderte von Jesus gesagt haben, er sei der uneheliche Sohn des römischen Legionärs Pandera und der Maria, woraus sich dann die Bezeichnung »Panderimamser« ergab. Aber in welchem apokryphen Evangelium soll der bezeichnete Dialog überliefert sein?

Wenn sich Barnabas nach der ersten Missionsreise von Paulus getrennt hat, weil er die Unantastbarkeit der Thora vertrat, dürfte er solche, die mosaische Gottheit abwertenden Zitate kaum benutzt haben.

Bekanntlich wollte auch der große »Ketzer« Marcion (um 150), der Jahwe, den alttestamentlichen Gott, als Widersacher des erbarmenden Gottes Jesu Christi bezeichnete, neben dem Lukasevangelium nur die zehn Sendschreiben des Paulus als im christlichen Sinne authentisch gelten lassen.

Adressat des Briefes kann auch nicht der Kaiser Flavius Vespasianus (Kaiser von 69–79) gewesen sein, dessen Sohn Titus (Kaiser von 79–81) anno 70 Jerusalem zerstört hat. Flavius Vespasianus war als »Soldatenkaiser« allenfalls Anhänger des Mythraskultes der römischen Legionen, aber nicht episcopos episcoporum der »Christianer«. Dies war vielmehr nach kirchlicher Zählung als Nachfolger des Petrus der Heilige und Presbyter Linus (Papst von 67–76). Der erste »christliche« Kaiser war Konstantin der Große (um 330), der alle nichtchristlichen Kulte aufhob und verbot. Vermutlich ist das Ganze späteren Datums, und man hat solche Aussagen Barnabas zu Unrecht in den Mund gelegt, ähnlich wie man die mystischen Schriften des Pseudodionysios (oder Dionysios Areopagita) auf einen vermeintlichen Paulusjünger vom Athener Areopag zurückdatiert hat.

Karl Schäfer, Konstanz

Betr.: Kulturgeschichte »Magische Weltsicht«, Nr. 8–11/87

Ralf Flar spricht von der Unendlichkeit der Materie und gibt dazu ein Beispiel mit der Verzögerung der Lichtgeschwindigkeit. Ich erweitere dieses nun folgend: Die Erde hat sich schon ein Lichtjahr lang atomar aufgelöst und die Sonne ist erloschen. Alle durch riesige Fernrohre blickenden Wesen näher als ein Lichtjahr sehen also nichts mehr! Die weiter entfernten sehen natürlich noch immer verschiedene erdgeschichtliche Epochen. Es sind aber nicht die wirklichen Epochen, sondern nur Lichtbilder davon. Die körperliche Unendlichkeit ist ein falscher Schluß; der Autor versetzt uns nicht in die Nähe der modernen Naturwissenschaft, sondern betreibt geistigen Betrug.

Sepp Meidl, Villach

Der Verfasser beschreibt in dem Artikel unter anderem das Fische- und Wassermann-Zeitalter. Der überzeugte Christ kann sich weder an das eine noch andere Zeitalter halten. Sein Felsengrund ist Jesus Christus, der Erlöser von Sünde, Teufel, Tod und Hölle, der als Gottes- und Menschensohn diese Erlösung vollbrachte.

Aufgrund dessen spielt sich der Kampf für den Christen auf dieser Erde ab, was die Weltgeschichte beweist, die man vom religiösen, politischen und weltlichen Standpunkt betrachten kann. Ein Kampf in der Astrologie ist unmöglich.

Die Erwähnung von einem sogenannten Alten Testament in dem Bericht ist derartig ärgernisserregend und abstoßend, daß man von einer rebellischen Haltung gegen Gott sprechen kann, wo doch die heiligen Zehn Gebote unter Donner, Blitz und Erdbeben auf Sinai gegeben wurden.



Luther hat die Heilige Schrift, das Alte und das Neue Testament als einzige heilige Sache bezeichnet, an die man nicht seine Hand legen soll. Er schreibt in seinem Katechismus, daß Gott zu fürchten, zu lieben und zu vertrauen ist.

Das Licht der ewigen Wahrheit ist durch Jesus Christus allein in die Welt gekommen – nicht über eine Göttin heidnischer Kultur, auch keine Maria kann mich zum Licht führen. Es gibt unverbrüchlich nur einen dreieinigen Gott im Alten und Neuen Testament.

Margarete Tennigkeit, Puchendorf

Betr.: In eigener Sache »Ein ernstes Thema wird zur Farce«, Nr. 9/87

Natürlich ist es naheliegend, daß man Sie auf diese Weise handlungsunfähig machen will. Es ist die gleiche Methode, wie man sie auch sonst mit bestem Erfolg anwendet. Mögen die Juden Juden sein. Wir sind gewiß keine Antisemiten, wie Sie dies ja auch in Ihrem Prozeß nachgewiesen haben. Aber warum sollen wir nicht mehr Deutsche sein und bleiben. Ist dies die Rache, die nun ein ganzes Volk auslöschen soll? Soll man es doch ganz offen sagen: Germany must perished.

Ich gehe heute davon aus, daß die Juden ihre Vormachtstellung im Westen weitgehend gefestigt haben. Hindernisse zur Weltherrschaft sind nur noch der Islam, der Katholizismus und sicher auch die kommunistische Ideologie. Zur Überwindung dieser Barrieren soll nun der Westen eingesetzt werden.

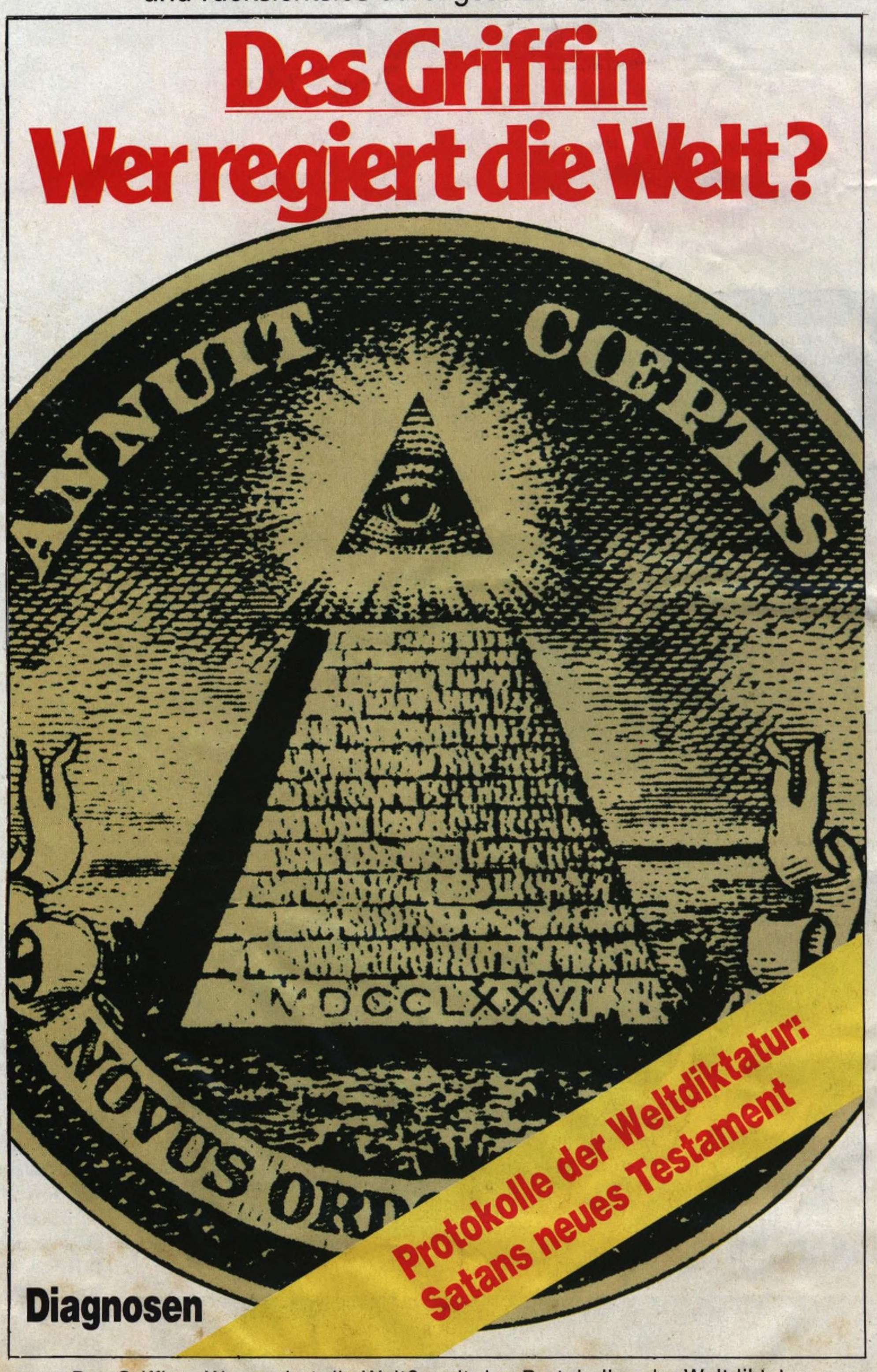
All dies ist natürlich nackter Wahnsinn. Viel schlimmer aber ist unsere eigene Unfähigkeit, ja hilflose Dummheit. Sehen Sie sich doch die Westdeutschen an. Der Wohlstandswahn hat sie gänzlich besoffen gemacht. Das war die Droge, mit der man die Deutschen kaputtmachen konnte. Und der für uns vernichtende Erfolg hat diese Überlegungen bestätigt. Und nun hinzugehen und die Schuld nur bei den Juden, das heißt beim Judaismus zu sehen, das ist einfach töricht, ja eine unverzeihliche Dummheit.

Wo sind sie denn, die Deutschen, denen es noch um Moral und Anstand, um Volkstum und um deutsche Kultur geht? Wo sind die jungen Menschen geblieben, die noch bereit wären, Traditionen zu übernehmen und sie um ihrer Menschenwürde willen weiterzutragen?

Hier wurde die Lebenskette des deutschen Volkes gesprengt, und die »wir auch deutsch« haben die Direktive übernommen. Das Schreckliche bei allem aber ist, unsere politischen Funktionäre sind damit durchaus einverstanden. Und wir haben sie auch noch gewählt, damit sie uns nach dem Motto, die besten Kälber wählen ihre Metzger selber, zum Schlachthof führen.

Dr. E. Meder, Bad Dürkheim-Leistadt

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel